

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/201107]

**11. DEZEMBER 2023 — Dekret zur Abänderung des Kodex der lokalen  
Demokratie und der Dezentralisierung und des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen

und wir, Regierung, sanktionieren es:

**KAPITEL 1 — ABÄNDERUNG DES KODEX DER LOKALEN DEMOKRATIE UND DER DEZENTRALISIERUNG**

*Artikel 1* - In Artikel L1512-5 Absatz 1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung wird das Wort "Gesellschaftszwecks" durch das Wort "Zwecks" ersetzt.

*Art. 2* - Artikel L1512-6 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort "Gesellschaftszwecks" durch das Wort "Zwecks" ersetzt.

2. § 1 Absatz 2 wird aufgehoben.

3. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Gesellschaftszwecks" durch das Wort "Zwecks" ersetzt.

4. In § 3 Absatz 1 wird das Wort "Gesellschaftsnamen" durch das Wort "Namen" ersetzt.

*Art. 3* - In Artikel L1512-7 Absatz 2 desselben Kodex, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 6. Mai 2010, wird die Wortfolge "Artikel 86 § 1 des EG-Vertrags" durch die Wortfolge "Artikel 106 § 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union" ersetzt.

*Art. 4* - Artikel L1522-1 § 2 Absatz 1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird das Wort "Gesellschaftssitz" durch das Wort "Sitz" ersetzt.

2. In Nummer 5 wird zwischen das Wort "Verpflichtungen" und das Semikolon die Wortfolge "sowie gegebenenfalls der Betrag des Satzungskapitals" eingefügt.

*Art. 5* - Artikel L1522-7 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Gesellschaftskapitals" durch das Wort "Kapitals" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird das Wort "Gesellschaftskapitals" durch das Wort "Satzungskapitals" ersetzt.

*Art. 6* - Artikel L1523-1 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 30. April 2009 und 26. April 2012, wird wie folgt ersetzt:

"Art. L1523-1 - § 1 - Die Interkommunalen nehmen die Rechtsform der Aktiengesellschaft, der Genossenschaft oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung an.

§ 2 - Wenn die Interkommunale die Rechtsform der Aktiengesellschaft oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung annimmt, gibt die Satzung an, dass das Kapital unverfügbar ist.

Im Falle einer satzungsgemäßen Unverfügbarkeit des Kapitals ist jede Verteilung der Einlagen verboten.

§ 3 - Das Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen findet auf die Interkommunalen Anwendung, sofern die Statuten nicht wegen der besonderen Art der Vereinigung davon abweichen."

*Art. 7* - Artikel L1523-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge "zu dem Gesetzbuch über die Gesellschaften und der auf die VoE anwendbaren Gesetzgebung" durch die Wortfolge "durch das Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen" ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort "Gesellschaftszweck(e)" durch das Wort "Zweck(e)" ersetzt.

3. In Absatz 1 Nummer 5 wird das Wort "Gesellschaftssitz" durch das Wort "Sitz" ersetzt.

4. In Absatz 1 wird folgende Nummer 5.1 eingefügt:

"5.1 die Anschrift des Sitzes;"

5. Absatz 1 Nummer 11 wird wie folgt ersetzt:

"11. die Übernahme des Defizits durch die Gesellschafter, sobald das Nettoaktivvermögen auf einen Betrag von weniger als drei Viertel des Kapitals reduziert wird, wenn die Interkommunale die Form einer Genossenschaft angenommen hat, oder auf den Betrag des satzungsgemäßen unverfügbaren Kapitals, wenn die Interkommunale die Form einer Aktiengesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung angenommen hat;"

6. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Für die Interkommunalen, die die Form einer Genossenschaft angenommen haben, beinhalten die Statuten ebenfalls eine Beschreibung des Genossenschaftszwecks und der Werte der Genossenschaft."

7. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird das Wort "Gesellschaftskapitals" durch das Wort "Kapitals" und das Wort "Gesellschaftssitz" durch das Wort "Sitz" ersetzt.

*Art. 8* - In Artikel L1523-3 desselben Kodex wird das Wort "Gesellschaftssitz" durch das Wort "Sitz" ersetzt.

*Art. 9* - In Artikel L1523-5 Absatz 2 Nummer 4 desselben Kodex wird das Wort "Gesellschaftszwecks" durch das Wort "Zwecks" ersetzt.

*Art. 10* - In Artikel L1523-8 desselben Kodex wird die Wortfolge "Gesellschafts- oder Grundkapitals" durch das Wort "Kapitals" ersetzt.

*Art. 11* - Artikel L1523-10 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 9. März 2007 und 31. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Unbeschadet des § 3 finden die Versammlungen der Organe der Interkommunalen in Präsenzform statt."

2. Folgender § 3 wird eingefügt:

“§ 3 - Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen sich eine Versammlung in Präsenzform für ein oder mehrere Mitglieder oder gegebenenfalls für die Öffentlichkeit aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen als unmöglich oder gefährlich erweist, oder in höchstens 20% der Sitzungen jährlich kann der Vorsitzende des Organs der Interkommunale beschließen, die Versammlung wie folgt abzuhalten:

1. in virtueller Form, wobei alle Mitglieder ausschließlich per Videokonferenz tagen;
2. in hybrider Form, wobei die Mitglieder teils in Präsenzform tagen und teils per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen auf die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Möglichkeiten zurückgegriffen werden kann.

Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen.”

*Art. 12* - Artikel L1523-12 § 1 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wörter “Anzahl” und “Anteile” die Wortfolge “Aktien oder” eingefügt.
2. In Absatz 2 wird zwischen die Wörter “zugeteilten” und “Anteile” die Wortfolge “Aktien oder” eingefügt.

*Art. 13* - In Artikel L1523-14 Nummer 8 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. März 2007, werden folgende Spiegelstriche eingefügt:

- die Organisation von virtuellen und hybriden Sitzungen der Organe der Interkommunale;
- die Modalitäten von virtuellen und hybriden Sitzungen der Organe der Interkommunale;”

*Art. 14* - Artikel L1523-16 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird die Wortfolge “Gesetz vom 17. Juli 1975 über die Buchhaltung und Jahresabrechnung der Unternehmen und seinen” durch die Wortfolge “Buch III Titel 3 Kapitel 2 des Wirtschaftsgesetzbuches, dem Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen und deren” ersetzt.

2. Absatz 5 wird wie folgt ersetzt:

“Dieser Verwaltungsbericht enthält:

1. einen Kommentar zur Jahresabrechnung zur genauen Erklärung des Geschäftsergebnisses und des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft sowie eine Beschreibung der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen sie ausgesetzt ist. Der Verwaltungsbericht enthält gegebenenfalls Verweise auf die in der Jahresabrechnung ausgewiesenen Beträge und zusätzliche Erläuterungen dazu;

2. die Angaben über bedeutende Ereignisse, die nach Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten sind;

3. die Angaben über Umstände, die die Entwicklung der Gesellschaft bedeutend beeinflussen können, sofern die Tatsache, dass diese Angaben gemacht werden, nicht dazu angetan ist, der Gesellschaft ernsthaften Schaden zuzufügen;

4. gegebenenfalls Angaben in Bezug auf die Tätigkeiten im Bereich Forschung und Entwicklung;

5. die Rechtfertigung von Sachverstand in Rechnungslegung und -prüfung von mindestens einem Mitglied des Prüfungsausschusses.”

3. Absatz 6 wird aufgehoben.

*Art. 15* - Im einleitenden Satz von Artikel L1523-19 § 1 desselben Kodex wird zwischen die Wörter “bevorrechtigten” und “Anteile” die Wortfolge “Aktien oder” eingefügt.

*Art. 16* - In Artikel L1523-22 Absatz 1 desselben Kodex wird das Wort “gesellschaftlichen” gestrichen.

*Art. 17* - In Artikel L1523-23 § 1 Absatz 2 desselben Kodex wird die Wortfolge “Artikeln 92, 94, 95, 143, 608, 616, 624 und 874 des Gesetzbuches über die Gesellschaften,” durch die Wortfolge “Artikeln 3: 1, 3: 4, 3: 5, 3: 6, 3: 74, 7: 203, 7: 211, 7: 220 und 15: 1 des Gesetzbuches der Gesellschaften und Vereinigungen” ersetzt.

*Art. 18* - In Artikel L1523-24 § 1 Absatz 2 desselben Kodex wird das Wort “Gesellschaftsgesetzbuch” durch die Wortfolge “Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen” ersetzt.

*Art. 19* - In Artikel L1532-1 § 3 Nummer 1 Absatz 3 desselben Kodex wird die Wortfolge “Gesetzbuches über die Gesellschaften, die auf die Genossenschaften mit beschränkter Haftung” durch die Wortfolge “Gesetzbuches der Gesellschaften und Vereinigungen, die auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, auf die Genossenschaften” ersetzt.

*Art. 20* - Artikel L4112-1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2006, wird folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort “Wahlberechtigung” durch das Wort “Wählerschaft” ersetzt.

2. In § 2 wird das Wort “darf” gestrichen.

3. In § 3 wird die Wortfolge “der Wahlkörper” durch die Wortfolge “die Wählerschaft” ersetzt und die Wortfolge “§ 1 des Titels II des vorliegenden Kodex” gestrichen.

*Art. 21* - Artikel L4112-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 wird die Wortfolge “, auch Wahlregister genannt,” gestrichen und die Wortfolge “die im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen sind” durch die Wortfolge “die im Bevölkerungsregister oder gegebenenfalls im Ausländerregister der Gemeinde eingetragen sind, mit Ausnahme der im Warteregister der Gemeinde eingetragenen Personen” ersetzt.

2. In § 4 wird die Wortfolge “, ein sogenanntes “Wahlregister”,” gestrichen und das Wort “Wahlvorstand” durch das Wort “Wahlbürovorstand” ersetzt.

*Art. 22* - Artikel L4112-5 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge “und Logos” gestrichen.

2. In Absatz 1 wird die Wortfolge “und ggf. durch ein Logo” gestrichen.

3. In Absatz 2 wird der Satz “Es kann ein Logogramm umfassen.” gestrichen und werden die Sätze “Es setzt sich aus höchstens 25 Schriftzeichen zusammen. Es kann aus Buchstaben, Zahlen oder Schriftzeichen bestehen.” eingefügt.

4. Absatz 3 wird aufgehoben.

5. Absatz 4 wird aufgehoben.

*Art. 23* - In der Überschrift von Artikel L4112-7 desselben Kodex wird das Wort “Wahlbürovorstände” durch das Wort “Wahlvorstände” ersetzt.

*Art. 24* - Artikel L4112-8 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird das Wort "Wahlvorstand" durch das Wort "Wahlbürovorstand" ersetzt.
2. In Absatz 4 wird das Wort "Zählvorstand" durch das Wort "Zählbürovorstand" ersetzt.

*Art. 25* - Artikel L4112-10 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "der Treffen, Versammlungen, Ansprachen," und "Aufmärsche sowie" die Wortfolge "Verteilungen von Flugblättern," eingefügt.
2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"Die Wahlkampagne endet am Vortag der Wahlen um 22 Uhr. Jedoch können die Kandidaten, Listen und politischen Parteien bis einschließlich zum Wahltag Botschaften über jegliche elektronischen Kommunikationsmittel verbreiten oder verbreiten lassen."

*Art. 26* - Artikel L4112-14 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Nummer 4 wird zwischen das Wort "Bürgermeister" und das Semikolon die Wortfolge "oder sein Beauftragter" eingefügt.
2. In § 2 Nummer 9 wird die Wortfolge "oder die Person, die er bezeichnet" gestrichen.
3. In § 2 Nummer 11 wird die Angabe "Artikel L4211-6 § 1" durch die Angabe "Artikel L4141-2" ersetzt.
4. In § 3 Nummer 2 wird das Wort "Überbringer" durch das Wort "Anmelder" ersetzt.

*Art. 27* - Artikel L4112-16 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "durch den vorliegenden Kodex organisierte" gestrichen.
2. In Absatz 4 wird zwischen das Wort "anmeldet" und den Punkt die Wortfolge ", ohne zwangsläufig selbst Kandidat zu sein" eingefügt.

*Art. 28* - Artikel L4112-17 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"Art. L4112-17 - Wahldokumente.

Ein Wahldokument ist jedes offizielle Dokument, das im Rahmen der Wahlverrichtungen von Wählern, Kandidaten und Wahloperatoren verwendet wird.

Die Wahlaufforderung ist das Dokument, das die Wähler einer Gemeinde in den Tagen vor der Wahl erhalten und das unter anderem den Wahltag und das Wahllokal, in dem der Wähler seine Stimme abgeben muss, sowie die Öffnungs- und Schließzeiten der Wahlbüros aufführt.

Die Vollmacht ist das Dokument, durch das der "Vollmachtgeber" genannte Wähler, der es wünscht, einem anderen "Bevollmächtigten" genannten Wähler erlaubt, in den durch das vorliegende Buch vorgesehenen Grenzen in seinem Namen und in seinem Auftrag zu wählen."

*Art. 29* - In Artikel L4112-21 desselben Kodex wird folgender § 3 eingefügt:

"§ 3 - Das endgültige Ergebnis ist das Ergebnis der Wahl, wenn diese gemäß Titel IV Kapitel VI des vorliegenden Buches für gültig erklärt wurde."

*Art. 30* - In Artikel L4112-23 Nummer 3 desselben Kodex wird die Wortfolge "zum Wahl- oder Zählbüro oder" gestrichen.

*Art. 31* - In Artikel L4112-26 Nummer 1 desselben Kodex wird das Wort "Wahlregister" durch das Wort "Wahldokument" ersetzt.

*Art. 32* - Artikel L4121-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Nummer 1 Absatz 2 wird zwischen die Wortfolge "der Europäischen Union" und das Wort "berechtigt" die Wortfolge "oder von Drittländern" eingefügt.
2. In § 1 Nummer 3 wird die Angabe "31. Juli" jeweils durch die Angabe "1. August" ersetzt.
3. § 2 wird aufgehoben.
4. § 3 wird aufgehoben.
5. § 4 wird aufgehoben.

*Art. 33* - Artikel L4121-3 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2012 und das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1° wer eine geschützte Person ist, die aufgrund von Artikel 492/1 des früheren Zivilgesetzbuchs und in Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Mai 2014 über die Internierung ausdrücklich für unfähig erklärt worden ist, ihre politischen Rechte auszuüben."

2. Folgender § 7 wird eingefügt:

"§ 7 - Die Zweckbestimmung der in § 2 Absatz 2 genannten Datenverarbeitung ist folgende: dem Gemeindekollegium ermöglichen, das Wählerverzeichnis zu erstellen und seine Aktualisierungen zu gewährleisten."

*Art. 34* - Die Überschrift von Teil vier Buch I Titel II Kapitel II desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"Kapitel II - Wählerregister"

*Art. 35* - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 1 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird durch folgenden Abschnitt, der die Artikel L4122-1 bis L4122-3 umfasst, ersetzt:

"Abschnitt 1 - Aufstellung des Wählerregisters

Art. L4122-1 - § 1 - Am 1. August des Jahres, im Laufe dessen die ordentliche Erneuerung der Gemeinderäte stattfindet, erstellt das Gemeindekollegium das an demselben Datum aktualisierte Wählerregister. Zu diesem Zweck kann das Gemeindekollegium den Föderalen Öffentlichen Dienst Inneres beauftragen, ihm kostenlos die Daten der in § 2 genannten Personen zur Verfügung zu stellen. Die vom Föderalen Öffentlichen Dienst Inneres zur Verfügung gestellten Daten werden vernichtet, sobald die Wahl für gültig oder ungültig erklärt worden ist.

§ 2 - Dieses Register umfasst:

1. die Gesamtheit der Personen, die die in Artikel L4121-1 aufgeführten Wahlberechtigungsbedingungen erfüllen;
2. die Personen, die zwischen dem 1. August und dem Datum der Wahl einschließlich das Alter von achtzehn Jahren erreicht haben werden;
3. die Personen, deren Wahlrecht zwischen dem 1. August und dem Datum der Wahl einschließlich, nicht mehr ausgesetzt sein wird.

§ 3 - Das Wählerregister gibt den Namen, die Vornamen, das Geburtsdatum, das Geschlecht, den Hauptwohrtort und die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen an.

Für die Personen, die aufgrund der Artikel 1bis oder 1ter des Gemeindewahlgesetzes als Wähler zugelassen worden sind, wird im Wählerregister ihre Staatsangehörigkeit vermerkt. Außerdem sind die Felder in Bezug auf diese Wähler blau gefärbt.

§ 4 - Die Zweckbestimmungen des Wählerregisters sind folgende:

1. die Gesamtheit der Personen, die die Wählereigenschaft besitzen, auflisten und eindeutig identifizieren, um sie zur Wahl aufzufordern;
2. die in Artikel L4122-6 § 1 Absatz 1 erwähnten Verzeichnisse erstellen können und somit die Bestimmung der Vorsitzenden, Beisitzer und stellvertretenden Beisitzer der Wahl- und Zählbürovorstände sowie die Bestimmung des Vorsitzenden des Gemeindevorstands in dem in Artikel L4125-3 § 2 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Fall ermöglichen;
3. die Ausstellung von Exemplaren des Wählerregisters an Parteien, Listen und Kandidaten im Hinblick auf die Durchführung von Wahlpropagandaaktionen ermöglichen;
4. die Abstimmungsregister erstellen und den Mitgliedern der Wahlbürovorstände die Überprüfung, dass zum einen nur die Wähler ihre Stimmen abgeben und zum anderen diese nur ein einziges Mal wählen, ermöglichen;
5. Mehrfachkandidaturen gemäß Artikel L4142-17 kontrollieren;
6. prüfen, ob die Kandidatenlisten die Vorschriften des Artikels L4142-7 § 1 Absatz 1 Nummer 2 erfüllen;
7. überprüfen, dass von den nichtbelgischen Wählern, die für die Gemeindewahlen kandidieren, nur diejenigen kandidieren, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen;
8. die Verwendung im Rahmen einer Verwaltungsuntersuchung, wenn ein Einspruch gegen die Wahl eingereicht wird, ermöglichen;
9. die Verwendung im Falle einer gerichtlichen Ermittlung oder Untersuchung ermöglichen.

Art. L4122-2 - § 1 - Das Wählerregister wird gemäß einer durchlaufenden Nummerierung pro Gemeinde und gegebenenfalls pro Gemeindesektion erstellt. Das Gemeindegremium beruft die im Bevölkerungsregister an derselben Anschrift eingetragenen Personen in demselben Wahlzentrum ein.

In Gemeinden, in denen Sektorenwahlen organisiert werden, wird das erwähnte Register durch die Gemeinde auf der Grundlage einer Aufteilung nach den Sektoren erstellt.

§ 2 - Sobald das Wählerregister erstellt ist, veröffentlicht das Gemeindegremium eine entsprechende Bekanntmachung an den üblichen Aushangstellen und auf der Website der Gemeinde. Die Bekanntmachung gibt die Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung und die in den Artikeln L4122-10 bis L4122-12 vorgesehenen Beschwerde- und Einspruchsverfahren an.

Sobald die Bekanntmachung veröffentlicht ist, darf jede Person überprüfen, ob sie selbst oder jegliche andere Person im Register vermerkt oder richtig angegeben ist. Jede Person, die der Meinung ist, dass sie unberechtigterweise eingetragen, ausgelassen oder aus dem Wählerregister gestrichen worden ist oder für die die vorgeschriebenen Angaben in diesem Register falsch wiedergegeben sind, kann gemäß den in den Artikeln L4122-10 und folgende festgelegten Modalitäten bis zum zwölften Tag vor dem Wahltag Beschwerde beim Gemeindegremium einlegen.

Art. L4122-3 - Das Gemeindegremium kann einem Leistungserbringer die Erstellung der Wählerregister und der Abstimmungsregister anvertrauen.

Der Druck und die Verbreitung der Wählerregister und der Abstimmungsregister erfolgen unter der Aufsicht des Gemeindegremiums. Dieses bleibt vollständig verantwortlich für die Richtigkeit und die korrekte Verbreitung dieser Register."

Art. 36 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 2 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird durch den folgenden Abschnitt, der die Artikel L4122-4 und L4122-5 umfasst, ersetzt:

"Abschnitt 2 - Kontrolle und Aktualisierung des Wählerregisters

Unterabschnitt 1 - Kontrolle des Wählerregisters

Art. L4122-4 - § 1 - Sobald das Wählerregister erstellt wurde, übermittelt die Gemeinde der Regierung oder der von ihr beauftragten Person ein Exemplar ihres Registers.

§ 2 - Sobald die Gesamtheit der Wählerregister erhalten wurde, kontrolliert die Regierung oder die von ihr beauftragte Person die Wählerregister, um zu überprüfen, ob Personen aus welchem Grund auch immer in mehreren Registern aufgeführt sind.

Wenn ein Wähler in mehreren Registern aufgeführt ist, benachrichtigt die Regierung oder die von ihr beauftragte Person die betroffenen Gemeinden. Diese beraten sich und nehmen umgehend die notwendigen Abänderungen vor.

Streicht das Gemeindegremium einen Wähler aus dem Wählerregister, teilt es dies dem betroffenen Wähler mit, indem es ihn über die in Artikel L4122-10 und folgende vorgesehenen Einspruchsmöglichkeiten informiert.

Die betroffenen Gemeinden übermitteln der Regierung oder der von ihr beauftragten Person die korrigierte Fassung ihres Registers.

§ 3 - Nachdem die Regierung oder die von ihr beauftragte Person die Gesamtheit der Wählerregister erhalten hat, bestätigt sie jedes Register mittels elektronischer Signatur.

Die Regierung oder die von ihr beauftragte Person übermittelt umgehend der betroffenen Gemeinde ein bestätigtes Exemplar des Registers.

§ 4 - Die Zweckbestimmung der in den §§ 1 bis 3 genannten Vorgänge ist folgende: die Wählerregister kontrollieren und bestätigen.

Die Kontrollvorgänge des Wählerregisters dienen dazu, die Richtigkeit der Eintragungen im Wählerregister zu überprüfen und sicherzustellen, dass ein und derselbe Wähler nicht mehr als ein einziges Mal wählen kann.

Die Bestätigungsvorgänge des Wählerregisters dienen dazu, die Richtigkeit der Eintragungen im Wählerregister vor der Durchführung der in Artikel L4123-1 genannten Vorgänge zur Aufteilung der Wähler in Wahlsektionen zu bestätigen.

Unterabschnitt 2 - Aktualisierung des Wählerregisters

Art. L4122-5 - Werden aus dem Wählerregister gestrichen:

1. die Wähler, die zwischen dem Datum des Abschlusses des Wählerregisters und dem Wahltag nicht mehr im Bevölkerungsregister eingetragen sind;

2. die Wähler, die innerhalb desselben Zeitraums die belgische Staatsangehörigkeit verloren haben und dennoch in den Bevölkerungsregistern einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets eingetragen bleiben;
3. die Wähler, gegen die innerhalb desselben Zeitraums ein Urteil oder ein Entscheid ausgesprochen wird, der für sie entweder den Ausschluss vom Wahlrecht oder eine Aussetzung dieses Rechts zur Folge hat;
4. die Personen, die innerhalb desselben Zeitraums infolge eines Entscheids des Appellationshofes oder eines Beschlusses des Gemeindegremiums nicht mehr als Wähler aufgenommen werden müssen.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Personen können wieder ins Wählerregister eingetragen werden, indem sie eine Beschwerde gegen das Register gemäß Artikel L4122-10 und folgende einreichen oder sie dem Gemeindegremium ein beweiskräftiges Dokument vorlegen, das eine sofortige Neueinschreibung ins Register erlaubt.

§ 2 - Werden dem Wählerregister hinzugefügt:

1. die Personen, die infolge eines Entscheids des Appellationshofes oder eines Beschlusses des Gemeindegremiums als Wähler der Gemeinde-, Provinzial- oder Sektorenratswahl aufgenommen werden, und zwar bis zum Tag vor der Wahl;
2. die Personen, die bis spätestens am Tag der Wahl die belgische Staatsangehörigkeit erwerben und die Wahlberechtigungsbedingungen gemäß Artikel L4121-1 § 1 Nummern 2, 3 und 4 erfüllen.“

Art. 37 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 3 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 21. November 2016 und 26. Februar 2018, wird durch folgenden Abschnitt, der die Artikel L4122-6 bis L4122-9 umfasst, ersetzt:

„Abschnitt 3 - Verwendung des Wählerregisters

Art. L4122-6 - § 1 - Das Gemeindegremium erstellt auf der Grundlage des Wählerregisters zwei Verzeichnisse:

1. Das erste Verzeichnis umfasst die Wähler, die in das Amt des Vorsitzenden des Wahl- oder Zählbürovorstands eingesetzt werden können.
2. Das zweite Verzeichnis umfasst die Wähler, die als Beisitzer oder Ersatzbeisitzer eines Wahl- oder Zählbürovorstands bestimmt werden können.

Das in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Verzeichnis umfasst zwölf Namen pro Vorstand.

Die öffentlichen Behörden, die Bedienstete beschäftigen, die Inhaber eines Diploms sind, das Zugang zu einem Amt der Stufen I oder II+ in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt, teilen den Gemeindeverwaltungen, in denen diese Bediensteten ihren Hauptwohrt haben, den Namen, die Vornamen, den Hauptwohrt, die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen und die Diplomstufe ihrer Bediensteten mit. Die Zweckbestimmung dieser Mitteilung ist folgende: dem Gemeindegremium die Erstellung des in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Verzeichnisses ermöglichen im Hinblick auf die gemäß Artikel L4125-5 § 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 und § 2 Absatz 1 Nummern 1 und 2 vorzunehmenden Bestimmungen sowie, ausschließlich was die Bediensteten der Stufe I betrifft, auf die gemäß Artikel L4125-3 § 2 Absatz 1 Nummer 4 vorzunehmenden Bestimmungen.

Die öffentlichen Behörden, die Bedienstete beschäftigen, die Inhaber eines Diploms sind, das Zugang zu einem Amt der Stufen II, III oder IV in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt, teilen den Gemeindeverwaltungen, in denen diese Bediensteten ihren Hauptwohrt haben, den Namen, die Vornamen, den Hauptwohrt, die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen und die Diplomstufe ihrer Bediensteten mit. Die Zweckbestimmung dieser Mitteilung ist folgende: dem Gemeindegremium die Erstellung des in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Verzeichnisses ermöglichen im Hinblick auf die in Artikel L4125-5 § 2 Absatz 1 Nummern 3 und 4 erwähnten vorzunehmenden Bestimmungen der Beisitzer und Ersatzbeisitzer der Wahl- und Zählbürovorstände.

Die in den Absätzen 3 und 4 erwähnten öffentlichen Behörden sind die Deutschsprachige Gemeinschaft, der Föderalstaat, die Wallonische Region, die Provinz Lüttich, die Gemeinden, die öffentlichen Sozialhilfezentren, die Interkommunalen sowie die Einrichtungen öffentlichen Interesses, die gegebenenfalls unter das Gesetz vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses fallen.

§ 2 - Diese Verzeichnisse werden dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands am 10. September übermittelt. Dieser übermittelt sie gemäß Artikel L4125-5 § 4 seinerseits dem Vorsitzenden des Kantonsvorstands.

Art. L4122-7 - § 1 - Ab der Bestätigung des Wählerregisters durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 und bis zu sieben Tage nach diesem Datum kann jede politische Partei mit einer regionalen oder provinziellen laufenden Nummer einen Antrag an die Regierung oder die von ihr beauftragte Person stellen, um über ein Exemplar des Wählerregisters zu verfügen.

Zum Zeitpunkt der Anfrage verpflichtet sich die politische Partei:

1. bei den Gemeindewahlen zu kandidieren;
2. eine laufende Nummer nach der regionalen oder provinziellen Auslosung zu erhalten;
3. die demokratischen Grundsätze, die in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten einzuhalten;
4. die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) einzuhalten;
5. das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten einzuhalten.

Die Zweckbestimmung der Ausstellung von Exemplaren des Wählerregisters ist folgende: den Kandidaten die Durchführung von Wahlpropagandaaktionen ermöglichen.

§ 2 - Die Regierung legt das Muster der Anfrage fest.

§ 3 - Die Ausstellung des Registers erfolgt auf einem Träger, dessen Format durch die Regierung festgelegt wird.

Sie erfolgt ab der Bestätigung des Registers durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 und bis zu sieben Tage nach diesem Datum.

§ 4 - Die politische Partei verteilt die erhaltenen Exemplare innerhalb der Listenverbindungen. Schlägt die Listenverbindung keine Kandidaten vor, dürfen die Kandidaten unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen, selbst nicht zu Wahlzwecken.

Ein einer Listenverbindung ausgestelltes Exemplar kommt allen Kandidaten der Liste zugute. Wird einer dieser Kandidaten später aus der Kandidatenliste gestrichen, darf er unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen, selbst nicht zu Wahlzwecken.

Die Kandidaten dürfen die erhaltenen Exemplare nicht an Dritte weitergeben.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare des Registers dürfen nur zu Wahlzwecken verwendet werden, und ausschließlich während des Zeitraums zwischen dem Datum der Aushändigung des Registers und dem Datum der Wahl unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen.

§ 5 - Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare des Registers führen die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen nicht an.

Art. L4122-8 - § 1 - Ab der Bestätigung des Wählerregisters durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 kann der Anmelder einer Kandidatenliste, die über keine regionale oder provinzielle laufende Nummer verfügt, im Auftrag der Kandidatenliste einen Antrag an das Gemeindegremium stellen, um über ein Exemplar des Wählerregisters zu verfügen.

Zum Zeitpunkt der Anfrage verpflichtet sich der Anmelder, dass die Kandidaten:

1. bei den Gemeindevahlen kandidieren;
2. die demokratischen Grundsätze, die in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten einhalten;
3. die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) einhalten;
4. das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten einhalten.

Die Zweckbestimmung der Ausstellung von Exemplaren des Wählerregisters ist folgende: den Kandidaten die Durchführung von Wahlpropagandaaktionen ermöglichen.

§ 2 - Die Regierung legt das Muster der Anfrage fest.

§ 3 - Die Ausstellung des Registers erfolgt auf einem Träger, dessen Format durch die Regierung festgelegt wird.

§ 4 - Das Gemeindegremium stellt dem Anmelder das Exemplar des Wählerregisters aus.

Bei der Aushändigung überprüft das Gemeindegremium, ob der Anmelder tatsächlich diese Eigenschaft besitzt.

§ 5 - Das dem Anmelder durch das Gemeindegremium ausgestellte Exemplar kommt allen Kandidaten der Liste zugute.

Schlägt die Liste keine Kandidaten bei den Gemeindevahlen vor, dürfen die Kandidaten unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen, selbst nicht zu Wahlzwecken.

Wird ein Kandidat nachträglich aus der Kandidatenliste gestrichen, darf er unter Androhung der in Artikel L4162-4 festgelegten strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen.

Die Kandidaten dürfen die erhaltenen Exemplare nicht an Dritte weitergeben.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare des Registers dürfen nur zu Wahlzwecken verwendet werden, und ausschließlich während des Zeitraums zwischen dem Datum der Aushändigung des Registers und dem Datum der Wahl unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen.

§ 6 - Unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen darf das Gemeindegremium Exemplare des Wählerregisters ausschließlich Personen aushändigen, die dies beantragt haben.

§ 7 - Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgehändigten Exemplare des Registers führen die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen nicht an.

Art. L4122-9 - Ab der Bestätigung des Wählerregisters durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 kann die Gemeindeverwaltung dem unterzeichneten Wähler, dem vorgestellten Kandidaten oder dem Anmelder einen Auszug dieses Registers aushändigen, aus dem hervorgeht, dass dieser Wähler in der Gemeinde ist. Auf Anfrage hin kann die Gemeindeverwaltung das in Artikel L4142-4 § 6 Absatz 1 Nummer 10 erwähnte Zertifikat bereitstellen."

Art. 38 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 4 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird durch folgenden Abschnitt, der die Artikel L4122-10 bis L4122-31 umfasst, ersetzt:

"Abschnitt 4 - Einspruch gegen das Wählerregister

Art. L4122-10 - Ab dem Datum, an dem das Wählerregister abgeschlossen ist, kann jede Person, die sich als unberechtigterweise eingetragen, ausgelassen oder aus dem Wählerregister gestrichen erachtet oder für die die in Artikel L4122-1 § 3 vorgeschriebenen Angaben in diesem Register falsch wiedergegeben sind, bis zum zwölften Tag vor dem Wahltag Beschwerde beim Gemeindegremium einlegen.

Art. L4122-11 - Ab dem Datum, an dem das Wählerregister abgeschlossen ist, kann jede die Wahlberechtigungsbedingungen erfüllende Person im Wahlkreis, in dem die Gemeinde gelegen ist, in der sie in dem Wählerregister eingetragen ist, gegen Eintragungen, Streichungen oder Auslassungen von Namen in diesem Register oder gegen jegliche Unrichtigkeit in den in Artikel L4122-1 § 3 vorgeschriebenen Angaben bis zum zwölften Tag vor dem Wahltag Beschwerde beim Gemeindegremium einlegen.

Art. L4122-12 - Die in den Artikeln L4122-10 oder L4122-11 erwähnte Beschwerde wird durch einen Antrag eingereicht. Dieser wird zusammen mit allen Belegen, die der Antragsteller verwenden möchte, gegen Empfangsbescheinigung bei der Gemeindeverwaltung eingereicht oder per Einschreiben an das Gemeindegremium gerichtet.

Das Personalmitglied der Gemeinde, das die Beschwerde entgegennimmt, trägt sie am Empfangstag in ein Sonderregister ein und stellt eine Empfangsbescheinigung über die Beschwerde aus. Das Personalmitglied legt für jede Beschwerde eine Akte an, nummeriert und paraphiert die hinterlegten Belege und trägt sie mit ihrer laufenden Nummer in das jeder Akte beigefügte Inhaltsverzeichnis ein.

Art. L4122-13 - Erklärt der Betreffende, er sei zu schreiben außerstande, kann die Beschwerde mündlich erfolgen. Sie wird vom Generaldirektor oder von seinem Beauftragten entgegengenommen.

Das Personalmitglied der Gemeinde, das die Beschwerde entgegennimmt, verfasst umgehend darüber ein Protokoll, in dem es feststellt, dass der Betreffende ihm erklärt hat, er sei zu schreiben außerstande.

In diesem Protokoll werden die von dem Betreffenden geltend gemachten Beschwerdegründe aufgeführt. Das Personalmitglied der Gemeinde datiert und unterzeichnet dieses Protokoll und nach Vorlesung händigt es dem Betreffenden eine Abschrift davon aus.

Danach erledigt das Personalmitglied der Gemeinde die in Artikel L4122-12 Absatz 2 vorgesehenen Formalitäten.

Art. L4122-14 - Die Gemeindeverwaltung fügt der Akte kostenlos bei:

1. eine Abschrift beziehungsweise einen Auszug der sämtlichen in ihrem Besitz befindlichen amtlichen Unterlagen, auf die der Antragsteller sich beruft, um eine Abänderung des Wählerregisters zu begründen;

2. alle in ihrem Besitz befindlichen amtlichen Unterlagen, die zur Bekräftigung der vom Betreffenden geltend gemachten Beschwerdegründe dienen können, die in dem in Artikel L4122-13 vorgesehenen Protokoll aufgenommen sind.

Art. L4122-15 - Im Beschwerdenverzeichnis werden Ort, Tag und Uhrzeit der Sitzung angegeben, während derer die Sache behandelt wird.

Dieses Verzeichnis wird mindestens vierundzwanzig Stunden vor der Sitzung in der Gemeindeverwaltung ausgehängt, wo jeder es einsehen und kopieren kann.

Die Gemeindeverwaltung notifiziert umgehend und mit allen Mitteln dem Antragsteller und gegebenenfalls jeder betroffenen Partei das Datum, an dem die Beschwerde untersucht wird.

In dieser Notifizierung wird ausdrücklich und wortwörtlich angegeben, dass gemäß Artikel L4122-18 § 1 Absätze 2 und 4 gegen den zu treffenden Beschluss ausschließlich während der Sitzung Berufung eingelegt werden kann.

Art. L4122-16 - Während der in Artikel L4122-15 vorgesehenen Frist werden die Beschwerdeakte und der in Artikel L4122-17 Absatz 2 erwähnte Bericht zur Verfügung der Parteien, ihrer Rechtsanwälte oder ihrer Bevollmächtigten gestellt.

Art. L4122-17 - Das Gemeindegremium entscheidet innerhalb einer Frist von vier Tagen ab dem Datum des Einreichens der Beschwerde oder des in den Artikeln L4122-12 und L4122-13 erwähnten Protokolls und auf jeden Fall vor dem siebten Tag vor dem Wahltag über jede Beschwerde.

Es entscheidet in öffentlicher Sitzung auf den Bericht eines Mitglieds des Kollegiums hin und nach Anhörung der Parteien, ihrer Rechtsanwälte oder ihrer Bevollmächtigten, falls sie erscheinen.

Art. L4122-18 - § 1 - Für jeden einzelnen Fall wird getrennt ein mit Gründen versehener Beschluss gefasst, in dem der Name des Berichterstatters und der anwesenden Mitglieder angegeben wird. Er wird in ein Sonderregister eingetragen.

Der Vorsitzende des Kollegiums fordert die Parteien, ihre Rechtsanwälte oder ihre Bevollmächtigten auf, in dem im vorigen Absatz erwähnten Register eine Berufungserklärung zu unterzeichnen, falls sie dies wünschen.

Es wird davon ausgegangen, dass nicht erschienene Parteien den vom Kollegium gefassten Beschluss annehmen.

In Ermangelung einer von den anwesenden oder vertretenen Parteien unterzeichneten Berufungserklärung ist der Beschluss des Kollegiums endgültig. Der endgültige Charakter des Beschlusses wird in dem in Absatz 1 erwähnten Sonderregister vermerkt und ein Beschluss zur Abänderung des Wählerregisters wird umgehend zur Ausführung gebracht.

Der Beschluss des Kollegiums wird in der Gemeindeverwaltung hinterlegt, wo jeder ihn kostenlos einsehen kann.

Die Berufung gegen einen Beschluss des Kollegiums schiebt jede Abänderung des Wählerregisters auf.

§ 2 - Die Zweckbestimmung des in § 1 Absatz 1 erwähnten Sonderregisters der Beschwerden ist folgende: im Rahmen der Verwaltungsuntersuchung von Einsprüchen gegen die Wahl gemäß Artikel L4146-5 Absatz 2 verwendet werden können.

Die im Sonderregister der Beschwerden eingetragenen personenbezogenen Daten sind der Name, die Vornamen, die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen, das Alter, der Hauptwohrtort und die Staatsangehörigkeit der Beschwerdeführer. Diese Daten werden bis zum Ablauf der in Artikel L4161-1 festgelegten Verjährungsfrist aufbewahrt.

Art. L4122-19 - Der Bürgermeister übermittelt unverzüglich dem Appellationshof mit allen Mitteln eine Ausfertigung der Beschlüsse des Kollegiums, gegen die Berufung eingelegt worden ist, und alle Unterlagen, die die Streitfälle betreffen.

Die Parteien werden innerhalb von fünf Tagen nach Eingang der Akte und auf jeden Fall vor dem Tag, der dem Wahltag vorangeht, aufgefordert, vor Gericht zu erscheinen. Sie können der für die Untersuchung der Sache bestimmten Kammer ihre Schlussanträge schriftlich übermitteln.

Art. L4122-20 - Ordnet der Gerichtshof eine Zeugenvernehmung an, kann er einen Friedensrichter damit beauftragen.

Art. L4122-21 - Erfolgt die Zeugenvernehmung vor dem Gerichtshof, informiert der Greffier die Parteien mindestens vierundzwanzig Stunden im Voraus über den festgelegten Tag und die zum Nachweis anstehenden Begebenheiten.

Art. L4122-22 - Die Zeugen können freiwillig erscheinen, ohne ihren Anspruch auf Zeugengebühr zu verlieren. Sie erscheinen auf einfache Vorladung. Sie leisten den Eid wie bei Korrekionalverfahren.

Falls sie nicht erscheinen oder falsch aussagen, werden sie wie in Korrekionalsachen verfolgt und bestraft.

Nicht erscheinenden Zeugen angedrohte Strafen werden jedoch vom Gerichtshof oder vom Magistrat, der die Zeugenvernehmung durchführt, ohne Antrag der Staatsanwaltschaft angewandt.

Art. L4122-23 - Bei Zeugenvernehmungen in Wahlangelegenheiten darf kein Zeuge in Anwendung des Artikels 937 des Gerichtsgesetzbuches zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert werden.

Verwandte oder Verschwägte einer der Parteien bis zum dritten Grad einschließlich dürfen nicht als Zeuge angehört werden.

Art. L4122-24 - Die Verhandlungen vor dem Gerichtshof sind öffentlich.

Art. L4122-25 - Bei der öffentlichen Sitzung erteilt der Kammerpräsident den Parteien, die sich von einem Rechtsanwalt vertreten und beistehen lassen können, das Wort.

Nach Anhörung der Stellungnahme des Generalprokurators entscheidet der Gerichtshof umgehend durch einen Entscheid, der gemäß den durch das Gesetz festgelegten Modalitäten veröffentlicht wird. Er wird bei der Kanzlei des Gerichtshofs hinterlegt, wo die Parteien ihn kostenlos einsehen können.

Der Tenor des Entscheids wird umgehend und mit allen Mitteln dem Gemeindegremium, das den Beschluss getroffen hat, gegen den Berufung eingelegt worden ist, und den anderen Parteien von der Staatsanwaltschaft notifiziert.

Wenn er eine Abänderung des Wählerregisters zur Folge hat, wird der Entscheid umgehend zur Ausführung gebracht.

Art. L4122-26 - Der Gerichtshof entscheidet über die Berufung sowohl in Abwesenheit als auch in Anwesenheit der Parteien. Alle Entscheide des Gerichtshofes gelten als kontradiktorische Entscheide; gegen sie kann kein Rechtsmittel eingelegt werden.

Art. L4122-27 - In einem von mehreren Antragstellern eingereichten Antrag wird nur ein Wohnsitz bestimmt. Mangels dessen wird davon ausgegangen, dass die Antragsteller ihren Wohnsitz beim erstgenannten Antragsteller bestimmt haben.

Art. L4122-28 - Die Zeugengebühr wird wie in Strafsachen geregelt.

Art. L4122-29 - Die Parteien strecken die Kosten vor.

Bei der Veranschlagung der Kosten werden nicht nur die eigentlichen Verfahrenskosten berücksichtigt, sondern auch die Kosten für die Unterlagen, die die Parteien im Wahlstreitfall zur Begründung ihrer Forderungen beibringen mussten.

Art. L4122-30 - Die Kosten gehen zulasten der unterlegenen Partei. Wenn jede der Parteien in einigen Punkten unterliegt, können die Kosten kompensiert werden.

Sind die Forderungen der Parteien nicht offensichtlich unbegründet, kann der Gerichtshof jedoch die Kosten ganz oder teilweise der Staatskasse auferlegen.

Art. L4122-31 - Die Greffiere der Appellationshöfe übermitteln den Gemeindeverwaltungen eine Abschrift der Entscheide."

Art. 39 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 5 desselben Kodex, der die Artikel L4122-31 bis L4122-35 umfasst, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

Art. 40 - Artikel L4123-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "Gemeinde werden" und "in Wahlsektionen" die Wortfolge "gegebenenfalls in Sektoren und anschließend" eingefügt.

2. § 1 Absatz 2 wird aufgehoben.

3. § 1 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

4. In § 2 Absatz 1 wird zwischen das Wort "Wahlkanton" und die Wortfolge "in Sektionen" die Wortfolge "gemäß einer geografischen Verteilungsmethode" eingefügt.

5. § 4 wird aufgehoben.

Art. 41 - Artikel L4123-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "Wahlregister genanntes Wählerregister" durch das Wort "Abstimmungsregister" ersetzt und der Satz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Die Zweckbestimmung der Abstimmungsregister ist folgende: den Mitgliedern der Wahlbürovorgstände die Überprüfung, dass zum einen nur die Wähler ihre Stimmen abgeben und zum anderen diese nur ein einziges Mal wählen, ermöglichen."

2. In § 1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Das Abstimmungsregister gibt den Namen, die Vornamen, das Geburtsdatum, den Hauptwohnsitz, die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen und die Nummer, unter der der Wähler im Wählerregister eingetragen ist, an.

Für die Wähler, die aufgrund von Artikel 1bis oder 1ter des Gemeindegewahlgesetzes zugelassen worden sind, wird im Abstimmungsregister ihre Staatsangehörigkeit vermerkt. Außerdem sind die Felder in Bezug auf diese Wähler blau gefärbt."

3. In § 2, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird die Wortfolge "zwei Exemplare der gesamten Wahlregister" durch die Wortfolge "ein Exemplar der gesamten Abstimmungsregister" ersetzt und folgender Satz eingefügt:

"Die Regierung oder die von ihr beauftragte Person bestätigt jedes Register mittels elektronischer Signatur."

4. In § 3 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird das Wort "Wahlregister" durch das Wort "Abstimmungsregister" ersetzt.

5. § 3 Absatz 2 wird aufgehoben.

6. In § 4, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird das Wort "Wahlvorgstände" jeweils durch das Wort "Wahlbürovorgstände" und das Wort "Wahlregister" durch das Wort "Abstimmungsregister" ersetzt.

Art. 42 - Die Überschrift von Teil vier Buch I Titel II Kapitel IV desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL IV - WAHLAUFFORDERUNG"

Art. 43 - Artikel L4124-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird die Angabe "Artikel L4122-9 und L4122-10" durch die Wortfolge "den Artikeln L4122-10 und folgende" ersetzt.

2. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "gemäß den für Bekanntmachungen üblichen Formen und Zeiten in" durch die Wortfolge "an den üblichen Aushangstellen und auf der Website" und die Wortfolge "im Gemeindegewaltariat" durch die Wortfolge "in der Gemeindeverwaltung" ersetzt.

3. In § 4 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird Satz 2 gestrichen.

4. In § 4 Absatz 2 wird die Wortfolge "im Gemeindegewaltariat" durch die Wortfolge "in der Gemeindeverwaltung" ersetzt.

5. In § 5 Absatz 1 wird die Angabe "Artikel L4122-4" durch die Angabe "Artikel L4122-1" ersetzt.

6. In § 5 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Die Stimmabgabe erfolgt in der Gemeinde, in deren Wählerregister der Wähler eingetragen ist.

Gemäß Absatz 1 und Artikel L4143-20 § 2 Absatz 3 ist die Zweckbestimmung der Aufforderung die folgende: alle in Wählerregister eingetragenen Personen zur Wahl aufrufen und den Mitgliedern der Wahlbürovorgstände am Tag der Wahl ermöglichen, die Wähler eindeutig zu identifizieren."



7. In § 6 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird Satz 2 gestrichen.

8. § 6 Absatz 2 wird aufgehoben.

9. In § 6 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird zwischen die Wortfolge "im Wählerregister steht," und das Wort "an" die Wortfolge "und die Unterlagen, über die er am Wahltag verfügen muss," eingefügt.

10. § 6 Absätze 5 und 6 werden aufgehoben.

11. In § 6 wird folgender Absatz 7 eingefügt:

"Auf der Rückseite der Wahlaufforderung werden folgende Informationen angegeben:

1. die Anweisungen für die Wähler, die ihre Stimme in Person abgeben;
2. die Anweisungen für die Wähler, die ihre Stimme mittels Vollmacht abgeben."

Art. 44 - In Artikel L4124-2 desselben Kodex wird die Wortfolge "unter Beachtung der in Artikel L4122-8 § 1 1° und 2° vorgesehenen Modalitäten" gestrichen.

Art. 45 - Artikel L4125-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "aus Beisitzern und Ersatzbeisitzern" durch die Wortfolge "aus vier Beisitzern und vier Ersatzbeisitzern" ersetzt.

2. § 3 wird wie folgt ersetzt:

"§ 3 - Die Kreisvorstände, die Kantonsvorstände, die Wahlbürovorstände und die Zählbürovorstände nehmen unterschiedliche Aufgaben wahr.

Die Kreisvorstände legen die Kandidatenliste fest und bearbeiten die diesbezüglichen Streitigkeiten, stellen die Stimmzettel auf und lassen diese drucken. Am Wahltag nehmen sie die abschließende Totalisierung der Resultate, die Sitzverteilung und die Bestimmung der Gewählten für ihren Wahlkreis vor.

Die Kantonsvorstände sammeln die Zählergebnisse des Kantons.

Die Wahlbürovorstände sorgen für den guten Verlauf der Wahl.

Die Zählbürovorstände nehmen die Auszählung der Stimmen für die Wahlvorstände, die ihnen erteilt werden, vor und übermitteln nach der Wahl je nach Fall entweder dem Gemeindevorstand oder dem Kantonsvorstand diese Ergebnisse."

3. § 4 wird wie folgt ersetzt:

"§ 4 - Die Kandidaten und Kandidatenlisten können Zeugen bestimmen, um die Verrichtungen der Wahlvorstände gemäß den in Artikel L4134-1 erwähnten Modalitäten zu kontrollieren."

4. In § 5 wird Satz 3 gestrichen.

5. § 6 Absatz 2 wird aufgehoben.

6. Folgender § 7 wird eingefügt:

"§ 7 - Auf Antrag des Vorsitzenden des Kreisvorstands stellt das Gemeindegremium ihm das Personal und das Material zur Verfügung, das für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. Das Kollegium legt ebenfalls die Vergütung fest, die die Gemeinde zugunsten der mit der Eingabe bestimmten Personen auszahlt."

Art. 46 - Artikel L4125-3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 1 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4° jeden Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe I in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt."

2. § 2 Absatz 1 Nummern 5 bis 9 werden aufgehoben.

3. § 2 Absatz 4 wird aufgehoben.

4. In § 2 Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Angabe "30. Juni" durch die Angabe "31. März" ersetzt.

5. In § 2 werden folgende Absätze 6 und 7 eingefügt:

"Die Behörden, die die in Absatz 1 Nummern 1 bis 3 genannte Personen beschäftigen, teilen dem Vorsitzenden des in Artikel L4125-5 § 2 Absatz 2 erwähnten Distriktvorstands die Namen, Vornamen, Hauptwohnsitze und Identifizierungsnummern des Nationalregisters der natürlichen Personen mit. Die Zweckbestimmung dieser Mitteilung ist folgende: dem Vorsitzenden des Distriktvorstands ermöglichen, die Vorsitzenden der Gemeindevorstände unter Einhaltung der in Absatz 1 festgelegten Reihenfolge zu bezeichnen.

Um die in Absatz 1 Nummer 4 genannten Personen zu bestimmen, stützt sich der Vorsitzende des Distriktvorstands auf die in Artikel L4122-6 § 1 Absatz 1 Nummer 1 genannte Aufstellung, insofern sie die Identität von Wählern erwähnt, die Inhaber eines Diploms sind, das Zugang zu einem Amt der Stufe I in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt."

6. In § 3 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 26. November 2018, wird die Wortfolge "die Mitglieder" durch die Wortfolge "die Beisitzer, die Ersatzbeisitzer und den Sekretär" ersetzt.

7. In § 3 Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:

"Der Vorsitzende des Gemeindevorstands teilt der Regierung unmittelbar die Adresse des Sitzes des Gemeindevorstands mit."

8. Folgender § 4 wird eingefügt:

"§ 4 - Die Zweckbestimmung der in § 3 Absatz 1 Satz 2 erwähnten Mitteilung ist folgende: die Mitglieder der Wahlbürovorstände im Hinblick auf Anhörungen kontaktieren können, die im Rahmen der Verwaltungsuntersuchung von gegen die Wahl eingereichten Einsprüchen gemäß Artikel L4146-5 Absatz 2 durchzuführen sind.

Die Zweckbestimmung der in § 2 Absatz 4 erwähnten Mitteilung ist über die in Absatz 1 beschriebene Zweckbestimmung hinaus folgende: der von der Regierung beauftragten Person ermöglichen, ihre Aufgabe der ständigen Begleitung der Vorsitzenden der Wahlbürovorstände zu erfüllen.

Die der Regierung im Rahmen der in § 3 Absatz 1 Satz 2 und § 2 Absatz 4 erwähnten Mitteilungen übermittelten personenbezogenen Daten sind die Namen, Vornamen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen."

*Art. 47* - Artikel L4125-5 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt ersetzt:

“ § 1 - Spätestens am 15. September bestimmt der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Vorsitzenden der Wahl- und Zählbürovorstände unter den jüngsten Wählern der Gemeinde, die am Wahltag mindestens achtzehn Jahre alt sind, und zwar in folgender festgelegten Reihenfolge:

1. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe I in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt;

2. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe II+ in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands teilt der Regierung unmittelbar die Identität und die Kontaktangaben der bestimmten Personen mit.”

2. § 2 wird wie folgt ersetzt:

“ § 2 - Spätestens an demselben Datum bestimmt der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Beisitzer und die Ersatzbeisitzer der Wahl- und der Zählbürovorstände unter den jüngsten Wählern der Gemeinde, die am Wahltag mindestens achtzehn Jahre alt sind, und zwar in folgender festgelegten Reihenfolge:

1. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe I in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt;

2. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe II+ in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt;

3. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe II in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt;

4. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufen III oder IV in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands teilt der Regierung unmittelbar die Identität und die Kontaktangaben der bestimmten Personen mit.”

3. § 3 wird wie folgt ersetzt:

“ § 3 - Die Vorsitzenden der Wahl- und Zählbürovorstände werden unter den Wählern bestimmt, die in den in Artikel L4122-6 § 1 Absatz 1 Nummer 1 vorgesehenen Verzeichnissen aufgeführt sind.

Die Beisitzer und Ersatzbeisitzer der Wahl- und Zählbürovorstände werden unter den Wählern bestimmt, die in den in Artikel L4122-6 § 1 Absatz 1 Nummer 2 vorgesehenen Verzeichnissen aufgeführt sind.”

4. In § 4, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird Satz 2 gestrichen.

5. In § 5 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Wortfolge “Nach den in Artikel L4125-3 § 2 und in § 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Modalitäten ersetzt er” durch die Wortfolge “Gemäß den in den § 1 oder 2 vorgesehenen Modalitäten ersetzt der Vorsitzende des Gemeindevorstands” und das Wort “drei” durch das Wort “fünf” ersetzt.

6. § 6 wird aufgehoben.

7. § 7 wird wie folgt ersetzt:

“ § 7 - Der Vorsitzende des Gemeindevorstands vervollständigt die Tabelle, die die Zusammensetzung des Gemeindevorstands, der Wahlbürovorstände und der Zählbürovorstände der Gemeinden enthält. Er bewahrt ein Exemplar auf und übermittelt ein weiteres dem Vorsitzenden des Kantonsvorstands.

Die Zweckbestimmung der in Absatz 1 erwähnten Handlung ist folgende: dem Vorsitzenden des Kantonsvorstands und dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands ermöglichen, die in Artikel L4112-7 erwähnte Aufgabe der allgemeinen Überwachung der Wahlrichtungen auszuüben.

Die in der Tabelle aufgeführten personenbezogenen Daten sind die Namen, Vornamen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Vorsitzenden der Wahlvorstände. Diese Daten werden bis zur Gültigkeits- oder Ungültigkeitsklärung der Wahlen aufbewahrt.

Die Tabelle der Zusammensetzung der Wahlvorstände wird gemäß dem von der Regierung festgelegten Muster aufgestellt.”

8. § 8 wird wie folgt ersetzt:

“ § 8 - Die Zweckbestimmung der in § 2 Absatz 2 erwähnten Mitteilung ist folgende: die Mitglieder der Wahl- und Zählbürovorstände im Hinblick auf Anhörungen kontaktieren können, die im Rahmen der Verwaltungsuntersuchung von gegen die Wahl eingereichten Einsprüchen gemäß Artikel L4146-5 Absatz 2 durchzuführen sind.

Die Zweckbestimmung der in § 1 Absatz 2 erwähnten Mitteilung ist über die in Absatz 1 beschriebene Zweckbestimmung hinaus folgende: der von der Regierung beauftragten Person ermöglichen, ihre Aufgabe der ständigen Begleitung der Vorsitzenden der Wahlbürovorstände zu erfüllen.

Die der Regierung im Rahmen der in § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2 erwähnten Mitteilungen übermittelten personenbezogenen Daten sind die Namen, Vornamen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen.”

*Art. 48* - Artikel L4125-9 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird das Wort “Wahlvorstands” durch das Wort “Wahlbürovorstands” und das Wort “Registers” durch das Wort “Abstimmungsregister” ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort “Wahlregister” durch das Wort “Abstimmungsregister” ersetzt.

*Art. 49* - Artikel L4125-10 § 1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

“ § 1 - Die Regierung oder die von ihr beauftragte Person übermittelt den Vorsitzenden der Wahlbürovorstände die für die Ausführung ihrer Aufgabe notwendigen Anweisungen sowie die Formulare und Dokumente, die für die Ausführung ihrer Aufgaben notwendig sind.”

*Art. 50* - Artikel L4125-11 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

“Art. L4125-11 - Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands bestimmt seinen Sekretär frei unter den Wählern der Gemeinde.”

*Art. 51* - In Artikel L4125-12 § 5 desselben Kodex wird das Wort “Wahlvorstände” durch das Wort “Wahlbürovorstände” ersetzt.

*Art. 52* - In Artikel L4125-13 § 1 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird das Wort "Wahlvorstände" jeweils durch das Wort "Wahlbürovorstände" und das Wort "Wahlvorständen" durch das Wort "Wahlbürovorständen" ersetzt.

*Art. 53* - Artikel L4125-14 § 1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Die Regierung oder die von ihr beauftragte Person übermittelt den Vorsitzenden der Zählbürovorstände die für die Ausführung ihrer Aufgabe notwendigen Anweisungen sowie die Formulare und Dokumente, die für die Ausführung ihrer Aufgaben notwendig sind."

*Art. 54* - Artikel L4125-15 Absatz 1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"Der Vorsitzende des Zählbürovorstands bestimmt seinen Sekretär frei unter den Wählern der Gemeinde."

*Art. 55* - Teil vier Buch I Titel II Kapitel V Abschnitt 5 desselben Kodex, der die Artikel L4125-16 und L4125-17 umfasst, wird aufgehoben.

*Art. 56* - In Teil vier Buch I Titel II desselben Kodex wird folgendes Kapitel VI, das die Artikel L4126-1 bis L4126-5 umfasst, eingefügt:

#### "KAPITEL VI - UNVEREINBARKEITEN DER WAHLVORSTANDSMITGLIEDER

*Art. L4126-1* - § 1 - Nur Gemeindewähler dürfen das Amt des Vorsitzenden, des Beisitzers, des Ersatzbeisitzers oder des Sekretärs des Gemeindevorstands, eines Wahlbürovorstands oder eines Zählbürovorstands der Gemeinde wahrnehmen.

Ein Gemeindewähler ist jede Person, die für die Gemeindewahlen zur Stimmenabgabe zugelassen wird.

§ 2 - Außer in dem in Artikel L4125-3 § 2 Absatz 2 vorgesehene Ausnahmefall ist das Kriterium für die Bestimmung eines Wählers für das Amt des Vorsitzenden, des Beisitzers, des Ersatzbeisitzers oder des Sekretärs eines Wahlvorstands, mit Ausnahme des Distriktvorstands und des Kantonsvorstands, der Ort, an dem der Wähler im Bevölkerungsregister eingetragen ist.

*Art. L4126-2* - Kein Kandidat darf Vorsitzender, Beisitzer, Ersatzbeisitzer oder Sekretär eines Wahlvorstands sein.

*Art. L4126-3* - Kein Zeuge darf Vorsitzender, Beisitzer, Ersatzbeisitzer oder Sekretär eines Wahlvorstands sein.

*Art. L4126-4* - Kein Inhaber eines politischen Mandats darf Vorsitzender, Beisitzer, Ersatzbeisitzer oder Sekretär eines Wahlvorstands sein.

*Art. L4126-5* - Die Generaldirektoren und Finanzdirektoren der Gemeinden und Provinzen dürfen nicht Vorsitzender, Beisitzer oder Ersatzbeisitzer eines Kreisvorstands sein. Sie dürfen Sekretär eines solchen Vorstands sein."

*Art. 57* - Artikel L4131-6 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

*Art. 58* - Artikel L4132-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Folgende Wähler können einen anderen Wähler bevollmächtigen, um in ihrem Namen und für ihre Rechnung zu wählen:

1. Wähler, die wegen Krankheit oder Beeinträchtigung oder wegen Krankheit oder Beeinträchtigung eines Verwandten oder Verschwägerten oder eines zusammenlebenden Partners nicht fähig sind, sich in das Wahlzentrum zu begeben. Diese Unfähigkeit wird bescheinigt durch ein ärztliches Attest. Das ärztliche Attest gibt weder die Krankheit noch die Beeinträchtigung des Wählers, seines Verwandten, Verschwägerten oder zusammenlebenden Partners an. Die als Kandidat für die Wahl im Wahlbezirk vorgeschlagenen Ärzte dürfen kein solches Attest ausstellen. Im Falle einer mehrfachen Kandidatur des Arztes ist die strengste Regel anwendbar.

2. Wähler, die aus beruflichen Gründen, aus Studiengründen oder aus Berufsausbildungsgründen:

a) im Ausland bleiben müssen, wie auch die Wähler, die ihrer Familie angehören und mit ihnen zusammenwohnen;

b) unmöglich in dem Wahlzentrum vorstellig werden können, obwohl sie sich am Wahltag im Inland aufhalten.

Die unter den Buchstaben a) und b) erwähnte Verhinderung wird bescheinigt durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers, denen der Betreffende unterstellt ist, oder der Unterrichts- oder Berufsausbildungseinrichtung, die der Betreffende besucht.

Ist der Betreffende Selbstständiger, wird die unter den Buchstaben a) und b) erwähnte Verhinderung bescheinigt durch eine vorher bei der Gemeindeverwaltung ausgeführte ehrenwörtliche Erklärung, deren Muster durch die Regierung festgelegt wird. Der Wähler reicht die Erklärung spätestens am Tag vor dem Wahltag bei dem Bürgermeister oder der von ihm beauftragten Person ein.

3. Wähler, denen am Wahltag aufgrund einer gerichtlichen Maßnahme die Freiheit entzogen ist.

Dieser Umstand wird bescheinigt durch die Leitung der Anstalt, in der der Betreffende sich aufhält.

4. Wähler, die sich aus anderen als den hiervor angeführten Gründen aufgrund eines vorübergehenden Auslandsaufenthalts am Wahltag nicht an ihrem Wohnort befinden und daher nicht in der Lage sind, sich in das Wahllokal zu begeben.

Die Regierung bestimmt die Rechtfertigungsbelege, die der Wähler in diesem Fall vorlegen darf.

Wenn es dem Wähler nicht möglich ist, ein solches Dokument zu erhalten, kann die Tatsache, dass er nicht in der Lage ist, sich am Wahltag in das Wahllokal zu begeben, bescheinigt werden durch eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde seines Wohnsitzes, die auf Vorlage anderer Rechtfertigungsbelege oder einer schriftlichen ehrenwörtlichen Erklärung ausgestellt wird. Der Antrag wird spätestens am Tag vor dem Wahltag bei dem Bürgermeister der Gemeinde des Wohnsitzes oder der von ihm beauftragten Person eingereicht.

Die Regierung legt das in Absatz 3 erwähnte Muster der Bescheinigung, die durch den Bürgermeister oder durch die von ihm beauftragte Person auszuhändigen ist, sowie das Muster der ehrenwörtlichen Erklärung fest."

2. In § 2 Absatz 4 wird zwischen die Wortfolgen "dieser Gemeinde" und "das Verwandtschaftsverhältnis" die Wortfolge "oder die von ihm beauftragte Person" eingefügt.

3. In § 2 Absatz 5 wird zwischen die Wortfolgen "eingetragen ist," und "das Verwandtschaftsverhältnis" die Wortfolge "oder die von ihm beauftragte Person" eingefügt.

4. § 2 Absatz 7 wird aufgehoben.

5. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "auf dem Gemeindesekretariat" durch die Wortfolge "in der Gemeindeverwaltung" ersetzt und folgender Satz eingefügt:

"Die ausschließliche Verwendung dieses Formulars ist verpflichtend."

6. In § 4, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2016, wird die Wortfolge "Vorstandsvorsitzenden des Wahlbüros" durch die Wortfolge "Vorsitzenden des Wahlbürovorstands" und das Wort "Bescheinigungen" durch das Wort "Belege" ersetzt.

7. Folgender § 5 wird eingefügt:

"§ 5 - Die Gemeinde führt ein Sonderregister der Vollmachten. Vorbehaltlich der in den Absätzen 2 bis 5 definierten Modalitäten, legt die Regierung die Modalitäten für die Führung und Verwaltung des Sonderregisters fest.

Die Zweckbestimmung des Sonderregisters der Vollmachten ist folgende: die Handlungen und Identitäten der Wähler im Rahmen der Stimmabgabe mittels Vollmacht registrieren, um nach der Wahl im Falle einer Klage gegen die Wahl mögliche Unregelmäßigkeiten, die die Verteilung der Sitze zwischen den Listen beeinflusst haben könnten, ermitteln zu können.

Bis es gemäß Artikel L4143-28 § 3 Absatz 1 der Regierung übergeben wird, hat nur das Gemeindepersonal Zugriff auf das Sonderregister der Vollmachten und gewährleistet dessen Führung und Verwaltung.

Das Gemeindepersonal führt im Sonderregister der Vollmachten den Namen, die Vornamen, den Hauptwohnsitz und den Grund des Antrags jedes Wählers auf, der bei der Gemeindeverwaltung für eine Handlung im Zusammenhang mit der Wahl mittels Vollmacht vorstellig wird, es sei denn, der Gegenstand des Antrags besteht lediglich darin, das Vollmachtsformular zu erhalten.

Die im Sonderregister der Vollmachten enthaltenen personenbezogenen Daten werden aufbewahrt, bis dieses nach der in Artikel L4161-1 erwähnten Verjährungsfrist und auf jeden Fall spätestens nach fünf Jahren nach der ordentlichen Einberufung der Wähler zwecks Erneuerung der Gemeinde-, Provinzial- und Sektorenräte in Anwendung des Artikels L4124-1 § 1 Absatz 1 gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten vernichtet wird."

Art. 59 - In Artikel L4133-1 § 2 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird die Angabe "10. September" durch die Angabe "1. Oktober einschließlich" ersetzt.

Art. 60 - Artikel L4133-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird die Wortfolge "am Tag vor dem Wahltag eine diesbezügliche Erklärung beim Bürgermeister seines Wohnsitzes einreichen" durch die Wortfolge "am Wahltag eine diesbezügliche Anfrage bei dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands stellen" ersetzt.

2. § 3 wird wie folgt ersetzt:

"§ 3 - Der Begleiter zeigt dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands seine Wahlaufforderung, auf der der Vorsitzende den Vermerk "Hat die Rolle als Begleiter wahrgenommen" einträgt."

3. In § 4 wird das Wort "Wahlvorstands" durch das Wort "Wahlbürovorstands" ersetzt.

Art. 61 - Artikel L4134-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Die Kandidaten" durch die Wortfolge "Der an erster Stelle in der Vorschlagsreihenfolge stehende Kandidat oder gegebenenfalls der von ihm beauftragte Kandidat" ersetzt.

2. § 1 Absatz 2 wird aufgehoben.

3. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "bzw. Logo" gestrichen.

4. In § 4 Absatz 2 wird die Wortfolge "Der Kandidat" durch die Wortfolge "Der an erster Stelle in der Vorschlagsreihenfolge stehende Kandidat" ersetzt.

5. In § 4 Absatz 3 wird die Wortfolge "oder eines Auszuges aus dem Wählerregister" gestrichen.

6. § 6 wird aufgehoben.

7. Folgender § 8 wird eingefügt:

"§ 8 - Die Regierung legt das Muster für die in den §§ 1 und 2 erwähnten Kandidatenbeauftragungen fest."

Art. 62 - Artikel L4134-2 § 3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird aufgehoben.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Zu diesem Zweck und wenn" durch das Wort "Wenn" ersetzt.

3. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 63 - Artikel L4134-5 Absatz 5 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 64 - Artikel L4135-1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"Art. L4135-1 - Die Mitglieder der Wahlvorstände haben pro Vorstandssitzung Anrecht auf ein Anwesenheitsgeld. Sie können ebenfalls Anspruch auf Entschädigungen sowie irgendwelche Vorteile erheben und haben Anrecht auf die Vergütung ihrer Fahrtkosten."

Art. 65 - Artikel L4135-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird das Wort "Wahlausgaben" durch das Wort "Wahlkosten" ersetzt.

2. In § 2 Nummer 1 wird die Wortfolge ", unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen" gestrichen.

3. In § 2 Nummer 2 wird die Wortfolge "unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen" gestrichen.

4. In § 2 Nummer 3 wird die Wortfolge ", unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen" gestrichen.

5. In § 2 Nummer 4 wird der Punkt am Ende von Satz 1 durch ein Semikolon ersetzt und Satz 2 wird gestrichen.

6. In § 2 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

"5. die Wahlurnen und das Material für die Wahlbürovorstände."

7. § 3 wird wie folgt ersetzt:

"§ 3 - Die Zurfügungstellung des Materials für die Gemeindevorstände und die Zählbürovorstände der Gemeinden geht zulasten der Gemeinden."

8. § 4 wird wie folgt ersetzt:

"§ 4 - Unbeschadet des Artikels L4221-2 gehen alle übrigen Wahlkosten zur Hälfte zulasten der Provinzen und zur Hälfte zulasten der Gemeinden."

Art. 66 - Artikel L4135-3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Angabe "§ 2 des vorstehenden Artikels" durch die Angabe "Artikel L4135-2 § 2 Nummern 2 bis 5" ersetzt;

2. § 2 wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Die Auszahlung der in Artikel L4135-2 § 2 Nummer 1 erwähnten Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Wahlvorstände erfolgt in Form eines Vorschusses durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dieses richtet anschließend die entsprechenden Rückforderungen an die Provinz und an jede Gemeinde."

3. Die §§ 3 bis 5 werden aufgehoben.

Art. 67 - Artikel L4135-4 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"Art. L4135-4 - Die Mitglieder der Wahlvorstände haben Anspruch auf Entschädigungen für Fahrtkosten, wenn sie in einer Gemeinde tagen, in der sie nicht im Bevölkerungsregister eingetragen sind, auf Grundlage einer Forderungsanmeldung, die bei der betreffenden Provinzialverwaltung eingereicht wird."

Art. 68 - In Teil vier Buch I Titel III Kapitel V desselben Kodex wird folgender Artikel L4135-5 eingefügt:

"Art. L4135-5 - Folgende Wähler haben Anspruch auf eine kostenlose Fahrt:

1. Wähler, die nicht mehr in der Gemeinde wohnen, in der sie wählen;
2. Personen, die Gehalts- oder Lohnempfänger sind und ihren Beruf im Ausland oder in einer anderen belgischen Gemeinde ausüben als derjenigen, in der sie wählen;
3. Personen, die der Familie der in Nummer 2 erwähnten Personen angehören und mit ihnen zusammenwohnen;
4. Studenten, die sich aufgrund ihres Studiums in einer anderen belgischen Gemeinde aufhalten als derjenigen, in der sie wählen;
5. Personen, die in einer Pflegeanstalt oder Gesundheitseinrichtung in Behandlung sind, die sich in einer anderen belgischen Gemeinde befindet als derjenigen, in der sie wählen."

Art. 69 - In Teil vier Buch I Titel III Kapitel V desselben Kodex wird folgender Artikel L4135-6 eingefügt:

"Art. L4135-6 - Die Regierung bestimmt:

1. den Betrag des in den Artikeln L4135-1 und L4135-2 § 2 Nummer 1 erwähnten Anwesenheitsgeldes, das die Mitglieder der Wahlvorstände pro Vorstandssitzung bekommen;
2. den Betrag der in Artikel L4135-1 erwähnten Entschädigungen sowie irgendwelcher Vorteile, auf die die Mitglieder der Wahlvorstände Anspruch erheben können;
3. die Bedingungen, die die Mitglieder der Wahlvorstände erfüllen müssen, um Anrecht auf das Anwesenheitsgeld gemäß den Artikeln L4135-1 und L4135-2 § 2 Nummer 1 haben zu können;
4. die Bedingungen, die die Mitglieder der Wahlvorstände erfüllen müssen, um gemäß den Artikeln L4135-1, L4135-2 § 2 Nummer 2 und L4135-4 Anspruch auf die Entschädigung der Fahrtkosten zu erheben, sowie den Betrag dieser Entschädigungen, wenn die Mitglieder der Wahlvorstände in einer anderen Gemeinde tagen als der, in der sie im Bevölkerungsregister eingetragen sind;
5. die Bedingungen, die die Wähler, die am Wahltag nicht mehr in der Gemeinde wohnen, in der sie als Wähler eingetragen sind, erfüllen müssen, um gemäß Artikel L4135-2 § 2 Nummer 3 Anspruch auf die Entschädigung ihrer Fahrtkosten zu erheben, sowie den Betrag dieser Entschädigung;
6. die Bedingungen, unter denen gemäß Artikel L4135-2 § 2 Nummer 4 die Risiken der körperlichen Schäden gedeckt werden, die durch Unfälle von Mitgliedern der Wahlvorstände in der Ausübung ihres Amtes entstehen;
7. die Modalitäten der Auszahlung der Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Wahlvorstände gemäß Artikel L4135-2 § 2;
8. das Muster der Forderungsanmeldung gemäß Artikel L4135-4;
9. die Modalitäten für die Ausgabenerstattung der Wähler, die gemäß Artikel L4135-5 Anspruch auf eine kostenlose Fahrt haben."

Art. 70 - Die Überschrift von Teil vier Buch I Titel IV Kapitel I desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"Kapitel I - Digitale und automatisierte Wahlverfahren"

Art. 71 - Artikel L4141-1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

"Art. L4141-1 - Die Regierung entwickelt und stellt den Vorsitzenden der Wahlvorstände die Wahlanwendungen zur Verfügung, die für die Ausführung ihrer Aufgaben notwendig sind.

Diese Wahlanwendungen bedürfen gemäß den durch die Regierung festgelegten Modalitäten einer vorherigen Zulassung."

Art. 72 - In Teil vier Buch I Titel IV Kapitel I desselben Kodex wird folgender Artikel L4141-2 eingefügt:

"Art. L4141-2 - § 1 - Bei der Wahl der Gemeinderäte kann das Parlament jeweils einen effektiven und einen stellvertretenden Sachverständigen bestimmen.

Diese Personen bilden das Sachverständigenkollegium.

§ 2 - Bei den Wahlen kontrollieren diese Sachverständigen die Benutzung und das reibungslose Funktionieren aller elektronischen Wahl- und Zählsysteme und die Verfahren in Bezug auf Herstellung, Verteilung und Benutzung der elektronischen Wahlsysteme, Programme und Datenträger. Die Sachverständigen erhalten vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Material sowie alle Daten, Auskünfte und Informationen, die für eine Kontrolle der elektronischen Wahl- und Zählsysteme zweckdienlich sind.

Sie können insbesondere überprüfen, ob die Programme der elektronischen Wahlsysteme zuverlässig sind, die abgegebenen Stimmen durch die elektronische Urne korrekt übertragen wurden, die abgegebenen Stimmen korrekt totalisiert wurden und ob das optische Lesen der abgegebenen Stimmen korrekt verlief.

Sie führen diese Kontrolle ab dem vierzigsten Tag vor der Wahl, am Wahltag selbst und nach der Wahl bis zur Hinterlegung des in § 3 erwähnten Berichts durch.

§ 3 - Spätestens zehn Tage nach Abschluss der Wahl und auf jeden Fall vor Gültigkeitserklärung der Wahl übermitteln die Sachverständigen dem Parlament und der Regierung einen Bericht. In diesem Bericht können insbesondere Empfehlungen in Bezug auf das Material und Programme, die benutzt wurden, enthalten sein.

§ 4 - Die Sachverständigen unterliegen der Geheimhaltungspflicht."

Art. 73 - In Teil vier Buch I Titel IV Kapitel I desselben Kodex wird folgender Artikel L4141-3 eingefügt:

"Art. L4141-3 - Die Regierung bestimmt die Wahlvorgänge, die digital bzw. digital und automatisiert erfolgen. Sie legt die Modalitäten dieser Vorgänge fest.

Im Rahmen der in Absatz 1 erwähnten Vorgänge erfolgen die digitale Datenverarbeitung und die automatisierte Datenverarbeitung unter Einhaltung der Grundsätze der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Wahldaten."

*Art. 74* - Artikel L4142-1 desselben Kodex, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Nummer 8 wird aufgehoben.

2. Folgender § 5 wird eingefügt:

“§ 5 - Unbeschadet des § 1 sind die Wählbarkeitsbedingungen spätestens am Tag der vorläufigen Listenabschlüsse zu erfüllen.”

*Art. 75* - In Artikel L4142-2 Absatz 1 desselben Kodex wird die Wortfolge “Artikeln L1125-1 bis L1125-10 des vorliegenden Kodex” durch die Wortfolge “Artikeln 12 und 65 bis 69 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018” ersetzt.

*Art. 76* - Artikel L4142-3 Absatz 5 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

“Der Vorsitzende des Kreisvorstands nimmt die Eingabe der Kandidaturen vor, die nicht bereits voreingegeben worden sind.”

*Art. 77* - Artikel L4142-4 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird die Angabe “Artikel L1121-3 Absatz 1” durch die Wortfolge “Artikel 7 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018” ersetzt.

2. In § 4 wird Satz 4 gestrichen.

3. In § 5 Absatz 3 wird die Wortfolge “oder Logo” jeweils gestrichen.

4. In § 6 Absatz 1 Nummer 2 werden die Absätze 2 und 3 gestrichen.

5. In § 6 Absatz 1 Nummer 8 wird die Angabe “Art. L1125-1 Absatz 1 1° bis 8°” durch die Wortfolge “Artikel 65 Absatz 1 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018” ersetzt.

6. § 6 Absatz 1 Nummer 10 wird wie folgt ersetzt:

“10° Ein Auszug des Wählerregisters oder ein Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass die unterzeichnenden Wähler, die Anmelder sowie die vorgeschlagenen Kandidaten gemäß Artikel L4122-9 in ihrer Gemeinde Wähler sind.”

7. In § 6 werden folgende Absätze 4, 5 und 6 eingefügt:

“Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Annahmeakte gibt die Absicht an, gemäß den Modalitäten von Artikel L4142-34 eine Gruppe zu bilden. Sie gibt ebenfalls den Namen der Zeugen und Ersatzzeugen der Liste gemäß Artikel L4134-1 an. Sie enthält zudem die Angabe, dass die Kandidaten darauf verzichten, sich auf das Recht auf Löschung gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) zu berufen.

Die in Absatz 4 letzter Satz betroffenen personenbezogenen Daten sind die gleichen wie die in § 5 erwähnten personenbezogenen Daten. Die Einschränkung des Rechts auf Löschung gilt bis zur Gültigkeitserklärung der Wahlen, um die Transparenz gegenüber den Wählern im Rahmen der Ausübung ihres Wahlrechts zu gewährleisten.

Das in Absatz 1 Nummer 10 erwähnte Zertifikat ist die in Artikel 1 Nummer 9 des Ministeriellen Erlasses vom 21. April 2017 zur Festlegung der Muster der Bescheinigungen und in Artikel 3 § 1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 5. Juni 2004 zur Festlegung der Regelung des Rechts auf Einsichtnahme und Berichtigung der elektronisch im Personalausweis gespeicherten Daten und der in den Bevölkerungsregistern oder im Nationalregister der natürlichen Personen aufgenommenen Informationen erwähnte Bescheinigung.”

*Art. 78* - Artikel L4142-6 Absatz 3 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 79* - In Artikel L4142-12 § 3 desselben Kodex wird die Wortfolge “oder Logos” gestrichen.

*Art. 80* - In Artikel L4142-17 desselben Kodex wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“Wird die Bearbeitung durch einen Auftragsverarbeiter ausgeführt, erfolgt diese unter der Kontrolle und der Verantwortlichkeit der Regierung oder ihres Bevollmächtigten.”

*Art. 81* - Artikel L4142-18 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 82* - In Artikel L4142-22 Absatz 2 desselben Kodex wird das Wort “Überbringer” durch das Wort “Anmelder” ersetzt.

*Art. 83* - In Artikel L4142-24 desselben Kodex wird Satz 3 gestrichen.

*Art. 84* - In Artikel L4142-32 Absatz 1 desselben Kodex wird die Wortfolge “oder Logo” gestrichen.

*Art. 85* - In Artikel L4142-37 § 2 desselben Kodex wird die Wortfolge “, ihr Beruf und ihr Hauptwohntort” gestrichen.

*Art. 86* - Artikel L4142-38 § 5 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird das Wort “Drucker” durch das Wort “Leistungserbringer” ersetzt.

2. In Absatz 5 wird die Wortfolge “den Provinzgouverneur, der” durch die Wortfolge “die Regierung, die” und das Wort “Druckers” durch das Wort “Leistungserbringers” ersetzt.

3. In Absatz 6 wird das Wort “Drucker” durch das Wort “Leistungserbringer” ersetzt.

4. In Absatz 7 wird das Wort “Drucker” durch das Wort “Leistungserbringer” ersetzt.

*Art. 87* - Artikel L4142-39 Absatz 3 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 88* - Artikel L4142-41 § 1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort “Wahlvorstände” durch das Wort “Wahlbürovorstände” und das Wort “Wahlvorstandes” durch das Wort “Wahlbürovorstands” ersetzt.

2. In Absatz 3 wird das Wort “Wahlvorstandes” durch das Wort “Wahlbürovorstands” ersetzt.

*Art. 89* - Teil vier Buch I Titel IV Kapitel II Abschnitt 7 desselben Kodex, der die Artikel L4142-46 und L4142-47 umfasst, abgeändert durch die Dekrete vom 21. November 2016 und 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

*Art. 90* - In Artikel L4143-2 Absatz 1 desselben Kodex wird das Wort “Wahlvorstands” durch das Wort “Wahlbürovorstands” ersetzt.

*Art. 91* - In Artikel L4143-3 § 3 desselben Kodex wird die Wortfolge “für fünf Wahllokale” durch die Wortfolge “pro Wahlbüro” abgeändert.

*Art. 92* - Artikel L4143-4 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

“§ 1 - Die Anweisungen für die Wähler werden im Warteraum ausgehängt.”

2. In § 2 wird die Wortfolge “wird für die Wähler im Warteraum ausgelegt; ein zweites Exemplar” gestrichen.

*Art. 93* - Artikel L4143-5 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt ersetzt:

“ § 1 - Der Wahlbürovorstand muss um 7 Uhr gebildet sein.”

2. In § 2 Absatz 1 wird das Wort “Wahlvorstände” durch das Wort “Wahlbürovorstände” ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2 wird das Wort “Wahlvorstand” jeweils durch das Wort “Vorstand” und die Angabe “Artikel L4125-5 § 2 und 3” durch die Angabe “Artikel L4125-5 § 2” ersetzt.

4. In § 2 Absatz 3 wird das Wort “Wahlvorstand” jeweils durch das Wort “Vorstand” und das Wort “Wahlvorstands” durch das Wort “Vorstands” ersetzt.

5. In § 2 Absatz 4 wird die Angabe “Artikel L4125-5 § 2 und 3” durch die Angabe “Artikel L4125-5 § 2” ersetzt.

6. In § 3 wird das Wort “Wahlvorstandes” durch das Wort “Wahlbürovorstands” ersetzt.

*Art. 94* - In Artikel L4143-6 Absatz 1 desselben Kodex wird das Wort “Wahlvorstandes” durch das Wort “Wahlbürovorstands” ersetzt.

*Art. 95* - In der Überschrift von Teil vier Buch I Titel IV Kapitel III Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Kodex wird die Wortfolge “für die” durch das Wort “der” ersetzt.

*Art. 96* - Artikel L4143-8 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird das Wort “Wahlvorstandes” durch das Wort “Wahlbürovorstands” ersetzt.

2. In § 1 Absatz 3 wird die Angabe “Artikel L4211-6” durch die Angabe “Artikel L4141-2” ersetzt.

*Art. 97* - Artikel L4143-9 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 98* - Artikel L4143-10 Absatz 1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

“Mit Ausnahme des Vorsitzenden, der gemäß Artikel L4141-2 bestimmten Sachverständigen und der mit dem technischen Beistand beauftragten Personen stehen die in Artikel L4143-8 erwähnten Personen während des Zeitraums, im Laufe dessen sie innerhalb des Wahllokals zugelassen sind, in keiner Weise mit der Außenwelt in Verbindung.”

*Art. 99* - In der Überschrift von Teil vier Buch I Titel IV Kapitel III Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Kodex wird die Wortfolge “zu den Zählzentren und -lokalen” durch die Wortfolge “der Zählzentren und -lokale” ersetzt.

*Art. 100* - In Artikel L4143-12 Absatz 3 desselben Kodex wird das Wort “Wahlvorstandes” durch das Wort “Wahlbürovorstands” ersetzt.

*Art. 101* - Artikel L4143-15 Absatz 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 102* - Artikel L4143-20 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

“Die Regierung legt fest, wie die Abstimmungsregister vervollständigt werden, und insbesondere die von den Vorstandsmitgliedern verwendeten Schriftzeichen.”

2. In § 4 Absatz 2 wird das Wort “Wahlregister” durch das Wort “Abstimmungsregister” ersetzt.

3. In § 5 Absatz 1 wird die Angabe “Artikel L4122-16 und 24” durch die Angabe “den Artikeln L4122-17 und L4122-25” ersetzt.

4. In § 6 Absatz 2 wird die Wortfolge “Vorstandsvorsitzenden des Wahlbüros” durch die Wortfolge “Vorsitzenden des Wahlbürovorstands” ersetzt.

5. § 6 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

“Die Vollmachten und die in Artikel L4132-1 § 1 erwähnten Bescheinigungen werden dem Verzeichnis der Vollmachten beigefügt.”

6. § 7 wird wie folgt ersetzt:

“ § 7 - Gemäß Artikel L4133-2 § 3 händigt der Begleiter dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands seine Wahlaufforderung aus, auf der der Vorsitzende den Vermerk “Hat die Rolle als Begleiter wahrgenommen” einträgt.

Der Begleiter wird in dem Wahlbüro zur Wahl zugelassen, in dem auch der begleitete Wähler einberufen worden ist, sofern beide Personen in derselben Gemeinde wahlberechtigt sind. In diesem Fall wird der Name des Begleiters in dem in Artikel L4143-25 § 1 Nummer 2 erwähnten Verzeichnis angegeben.”

*Art. 103* - Artikel L4143-21 § 3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird zwischen das Wort “Wahlbürovorstandes” und das Wort “begleiten” die Wortfolge “oder einem von ihm bestimmten Beisitzer” eingefügt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge “des Wahlbüros” durch die Wortfolge “des Wahlbürovorstands oder einem von ihm bestimmten Beisitzer” ersetzt und Satz 3 gestrichen.

*Art. 104* - In Artikel L4143-23 desselben Kodex wird das Wort “Wahlvorstand” durch das Wort “Wahlbürovorstand” ersetzt.

*Art. 105* - In Artikel L4143-24 desselben Kodex wird das Wort “Wahlvorstand” durch das Wort “Wahlbürovorstand” ersetzt.

*Art. 106* - Artikel L4143-25 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

“Art. L4143-25 - § 1 - Der Wahlbürovorstand erstellt zunächst die folgenden Verzeichnisse:

1. das Verzeichnis, das gemäß Artikel L4143-20 § 6 Absatz 3 die Vollmachten und die in Artikel L4132-1 § 1 erwähnten Bescheinigungen enthält;

2. das Verzeichnis der Wähler, die nicht in den Abstimmungsregistern eingetragen waren, aber zur Wahl zugelassen worden sind;

3. das Verzeichnis der Wähler, die in den Abstimmungsregistern eingetragen waren und die an der Wahl nicht teilgenommen haben. Diesem Verzeichnis werden die in Artikel L4143-20 § 4 und 5 erwähnten Rechtfertigungsbelege sowie die durch die Abwesenden übermittelten Rechtfertigungsbelege beigefügt.

§ 2 - Die Vorstandsmitglieder verwenden die dritte Abschrift des Abstimmungsregisters, um das in § 1 Nummer 3 erwähnte Verzeichnis zu erstellen.

Der Vorsitzende vermerkt auf diesen Verzeichnissen die von den Vorstandsmitgliedern oder den Zeugen vorgebrachten Bemerkungen.

§ 3 - Die Vorstandsmitglieder unterzeichnen die Verzeichnisse.

§ 4 - Die Zweckbestimmung des in § 1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Verzeichnisses ist folgende: im Rahmen der Verwaltungsuntersuchung von Einsprüchen gegen die Wahl gemäß Artikel L4146-5 Absatz 2 verwendet werden können.

Die Zweckbestimmung der in § 1 Absatz 1 Nummern 2 und 3 erwähnten Verzeichnisse ist folgende: dem Prokurator des Königs ermöglichen, die in den Artikeln L4168-6 und L4168-16 erwähnten Verstöße zu verfolgen.

Die in den in § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 erwähnten Verzeichnissen aufgeführten personenbezogenen Daten sind die Namen, Vornamen und Hauptwohnsitze.“

*Art. 107* - Artikel L4143-26 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

“Art. L4143-26 - Die Vorstandsmitglieder und die Zeugen unterzeichnen die beiden Abschriften der Abstimmungsregister, die zum Ankreuzen der Namen der Wähler verwendet wurden.“

*Art. 108* - Artikel L4143-27 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort “Wahlvorstand” durch das Wort “Wahlbürovorstand” ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

“Die Vorstandsmitglieder und die Zeugen unterzeichnen das Protokoll.“

*Art. 109* - Artikel L4143-28 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

“Art. L4143-28 - § 1 - Der Wahlbürovorstand fügt folgende Unterlagen in getrennte Umschläge ein:

1. die zurückgenommenen Stimmzettel;
2. die unbenutzten Stimmzettel;
3. das Musterblatt;
4. das in Artikel L4143-25 § 1 Nummer 1 erwähnte Verzeichnis;
5. die erste Abschrift des in Artikel L4143-26 erwähnten Abstimmungsregisters;
6. die zweite Abschrift des in Artikel L4143-26 erwähnten Abstimmungsregisters;
7. das Original des in Artikel L4143-27 erwähnten Protokolls;
8. das in Artikel L4143-25 § 1 Nummer 2 erwähnte Verzeichnis;
9. das in Artikel L4143-25 § 1 Nummer 3 erwähnte Verzeichnis;
10. eine erste Abschrift des Protokolls;
11. eine zweite Abschrift des Protokolls;
12. das Verzeichnis der Bankkontonummern der Vorstandsmitglieder für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder;
13. das Verzeichnis der abwesenden Beisitzer.

§ 2 - In deutlich sichtbarer Schrift wird auf den Umschlägen Folgendes vermerkt:

1. die Angabe des Inhalts;
2. das Datum der Wahl;
3. der Name der Gemeinde;
4. der Name des Distrikts;
5. die Angabe “Wahlbüro Nr...” mit der Nummer des Wahlbüros.

Die Umschläge werden umgehend versiegelt und dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands überreicht, der sie unbeschadet des § 4 der Gemeindeverwaltung aushändigt.

§ 3 - Die Gemeindeverwaltung übermittelt umgehend der Regierung oder ihrem Bevollmächtigten die in § 1 Nummern 3 bis 7 erwähnten Umschläge sowie das in Artikel L4132-1 § 5 erwähnte Sonderregister der Vollmachten.

Die Gemeindeverwaltung übermittelt der Regierung oder ihrem Bevollmächtigten den in § 1 Nummer 12 erwähnten Umschlag.

Die Gemeindeverwaltung übermittelt dem Prokurator des Königs die in § 1 Nummern 8, 9 und 13 erwähnten Umschläge.

Die Gemeindeverwaltung bewahrt die in § 1 Nummern 1 und 2 erwähnten Umschläge auf.

§ 4 - Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands befördert, gegebenenfalls in Begleitung der Zeugen, die Urnen in das Zählbüro. Er händigt dem Vorsitzenden des Zählbürovorstands der Gemeinde die Urne der Gemeindewahl und die in § 1 Nummer 10 erwähnte erste Abschrift des Protokolls aus. Er händigt dem Vorsitzenden des Zählbürovorstands der Provinz die Urne der Provinz und die in § 1 Nummer 11 erwähnte zweite Abschrift des Protokolls aus.

Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands kann diese Aufgabe einem Beisitzer des Vorstands übertragen.

§ 5 - Die Zweckbestimmung des in § 1 Nummer 12 erwähnten Verzeichnisses der Bankkontonummern der Vorstandsmitglieder für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder ist folgende: den Vorstandsmitgliedern ermöglichen, die Auszahlung des ihnen zustehenden Anwesenheitsgelds zu erhalten.

Die personenbezogenen Daten in diesem Verzeichnis sind die Namen, Vornamen und Bankkontonummern der Vorstandsmitglieder.

§ 6 - Die Zweckbestimmung des in § 1 Nummer 13 erwähnten Verzeichnisses der abwesenden Beisitzer ist folgende: dem Prokurator des Königs ermöglichen, die in den Artikeln L4163-1 bis L4163-3 erwähnten Verstöße zu verfolgen.

Die personenbezogenen Daten in diesem Verzeichnis sind die Namen, Vornamen, Hauptwohnsitze und Abwesenheitsgründe der als Beisitzer bestimmten Wähler.“

*Art. 110* - Artikel L4144-5 Absatz 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 111* - Artikel L4144-9 Absatz 4 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 112* - Artikel L4144-11 § 4 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 113* - Artikel L4145-2 § 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 114* - In der Überschrift von Teil vier Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 2 desselben Kodex wird das Wort “Kreisvorstände” durch das Wort “Gemeindevorstände” ersetzt.

*Art. 115* - Artikel L4145-5 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 116* - Artikel L4145-6 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 wird aufgehoben.



2. § 3 wird aufgehoben.

*Art. 117* - Artikel L4145-7 § 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 118* - In Artikel L4145-8 § 1 desselben Kodex wird das Wort "Kreisvorstand" durch das Wort "Gemeindevorstand" ersetzt.

*Art. 119* - Artikel L4145-10 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 120* - Artikel L4145-12 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird das Wort "Kreisvorstand" durch das Wort "Gemeindevorstand" ersetzt.

2. § 2 wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Der Gemeindevorstand berechnet die Wählbarkeitsziffer, indem er die Wahlziffer der Liste durch die Anzahl der dieser Liste zugeteilten und um eins erhöhte Anzahl Sitze teilt. Falls das endgültige Ergebnis Dezimalen umfasst, wird es nach oben aufgerundet."

*Art. 121* - In Artikel L4145-15 desselben Kodex wird das Wort "Kreisvorstandes" durch das Wort "Gemeindevorstands" und die Wortfolge "Gemeinde-, Provinzial und Sektorenratsmitgliedern" durch das Wort "Gemeinderatsmitgliedern" ersetzt.

*Art. 122* - Artikel L4145-16 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt ersetzt:

"Art. L4145-16 - § 1 - Unmittelbar nach der Verkündung übermittelt der Vorsitzende des Gemeindevorstands der Regierung den Wortlaut dieser Verkündung.

§ 2 - Der Gemeindevorstand schließt die Verrichtungen und fügt folgende Unterlagen in getrennte Umschläge ein:

1. das Auszählungsprotokoll;
2. die Auszüge des Auszählungsprotokolls;
3. die Auszählungstabelle;
4. die Vorschlagsurkunden und Annahmeakten der Kandidaten;
5. das Protokoll über die Anmeldung der Kandidaturen;
6. das Protokoll über den Abschluss der Listen;
7. die Zeugenbenennungen;
8. das Verzeichnis der Bankkontonummern der Vorstandsmitglieder für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder;
9. das Verzeichnis der abwesenden Beisitzer.

§ 3 - In deutlich sichtbarer Schrift wird auf den Umschlägen Folgendes vermerkt:

1. die Angabe des Inhalts;
2. das Datum der Wahl;
3. der Name der Gemeinde;
4. der Name des Distrikts;
5. die Angaben "Gemeindevahl" und "Gemeindevorstand".

Die Umschläge werden umgehend versiegelt.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands fügt diesen Umschlägen die drei vom Vorsitzenden des Zählbürovorstands gemäß Artikel L4144-11 oder Artikel L4144-12 erhaltenen Umschläge bei.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands händigt die Gesamtheit der Umschläge der Gemeindeverwaltung aus.

§ 4 - Die Gemeindeverwaltung übermittelt umgehend der Regierung oder ihrem Bevollmächtigten die in § 2 Nummern 1 sowie 3 bis 7 erwähnten Umschläge.

Die Gemeindeverwaltung übermittelt der Regierung oder ihrem Bevollmächtigten den in § 2 Nummer 8 erwähnten Umschlag.

Die Gemeindeverwaltung übermittelt dem Prokurator des Königs den in § 2 Nummer 9 erwähnten Umschlag.

Der Generaldirektor übermittelt den Gewählten die in § 2 Nummer 2 erwähnten Auszüge aus dem Auszählungsprotokoll der Wahl.

§ 5 - Die Zweckbestimmung der in § 2 Nummer 8 erwähnten Angaben und des in § 2 Nummer 9 erwähnten Verzeichnisses und der sich in diesen befindlichen personenbezogenen Daten sind dieselben wie die in Artikel L4143-28 § 5 und 6 erwähnten Zweckbestimmungen."

*Art. 123* - Teil vier Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 3 desselben Kodex, der die Artikel L4145-17 bis L4145-21 umfasst, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

*Art. 124* - Teil vier Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 4 desselben Kodex, der die Artikel L4145-22 bis L4145-46 umfasst, wird aufgehoben.

*Art. 125* - Artikel L4146-2 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

*Art. 126* - Artikel L4146-3 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

*Art. 127* - In Artikel L4146-7 desselben Kodex wird die Wortfolge "Artikel L1122-3, Absatz 3 des vorliegenden Kodex" durch die Wortfolge "Artikel 9 Absatz 3 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018" ersetzt.

*Art. 128* - Artikel L4146-8 § 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 129* - Teil vier Buch I Titel IV Kapitel VI Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Kodex, der die Artikel L4146-18 bis L4146-22 umfasst, wird aufgehoben.

*Art. 130* - In Artikel L4146-23 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird folgender Absatz 2 wieder eingeführt:

"Die Zweckbestimmung der in Absatz 1 festgelegten Aufbewahrungsdauer ist folgende: die Durchführung von gerichtlichen Ermittlungen ermöglichen."

*Art. 131* - Artikel L4146-25 § 6 desselben Kodex wird aufgehoben.

*Art. 132* - Artikel L4146-29 § 1 Absatz 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 133 - Teil vier Buch I Titel V desselben Kodex, der die Artikel L4151-1 bis L4151-4 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 134 - In Teil vier Buch I desselben Kodex wird folgender Titel VI, der die Artikel L4161-1 bis L4168-25 umfasst, eingefügt:

„TITEL VI - Strafbestimmungen

KAPITEL I - Allgemeine Bestimmungen

Art. L4161-1 - Die Verfolgung der im vorliegenden Teil des Kodex erwähnten Verbrechen und Vergehen und die Zivilklage verjähren nach fünf Jahren ab dem Tag, an dem das Verbrechen oder das Vergehen begangen wurde.

Art. L4161-2 - Treffene mehrere Vergehen zusammen, werden die jeweiligen Strafen zusammengerechnet, ohne dass sie jedoch das Doppelte der angedrohten Höchststrafe überschreiten dürfen.

Art. L4161-3 - Liegen mildernde Umstände vor, werden die Gerichte ermächtigt, die Einschließungsstrafe durch eine Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten zu ersetzen und die Gefängnisstrafe auf weniger als acht Tage und die Geldstrafe auf weniger als 26 Euro herabzusetzen.

Sie können die eine oder die andere dieser Strafen getrennt verhängen, ohne dass diese höher als das Strafmaß von Polizeistrafen sein dürfen.

Art. L4161-4 - Der Beamte oder Bedienstete, dem eine Beschwerde unterbreitet wird, darf die Empfangsbescheinigung, die er dem Beschwerdeführer aushändigt, nicht zurückdatieren. Andernfalls droht ihm eine Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren.

KAPITEL II - Wahlregister

Art. L4162-1 - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter Wahlregister das Wählerregister und die Abstimmungsregister.

Art. L4162-2 - § 1 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht bis zu fünfzehn Tagen und mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro wird belegt, wer in irgendeiner Eigenschaft mit der Vorbereitung oder Aufstellung der Wahlregister beauftragt ist und, um die Streichung eines Wählers herbeizuführen:

1. entweder bei dieser Arbeit wissentlich Unterlagen oder Urkunden benutzt hat, die durch Änderungen, Auslassungen oder Zusätze gefälscht oder fälschlich erstellt worden sind;

2. oder freiwillig Angaben aus den Unterlagen oder Urkunden, die für die Erstellung der Register verwendet werden können, vorsätzlich durch Änderungen, Zusätze oder Auslassungen falsch in den Wahlregistern wiedergegeben hat.

Wurde dieses Vergehen begangen, um einer Person das Wahlrecht zu verschaffen, wird eine Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und eine Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro verhängt.

§ 2 - Die in Artikel L4161-1 festgelegte Verjährungsfrist von fünf Jahren läuft für die im vorliegenden Artikel vorgesehenen Straftaten erst ab dem Tag, an dem die Wahlregister und die diesbezüglichen Unterlagen der Regierung oder der von ihr beauftragten Person gemäß Artikel L4143-28 § 3 Absatz 1 übermittelt wurden.

Art. L4162-3 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren werden Mitglieder eines Gemeinderats oder eines Gemeinderats belegt, die bei der Ausübung der Wahlgerichtsbarkeit auf ihren Bericht hin unrechtmäßig die Abweisung eines Antrags auf Eintragung in die Register oder die Anordnung zur Eintragung bzw. Streichung eines Wählers veranlasst haben, indem sie zu diesem Zweck Unterlagen oder Urkunden herangezogen oder verwendet haben, von denen sie wussten, dass sie durch Änderungen, Auslassungen oder Zusätze gefälscht bzw. fälschlich erstellt oder erfunden worden sind.

Eine Verfolgung kann ausschließlich dann eingeleitet werden, wenn der Antrag des Wählers auf Eintragung oder Streichung zu einem endgültig gewordenen Beschluss geführt hat, der auf betrügerischen Tatbeständen gegründet ist.

Die in Artikel L4161-1 festgelegte Verjährungsfrist läuft ab dem in Absatz 2 erwähnten Beschluss.

Art. L4162-4 - § 1 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafen wird belegt, wer als Täter, Mittäter oder Komplize entgegen den Bestimmungen von Artikel L4122-7 oder Artikel L4122-8 entweder Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters Personen ausgehändigt hat, die sie zu erhalten nicht ermächtigt sind, oder diese Exemplare Drittpersonen mitgeteilt hat, nachdem er sie ordnungsgemäß erhalten hat, oder die Angaben aus dem Wählerregister zu Zwecken gebraucht hat, die keine Wahlzwecke sind.

§ 2 - Die gegen Komplizen der in § 1 erwähnten Straftaten verhängten Strafen dürfen nicht mehr als zwei Drittel des Strafmaßes betragen, das auf sie anwendbar gewesen wäre, wenn sie selbst die Straftaten begangen hätten.

Art. L4162-5 - Mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro wird belegt, wer wissentlich falsche Erklärungen abgeben oder Scheinurkunden vorgelegt hat, um sich in ein Wählerregister eintragen zu lassen.

Mit der gleichen Strafe wird belegt, wer wissentlich dieselben Mittel angewendet hat, um eine Person in dieses Register eintragen oder aus diesem Register streichen zu lassen.

Eine Verfolgung kann ausschließlich dann eingeleitet werden, wenn der Antrag auf Eintragung oder Streichung durch einen endgültig gewordenen Beschluss abgewiesen wurde, der auf betrügerische Tatbestände gegründet ist.

Die in solchen Angelegenheiten entweder von den Gemeindekollegien oder von den Appellationshöfen gefassten Beschlüsse und die diesbezüglichen Unterlagen und Auskünfte übermittelt die Regierung dem Prokurator des Königs, der sie auch von Amts wegen anfordern kann.

Die Verfolgung verjährt nach Ablauf von drei Monaten ab dem Datum des Beschlusses.

KAPITEL III - Wahlvorstände

Art. L4163-1 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 200 Euro wird belegt, wer sich den in Artikel L4125-5 § 1 vorgesehenen Benennungen ohne triftigen Grund entzieht oder durch sein Verschulden, seine Unvorsichtigkeit oder seine Nachlässigkeit die ihm anvertraute Aufgabe in irgendeiner Weise gefährdet.

Art. L4163-2 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 200 Euro wird belegt:

1. jede Person, die sich der Benennung als Vorsitzender und als Beisitzer des Wahl- oder Zählbürovorstands ohne triftigen Grund entzieht;

2. der Vorsitzende, der Beisitzer oder der Ersatzbeisitzer, der seine Verhinderungsgründe nicht innerhalb der festgelegten Frist angibt;

3. der Vorsitzende, der Beisitzer oder der Ersatzbeisitzer, der dieses Amt, nachdem er es angenommen hat, ohne triftigen Grund unterlässt.

Art. L4163-3 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 200 Euro wird jede Person belegt, die durch ihr Verschulden, ihre Unvorsichtigkeit oder ihre Nachlässigkeit die ihr anvertraute Aufgabe in irgendeiner Weise gefährdet.

## KAPITEL IV - Aufstellen von Wahlplakaten und Wahlkampagnenende

Art. L4164-1 - § 1 - Es ist verboten, Inschriften, Plakate, malerische oder fotografische Wiedergaben, Prospekte auf der öffentlichen Straße und auf Bäumen, Pflanzungen, Schildern, Giebeln, Fassaden, Mauern, Zäunen, Ständern, Pfosten, Steinpfosten, Kunstbauten, Denkmälern und sonstigen Gegenständen, die sie einsäumen oder die in der unmittelbaren Nähe der öffentlichen Straße stehen, an anderen Stellen anzubringen als an denjenigen, die durch die gemeindlichen Behörden für die Anschläge bestimmt sind oder die vorher und schriftlich durch den Eigentümer oder den Nutznießer erlaubt wurden.

Sobald die Wahlperiode beginnt, stellt zu diesem Zweck der Gemeinderat den Listen für das Anbringen von Wahlplakaten vorbehaltene Plätze zur Verfügung und gewährleistet er eine ausgeglichene Verteilung dieser Plätze unter den verschiedenen Listen. Der Gemeinderat legt die Mindestanzahl Plätze im Verhältnis zur Anzahl der konkurrierenden Kandidatenlisten bei der letzten vollständigen Erneuerung der Gemeinderäte zuzüglich einer Einheit fest.

Wenn der Gemeinderat keine Kriterien für eine gerechte Verteilung der Plätze zwischen den verschiedenen Listen festgelegt hat, erfolgt die Verteilung am einundsechzigsten Tag vor der Wahl, indem den vollständigen Listen im Vergleich zu den unvollständigen Listen Vorrang gegeben wird.

§ 2 - Verstöße gegen die Bestimmungen von § 1 Absatz 1 werden mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe von 26 bis 1.000 Euro geahndet.

§ 3 - Im Laufe der Periode und zu den Zeitpunkten, die durch den Provinzgouverneur oder den von ihm bezeichneten Beamten festgelegt sind, werden solche Anbringungen ebenfalls an den für den Anschlag durch die gemeindlichen Behörden vorbehaltenen Plätzen verboten.

Art. L4164-2 - Verstöße gegen die Bestimmungen von Artikel L4112-10 Absatz 2 werden mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe von 26 bis 1.000 Euro geahndet.

## KAPITEL V - Wahlausgaben

Art. L4165-1 - § 1 - Unbeschadet der Anwendung von Artikel L4131-5 kann entweder auf Initiative des Prokurators des Königs oder infolge einer Anzeige jeder Person, die ein Interesse nachweisen kann, verfolgt werden und infolgedessen mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafen belegt werden:

1. wer es versäumt, seine Wahlausgaben und/oder die Herkunft der Mittel innerhalb des in Artikel L4131-4 erwähnten Zeitraums anzugeben;

2. wer in Sachen Wahlpropaganda wissentlich Ausgaben getätigt hat oder Verpflichtungen eingegangen ist, die die in Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Sektorratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte vorgesehenen Höchstbeträge überschreiten;

3. wer während der drei Monate vor der Wahl die in Artikel 7 des Gesetzes vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Sektorratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte vorgesehenen Bestimmungen nicht beachtet hat;

4. der Spitzenkandidat, der in Sachen Wahlpropaganda wissentlich Ausgaben getätigt hat oder Verpflichtungen eingegangen ist, die die in Artikel 3 § 1 des Gesetzes vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Sektorratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte vorgesehenen Höchstbeträge überschreiten;

5. der Spitzenkandidat einer Liste, der nicht über eine regionale Nummer und ein geschütztes Listenkürzel verfügt und der Ausgaben tätigt, um eine Wahlkampagne auf nationaler Ebene zu führen.

Anonyme Anzeigen werden nicht durch den Prokurator des Königs berücksichtigt.

§ 2 - Die Frist für die Ausübung des Initiativrechts des Prokurators des Königs und die Einreichung der Beschwerden bezüglich der in § 1 erwähnten Verstöße läuft am hundertzwanzigsten Tag nach der Wahl ab.

Der Prokurator des Königs übermittelt dem Kontrollausschuss eine Abschrift der Beschwerden gegenüber den Kandidaten. Der Prokurator des Königs übermittelt ebenfalls den von der Beschwerde betroffenen Personen eine Abschrift. Die Mitteilungen erfolgen innerhalb von acht Tagen nach der Einreichung der Beschwerden. Innerhalb derselben Frist unterrichtet der Prokurator des Königs den Kontrollausschuss über seine Entscheidung, bezüglich der in § 1 erwähnten Tatbestände ein Strafverfahren einzuleiten.

§ 3 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird belegt, wer eine Beschwerde oder eine Klage einreicht, die sich als unbegründet erweist und für die erwiesen ist, dass sie in der Absicht zu schaden erfolgte.

§ 4 - Im Rahmen der in § 1 eingeleiteten Strafverfahren kann der Prokurator des Königs einen bestimmten Kandidaten ersuchen, jegliche Information über den Ursprung der Geldmittel zu übermitteln, die zu der Finanzierung seiner Wahlwerbungskampagne gedient haben.

Art. L4165-2 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird belegt, wer eine Beschwerde aufgrund von Artikel L4131-5 einreicht, die sich als unbegründet erweist und für die erwiesen ist, dass sie in der Absicht zu schaden erfolgte.

Art. L4165-3 - Mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 1.000 Euro wird belegt, wer entgegen den Bestimmungen von Artikel L4131-7 einer politischen Partei, einer ihrer Komponenten - ungeachtet derer Rechtsform -, einer Liste, einem Kandidaten oder dem Inhaber eines politischen Mandats eine Spende zukommen lässt oder wer als Kandidat oder Inhaber eines politischen Mandats eine Spende annimmt. Mit der gleichen Strafe wird belegt, wer, ohne Kandidat oder Inhaber eines politischen Mandats zu sein, eine solche Spende im Namen und für Rechnung einer politischen Partei, einer Liste, eines Kandidaten oder eines Inhabers eines politischen Mandats annimmt.

Buch I des Strafgesetzbuches, einschließlich Kapitel VII und Artikel 85, ist auf diese Verstöße anwendbar.

Das Urteil kann auf Anordnung des Gerichts vollständig oder auszugsweise in Tageszeitungen und Wochenzeitungen veröffentlicht werden, die das Gericht bestimmt.

## KAPITEL VI - Zeugen

Art. L4166-1 - In dem in Artikel L4134-5 Absatz 4 erwähnten Fall wird die Verweisung mit den entsprechenden Gründen im Protokoll vermerkt und werden die Schuldigen mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro belegt.

## KAPITEL VII - Kandidaturen

Art. L 4167-1 - Einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu fünfzehn Tagen oder einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro setzt sich der annehmende Kandidat aus, der gegen die in Artikel L4142-6 Absätze 1 und 2 erwähnten Verbote verstößt.

Art. L4167-2 - Personen, die die Unterschrift von anderen Personen oder von angeblichen Personen auf den Vorschlagsurkunden der Kandidaten, auf der Akte zur Annahme der Kandidaturen oder der Akte zur Bezeichnung von Zeugen setzen, werden der Urkundenfälschung für schuldig befunden und bestraft.

Art. L4167-3 - Ein Kandidat steht nur auf einer einzigen Liste.

Niemand darf gleichzeitig eine Urkunde zur Beantragung des Schutzes eines Listenkürzels unterzeichnen und Kandidat auf einer Liste sein, die ein anderes Listenkürzel verwendet.

Einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu fünfzehn Tagen oder einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro setzt sich der Kandidat aus, der gegen die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Verbote verstößt. Sein Name wird aus allen Listen gestrichen, auf denen er vorkommt.

Art. L4167-4 - Der Wähler, der gegen das in Artikel L4142-4 § 4 erwähnte Verbot verstößt, setzt sich einer Gefängnisstrafe von acht bis fünfzehn Tagen und einer Geldstrafe von 50 bis 200 Euro aus.

KAPITEL VIII - Wahl, Auszählung und sonstige Verrichtungen

Art. L4168-1 - Wer die Wahllokale während der Wahlverrichtungen betritt, ohne Mitglied des Wahlbürovorstands, Zeuge, Wähler der Sektion, Bevollmächtigter oder dessen Begleiter oder ohne gemäß Artikel L4141-2 bestimmter Sachverständiger oder Erbringer eines technischen Beistands zu sein, wird auf Anordnung des Vorsitzenden des Wahlbürovorstands oder seines Bevollmächtigten des Lokals verwiesen.

Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird der Betreffende belegt, der Widerstand leistet oder das Wahllokal erneut betritt.

Art. L4168-2 - In den in Artikel L4143-15 erwähnten Fällen wird die Verweisung im Protokoll vermerkt und werden die Schuldigen mit einer Geldstrafe von 50 bis 500 Euro belegt.

Art. L4168-3 - § 1 - Die Wähler, denen es unmöglich ist, an der Wahl teilzunehmen, können dem Prokurator des Königs die Gründe ihres Fernbleibens mit den erforderlichen Rechtfertigungen zur Kenntnis bringen.

§ 2 - Es wird davon ausgegangen, dass Personen, denen am Wahltag aufgrund eines Gerichts- oder Verwaltungsbeschlusses die Freiheit entzogen ist, unmöglich an der Wahl teilnehmen können.

Art. L4168-4 - In dem in Artikel L4168-3 § 1 erwähnten Fall wird keine Verfolgung eingeleitet, wenn der Prokurator des Königs die Rechtfertigungsgründe annimmt.

Art. L4168-5 - Innerhalb von acht Tagen nach Verkündung der Gewählten stellt der Prokurator des Königs die Liste der Wähler auf, die nicht an der Wahl teilgenommen haben und deren Rechtfertigungsgründe nicht angenommen wurden.

Diese Wähler werden mittels einfacher Benachrichtigung vor das Polizeigericht geladen, das nach Anhörung der Staatsanwaltschaft ohne Berufungsmöglichkeit entscheidet.

Art. L4168-6 - § 1 - Eine erstmalige ungerechtfertigte Abwesenheit wird den Umständen entsprechend mit einem Verweis oder mit einer Geldstrafe von 5 bis zu 10 Euro geahndet.

Bei Rückfall wird eine Geldstrafe von 10 bis zu 25 Euro verhängt.

Es wird keine Ersatzgefängnisstrafe ausgesprochen.

§ 2 - Bleibt ein Wähler unbeschadet der vorerwähnten Strafbestimmungen der Wahl mindestens viermal innerhalb von fünfzehn Jahren ohne Rechtfertigung fern, wird er für zehn Jahre aus den Wahlregistern gestrichen und darf er während dieser Zeit von einer öffentlichen Behörde weder ernannt noch befördert oder ausgezeichnet werden.

§ 3 - Nimmt eine Person nicht an einer Wahl teil, nachdem sie vorher einer anderen Wahl ferngeblieben ist und umgekehrt, stellt dies keine Rückfälligkeit dar.

§ 4 - Für die Vollstreckung der Strafen darf kein Aufschub gewährt werden.

§ 5 - Gegen eine Verurteilung durch Versäumnisurteil kann innerhalb von sechs Monaten nach Notifizierung des Urteils Einspruch erhoben werden. Dieser Einspruch kann kostenlos durch einfache Erklärung bei der Gemeindeverwaltung erfolgen.

Art. L4168-7 - § 1 - Als Verstoß gegen das Wahlrecht wird der Versuch gewertet, einen Wähler zu veranlassen, sich der Stimme zu enthalten oder seine Stimme zu beeinflussen, und zwar durch den Gebrauch von Handgreiflichkeiten, Gewalttätigkeiten oder Drohungen oder dadurch, dass er aufgrund bestimmter Äußerungen fürchten muss, seinen Arbeitsplatz zu verlieren oder seine Person, seine Familie oder sein Vermögen in Gefahr zu bringen.

§ 2 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafen wird belegt, wer sich des in § 1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Art. L4168-8 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird jede Person belegt, die am Wahltag Unruhe stiftet, entweder durch das Zurschaustellen oder durch das Tragen eines Erkennungszeichens oder auf sonstige Art und Weise.

Art. L4168-9 - Mit einer Geldstrafe von 500 bis zu 3.000 Euro wird jeder Vorsitzende, Beisitzer oder Sekretär eines Wahlvorstands oder jeder Zeuge belegt, der das Wahlgeheimnis aufgedeckt hat.

Art. L4168-10 - § 1 - Die folgenden Handlungen oder Taten, die direkt oder indirekt durch einen Wähler ausgeführt werden, sei es um eine Stimme oder eine Stimmenthaltung oder die in Artikel L4132-1 § 1 vorgesehene Vollmacht zu erhalten oder um die beschriebenen Vorteile vom Wahlergebnis abhängig zu machen, werden als Wahlkorruption betrachtet:

1. entweder Geld, irgendwelche Werte oder Vorteile, oder Unterstützungen zu geben, anzubieten oder zu versprechen, selbst in Form einer Wette;

2. öffentliche oder private Arbeitsplätze anzubieten oder zu versprechen;

3. unter dem Vorwand einer Entschädigung für Fahrt- oder Aufenthaltskosten eine Geldsumme oder irgendwelche Werte auszuhändigen, anzubieten oder zu versprechen;

4. bei einer Wahl Nahrungsmittel oder Getränke auszuteilen, anzubieten oder zu versprechen.

§ 2 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafen wird belegt, wer sich des in § 1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Diejenigen, die die Geschenke, Angebote oder Versprechen angenommen haben, werden mit den gleichen Strafen belegt.

Diejenigen, die Geldmittel bereitgestellt haben, um die in § 1 vorgesehenen Vergehen zu verüben, obwohl sie ihre Zweckbestimmung kannten, oder die Personen bevollmächtigt haben, um die Angebote, Versprechen und Drohungen in ihrem Namen zu machen, werden mit den gleichen Strafen belegt.

Der öffentliche Beamte, der sich eines der in § 1 vorgesehenen Vergehen schuldig gemacht hat, verwirkt die Höchststrafe. Die Gefängnisstrafe sowie die Geldstrafe können verdoppelt werden.

Art. L4168-11 - § 1 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird jedes Mitglied oder jeder Angestellte einer öffentlichen oder bezuschussten Einrichtung mit sozialem Zweck belegt, das bzw. der entweder direkt oder indirekt einer oder mehreren hilfsbedürftigen Personen beständige, zeitweilige oder außergewöhnliche Unterstützung angeboten, versprochen oder gegeben hat, um eine Stimme oder eine Stimmenthaltung zu erhalten.

§ 2 - Dasselbe gilt ebenfalls für die erwähnten Mitglieder oder Angestellten, die die Gewährung dieser Unterstützungen verweigert oder eingestellt hätten, weil diese hilfsbedürftige Person nicht zugestimmt hat, sich bei ihrer Stimmabgabe beeinflussen zu lassen oder sich der Stimme zu enthalten.

§ 3 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu drei Monaten wird belegt, wer eine Unterstützung oder eine verstärkte Unterstützung fordert und dabei droht, seine Stimme in einem bestimmten Sinne abzugeben.

Art. L4168-12 - § 1 - Die folgenden Handlungen und Taten, die bei der Wahl oder bei der Auszählung der Stimmen durch ein Mitglied des Wahlvorstands begangen werden, werden als Wahlbetrug betrachtet:

1. Stimmzettel betrügerisch zu fälschen, zu entwenden oder anzusetzen;

2. im Protokoll eine Anzahl Stimmzettel oder Stimmen einzutragen, die unter oder über der wirklichen Anzahl Stimmzettel oder Stimmen liegt, die das Mitglied zählen muss.

§ 2 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 2.000 Euro wird belegt, wer sich eines der in § 1 erwähnten Vergehen schuldig gemacht hat.

§ 3 - Der Zeuge, der sich des in § 1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat, wird mit den gleichen Strafen belegt.

§ 4 - Mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 26 bis 1.000 Euro wird jedwede andere Person belegt, die sich des in § 1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

§ 5 - Diese Taten werden umgehend im Protokoll vermerkt.

Art. L4168-13 - Die Fälschung der Stimmzettel wird wie die Fälschung öffentlicher Urkunden bestraft.

Art. L4168-14 - § 1 - Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen werden als Stimmenfang betrachtet:

1. unter dem Namen eines anderen Wählers zu wählen oder zur Stimmabgabe vorstellig zu werden, außer in den in Artikel L4132-1 § 1 vorgesehenen Fällen;

2. einen oder mehrere Stimmzettel zu beseitigen oder nicht abzugeben.

§ 2 - Mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 26 bis 1.000 Euro wird belegt, wer sich des in § 1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Art. L4168-15 - § 1 - Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen werden ebenfalls als Stimmenfang betrachtet:

1. eine Vollmacht in Anwendung von Artikel L4132-1 § 1 zu erteilen, ohne die dazu erforderlichen Bedingungen zu erfüllen;

2. nach Erteilung der Vollmacht seinen Bevollmächtigten wählen zu lassen, obwohl die in Artikel L4132-1 § 1 vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt sind;

3. wissentlich im Namen seines Vollmachtgebers zu wählen, obwohl letzterer verstorben ist oder in der Lage ist, selbst sein Wahlrecht auszuüben;

4. mehrere Vollmachten in Anwendung von Artikel L4132-1 § 1 anzunehmen oder zu erteilen.

§ 2 - Mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 1.000 Euro wird belegt, wer sich des in § 1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Art. L4168-16 - § 1 - Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen werden ebenfalls als Stimmenfang betrachtet:

1. in einem Wahllokal entgegen den Vorschriften der Artikel L4122-1 § 2 und L4124-1 § 5 Absatz 2 zu wählen;

2. am selben Tag aufeinanderfolgend in zwei oder mehreren Wahllokalen derselben Gemeinde oder unterschiedlicher Gemeinden zu wählen, auch wenn der Wähler in den Wahlregistern dieser verschiedenen Gemeinden oder Lokale eingetragen ist.

§ 2 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht bis zu fünfzehn Tagen oder mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro wird belegt, wer sich des in § 1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Art. L4168-17 - Mit einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 1.000 Euro wird belegt, wer einen oder mehrere Bürger durch Zusammenrottung, Gewalttätigkeiten oder Drohungen an der Ausübung der politischen Rechte gehindert hat.

Art. L4168-18 - Mit einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 500 Euro wird belegt, wer Personen, auch unbewaffnete, angeworben, versammelt oder aufgestellt hat, um die Wähler einzuschüchtern oder die Ordnung zu stören.

Mit einer Gefängnisstrafe von acht bis fünfzehn Tagen und mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro wird belegt, wer dabei wissentlich Mitglied derart organisierter Banden oder Gruppen ist.

Art. L4168-19 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren und mit einer Geldstrafe von 200 bis zu 2.000 Euro wird jedes mit Gewalt verübte oder versuchte Eindringen in ein Wahlgebäude mit der Absicht, die Wahlverrichtungen zu behindern, belegt.

Mit einer Gefängnisstrafe von einem bis zu drei Jahren und mit einer Geldstrafe von 500 bis zu 3.000 Euro werden die Schuldigen belegt, die dabei Waffen tragen.

Art. L4168-20 - Mit einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 100 bis zu 1.000 Euro werden die Wähler einer Sektion belegt, die sich während der Wahl der Beschimpfung oder der Gewalttätigkeit entweder gegen den Wahlbürovorstand oder gegen eines seiner Mitglieder oder gegen einen der Zeugen schuldig gemacht haben oder die durch Tätlichkeiten oder Drohungen die Wahlverrichtungen verzögert oder verhindert haben.

Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren werden die Schuldigen belegt, die dabei Waffen tragen.

Art. L4168-21 - Falls bei den in den Artikeln L4168-18 bis 20 beschriebenen Handlungen die Wahl verletzt wurde, wird das Höchstmaß dieser Strafen verhängt und können diese Strafen verdoppelt werden.

Mit einer Einschließungsstrafe von fünf bis zehn Jahren und mit einer Geldstrafe von 3.000 bis 5.000 Euro werden die Schuldigen belegt, die dabei Waffen tragen.

Sind diese Taten von in Artikel L4168-18 erwähnten organisierten Banden oder Gruppen verübt worden, werden die Personen, die die Beteiligten angeworben, versammelt oder aufgestellt haben, mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 100 bis zu 1.000 Euro belegt.

Art. L4168-22 - Als Täter wird bestraft, wer durch Geschenke, Versprechungen, Drohungen, Missbrauch der Amtsgewalt oder Machtbefugnis, strafbare Arglist oder Machenschaften, durch Reden oder Geschrei in öffentlichen Versammlungen oder an öffentlichen Orten oder durch Plakate beziehungsweise gedruckte oder nicht gedruckte, verkaufte oder verteilte Schriften zur Begehung der in den Artikeln L4168-18 bis L4168-20 beschriebenen Handlungen unmittelbar angestiftet hat.

Mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu sechs Monaten und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro werden die Täter belegt, wenn die Anstiftungen keine Folgen gehabt haben.

Art. L4168-23 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis 500 Euro wird jede Person belegt, die eine Beschwerde im Sinne der Artikel L4146-5 und folgende eingereicht hat, die sich als unbegründet erweist und für die erwiesen ist, dass sie in der Absicht zu schaden erfolgte.

Art. L4168-24 - In dem in Artikel L4141-2 § 4 erwähnten Fall wird jede Verletzung der Geheimhaltungspflicht gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches bestraft."

Art. 135 - Teil vier Buch II desselben Kodex, der die Artikel L4211-1 bis L4261-7 umfasst, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 1. Juni und 19. Juli 2006 und das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt ersetzt:

## "BUCH II - ELEKTRONISCHES WAHLSYSTEM MIT PAPIERBESCHEINIGUNG

### TITEL I - ANWENDUNGSBEREICH

#### EINZIGES KAPITEL

Art. L4211-1 - Die Regierung kann beschließen, dass für die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bei den Gemeindewahlen ein elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung benutzt wird.

Art. L4211-2 - Die Bestimmungen des vorliegenden Buches sind nicht anwendbar, wenn die Gemeinde- und Provinzialwahlen durch die jeweils zuständigen Behörden gemäß Artikel L4111-2 Absatz 1 gemeinsam abgehalten werden.

### TITEL II - WAHLVERRICHTUNGEN

#### KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. L4221-1 - § 1 - Ein elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung umfasst pro Wahlbüro:

1. eine elektronische Urne mit einem Scanner und einem automatischen Schließsystem am Schlitz der Urne,
2. mehrere Wahlcomputer, die jeweils mit einem Berührungsbildschirm, einem Drucker für die Stimmzettel und einem Chipkartenleser ausgestattet sind,
3. einen Computer für den Vorsitzenden mit einer Einheit zur Initialisierung der Chipkarten,
4. einen Barcodeleser für die Visualisierung des Inhalts des Barcodes durch den Wähler,
5. Chipkarten.

Jede Wahlkabine ist mit einem Wahlcomputer ausgestattet.

In jedem Wahlbüro befindet sich in mindestens einer Wahlkabine neben einem Wahlcomputer auch ein Barcodeleser für die Visualisierung des Inhalts des Barcodes durch den Wähler.

Jedes Wahlbüro verfügt über einen Wartebereich, der mindestens einen Meter von der Urne entfernt ist.

Darüber hinaus verfügt jeder Gemeindevorstand über ein oder mehrere elektronische Systeme zur Totalisierung der Stimmen, die in den von diesem Wahlvorstand abhängenden Wahlbüros abgegeben werden.

§ 2 - Die Regierung legt die Regeln für die Darstellung der Listen und der Kandidaten auf den Bildschirmen der Wahlcomputer fest.

§ 3 - Die elektronischen Wahlsysteme mit Papierbescheinigung, die elektronischen Systeme zur Totalisierung der Stimmen und die in Artikel L4224-1 erwähnten Wahlprogramme dürfen nur benutzt werden, wenn sie den durch die Regierung festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen entsprechen, wobei diese Bedingungen zumindest die Zuverlässigkeit und Sicherheit des Systems und das Stimmgeheimnis gewährleisten.

Die Regierung stellt diese Übereinstimmung nach Stellungnahme der Prüfstelle fest, die zu diesem Zweck von ihr zugelassen worden ist.

Die Stellungnahme der zugelassenen Prüfstelle wird veröffentlicht.

Art. L4221-2 - § 1 - Die Modalitäten zum Ankauf sowie zum Unterhalt und zur Lagerung des in Artikel L4221-1 § 1 erwähnten Systems werden von der Regierung festgelegt.

Die Modalitäten zum Ankauf sowie zum Unterhalt und zur Lagerung der elektronischen Systeme zur Totalisierung werden von der Regierung gegebenenfalls mit den betroffenen Gemeinden festgelegt.

§ 2 - Für die Wahlen erforderliche Programme, Sicherheitscodes, Chipkarten, spezifisches Wahlpapier, das für den Ausdruck der Stimmzettel notwendig ist, und Datenträger werden bei jeder Wahl von der Regierung oder von ihrem Beauftragten bereitgestellt.

## KAPITEL 2 — ELEKTRONISCHES WAHLSYSTEM MIT PAPIERBESCHEINIGUNG

Art. L4222-1 - Jede Wahlkabine des Wahlbüros ist mit einem Wahlcomputer ausgestattet.

Art. L4222-2 - § 1 - Bevor der Wähler sich in die Wahlkabine begibt, erhält er aus den Händen des Vorsitzenden des Wahlbürovorstands oder des von ihm bestimmten Besitzers eine Chipkarte, die zuvor vom Vorsitzenden oder Besitzer initialisiert worden ist und mit der der Wähler pro Wahl, zu der er aufgefordert worden ist, einmal seine Stimme abgeben kann.

§ 2 - Zwecks Stimmabgabe führt der Wähler erst die Chipkarte in den dafür vorgesehenen Kartenleser des in der Wahlkabine installierten Wahlcomputers ein.

Die Regierung legt die Reihenfolge fest, in der die Stimmabgaben erfolgen müssen.

Wenn die am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten dem Wähler die Wahl der Sprache für die Wahlverrichtungen lassen, dann wird dieser zuerst aufgefordert, diese Wahl zu tätigen; diese ist, nach Bestätigung, definitiv für die Gesamtheit der Wahlverrichtungen.

§ 3 - In allen Fällen erscheinen die laufende Nummer und das Listenkürzel aller Kandidatenlisten auf dem Bildschirm.

Indem er auf den Berührungsbildschirm drückt, gibt der Wähler die Liste seiner Wahl an. Indem er weiß wählt, kann er ebenfalls angeben, dass er keiner der vorgeschlagenen Listen seine Stimme geben möchte.

Nachdem der Wähler eine Liste gewählt hat, erscheinen für diese Liste die Namen und Vornamen der Kandidaten, denen eine laufende Nummer vorangestellt ist, auf dem Bildschirm.

Der Wähler gibt seine Stimme ab, indem er auf dem Berührungsbildschirm:

1. auf das Feld am Kopf der Liste drückt, wenn er mit der Vorschlagsreihenfolge der Kandidaten einverstanden ist;
2. auf die Felder neben dem Namen eines oder mehrerer Kandidaten derselben Liste drückt.

§ 4 - Nachdem der Wähler seine Stimme gemäß § 3 abgegeben hat, wird er um Bestätigung gebeten. Mit dieser Bestätigung ist die Stimmabgabe des Wählers für die betreffende Wahl abgeschlossen. Solange der Wähler seine Stimmabgabe nicht bestätigt hat, kann er diesen Wahlvorgang wiederholen.

§ 5 - Gegebenenfalls wird der Wähler danach durch eine Bildschirmanzeige aufgefordert, seine Stimme gemäß demselben Verfahren für die nächste Wahl abzugeben.

Art. L4222-3 - § 1 - Nachdem der Wähler für alle Wahlen seine Stimme abgegeben hat, wird ein Stimmzettel ausgedruckt und dem Wähler zur Verfügung gestellt.

§ 2 - In ein und demselben Wahlkreis müssen die Abmessungen des ausgedruckten Stimmzettels ungeachtet der Stimmabgabe des Wählers vollkommen gleich sein.

Die Regierung legt diese Abmessungen für jeden Wahlkreis sowie die auf dem Stimmzettel gedruckten Angaben fest.

§ 3 - Der ausgedruckte Stimmzettel umfasst zwei Teile:

1. einen Teil, auf dem die Stimmabgabe des Wählers als zweidimensionaler Barcode vermerkt ist;
2. einen Teil, auf dem die Stimmabgabe des Wählers gegebenenfalls für jede Wahl in schriftlicher Form vermerkt ist.

Der Teil mit dem schriftlichen Vermerk des ausgedruckten Stimmzettels ist nur für Kontroll und Auditzwecke bestimmt.

§ 4 - Dann faltet der Wähler seinen Stimmzettel gleichmäßig und sorgfältig in der Mitte mit der bedruckten Seite nach innen, um das Wahlgeheimnis zu wahren.

Der Wahlbürovorstand achtet auf die Wahrung des Wahlgeheimnisses.

§ 5 - Der Wähler nimmt die Chipkarte aus dem dafür vorgesehenen Kartenleser heraus. Weder auf dem Wahlcomputer noch auf der Chipkarte werden Daten in Bezug auf die Stimmabgabe bewahrt.

Art. L4222-4 - Der Wähler hat die Möglichkeit, anhand eines spezifischen Lesegeräts, das ihm zur Verfügung steht, den in Artikel L4222-3 § 3 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Barcode auf einem Bildschirm zu visualisieren. Somit sieht er, ob der Inhalt dieses Barcodes der Stimmabgabe entspricht, die er für jede Wahl auf dem Bildschirm gemacht hat und die in schriftlicher Form auf dem Stimmzettel vermerkt ist.

Die Visualisierung erfolgt in der Reihenfolge, in der die Stimmen abgegeben worden sind. Bei dieser Visualisierung kann der Wähler seine Stimmabgabe nicht mehr ändern.

Art. L4222-5 - Der Wähler, der Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe hat, darf sich von einer Person seiner Wahl gemäß den in Buch I Titel III Kapitel III des vorliegenden Teils des Kodex festgelegten Modalitäten begleiten oder helfen lassen.

Mangels einer Entscheidung für einen Begleiter seiner Wahl darf sich der Wähler, der Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe hat, vom Vorsitzenden oder von einem anderen von ihm bestimmten Mitglied des Wahlbürovorstands beistehen lassen, unter Ausschluss der Zeugen und jeder anderen Person.

Falls der Vorsitzende oder ein anderes Mitglied des Wahlbürovorstands das tatsächliche Vorhandensein dieser Schwierigkeiten anzweifelt, entscheidet der Wahlvorstand, und sein mit Gründen versehener Beschluss wird im Protokoll vermerkt.

Art. L4222-6 - § 1 - Nachdem der Wähler seine Stimme abgegeben hat, verlässt er die Wahlkabine und begibt sich mit seinem Stimmzettel, der noch immer wie in Artikel L4222-3 § 4 Absatz 1 erwähnt in der Mitte gefaltet ist, zur Urne.

Befindet sich bereits ein anderer Wähler vor der Urne, um dort seinen Stimmzettel einzuspeichern, muss der Wähler in dem in Artikel L4221-1 § 1 Absatz 4 erwähnten Wartebereich warten.

Anschließend händigt der Wähler dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands oder dem von diesem bestimmten Beisitzer die Chipkarte aus, scannt den Barcode seines Stimmzettels und steckt den Stimmzettel nach Öffnung des automatischen Schließsystems in den Schlitz der Urne.

§ 2 - Der Stimmzettel wird für ungültig erklärt:

1. wenn der Wähler seinen Stimmzettel beim Verlassen der Wahlkabine so auffaltet, dass zu erkennen ist, wie er gewählt hat;
2. wenn der Wähler außen auf seinem Stimmzettel Markierungen oder Eintragungen angebracht hat;
3. wenn der Wähler infolge einer falschen Handhabung oder eines anderen ungewollten Fehlverhaltens den ihm ausgehändigten Stimmzettel beschädigt hat;
4. wenn aus irgendeinem technischen Grund das Ausdrucken des Stimmzettels sich ganz oder zum Teil als unmöglich erweist;
5. wenn der Wähler bei einer Visualisierung des Inhalts des Barcodes auf dem Bildschirm gemäß Artikel L4222-4 feststellt, dass es einen Unterschied zwischen dieser Visualisierung auf dem Bildschirm und dem Vermerk der Stimmabgabe, so wie auf dem Stimmzettel abgedruckt, gibt;
6. wenn der Barcode nicht durch die elektronische Urne gelesen werden kann.

In den in Absatz 1 Nummern 1 bis 3 erwähnten Fällen kann die Ungültigkeitserklärung nach einem entsprechenden Beschluss des Wahlbürovorstands ausgesprochen werden.

In den in den vorhergehenden Absätzen erwähnten Fällen wird der Wähler aufgefordert, seine Stimmabgabe anhand einer neuen Chipkarte zu wiederholen. Auch wenn ein Wähler vor seiner Stimmabgabe die ihm ausgehändigte Chipkarte versehentlich beschädigt hat, erhält er eine neue Chipkarte.

Der Vorsitzende vermerkt auf den in Ausführung von Absatz 1 zurückgenommenen gefalteten Stimmzetteln den Hinweis "Zurückgenommener Stimmzettel" und paraphiert sie.

Art. L4222-7 - Nach Abschluss der Wahl sorgt der Vorsitzende des Wahlbürovorstands dafür, dass keine weiteren Stimmabgaben von der Wahlapparatur registriert werden können. Die Daten in Bezug auf die Stimmabgabe werden immer auf zwei Datenträgern gespeichert.

Die Stimmzettel kommen anschließend in einen Umschlag oder einen dafür angepassten Träger, der versiegelt wird. Die Aufschrift dieses Umschlags gibt den Inhalt, das Datum der Wahl, das Wahlbüro und den Wahlkreis an. Der Umschlag wird auf der Rückseite vom Vorsitzenden, von den Mitgliedern des Wahlbürovorstands und von den Zeugen, sofern diese es wünschen, unterzeichnet.

Die Daten in Bezug auf die Stimmabgabe eines Wahlbüros dürfen nicht bekannt gemacht werden.

Art. L4222-8 - Die Datenträger kommen in einen Umschlag, dessen Aufschrift den Inhalt, das Datum der Wahl, das Wahlbüro und den Wahlkreis angibt. Der Umschlag wird versiegelt und auf der Rückseite vom Vorsitzenden, von den Mitgliedern des Wahlbürovorstands und von den Zeugen, sofern diese es wünschen, unterzeichnet.

Art. L4222-9 - Das Protokoll des Wahlbürovorstands wird während der Sitzung aufgestellt. Pro Wahl wird die Anzahl registrierter Stimmabgaben, die Anzahl anwesender Wähler und die Anzahl Stimmzettel, die aufgrund von Artikel L4222-6 § 2 zurückgenommen wurden, angegeben.

Weiter werden im Protokoll eventuelle Schwierigkeiten und Vorfälle während der Wahlverrichtungen vermerkt. Aufgrund von Artikel L4222-6 § 2 zurückgenommene Stimmzettel einerseits und in Artikel L4223-2 Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Stimmzettel, die vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler vom Vorsitzenden oder von den Mitgliedern des Wahlbürovorstands zu Testzwecken erstellt wurden, andererseits, kommen in getrennte, zu versiegelnde Umschläge, die dem Protokoll beifügt werden.

Die Chipkarten und das Wahlpapier, das sich noch in den Wahldruckern befindet oder nicht verwendet wurde, kommen in einen zu versiegelnden Umschlag, der vom Vorsitzenden des Wahlbürovorstands einem vom Gemeindevorstand bestimmten Verantwortlichen übergeben wird. Diese letzte Handlung kann mit Hilfe dieses Verantwortlichen geschehen.

Art. L4222-10 - Das Protokoll, die beigefügten Umschläge, den Umschlag mit den in der Urne vorgefundenen Stimmzetteln und die Datenträger übergibt der Vorsitzende des Wahlbürovorstands unverzüglich und gegen Empfangsbescheinigung dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands oder einem von ihm bestimmten Beisitzer.

Die Chipkarten, das Wahlpapier aus den Druckern oder das nicht verwendete Wahlpapier werden mit Angabe ihrer Herkunft in den Räumen der Gemeindeverwaltung aufbewahrt. In der Urne vorgefundene Stimmzettel, aufgrund von Artikel L4222-6 § 2 zurückgenommene Stimmzettel, Stimmzettel, die vor Öffnung des Wahlbüros vom Vorsitzenden oder von den Mitgliedern des Wahlbürovorstands zu Testzwecken erstellt wurden, und benutzte Datenträger werden mit Angabe ihrer Herkunft so lange bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt, bis die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist.

#### KAPITEL 3 - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DIE STIMMABGABE

Art. L4223-1 - In Wahlbüros mit elektronischem Wahlsystem mit Papierbescheinigung:

1. kann die Regierung in Abweichung von Artikel L4123-1 § 1 die Anzahl Wähler pro Wahlsektion erhöhen, ohne jedoch die Grenze von 2.000 Wählern zu überschreiten;

2. kann die Regierung in Abweichung von Artikel L4143-3 § 1 die Höchstanzahl Wähler pro Wahlkabine erhöhen, ohne die Grenze von 300 Wählern zu überschreiten;

3. bestehen in Abweichung von Artikel L4125-1 § 1 die Wahlbürovorstände neben dem Vorsitzenden und dem Sekretär aus fünf Beisitzern und fünf Ersatzbeisitzern sowie, falls der Vorsitzende dies anfragt, aus einem beigeordneten Sekretär, der Erfahrung in Informatik aufweist;

4. werden in Abweichung von Artikel L4143-20 § 1 die Öffnungszeiten der Wahlbüros bis 15 Uhr verlängert.

In dem in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Fall finden die Bestimmungen der Artikel L4143-6 und L4168-9 Anwendung auf den beigeordneten Sekretär.

In dem in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Fall werden die Anweisungen für die Wähler angepasst. Die Anwesenheitsgelder des Vorsitzenden und der anderen Mitglieder dieser Wahlbürovorstände werden um fünfzig Prozent erhöht.

Art. L4223-2 - In Wahlbüros mit elektronischem Wahlsystem mit Papierbescheinigung werden vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler folgende Verrichtungen vorgenommen:

1. Der Vorsitzende überprüft, ob der Kasten der Urne, der für die Aufnahme der durch die Wahlcomputer ausgedruckten Stimmzettel bestimmt ist, leer ist, und er versiegelt die Urne.

2. Der Vorsitzende überprüft, ob der Zähler der Anzahl registrierter Stimmabgaben auf Null steht.

3. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Wahlbürovorstands nehmen ihre Stimmabgabe vor, indem sie darauf achten, mindestens einmal jeden Wahlcomputer zu verwenden. Sie überprüfen anschließend den Inhalt ihres ausgedruckten Stimmzettels mit dem in Artikel L4221-1 § 1 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Barcodeleser, der sich in einer der Wahlkabinen befindet. Nach erfolgreicher Überprüfung scannen sie gemäß Artikel L4222-6 § 1 ihren Stimmzettel anhand der elektronischen Urne und stecken ihn in den Schlitz der Urne. Die Durchführung dieses Vorgangs und die Beobachtungen werden im Protokoll vermerkt.

#### KAPITEL 4 - VERRICHTUNGEN VOR DER WAHL

Art. L4224-1 - § 1 - Die Regierung oder die von ihr bestimmte Person entwickelt die für die Gemeindevorstände und die Wahlbürovorstände bestimmten Wahlprogramme.

In der Woche nach dem Wahltag werden die Wahlprogramme auf der Internetseite der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht. Diese Veröffentlichung, die keine Sicherheitsangaben enthält, bleibt während sechs Monaten nach der Wahl verfügbar.

§ 2 - Die Regierung oder die von ihr bestimmte Person entwickelt und stellt den Vorsitzenden der Gemeindevorstände eine Anwendung zur Durchführung der in Artikel L4141-3 erwähnten digitalen Kodierungsvorgänge zur Verfügung.

Art. L4224-2 - § 1 - Unmittelbar nach dem endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten oder - bei Berufung - sobald der Vorstand den Beschluss des Appellationshofes oder des Staatsrats zur Kenntnis genommen hat, übermittelt der Vorsitzende des Gemeindevorstands diese Listen und die diesen Listen zugeteilten Nummern auf digitalem Weg der Regierung oder der von ihr bestimmten Person.

§ 2 - Die Unterlagen mit allen laufenden Nummern und Kürzeln der vorgeschlagenen Listen und mit den Kandidatenlisten, so wie das Programm sie auf dem Bildschirm erscheinen lassen wird, werden dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands zur Billigung vorgelegt. Dieser überprüft die Übereinstimmung dieser Unterlagen mit dem



Protokoll über den endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten. Jeder Vorsitzende bestätigt diese Unterlagen, nachdem er die eventuell erforderlichen Korrekturen hat anbringen lassen, und sendet der entsprechenden Regierung oder der von ihr bestimmten Person die bestätigten Unterlagen zurück.

Die Regierung oder die von ihr bestimmte Person lässt sowohl die Datenträger, die für die Totalisierung der Stimmen durch die Gemeindevorstände bestimmt sind, als auch die

Datenträger für die Wahlbürovorstände erstellen.

§ 3 - Die Regierung oder die von ihr bestimmte Person steckt die Datenträger in einen versiegelten Umschlag und händigt sie den Vorsitzenden der Gemeindevorstände mindestens drei Tage vor der Wahl gegen Empfangsbescheinigung aus. Jeder Umschlag trägt als Aufschrift die Bezeichnung des betreffenden Vorstands. Ein getrennter versiegelter Umschlag pro Vorstand, der den Vorsitzenden des Wahlvorstands der Gemeinde ebenfalls

gegen Empfangsbescheinigung übergeben wird, enthält die Sicherheitsangaben, die für die Benutzung der Datenträger erforderlich sind.

Am Tag vor der Wahl händigt der Vorsitzende des Gemeindevorstands jedem Vorsitzenden der Wahlbürovorstände seines Bereichs gegen Empfangsbescheinigung die ihn betreffenden Umschläge aus.

#### KAPITEL 5 - VERRICHTUNGEN ZUR TOTALISIERUNG DER STIMMEN

Art. L4225-1 - Unmittelbar nach Entgegennahme der Datenträger der Wahlbürovorstände nimmt der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Speicherung des Datenträgers auf den für die Totalisierung der Stimmen bestimmten Datenträger vor. Die Speicherung der Datenträger und die Totalisierung der Stimmen erfolgen mithilfe der in Artikel L4141-1 erwähnten Anwendung.

Wenn die Speicherung anhand des Datenträgers sich als unmöglich erweist, wiederholt der Vorsitzende des Gemeindevorstands den Speichervorgang anhand des zweiten Datenträgers.

Wenn auch dieser Vorgang sich als unmöglich erweist, fordert der Vorsitzende des Gemeindevorstands von der betreffenden Gemeinde die Bereitstellung einer elektronischen Urne und eines für den Vorsitzenden bestimmten Computers wie in Artikel L4221-1 erwähnt an. Er nimmt anhand des Lesegeräts der Urne eine komplette Einspeicherung der Barcodes vor, die sich auf den Stimmzetteln in dem in Artikel L4222-7 Absatz 2 erwähnten Umschlag befinden.

Nach Beendigung der Einspeicherung des Wahlbüros steckt der Vorsitzende die Stimmzettel wieder in den in Artikel L4222-7 Absatz 2 erwähnten Umschlag und versiegelt ihn erneut. Anschließend speichert er den so angefertigten neuen Datenträger ein.

Art. L4225-2 - Der Vorsitzende des Gemeindevorstands kann die von den Listen erzielten Teilergebnisse nach Einspeicherung von mindestens zehn Wahlbüros und anschließend von jeweils zehn weiteren Wahlbüros verkünden, bis alle Wahlbüros eingespeichert worden sind.

Art. L4225-3 - Wenn die Ergebnisse aller Wahlbüros eingespeichert und totalisiert worden sind, druckt der Vorsitzende des Gemeindevorstands das Protokoll und die Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmenauszählung aus, deren Muster von der Regierung festgelegt werden.

Art. L4225-4 - § 1 - Das Protokoll und die Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmenauszählung, die vom Vorsitzenden, von den anderen Mitgliedern des Gemeindevorstands und von den Zeugen unterzeichnet werden, kommen in einen zu versiegelnden Umschlag, dessen Aufschrift den Inhalt angibt.

Dieser Umschlag und die Umschläge mit den Protokollen der Wahlbüros werden in ein zu versiegelndes Paket zusammengeschlossen, das der Vorsitzende des Gemeindevorstands binnen vierundzwanzig Stunden der Regierung oder der von ihr bestimmten Person zukommen lässt.

§ 2 - Die Datenträger der Wahlbüros und die vom Gemeindevorstand für die Totalisierung der Stimmen benutzten Datenträger werden der von der Regierung bestimmten Person gegen Empfangsbescheinigung übergeben, sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist. Diese Person löscht die Datenträger und hält schriftlich fest, dass dies geschehen ist.

§ 3 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, werden die in den Urnen vorgefundenen Stimmzettel, die bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt werden, vernichtet.

§ 4 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, werden die zurückgenommenen Stimmzettel und die zu Testzwecken erstellten Stimmzettel, die bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt werden, vernichtet.

#### TITEL III - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

##### EINZIGES KAPITEL

Art. L4231-1 - Die Nachahmung von Datenträgern, Stimmzetteln und Chipkarten wird wie die Fälschung öffentlicher Urkunden bestraft.

Art. L4231-2 - Der Artikel L4168-12 findet Anwendung auf die betrügerische Änderung der Wahl- und Totalisierungssysteme und von Datenträgern, Chipkarten und Stimmzetteln.

Art. L4231-3 - Die Artikel L4161-1 bis L4161-4 sind auf die in den Artikeln L4231-1 und L4231-2 erwähnten Verstöße anwendbar.

Art. L4231-4 - Die Artikel L4112-8 Absätze 3 und 4, L4112-9 Absatz 2, L4112-18, L4112-19 § 1, L4125-1 § 3 Absatz 4, L4125-12 bis 15, L4142-38, L4142-39, L4142-41, L4143-1, L4143-7, L4143-12, L4143-13, L4143-21, L4143-22, L4143-24, L4143-27, L4143-28, L4144-1 bis 13, L4145-1, L4145-2, L4145-3 § 1 Absatz 1 und L4168-13 finden für die Anwendung des vorliegenden Buches keine Anwendung.

Art. L4231-5 - Die Artikel L4112-23 Nummer 4, L4125-1 § 3 Absatz 1, L4125-5 § 1, 2, 3, 5 und 7, L4126-1, L4134-1 § 3 und 4, L4143-14 und L4163-2 finden für die Anwendung des vorliegenden Buches Anwendung, insofern sie die Zählbüros nicht betreffen.

Art. L4231-6 - Für die Anwendung des vorliegenden Buches sind in den Artikeln L4112-5 Absatz 1, L4142-4 § 5 Absatz 3, L4142-26 § 1, L4142-36 § 1 Absatz 2 und L4142-37 § 1 und 3 alle Verweise zu den Stimmzetteln als Verweise zum Bildschirm des Wahlcomputers zu verstehen.

Art. L4231-7 - Für die Anwendung des vorliegenden Buches ist in Artikel L4112-9 Absatz 1 die Wortfolge "die Urnen, die Bleistifte" durch die Wortfolge "die elektronischen Wahlsysteme mit Papierbescheinigung" zu ersetzen.

Art. L4231-8 - Für die Anwendung des vorliegenden Buches ist in Artikel L4112-21 § 1 die Wortfolge "in den Zählvorständen" durch die Wortfolge "zum Zeitpunkt der Totalisierung" zu ersetzen.

In Artikel L4112-21 § 2 ist die Wortfolge "durch die gesamten Zählvorstände eines Wahlkreises" durch die Wortfolge "eines gesamten Wahlkreises" zu ersetzen.

Art. L4231-9 - Für die Anwendung des vorliegenden Buches ist in Artikel L4112-26 Nummer 4 das Wort "Stimmzetteln" durch das Wort "Stimmabgaben" zu ersetzen.

Art. L4231-10 - Für die Anwendung des vorliegenden Buches ist in Artikel L4125-1 § 3 Absatz 2 die Wortfolge "stellen die Stimmzettel auf und lassen diese drucken" durch die Wortfolge "legen die Darstellung der Kandidatenlisten auf den Bildschirmen der Wahlcomputer fest und lassen die Datenträger dementsprechend erstellen" zu ersetzen.

Art. L4231-11 - Für die Anwendung des vorliegenden Buches ist in Artikel L4143-8 § 1 Absatz 1 die Wortfolge "die zum Ausfüllen und Einwerfen ihres Stimmzettels erforderliche Zeit" durch die Wortfolge "die zur Stimmenabgabe erforderliche Zeit" zu ersetzen.

Art. L4231-12 - Für die Anwendung des vorliegenden Buches sind in Artikel L4145-3 § 1 Absatz 2 das Wort "Stimmzettel" durch das Wort "Stimmabgaben" und die Angabe "Artikel L4144-8 § 2" durch die Angabe "Artikel L4225-3" zu ersetzen.

Art. L4231-13 - Die Regierung passt für die Wahlen auf der Ebene der Wahlkollegien der Gemeinden die Anweisungen für den Wähler an."

Art. 136 - In Teil sechs Buch I einziger Titel einziges Kapitel desselben Kodex wird folgender Artikel L6111-4 eingefügt:

"Art. L6111-4 - Für die Anwendung des vorliegenden Kodex ist unter "Kapital" Folgendes zu verstehen:

1. für das Kapital einer Aktiengesellschaft, wie es im Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen vorgesehen ist, oder für eine Gesellschaft mit einer anderen Rechtsform, für die das belgische oder ausländische Recht, das diese Gesellschaft regelt, einen analogen Begriff vorsieht: dieser Begriff, wie er in diesem Recht vorgesehen ist;

2. für Gesellschaftsformen, für die das belgische oder ausländische Recht, das diese Gesellschaft regelt, keinen analogen Begriff vorsieht: das Eigenkapital der Gesellschaft, wie es in dem belgischen oder ausländischen Recht, das diese Gesellschaft regelt, vorgesehen ist, soweit es durch Geld-, Sach- oder Industrieinlagen gebildet wird;

3. für juristische Personen, die nicht in den Nummern 1 und 2 erwähnt werden: das Kapital, wie es im anwendbaren belgischen oder ausländischen allgemeinen Recht vorgesehen ist."

#### KAPITEL 2 — ABÄNDERUNG DES GEMEINDEDEKRETS VOM 23. APRIL 2018

Art. 137 - Artikel 18 § 1 Absatz 2 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Spiegelstrich 4 und Spiegelstrich 5, der zu Spiegelstrich 6 wird, wird folgender Spiegelstrich eingefügt:  
"- die Organisation von virtuellen oder hybriden Ratssitzungen gemäß Artikel 21.1 sowie deren zeitgleiche audiovisuelle Übertragung gemäß Artikel 27;"

2. In Spiegelstrich 10, der zu Spiegelstrich 11 wird, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgender Spiegelstrich 12 wird eingefügt:

"- die Organisation von virtuellen oder hybriden Kollegiumssitzungen gemäß Artikel 57.1."

Art. 138 - In Artikel 20 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Unbeschadet des Artikels 21.1 finden die Sitzungen des Rates in Präsenzform statt."

Art. 139 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 21.1 eingefügt:

"Art. 21.1 - Virtuelle und hybride Sitzungen

§ 1 - Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen sich eine Versammlung in Präsenzform für ein oder mehrere Mitglieder oder für die Öffentlichkeit aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen als unmöglich oder gefährlich erweist, kann der Vorsitzende beschließen, die Ratssitzung wie folgt abzuhalten:

1. in virtueller Form, wobei alle Mitglieder ausschließlich per Videokonferenz tagen;
2. in hybrider Form, wobei die Mitglieder teils in Präsenzform tagen und teils per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen auf die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Möglichkeiten zurückgegriffen werden kann.

§ 2 - Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung von § 1."

Art. 140 - In Artikel 24 § 1 Absatz 1 Satz 3 desselben Dekrets wird zwischen das Wort "verweisen" und den Punkt am Ende des Satzes die Wortfolge "oder sie in dem in Artikel 21.1 erwähnten Fall von der Videokonferenz ausschließen" eingefügt.

Art. 141 - In Artikel 27 desselben Dekrets wird folgender Absatz 6 eingefügt:

"Wird in dem in Artikel 21.1 erwähnten Fall der Öffentlichkeit aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen der Zugang zum Sitzungsort verweigert, ist eine zeitgleiche audiovisuelle Übertragung der Sitzung auf der Webseite der Gemeinde zu gewährleisten."

Art. 142 - In Artikel 31 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen eine geheime Abstimmung in dem in Artikel 21.1 erwähnten Fall erfolgt."

Art. 143 - In Artikel 37 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Die Sitzungen der Ausschüsse finden in Präsenzform statt, es sei denn, die in Artikel 21.1 erwähnten außergewöhnlichen Umstände liegen vor. In diesem Fall sind die Bestimmungen dieses Artikels entsprechend anwendbar."

Art. 144 - In Artikel 57 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Unbeschadet des Artikels 57.1 finden die Sitzungen des Kollegiums in Präsenzform statt."

Art. 145 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 57.1 eingefügt:

"Art. 57.1 - Virtuelle und hybride Sitzungen

§ 1 - Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen sich eine Versammlung in Präsenzform für ein oder mehrere Mitglieder aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen als unmöglich oder gefährlich erweist, oder in höchstens 20% der Sitzungen jährlich kann der Vorsitzende beschließen, die Kollegiumssitzung wie folgt abzuhalten:

1. in virtueller Form, wobei alle Mitglieder ausschließlich per Videokonferenz tagen;
2. in hybrider Form, wobei die Mitglieder teils in Präsenzform tagen und teils per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen auf die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Möglichkeiten zurückgegriffen werden kann.

§ 2 - Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung von § 1."

Art. 146 - In der Überschrift von Artikel 155 desselben Dekrets wird das Wort "Gesellschaftszweck" durch das Wort "Zweck" ersetzt.

Art. 147 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 156.1 eingefügt:

"Art. 156.1 - Virtuelle und hybride Sitzungen

§ 1 - Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen sich eine Versammlung in Präsenzform für ein oder mehrere Mitglieder aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen als unmöglich oder gefährlich erweist, oder in höchstens 20% der Sitzungen jährlich kann der Vorsitzende des Verwaltungsrats bzw. der geschäftsführende Verwalter beschließen, die Sitzung des Verwaltungsrats bzw. des Direktionsausschusses wie folgt abzuhalten:

1. in virtueller Form, wobei alle Mitglieder ausschließlich per Videokonferenz tagen;
2. in hybrider Form, wobei die Mitglieder teils in Präsenzform tagen und teils per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen auf die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Möglichkeiten zurückgegriffen werden kann.

§ 2 - Die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats regelt die Modalitäten für die Anwendung von § 1."

Art. 148 - In Artikel 197 Absatz 2 desselben Dekrets wird das Wort "Gesellschaftssitz" durch das Wort "Sitz" ersetzt.

### KAPITEL 3 — INKRAFTTRETEN

Art. 149 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.  
Eupen, den 11. Dezember 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—  
Fußnote

(1) Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 286 (2022-2023) Nr. 1 Dekretentwurf

286 (2023-2024) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

286 (2023-2024) Nr. 3 Bericht

286 (2023-2024) Nr. 4 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 11. Dezember 2023 - Nr. 65 Diskussion und Abstimmung

### TRADUCTION

#### MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/201107]

#### 11 DECEMBRE 2023. — Décret portant modification du Code de la démocratie locale et de la décentralisation ainsi que du décret communal du 23 avril 2018 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — Modification du Code de la démocratie locale et de la décentralisation

Article 1<sup>er</sup> - Dans l'article L1512-5, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, les mots « objet social » sont remplacés par le mot « objet ».

Art. 2 - À l'article L1512-6 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 2 est abrogé;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « objet social » sont remplacés par le mot « objet »;

4° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « dénomination sociale » sont remplacés par le mot « dénomination ».

Art. 3 - Dans l'article L1512-7, alinéa 2, du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 6 mai 2010, les mots « l'article 86, § 1<sup>er</sup> du Traité des Communautés européennes » sont remplacés par les mots « l'article 106, § 1<sup>er</sup>, du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne ».

Art. 4 - Dans l'article L1522-1, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 3°, les mots « siège social » sont remplacés par le mot « siège »;

2° le 5° est complété par les mots « ainsi que le montant du capital statuaire, le cas échéant ».

Art. 5 - À l'article L1522-7 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « capital social » sont remplacés par le mot « capital »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « capital social » sont remplacés par les mots « capital statuaire ».

*Art. 6* - L'article L1523-1 du même Code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 30 avril 2009 et 26 avril 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Art. L1523-1 - § 1<sup>er</sup> - Les intercommunales adoptent la forme juridique de la société anonyme, de la société coopérative ou de la société à responsabilité limitée.

§ 2 - Si l'intercommunale adopte la forme juridique de la société anonyme ou de la société à responsabilité limitée, les statuts disposent que le capital est indisponible.

En cas de capital statutairement indisponible, toute distribution des apports est interdite.

§ 3 - Le Code des sociétés et des associations est applicable aux intercommunales, pour autant que les statuts n'y dérogent pas en raison de la nature spéciale de l'association. »

*Art. 7* - À l'article L1523-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans la phrase introductive de l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « le Code des sociétés et la législation applicable aux asbl » sont remplacés par les mots « le Code des sociétés et des associations »;

2<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

3<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 5<sup>o</sup>, les mots « siège social » sont remplacés par le mot « siège »;

4<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, il est inséré un 5.1<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 5.1<sup>o</sup> l'adresse du siège; »

5<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le 11<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 11<sup>o</sup> la prise en charge du déficit par les associés dès que l'actif net est réduit à un montant inférieur aux trois quarts du capital, si l'intercommunale a adopté la forme d'une société coopérative, ou bien au montant du capital rendu statutairement indisponible, si l'intercommunale a adopté la forme d'une société anonyme ou d'une société à responsabilité limitée; »

6<sup>o</sup> il est inséré un alinéa rédigé comme suit entre l'alinéa 1<sup>er</sup> et l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Pour les intercommunales qui ont adopté la forme d'une société coopérative, les statuts comportent également une description de la finalité coopérative et des valeurs de la société coopérative. »;

7<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots « capital social » sont remplacés par le mot « capital », et les mots « siège social » sont remplacés par le mot « siège ».

*Art. 8* - Dans l'article L1523-3 du même Code, les mots « siège social » sont remplacés par le mot « siège ».

*Art. 9* - Dans l'article L1523-5, alinéa 2, 4<sup>o</sup>, du même Code, les mots « objet social » sont remplacés par le mot « objet ».

*Art. 10* - Dans l'article L1523-8 du même Code, les mots « du capital ou du fonds social » sont remplacés par les mots « du capital ».

*Art. 11* - À l'article L1523-10 du même Code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 9 mars 2007 et 31 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice du § 3, les réunions des organes des intercommunales se tiennent en présentiel. »;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Dans des circonstances exceptionnelles où une réunion en présentiel s'avère impossible ou dangereuse pour des raisons de sécurité ou de santé pour un ou plusieurs membres ou, le cas échéant, pour le public, ou pour 20% au plus des réunions tenues chaque année, le président de l'organe de l'intercommunale peut décider de tenir la réunion comme suit :

1<sup>o</sup> sous forme virtuelle, tous les membres se réunissant exclusivement par vidéoconférence;

2<sup>o</sup> sous forme hybride, les membres se réunissant en partie en présentiel et en partie par vidéoconférence.

Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il peut être recouru aux possibilités mentionnées dans le présent paragraphe.

Le règlement d'ordre intérieur règle les modalités d'application du présent paragraphe. »

*Art. 12* - Dans l'article L1523-12, § 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « d'actions ou » sont insérés entre les mots « le nombre » et les mots « de parts »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « actions ou » sont insérés entre les mots « cinquième des » et les mots « parts attribuées ».

*Art. 13* - Dans l'article L1523-14 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 9 mars 2007, le 8<sup>o</sup> est complété par les tirets suivants :

« - l'organisation de réunions virtuelles et hybrides des organes de l'intercommunale;

- les modalités relatives aux réunions virtuelles et hybrides des organes de l'intercommunale; ».

*Art. 14* - À l'article L1523-16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 3, les mots « à la loi du 17 juillet 1975 relative à la comptabilité et aux comptes annuels des entreprises et à ses arrêtés » sont remplacés par les mots « au livre III, titre 3, chapitre 2, du Code de droit économique, au Code des sociétés et des associations ainsi qu'à leurs arrêtés »;

2<sup>o</sup> l'alinéa 5 est remplacé par ce qui suit :

« Ce rapport de gestion comporte :

1<sup>o</sup> un commentaire sur les comptes annuels en vue d'exposer d'une manière fidèle les résultats et l'évolution des affaires et la situation de la société ainsi qu'une description des principaux risques et incertitudes auxquels elle est confrontée. Le rapport de gestion contient, le cas échéant, des renvois aux montants indiqués dans les comptes annuels et des explications supplémentaires y afférentes;

2<sup>o</sup> des données sur les événements importants survenus après la clôture de l'exercice;

3<sup>o</sup> des indications sur les circonstances susceptibles d'avoir une influence notable sur le développement de la société, pour autant que ces indications ne soient pas de nature à porter gravement préjudice à la société;

4<sup>o</sup> le cas échéant, des indications relatives aux activités en matière de recherche et de développement;

5<sup>o</sup> la justification de la compétence en matière de comptabilité et d'audit d'au moins un membre du comité d'audit. »;

3° l'alinéa 6 est abrogé.

*Art. 15* - Dans la phrase introductive de l'article L1523-19, § 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « actions ou » sont insérés entre le mot « hors » et les mots « parts privilégiées ».

*Art. 16* - Dans l'article L1523-22, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « objet social » sont remplacés par le mot « objet ».

*Art. 17* - Dans l'article L1523-23, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même Code, les mots « aux articles 92, 94, 95, 96, 143, 608, 616, 624 et 874 du Code des sociétés » sont remplacés par les mots « aux articles 3: 1, 3: 4, 3: 5, 3: 6, 3: 74, 7: 203, 7: 211, 7: 220 et 15: 1 du Code des sociétés et des associations ».

*Art. 18* - Dans l'article L1523-24, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même Code, les mots « Code des sociétés » sont remplacés par les mots « Code des sociétés et des associations ».

*Art. 19* - Dans l'article L1532-1, § 3, 1<sup>o</sup>, alinéa 3, du même Code, les mots « Code des sociétés applicables aux sociétés coopératives à responsabilité limitée » sont remplacés par les mots « Code des sociétés et des associations applicables aux sociétés à responsabilité limitée, aux sociétés coopératives ».

*Art. 20* - À l'article L4112-1 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1<sup>er</sup> juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

2<sup>o</sup> dans le § 2, les mots « être admise à » sont remplacés par le mot « pouvoir »;

3<sup>o</sup> dans le § 3, les mots « , § 1<sup>er</sup>, du titre II du présent Code, » sont abrogés.

*Art. 21* - À l'article L4112-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 3, les mots « , appelé aussi registre électoral, » sont abrogés et les mots « inscrits au registre de population de la commune » sont remplacés par les mots « inscrits au registre de population ou, le cas échéant, au registre des étrangers de la commune, à l'exclusion des personnes inscrites au registre d'attente de la commune »;

2<sup>o</sup> dans le § 4, les mots « registre électoral spécifique appelé registre de scrutin » sont remplacés par les mots « registre de scrutin spécifique ».

*Art. 22* - À l'article L4112-5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'intitulé, les mots « et logos » sont abrogés;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « et éventuellement un logo » sont abrogés, et les mots « qu'ils désignent » sont remplacés par les mots « qu'il désigne »;

3<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, la phrase « Il peut comporter un logogramme. » est abrogée et l'alinéa est complété par les phrases « Il est composé de vingt-cinq caractères au plus. Il peut comporter des lettres, des chiffres ou des signes. »;

4<sup>o</sup> l'alinéa 3 est abrogé;

5<sup>o</sup> l'alinéa 4 est abrogé.

*Art. 23* - (Concerne le texte allemand.)

*Art. 24* - (Concerne le texte allemand.)

*Art. 25* - À l'article L4112-10 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « distributions de tracts, » sont insérés entre les mots « rencontres, rassemblements, discours, » et les mots « défilés ainsi que l'utilisation des médias »;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La campagne électorale prend fin la veille du jour des élections, à vingt-deux heures. Les candidats, les listes et les partis politiques peuvent cependant diffuser ou faire diffuser des messages par l'intermédiaire de tout moyen de communication électronique jusqu'au jour des élections inclus. »

*Art. 26* - À l'article L4112-14 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 2, le 4<sup>o</sup> est complété par les mots « ou son délégué »;

2<sup>o</sup> dans le § 2, 9<sup>o</sup>, les mots « ou la personne qu'il désigne » sont abrogés;

3<sup>o</sup> dans le § 2, 11<sup>o</sup>, les mots « article L4211-6, § 1<sup>er</sup> » sont remplacés par les mots « article L4141-2 »;

4<sup>o</sup> (concerne le texte allemand.)

*Art. 27* - À l'article L4112-16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « organisée par le présent Code » sont abrogés;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 4, les mots « , sans avoir obligatoirement la qualité de candidat, » sont insérés entre les mots « personne qui » et les mots « effectue le dépôt ».

*Art. 28* - L'article L4112-17 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4112-17 - Documents électoraux

Un document électoral est tout document officiel utilisé dans le cadre des opérations électorales par les électeurs, les candidats et les opérateurs électoraux.

La convocation est le document que reçoivent, dans les jours qui précèdent l'élection, les électeurs d'une commune et qui mentionne notamment le jour de l'élection et le local de vote où l'électeur doit voter, ainsi que les heures d'ouverture et de fermeture des bureaux de vote.

La procuration est le document par lequel, dans les limites prévues par le présent livre, l'électeur qui le souhaite, le mandant, peut autoriser un autre électeur, le porteur de procuration, à voter en son nom et pour son compte. »

*Art. 29* - L'article L4112-21 du même Code est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Le résultat définitif est le résultat de l'élection, lorsque celle-ci a été validée conformément au titre IV, chapitre VI, du présent livre. »

*Art. 30* - Dans l'article L4112-23, 3<sup>o</sup>, du même Code, les mots « au bureau de vote ou de dépouillement ou » sont abrogés.

*Art. 31* - Dans l'article L4112-26, 1<sup>o</sup>, du même Code, les mots « registre électoral » sont remplacés par les mots « document électoral ».

*Art. 32* - À l'article L4121-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, les mots « 31 juillet » sont remplacés chaque fois par les mots « 1<sup>er</sup> août »;

3<sup>o</sup> le § 2 est abrogé;

4° le § 3 est abrogé;

5° le § 4 est abrogé.

Art. 33 - À l'article L4121-3 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2012 et le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° les personnes protégées qui ont été expressément déclarées incapables d'exercer leurs droits politiques en vertu de l'article 492/1 de l'ancien Code civil et en application des dispositions de la loi du 5 mai 2014 relative à l'internement. »;

2° l'article est complété par un § 7 rédigé comme suit :

« § 7 - La finalité du traitement de données visé au § 2, alinéa 2, est la suivante : permettre au collège communal d'établir la liste des électeurs et d'en assurer les mises à jour. »

Art. 34 - (Concerne le texte allemand.)

Art. 35 - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre II, chapitre II, du même Code, la section 1<sup>re</sup>, modifiée par le décret du 21 novembre 2016, est remplacée par la section suivante, comportant les articles L4122-1 à L4122-3 :

« Section 1<sup>re</sup> - Établissement du registre des électeurs

Art. L4122-1 - § 1<sup>er</sup> - Le 1<sup>er</sup> août de l'année durant laquelle le renouvellement ordinaire des conseils communaux a lieu, le collège communal dresse le registre des électeurs à jour à cette même date. Pour cette opération, le collège communal peut charger le Service public fédéral Intérieur de lui fournir gratuitement les données des personnes visées au § 2. Les données fournies par le Service public fédéral Intérieur sont détruites dès que l'élection est validée ou annulée.

§ 2 - Ce registre comprend :

1° l'ensemble des personnes qui satisfont aux conditions d'électorat mentionnées à l'article L4121-1;

2° les personnes qui, entre le 1<sup>er</sup> août et la date des élections incluse, atteindront l'âge de dix-huit ans;

3° les personnes dont la suspension des droits électoraux prendra fin entre le 1<sup>er</sup> août et la date des élections incluse.

§ 3 - Le registre des électeurs mentionne le nom, les prénoms, la date de naissance, le sexe, la résidence principale et le numéro d'identification au registre national des personnes physiques.

Pour les électeurs admissibles en vertu de l'article 1bis ou 1ter de la loi électorale communale, le registre des électeurs mentionne leur nationalité. En outre, les cases relatives à ces électeurs sont de couleur bleue.

§ 4 - Les finalités du registre des électeurs sont les suivantes :

1° établir la liste de l'ensemble des personnes possédant la qualité d'électeur et les identifier sans équivoque, afin de les convoquer au scrutin;

2° pouvoir établir les relevés mentionnés à l'article L4122-6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, et, partant, permettre la désignation des présidents, des assesseurs et des assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement ainsi que la désignation du président du bureau communal dans le cas mentionné à l'article L4125-3, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°;

3° permettre la délivrance d'exemplaires du registre des électeurs aux partis, listes et candidats en vue de la réalisation d'actions de propagande électorale;

4° établir les registres de scrutin et permettre aux membres des bureaux de vote de vérifier, d'une part, que seuls les électeurs votent, et d'autre part, que ceux-ci ne votent qu'une seule fois;

5° contrôler les candidatures multiples conformément à l'article L4142-17;

6° vérifier si les listes de candidats satisfont au prescrit de l'article L4142-7, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°;

7° vérifier que parmi les électeurs non belges qui se présentent aux élections communales, seuls ceux qui possèdent la nationalité d'un État membre de l'Union européenne se portent candidats;

8° pouvoir être utilisé dans le cadre d'une instruction administrative lorsqu'un recours est introduit contre l'élection;

9° pouvoir être utilisé en cas d'information ou d'instruction judiciaire.

Art. L4122-2 - § 1<sup>er</sup> - Le registre des électeurs est établi par commune et, le cas échéant, par section de commune, selon une numérotation continue. Le collège communal convoque au même centre de vote les personnes inscrites à la même adresse au registre de population.

Dans les communes dans lesquelles il est organisé des élections de secteur, ledit registre est constitué par la commune sur la base d'une répartition en fonction des secteurs.

§ 2 - Dès que le registre des électeurs est établi, le collège communal publie un avis correspondant aux endroits habituels d'affichage et sur le site internet de la commune. L'avis mentionne les heures d'ouverture de l'administration communale et reproduit les procédures de réclamation et de recours prévues aux articles L4122-10 à L4122-12.

Dès que l'avis est publié, toute personne peut vérifier si elle-même ou toute autre personne figure sur le registre ou y est mentionnée de manière correcte. Toute personne qui s'estime indûment inscrite, omise ou rayée du registre des électeurs, ou pour laquelle ce registre indique inexactement les mentions prescrites, peut introduire une réclamation auprès du collège communal conformément aux modalités fixées aux articles L4122-10 et suivants, et ce, jusqu'au douzième jour précédant celui de l'élection.

Art. L4122-3 - Le collège communal peut confier à un prestataire le soin de confectionner les registres des électeurs et les registres de scrutin.

L'impression et la diffusion des registres des électeurs et des registres de scrutin se font sous la supervision du collège communal. Celui-ci reste entièrement responsable de l'exactitude et de la correcte distribution de ces registres. »

Art. 36 - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre II, chapitre II, du même Code, la section 2, modifiée par le décret du 26 février 2018, est remplacée par la section suivante, comportant les articles L4122-4 et L4122-5 :

« Section 2 - Contrôle et mise à jour du registre des électeurs

Sous-section 1<sup>re</sup> - Contrôle des électeurs

Art. L4122-4 - § 1<sup>er</sup> - Dès que le registre des électeurs est établi, la commune transmet un exemplaire de son registre au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui.

§ 2 - Dès réception de l'ensemble des registres des électeurs, le Gouvernement ou la personne mandatée par lui contrôle les registres des électeurs, aux fins de vérifier si des personnes, pour quelque raison que ce soit, sont reprises sur plusieurs d'entre eux.

Si un électeur est mentionné dans plusieurs registres, le Gouvernement ou la personne mandatée par lui en informe les communes concernées. Celles-ci se concertent et effectuent sans délai les modifications nécessaires.

Si le collège communal radie un électeur du registre des électeurs, il le notifie à l'électeur concerné en l'informant des possibilités de recours prévues aux articles L4122-10 et suivants.

Les communes concernées transmettent au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui la version corrigée de leur registre.

§ 3 - Après que le Gouvernement ou la personne mandatée par lui a reçu l'ensemble des registres des électeurs, il ou elle procède à la validation de chacun d'entre eux au moyen d'une signature électronique.

Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui transmet sans délai à la commune concernée un exemplaire validé du registre.

§ 4 - La finalité des opérations mentionnées aux paragraphes 1<sup>er</sup> à 3 est la suivante : contrôler et valider les registres des électeurs.

Les opérations de contrôle du registre des électeurs sont destinées à vérifier l'exactitude des inscriptions au registre des électeurs et à s'assurer qu'un même électeur n'est pas en mesure de voter plus d'une fois.

Les opérations de validation du registre des électeurs sont destinées à attester l'exactitude des inscriptions au registre des électeurs avant la réalisation des opérations de répartition des électeurs en sections de vote mentionnées à l'article L4123-1.

Sous-section 2 - Mise à jour du registre des électeurs

Art. L4122-5 - Sont rayés du registre des électeurs :

1<sup>o</sup> les électeurs qui, entre la date à laquelle le registre des électeurs est arrêté et le jour de l'élection, cessent d'être inscrits au registre de population;

2<sup>o</sup> les électeurs qui, dans la même période, ont perdu la nationalité belge tout en restant inscrits aux registres de population d'une commune de la région de langue allemande;

3<sup>o</sup> les électeurs qui, dans la même période, font l'objet d'une condamnation ou d'une décision emportant dans leur chef soit l'exclusion des droits électoraux, soit la suspension de ces mêmes droits;

4<sup>o</sup> les personnes qui, dans la même période, à la suite d'un arrêt de la Cour d'appel ou d'une décision du collège communal, ne doivent plus être reprises comme électeurs.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, peuvent se faire à nouveau inscrire dans le registre des électeurs en introduisant une réclamation contre le registre conformément aux articles L4122-10 et suivants ou en présentant au collège communal un document probant permettant une nouvelle inscription immédiate au registre.

§ 2 - Sont ajoutées au registre des électeurs :

1<sup>o</sup> les personnes qui, à la suite d'un arrêt de la Cour d'appel ou d'une décision du collège communal, sont reprises comme électeur communal, provincial ou de secteur, et ce, jusqu'au jour précédant l'élection;

2<sup>o</sup> les personnes qui, au plus tard le jour de l'élection, acquièrent la nationalité belge et satisfont aux conditions d'électorat conformément à l'article L4121-1, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, 3<sup>o</sup> et 4<sup>o</sup>. »

Art. 37 - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre II, chapitre II, du même Code, la section 3, modifiée par les décrets des 21 novembre 2016 et 26 février 2018, est remplacée par la section suivante, comportant les articles L4122-6 à L4122-9 :

« Section 3 - Utilisation du registre des électeurs

Art. L4122-6 - § 1<sup>er</sup> - Le collège communal, à partir du registre des électeurs, dresse deux relevés :

1<sup>o</sup> le premier relevé reprend les électeurs susceptibles d'être investis de la fonction de président de bureau de vote ou de dépouillement;

2<sup>o</sup> le second relevé reprend les électeurs susceptibles d'être désignés comme assesseur ou assesseur suppléant d'un bureau de vote ou de dépouillement.

Le relevé mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, comporte douze noms par bureau.

Les autorités publiques qui occupent des agents porteurs d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I ou II+ dans l'administration de la Communauté germanophone communiquent aux administrations communales dans lesquelles ces agents ont leur résidence principale le nom, les prénoms, la résidence principale, le numéro d'identification au registre national des personnes physiques et le niveau de diplôme de leurs agents. La finalité de cette communication est la suivante : permettre au collège communal d'établir le relevé mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, en vue des désignations à effectuer conformément à l'article L4125-5, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>, et § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>, et, en ce qui concerne les agents de niveau I uniquement, en vue des désignations à effectuer conformément à l'article L4125-3, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>.

Les autorités publiques qui occupent des agents porteurs d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau II, III ou IV dans l'administration de la Communauté germanophone communiquent aux administrations communales dans lesquelles ces agents ont leur résidence principale le nom, les prénoms, la résidence principale, le numéro d'identification au registre national des personnes physiques et le niveau de diplôme de leurs agents. La finalité de cette communication est la suivante : permettre au collège communal d'établir le relevé mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, en vue des désignations à effectuer des assesseurs et assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement, telles que mentionnées à l'article L4125-5, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup> et 4<sup>o</sup>.

Les autorités publiques mentionnées aux alinéas 3 et 4 sont la Communauté germanophone, l'État fédéral, la Région wallonne, la Province de Liège, les communes, les centres publics d'action sociale, les intercommunales ainsi que les organismes d'intérêt public qui relèvent, le cas échéant, de la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public.

§ 2 - Ces relevés sont transmis au président du bureau communal le 10 septembre. Celui-ci les transmet ensuite au président du bureau de canton, conformément à l'article L4125-5, § 4.

Art. L4122-7 - § 1<sup>er</sup> - À partir de la validation du registre des électeurs par le Gouvernement ou la personne mandatée par lui conformément à l'article L4122-4 et jusqu'à sept jours après cette date, tout parti politique ayant un numéro d'ordre régional ou provincial peut introduire une demande auprès du Gouvernement ou de la personne mandatée par lui afin de disposer d'un exemplaire du registre des électeurs.

Au moment de l'introduction de sa demande, le parti politique s'engage :

1<sup>o</sup> à se présenter aux élections communales;

2<sup>o</sup> à obtenir un numéro d'ordre à l'issue du tirage au sort régional ou provincial;

3° à respecter les principes démocratiques énoncés par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution;

4° à respecter le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

5° à respecter la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

La finalité de la délivrance d'exemplaires du registre des électeurs est la suivante : permettre aux candidats de mener des actions de propagande électorale.

§ 2 - Le Gouvernement fixe le modèle de la demande.

§ 3 - La délivrance du registre s'effectue au moyen d'un support dont le format est fixé par le Gouvernement.

Elle intervient à partir de la validation du registre des électeurs par le Gouvernement ou la personne mandatée par lui conformément à l'article L4122-4 et jusqu'à sept jours après cette date.

§ 4 - Le parti politique diffuse les exemplaires reçus aux listes qui lui sont affiliées. Si la liste affiliée ne présente pas de candidats, les candidats ne peuvent plus faire usage du registre des électeurs, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

Un exemplaire délivré à une liste affiliée bénéficie à l'ensemble des candidats de la liste. Si l'un de ces candidats est ultérieurement radié de la liste de candidats, il ne peut plus faire usage du registre des électeurs, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

Les candidats ne peuvent pas transmettre les exemplaires reçus à des tiers.

Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne peuvent être utilisés qu'à des fins électorales, et ce, uniquement pendant la période se situant entre la date de délivrance du registre et la date de l'élection, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 5 - Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne font pas mention des numéros d'identification au registre national des personnes physiques.

Art. L4122-8 - § 1<sup>er</sup> - À partir de la validation du registre des électeurs par le Gouvernement ou la personne mandatée par lui conformément à l'article L4122-4, le déposant d'une liste de candidats qui ne possède pas de numéro d'ordre régional ou provincial peut introduire une demande, pour le compte de la liste de candidats, auprès du collège communal afin de disposer d'un exemplaire du registre des électeurs.

Au moment de l'introduction de sa demande, le déposant s'engage à ce que les candidats :

1° se présentent aux élections communales;

2° respectent les principes démocratiques énoncés par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution;

3° respectent le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

4° respectent la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

La finalité de la délivrance d'exemplaires du registre des électeurs est la suivante : permettre aux candidats de mener des actions de propagande électorale.

§ 2 - Le Gouvernement fixe le modèle de la demande.

§ 3 - La délivrance du registre s'effectue au moyen d'un support dont le format est fixé par le Gouvernement.

§ 4 - Le collège communal délivre au déposant l'exemplaire du registre des électeurs.

Le collège communal vérifie, au moment de la délivrance, que le déposant possède effectivement cette qualité.

§ 5 - L'exemplaire délivré au déposant par le collège communal bénéficie à l'ensemble des candidats de la liste.

Si la liste ne présente pas de candidats aux élections communales, les candidats ne peuvent plus faire usage du registre des électeurs, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

Si un candidat est ultérieurement radié de la liste de candidats, il ne peut plus faire usage du registre des électeurs, sous peine des sanctions pénales fixées à l'article L4162-4.

Les candidats ne peuvent pas transmettre les exemplaires reçus à des tiers.

Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne peuvent être utilisés qu'à des fins électorales, et ce, uniquement pendant la période se situant entre la date de délivrance du registre et la date de l'élection, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 6 - Le collège communal ne peut délivrer d'exemplaires du registre des électeurs qu'aux personnes qui en ont fait la demande, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 7 - Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne font pas mention des numéros d'identification au registre national des personnes physiques.

Art. L4122-9 - À partir de la validation du registre des électeurs par le Gouvernement ou la personne mandatée par lui conformément à l'article L4122-4, l'administration communale peut délivrer à l'électeur signataire, au candidat présenté ou au déposant un extrait dudit registre démontrant qu'il est électeur dans la commune. L'administration communale peut, sur demande, fournir le certificat mentionné à l'article L4142-4, § 6, alinéa 1<sup>er</sup>, 10<sup>o</sup>. »



Art. 38 - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre II, chapitre II, du même Code, la section 4, modifiée par le décret du 21 novembre 2016, est remplacée par la section suivante, comportant les articles L4122-10 à L4122-31 :

« Section 4 - Recours contre le registre des électeurs

Art. L4122-10 - À partir de la date à laquelle le registre des électeurs est arrêté, toute personne qui s'estime indûment inscrite, omise ou rayée du registre des électeurs, ou pour laquelle ce registre indique inexactement les mentions prescrites à l'article L4122-1, § 3, peut introduire une réclamation auprès du collège communal jusqu'au douzième jour précédant celui de l'élection.

Art. L4122-11 - À partir de la date à laquelle le registre des électeurs est arrêté, toute personne qui satisfait aux conditions d'électorat peut, dans la circonscription électorale dans laquelle est située la commune où elle est inscrite au registre des électeurs, introduire auprès du collège communal une réclamation contre les inscriptions, radiations ou omissions de noms dudit registre ou contre toute indication inexacte dans les mentions prescrites à l'article L4122-1, § 3, et ce, jusqu'au douzième jour précédant celui de l'élection.

Art. L4122-12 - La réclamation mentionnée aux articles L4122-10 ou L4122-11 est introduite par requête. Celle-ci ainsi que toutes les pièces justificatives dont le requérant entend faire usage sont déposées contre récépissé à l'administration communale ou sont adressées au collège communal sous pli recommandé.

Le membre du personnel communal qui reçoit la réclamation l'inscrit à la date de son dépôt dans un registre spécial et en donne récépissé. Le membre du personnel constitue un dossier pour chaque réclamation, cote et paraphe les pièces produites et les inscrit avec leur numéro d'ordre dans l'inventaire joint à chaque dossier.

Art. L4122-13 - Si l'intéressé déclare être dans l'impossibilité d'écrire, la réclamation peut être faite verbalement. Elle est reçue par le directeur général ou son délégué.

Le membre du personnel communal qui la reçoit en dresse sur-le-champ un procès-verbal dans lequel il constate que l'intéressé lui a déclaré être dans l'impossibilité d'écrire.

Le procès-verbal reprend les moyens invoqués par l'intéressé. Le membre du personnel communal date et signe ce procès-verbal, et en remet une copie à l'intéressé après lui en avoir donné lecture.

Le membre du personnel communal procède ensuite aux formalités prévues à l'article L4122-12, alinéa 2.

Art. L4122-14 - L'administration communale joint au dossier à titre gratuit :

1° une copie ou, selon le cas, un extrait de tous les documents officiels en sa possession que le requérant invoque pour justifier une modification du registre des électeurs;

2° tout document officiel en sa possession de nature à étayer les moyens invoqués par l'intéressé et repris dans le procès-verbal prévu à l'article L4122-13.

Art. L4122-15 - Le rôle des réclamations indique le lieu, le jour et l'heure de la séance lors de laquelle l'affaire sera traitée.

Ce rôle est affiché vingt-quatre heures au moins avant la séance à l'administration communale, où chacun peut en prendre connaissance et le copier.

L'administration communale notifie sans délai et par tous moyens au requérant ainsi que, le cas échéant, à chaque partie intéressée la date à laquelle la réclamation sera examinée.

Cette notification mentionne expressément et en toutes lettres, ainsi qu'il est prévu à l'article L4122-18, § 1<sup>er</sup>, alinéas 2 et 4, que l'appel contre la décision à intervenir peut seulement être interjeté en séance.

Art. L4122-16 - Pendant le délai prévu à l'article L4122-15, le dossier des réclamations et le rapport mentionné à l'article L4122-17, alinéa 2, sont mis à la disposition des parties, de leurs avocats ou de leurs mandataires.

Art. L4122-17 - Le collège communal statue sur toute réclamation dans un délai de quatre jours à compter du dépôt de la requête ou du procès-verbal mentionné aux articles L4122-12 et L4122-13, et en tout cas, avant le septième jour qui précède celui de l'élection.

Il statue en séance publique, sur le rapport d'un membre du collège, et après avoir entendu les parties, leurs avocats ou leurs mandataires, s'ils se présentent.

Art. L4122-18 - § 1<sup>er</sup> - Une décision motivée, mentionnant le nom du rapporteur et ceux des membres présents, est rendue séparément sur chaque affaire. Ladite décision est inscrite dans un registre spécial.

Le président du collège invite les parties, leurs avocats ou leurs mandataires à signer, s'ils le désirent, sur le registre visé à l'alinéa précédent, une déclaration d'appel.

Les parties défaillantes sont censées acquiescer à la décision rendue par le collège.

À défaut d'une déclaration d'appel, signée par les parties présentes ou représentées, la décision du collège est définitive. Mention du caractère définitif de la décision est faite dans le registre spécial visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> et exécution est donnée immédiatement à la décision modifiant le registre des électeurs.

La décision du collège est déposée à l'administration communale, où quiconque peut en prendre connaissance sans frais.

L'appel de la décision du collège est suspensif de tout changement dans le registre des électeurs.

§ 2 - La finalité du registre spécial des réclamations mentionné au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, est la suivante : pouvoir être utilisé dans le cadre de l'instruction administrative des recours introduits contre l'élection conformément à l'article L4146-5, alinéa 2.

Les données à caractère personnel consignées au registre spécial des réclamations comprennent le nom, les prénoms, le numéro d'identification au registre national des personnes physiques, l'âge, la résidence principale et la nationalité des réclamants. Ces données sont conservées jusqu'à l'expiration du délai de prescription fixé à l'article L4161-1.

Art. L4122-19 - Le bourgmestre transmet sans délai à la cour d'appel, par tous moyens, une expédition des décisions du collège frappées d'appel ainsi que tous les documents intéressant les litiges.

Les parties sont invitées à comparaître devant la cour dans les cinq jours de la réception du dossier et en tout cas avant le jour qui précède celui de l'élection. Elles peuvent faire parvenir leurs conclusions écrites à la chambre désignée pour examiner l'affaire.

Art. L4122-20 - Si la cour ordonne une enquête, elle peut déléguer à cette fin un juge de paix.

Art. L4122-21 - Si l'enquête a lieu devant la cour, le greffier informe les parties, au moins vingt-quatre heures à l'avance, du jour fixé et des faits à prouver.

Art. L4122-22 - Les témoins peuvent comparaître volontairement sans perdre droit à la taxe. Ils comparaissent sur simple citation. Ils prêtent serment comme en matière correctionnelle.

En cas de défaut de comparaître ou de faux témoignage, ils sont poursuivis et punis comme en matière correctionnelle.

Toutefois, les peines comminées contre les témoins défailants sont appliquées sans réquisition du ministère public par la cour ou par le magistrat qui procède à l'enquête.

Art. L4122-23 - Dans les enquêtes électorales, aucun témoin ne peut être interpellé en application de l'article 937 du Code judiciaire.

Toutefois, le parent ou allié de l'une des parties, jusqu'au troisième degré inclusivement, ne peut être entendu comme témoin.

Art. L4122-24 - Les débats devant la cour sont publics.

Art. L4122-25 - À l'audience publique, le président de la chambre donne la parole aux parties, qui peuvent se faire représenter et assister par un avocat.

La cour, après avoir entendu le procureur général en son avis, statue séance tenante par un arrêt qui est rendu public selon les modalités fixées par la loi. Cet arrêt est déposé au greffe de la cour où les parties peuvent en prendre connaissance sans frais.

Le dispositif de l'arrêt est notifié sans délai et par tous moyens, par les soins du ministère public, au collège communal qui a rendu la décision dont appel et aux autres parties.

Exécution immédiate est donnée à l'arrêt au cas où celui-ci emporte modification du registre des électeurs.

Art. L4122-26 - La cour statue sur le recours tant en l'absence qu'en la présence des parties. Tous les arrêts rendus par la cour sont réputés contradictoires; ils ne sont susceptibles d'aucun recours.

Art. L4122-27 - La requête introduite par plusieurs requérants contient une seule élection de domicile. À défaut, les requérants sont présumés avoir élu domicile chez le premier requérant.

Art. L4122-28 - La taxe des témoins est réglée comme en matière répressive.

Art. L4122-29 - Les parties font l'avance des frais.

Entrent en taxe non seulement les frais de procédure proprement dits, mais encore les frais des pièces que les parties ont dû produire dans l'instance électorale à l'appui de leurs prétentions.

Art. L4122-30 - Les frais sont à charge de la partie qui succombe. Si les parties succombent respectivement sur quelques chefs, les dépens peuvent être compensés.

Toutefois, si les prétentions des parties ne sont manifestement pas infondées, la cour peut mettre les dépens en tout ou en partie à charge de l'État.

Art. L4122-31 - Les greffiers des cours d'appel transmettent aux administrations communales copie des arrêts. »

Art. 39 - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre II, chapitre II, du même Code, la section 5, modifiée par le décret du 21 novembre 2016, comportant les articles L4122-31 à L4122-35, est abrogée.

Art. 40 - À l'article L4123-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « sont repartis en sections de vote » sont remplacés par les mots « sont répartis, le cas échéant, en secteurs puis en sections de vote »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 2 est abrogé;

3<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 3, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est abrogé;

4<sup>o</sup> dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « , selon un mode de répartition géographique, » sont insérés entre les mots « par canton électoral » et les mots « en sections »;

5<sup>o</sup> le § 4 est abrogé.

Art. 41 - À l'article L4123-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « registre des électeurs par section de vote, appelé registre de scrutin » sont remplacés par les mots « registre de scrutin par section de vote », et la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« La finalité du registre de scrutin est la suivante : permettre aux membres des bureaux de vote de vérifier, d'une part, que seuls les électeurs votent, et d'autre part, que ceux-ci ne votent qu'une seule fois. »;

2<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup> est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Le registre de scrutin mentionne le nom, les prénoms, la date de naissance, la résidence principale, le numéro d'identification au registre national des personnes physiques ainsi que le numéro sous lequel est inscrit l'électeur au registre des électeurs.

Pour les électeurs admissibles en vertu de l'article 1bis ou 1ter de la loi électorale communale, le registre de scrutin mentionne leur nationalité. En outre, les cases relatives à ces électeurs sont de couleur bleue. »;

3<sup>o</sup> dans le § 2, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les mots « deux exemplaires » sont remplacés par les mots « un exemplaire », et le § 2 est complété par la phrase suivante :

« Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui valide chaque registre au moyen d'une signature électronique. »;

4<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

5<sup>o</sup> dans le § 3, l'alinéa 2 est abrogé;

6<sup>o</sup> (concerne le texte allemand).

Art. 42 - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre II, du même Code, l'intitulé du chapitre IV est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre IV - Convocation ».

Art. 43 - À l'article L4124-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 2, les mots « articles L4122-9 et L4122-10 » sont remplacés par les mots « articles L4122-10 et suivants »;

2<sup>o</sup> dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, la première phrase « Un avis de convocation est publié dans la commune, vingt jours au moins avant le scrutin, selon les formes usitées et à l'heure ordinaire des publications. » est remplacée par la phrase « Un avis de convocation est publié, vingt jours au moins avant le scrutin, aux endroits habituels d'affichage et sur le site internet de la commune. », et les mots « au secrétariat de la commune » sont remplacés par les mots « à l'administration communale »;

3<sup>o</sup> dans le § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 21 novembre 2016, la deuxième phrase est abrogée;

4<sup>o</sup> dans le § 4, alinéa 2, les mots « au secrétariat communal » sont remplacés par les mots « à l'administration communale »;

5° dans le § 5, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « article L4122-4 » sont remplacés par les mots « article L4122-1 »;

6° le § 5 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Le vote a lieu à la commune où l'électeur est inscrit au registre des électeurs.

Conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup> et à l'article L4143-20, § 2, alinéa 3, la finalité de la convocation est la suivante : appeler au vote toutes les personnes inscrites au registre des électeurs et permettre aux membres des bureaux de vote d'identifier sans équivoque les électeurs le jour de l'élection. »;

7° dans le § 6, alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 26 février 2018, les mots « ; lles rappellent également les dispositions concernant la consultation par les électeurs du rapport sur les dépenses de propagande électorale engagées par les partis politiques prévue à l'article L4131-2, § 2, alinéa 3, et des déclarantes de dépenses électorales des candidats prévue à l'article L4131-4, § 2, ainsi que les dispositions concernant les frais de déplacement des électeurs, déterminées à l'article L4135-2, § 2, 3° » sont abrogés;

8° dans le § 6, l'alinéa 2 est abrogé;

9° dans le § 6, l'alinéa 3, modifié par le décret du 26 février 2018, est complété par les mots « et les documents qu'il doit avoir en sa possession le jour de l'élection »;

10° dans le § 6, les alinéas 5 et 6 sont abrogés;

11° le § 6 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Au verso de la lettre de convocation sont mentionnées les informations suivantes :

1° les instructions pour les électeurs qui votent en personne;

2° les instructions pour les électeurs qui votent par procuration. »

*Art. 44* - Dans l'article L4124-2 du même Code, les mots « , en respectant les modalités prévues à l'article L4122-8, § 1<sup>er</sup>, 1° et 2° » sont abrogés.

*Art. 45* - À l'article L4125-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « d'assesseurs et d'assesseurs suppléants » sont remplacés par les mots « de quatre assesseurs et de quatre assesseurs suppléants »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Les bureaux de circonscription, les bureaux de canton, les bureaux de vote et les bureaux de dépouillement exercent des tâches distinctes.

Les bureaux de circonscription arrêtent les listes de candidats et traitent les contestations s'y rapportant, établissent les bulletins de vote et les font imprimer. Le jour des élections, ils procèdent à la totalisation finale des résultats, à la répartition des sièges et à la désignation des élus pour leur circonscription.

Les bureaux de canton centralisent les résultats du dépouillement au niveau du canton.

Les bureaux de vote assurent la bonne marche du scrutin.

Les bureaux de dépouillement procèdent au dépouillement des bulletins pour les bureaux de vote qui leur sont attribués et transmettent ces résultats, selon l'élection, soit au bureau communal, soit au bureau de canton. »;

3° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Les candidats et listes de candidats peuvent désigner des témoins pour contrôler les opérations des bureaux électoraux, selon les modalités visées à l'article L4134-1. »;

4° dans le § 5, la troisième phrase est abrogée;

5° dans le § 6, l'alinéa 2 est abrogé;

6° l'article est complété par un § 7 rédigé comme suit :

« § 7 - À la demande du président du bureau de circonscription, le collège communal met à la disposition de celui-ci le personnel et le matériel nécessaires à l'accomplissement de ses tâches. Le même collège fixe l'indemnité que la commune paie au profit des personnes désignées en vue de l'encodage. »

*Art. 46* - À l'article L4125-3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I dans l'administration de la Communauté germanophone. »;

2° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les 5° à 9° sont abrogés;

3° dans le § 2, l'alinéa 4 est abrogé;

4° dans le § 2, alinéa 5, inséré par le décret du 26 février 2018, les mots « 30 juin » sont remplacés par les mots « 31 mars »;

5° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Les autorités occupant les personnes visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1° à 3°, communiquent au président du bureau de district mentionné à l'article L4125-5, § 2, alinéa 2, les noms, les prénoms, les résidences principales et les numéros d'identification au registre national des personnes physiques. La finalité de cette communication est la suivante : permettre au président du bureau de district de désigner les présidents des bureaux communaux en respectant l'ordre fixé à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

Pour désigner les personnes visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, le président du bureau de district s'appuie sur le relevé visé à l'article L4122-6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, en ce qu'il mentionne l'identité d'électeurs porteurs d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I dans l'administration de la Communauté germanophone. »;

6° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 26 novembre 2018, les mots « les membres » sont remplacés par les mots « les assesseurs, les assesseurs suppléants et le secrétaire »;

7° dans le § 3, l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :

« Le président du bureau communal communique immédiatement au Gouvernement l'adresse du siège du bureau communal. »;

8° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - La finalité de la communication mentionnée au § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, deuxième phrase, est la suivante : pouvoir contacter les membres des bureaux de vote en vue d'auditions à mener dans le cadre de l'instruction administrative des recours introduits contre l'élection conformément à l'article L4146-5, alinéa 2.

La finalité de la communication mentionnée au § 2, alinéa 4, est, outre la finalité décrite à l'alinéa 1<sup>er</sup>, la suivante : permettre à la personne mandatée par le Gouvernement d'accomplir sa mission d'accompagnement permanent des présidents des bureaux de vote.

Les données à caractère personnel transmises au Gouvernement dans le cadre des communications mentionnées au § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, deuxième phrase, et au § 2, alinéa 4, sont les noms, prénoms, numéros de téléphone et adresses électroniques. »

*Art. 47* - À l'article L4125-5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Le 15 septembre au plus tard, le président du bureau communal désigne les présidents des bureaux de vote et de dépouillement parmi les électeurs de la commune les moins âgés, ayant le jour de l'élection au moins dix-huit ans, dans l'ordre déterminé suivant :

1<sup>o</sup> tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I dans l'administration de la Communauté germanophone;

2<sup>o</sup> tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau II+ dans l'administration de la Communauté germanophone.

Le président du bureau communal communique immédiatement au Gouvernement l'identité et les données de contact des personnes désignées. »;

2<sup>o</sup> le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Pour la même date au plus tard, le président du bureau communal désigne les assesseurs et les assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement parmi les électeurs de la commune les moins âgés, ayant le jour de l'élection au moins dix-huit ans, dans l'ordre déterminé suivant :

1<sup>o</sup> tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I dans l'administration de la Communauté germanophone;

2<sup>o</sup> tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau II+ dans l'administration de la Communauté germanophone;

3<sup>o</sup> tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau II dans l'administration de la Communauté germanophone;

4<sup>o</sup> tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau III ou IV dans l'administration de la Communauté germanophone.

Le président du bureau communal communique immédiatement au Gouvernement l'identité et les données de contact des personnes désignées. »;

3<sup>o</sup> le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Les présidents des bureaux de vote et de dépouillement sont désignés parmi les électeurs figurant sur les relevés prévus à l'article L4122-6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>.

Les assesseurs et assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement sont désignés parmi les électeurs figurant sur les relevés prévus à l'article L4122-6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>. »;

4<sup>o</sup> dans le § 4, modifié par le décret du 26 février 2018, la deuxième phrase est abrogée;

5<sup>o</sup> dans le § 5, alinéa 2, modifié par le décret du 26 février 2018, la phrase « Il remplace dans le plus bref délai ceux qui, dans les trois jours de la réception de l'avis de leur désignation, l'ont informé d'un motif légitime d'empêchement, selon les modalités prévues à l'article L4125-3, § 2, et au paragraphe 1<sup>er</sup> du présent article. » est remplacée par la phrase « Le président du bureau communal remplace dans le plus bref délai ceux qui, dans les cinq jours de la réception de l'avis de leur désignation, l'ont informé d'un motif légitime d'empêchement, selon les modalités prévues aux § 1<sup>er</sup> ou 2. »;

6<sup>o</sup> le § 6 est abrogé;

7<sup>o</sup> le § 7 est remplacé par ce qui suit :

« § 7 - Le président du bureau communal complète le tableau reprenant la composition du bureau communal, des bureaux de vote ainsi que des bureaux de dépouillement communal. Il conserve un exemplaire et en transmet un autre au président du bureau de canton.

La finalité de l'action mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> est la suivante : permettre au président du bureau de canton et au président du bureau communal d'exercer la mission de surveillance générale des opérations électorales mentionnée à l'article L4112-7.

Les données à caractère personnel mentionnées dans le tableau sont les noms, prénoms, numéros de téléphone et adresses électroniques des présidents des bureaux électoraux. Ces données sont conservées jusqu'à la validation ou l'annulation de l'élection.

Le tableau de la composition des bureaux électoraux est établi conformément au modèle arrêté par le Gouvernement. »;

8<sup>o</sup> le § 8 est remplacé par ce qui suit :

« § 8 - La finalité de la communication mentionnée au § 2, alinéa 2, est la suivante : pouvoir contacter les membres des bureaux de vote et de dépouillement en vue d'auditions à mener dans le cadre de l'instruction administrative des recours introduits contre l'élection conformément à l'article L4146-5, alinéa 2.

La finalité de la communication mentionnée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, est, outre la finalité décrite à l'alinéa 1<sup>er</sup>, la suivante : permettre à la personne mandatée par le Gouvernement d'accomplir sa mission d'accompagnement permanent des présidents des bureaux de vote.

Les données à caractère personnel transmises au Gouvernement dans le cadre des communications mentionnées au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, et au § 2, alinéa 2, sont les noms, prénoms, numéros de téléphone et adresses électroniques. »

*Art. 48* - À l'article L4125-9 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les mots « registre de sa section » sont remplacés par les mots « registre de scrutin de sa section »;

2<sup>o</sup> (concerne le texte allemand).

Art. 49 - Dans l'article L4125-10 du même Code, le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui transmet aux présidents des bureaux de vote les instructions nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches, ainsi que les formulaires et documents nécessaires à l'exécution de leurs missions. »

Art. 50 - L'article L4125-11 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4125-11 - Le président du bureau de vote désigne librement son secrétaire parmi les électeurs de la commune. »

Art. 51 - (Concerne le texte allemand.)

Art. 52 - (Concerne le texte allemand.)

Art. 53 - Dans l'article L4125-14 du même Code, le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui transmet aux présidents des bureaux de dépouillement les instructions nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches, ainsi que les formulaires et documents nécessaires à l'exécution de leurs missions. »

Art. 54 - Dans l'article L4125-15 du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Le président du bureau de dépouillement désigne librement son secrétaire parmi les électeurs de la commune. »

Art. 55 - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre II, chapitre V, du même Code, la section 5, comportant les articles L4125-16 et L4125-17, est abrogée.

Art. 56 - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre II, du même Code, il est inséré un chapitre VI, comportant les articles L4126-1 à L4126-5, rédigé comme suit :

« Chapitre VI - Incompatibilités des membres des bureaux électoraux

Art. L4126-1 - § 1<sup>er</sup> - Seuls les électeurs communaux peuvent exercer la fonction de président, d'assesseur, d'assesseur suppléant ou de secrétaire du bureau communal, d'un bureau de vote ou d'un bureau de dépouillement communal.

Un électeur communal est toute personne admise à voter pour les élections communales.

§ 2 - Sauf dans le cas exceptionnel prévu à l'article L4125-3, § 2, alinéa 2, le critère à prendre en compte pour la désignation d'un électeur à la fonction de président, d'assesseur, d'assesseur suppléant ou de secrétaire d'un bureau électoral, à l'exception du bureau de district et du bureau de canton, est le lieu où l'électeur est inscrit au registre de population.

Art. L4126-2 - Aucun candidat ne peut être président, assesseur, assesseur suppléant ou secrétaire d'un bureau électoral.

Art. L4126-3 - Aucun témoin ne peut être président, assesseur, assesseur suppléant ou secrétaire d'un bureau électoral.

Art. L4126-4 - Aucun détenteur d'un mandat politique ne peut être président, assesseur, assesseur suppléant ou secrétaire d'un bureau électoral.

Art. L4126-5 - Les directeurs généraux communaux et provinciaux et les directeurs financiers communaux et provinciaux ne peuvent être président, assesseur ou assesseur suppléant d'un bureau de circonscription. Ils peuvent être secrétaire d'un tel bureau. »

Art. 57 - L'article L4131-6 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est abrogé.

Art. 58 - À l'article L4132-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Peut mandater un autre électeur pour voter en son nom et pour son compte :

1<sup>o</sup> l'électeur qui, pour cause de maladie ou de déficience ou pour cause de maladie ou de déficience d'un parent ou allié ou d'un cohabitant, est dans l'incapacité de se rendre au centre de vote. Cette incapacité est attestée par certificat médical. Le certificat médical ne mentionne ni la maladie ni la déficience de l'électeur, d'un parent, d'un allié ou d'un cohabitant. Les médecins qui sont présentés comme candidats à l'élection dans la circonscription ne peuvent délivrer un tel certificat. En cas de candidature multiple du médecin, la règle la plus stricte s'applique;

2<sup>o</sup> l'électeur qui, pour des raisons professionnelles ou bien liées aux études ou à la formation professionnelle :

a) est retenu à l'étranger de même que les électeurs, membres de sa famille, qui résident avec lui;

b) se trouvant en Belgique au jour du scrutin, est dans l'impossibilité de se présenter au centre de vote.

L'impossibilité mentionnée sous a) et b) est attestée par un certificat délivré par l'employeur dont l'intéressé dépend, ou par l'établissement d'enseignement ou de formation professionnelle que l'intéressé fréquente.

Si l'intéressé est un indépendant, l'impossibilité mentionnée sous a) et b) est attestée par une déclaration sur l'honneur préalable effectuée auprès de l'administration communale, dont le modèle est fixé par le Gouvernement. L'électeur introduit ladite déclaration auprès du bourgmestre ou de la personne mandatée par lui au plus tard le jour qui précède celui de l'élection;

3<sup>o</sup> l'électeur qui, au jour du scrutin, se trouve dans une situation privative de liberté à la suite d'une mesure judiciaire.

Cet état est attesté par la direction de l'établissement où séjourne l'intéressé;

4<sup>o</sup> l'électeur qui, pour des raisons autres que celles mentionnées ci-dessus, est absent de son domicile le jour du scrutin en raison d'un séjour temporaire à l'étranger, et se trouve dès lors dans l'impossibilité de se présenter au local de vote.

Le Gouvernement fixe les pièces justificatives que l'électeur peut présenter dans ce cas.

Si l'électeur n'est pas en mesure de se faire délivrer un tel document, l'impossibilité dans laquelle il se trouve de se présenter au local de vote le jour du scrutin peut être attestée par un certificat délivré par le bourgmestre de la commune de son domicile sur présentation d'autres pièces justificatives ou d'une déclaration écrite sur l'honneur. La demande est introduite auprès du bourgmestre de la commune du domicile ou de la personne mandatée par lui au plus tard le jour qui précède celui de l'élection.

Le Gouvernement fixe le modèle de certificat mentionné à l'alinéa 3 à délivrer par le bourgmestre ou la personne mandatée par lui ainsi que le modèle de la déclaration sur l'honneur. »;

2<sup>o</sup> dans le § 2, alinéa 4, les mots « ou la personne mandatée par lui » sont insérés entre les mots « le bourgmestre de cette commune » et les mots « atteste sur le formulaire »;

3° dans le § 2, alinéa 5, les mots « ou la personne mandatée par le bourgmestre » sont insérés entre les mots « où le mandataire est inscrit » et les mots « atteste le lien de parenté »;

4° dans le § 2, l'alinéa 7 est abrogé;

5° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « au secrétariat communal » sont remplacés par les mots « à l'administration communale », et l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« L'usage de ce formulaire est obligatoire, à l'exclusion de tout autre. »;

6° dans le § 4, inséré par le décret du 21 novembre 2016, les mots « l'un des certificats mentionnés » sont remplacés par les mots « l'une des pièces justificatives mentionnées »;

7° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - La commune tient un registre spécial des procurations. À l'exception des modalités définies aux alinéas 2 à 5, le Gouvernement fixe les modalités relatives à la tenue et à la gestion du registre spécial.

La finalité du registre spécial des procurations est la suivante : répertorier les actes et les identités des électeurs dans le cadre du vote par procuration, en vue de pouvoir établir, postérieurement à l'élection, en cas de recours introduit contre celle-ci, d'éventuelles irrégularités susceptibles d'avoir influencé la répartition des sièges entre les listes.

Jusqu'à ce que le registre spécial des procurations soit remis au Gouvernement conformément à l'article L4143-28, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, seul le personnel communal y a accès et en assure la tenue et la gestion.

Le personnel communal inscrit au registre spécial des procurations le nom, les prénoms, la résidence principale et le motif de la demande de tout électeur qui se présente à l'administration communale pour un acte relatif au vote par procuration, sauf lorsque l'objet de la demande consiste uniquement à obtenir le formulaire de procuration.

Les données à caractère personnel figurant dans le registre spécial des procurations sont conservées jusqu'à ce que ledit registre soit détruit au terme du délai de prescription mentionné à l'article L4161-1 et, en tout état de cause, au plus tard cinq ans après la réunion ordinaire des électeurs à l'effet de procéder au renouvellement des conseils communaux, provinciaux et de secteur en application de l'article L4124-1, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, selon les modalités fixées par le Gouvernement. »

*Art. 59* - Dans l'article L4133-1, § 2, du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les mots « 10 septembre » sont remplacés par les mots « 1<sup>er</sup> octobre inclus ».

*Art. 60* - À l'article L4133-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les mots « introduire une déclaration en ce sens auprès du bourgmestre de son domicile au plus tard le jour avant celui de l'élection » sont remplacés par les mots « introduire une demande en ce sens auprès du président du bureau de vote au plus tard le jour de l'élection »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - L'accompagnant présente au président du bureau de vote sa convocation sur laquelle le président mentionne "a exercé le rôle d'accompagnant". »;

3° (concerne le texte allemand).

*Art. 61* - À l'article L4134-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « Les candidats peuvent » sont remplacés par les mots « Le candidat le premier en rang dans l'ordre de présentation ou, le cas échéant, le candidat mandaté par lui peut »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 2 est abrogé;

3° dans le § 3, alinéa 2, les mots « ou logo » sont abrogés;

4° dans le § 4, alinéa 2, les mots « Le candidat indique » sont remplacés par les mots « Le candidat le premier en rang dans l'ordre de présentation indique »;

5° dans le § 4, alinéa 3, les mots « soit la convocation aux élections dans leur commune, soit un extrait du registre des électeurs » sont remplacés par les mots « la convocation aux élections dans leur commune »;

6° le § 6 est abrogé;

7° l'article est complété par un § 8 rédigé comme suit :

« § 8 - Le Gouvernement fixe le modèle concernant les mandats de candidats mentionnés aux § § 1<sup>er</sup> et 2. »

*Art. 62* - Dans l'article L4134-2, § 3, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> est abrogé;

2° dans l'alinéa 2, les mots « A cette fin, et dans le cas » sont remplacés par les mots « Dans le cas »;

3° l'alinéa 3 est abrogé.

*Art. 63* - Dans l'article L4134-5 du même Code, l'alinéa 5 est abrogé.

*Art. 64* - L'article L4135-1 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4135-1 - Les membres des bureaux électoraux ont droit à un jeton de présence par séance du bureau. Ils peuvent également prétendre à des indemnités ainsi qu'à des avantages quelconques et ont droit au remboursement de leurs frais de déplacement. »

*Art. 65* - À l'article L4135-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « les frais relatifs » sont remplacés par les mots « les frais électoraux relatifs »;

2° dans le § 2, 1°, les mots « , dans les conditions fixées par le Gouvernement » sont abrogés;

3° dans le § 2, 2°, les mots « , dans les conditions déterminées par le Gouvernement » sont abrogés;

4° dans le § 2, 3°, les mots « , aux conditions fixées par le Gouvernement » sont abrogés;

5° dans le § 2, 4°, le point à la fin de la première phrase est remplacé par un point-virgule, et la deuxième phrase est abrogée;

6° le § 2 est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° les urnes électorales et le matériel pour les bureaux de vote. »;

7° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - La mise à disposition du matériel destiné aux bureaux communaux et aux bureaux de dépouillement communal est à charge des communes. »;

8° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Sans préjudice de l'article L4221-2, tous les autres frais électoraux sont répartis pour moitié à charge des provinces et pour moitié à charge des communes. »

*Art. 66* - À l'article L4135-3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « au paragraphe 2 de l'article précédent » sont remplacés par les mots « à l'article L4135-2, § 2, 2° à 5° »;

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le paiement des jetons de présence mentionnés à l'article L4135-2, § 2, 1°, aux membres des bureaux électoraux est effectué sous la forme d'une avance versée par le Ministère de la Communauté germanophone. Celui-ci procède ensuite aux récupérations appropriées auprès de la province et de chaque commune. »;

3° les §§ 3 à 5 sont abrogés.

*Art. 67* - L'article L4135-4 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4135-4 - Les membres des bureaux électoraux ont droit à une indemnité de déplacement lorsqu'ils siègent dans une commune où ils ne sont pas inscrits au registre de population, sur la base d'une déclaration de créance introduite auprès de l'administration provinciale concernée. »

*Art. 68* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre III, chapitre V, du même Code, il est inséré l'article L4135-5 suivant :

« Art. L4135-5 - Les électeurs qui ont droit à un déplacement gratuit sont les suivants :

1° les électeurs qui ne résident plus dans la commune où ils votent;

2° les personnes qui sont salariées ou appointées et qui exercent leur profession à l'étranger ou dans une commune belge autre que celle où elles votent;

3° les personnes membres de la famille des personnes mentionnées au 2° et qui résident avec elles;

4° les étudiants séjournant, en raison de leurs études, dans une commune belge autre que celle où ils votent;

5° les personnes qui se trouvent dans un établissement hospitalier ou dans une maison de santé située dans une commune belge autre que celle où elles votent. »

*Art. 69* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre III, chapitre V, du même Code, il est inséré l'article L4135-6 suivant :

« Art. L4135-6 - Le Gouvernement détermine :

1° le montant du jeton de présence mentionné aux articles L4135-1 et L4135-2, § 2, 1°, que les membres des bureaux électoraux reçoivent par séance du bureau;

2° le montant des indemnités et des avantages quelconques mentionnés à l'article L4135-1 auxquels les membres des bureaux électoraux peuvent prétendre;

3° les conditions auxquelles les membres des bureaux électoraux doivent satisfaire afin de pouvoir bénéficier du jeton de présence conformément aux articles L4135-1 et L4135-2, § 2, 1°;

4° les conditions auxquelles les membres des bureaux électoraux doivent satisfaire afin de pouvoir prétendre aux indemnités de déplacement conformément aux articles L4135-1, L4135-2, § 2, 2°, et L4135-4, ainsi que le montant de ces indemnités, lorsque les membres des bureaux électoraux siègent dans une commune autre que celle où ils sont inscrits au registre de population;

5° les conditions auxquelles doivent satisfaire les électeurs qui ne résident plus, au jour de l'élection, dans la commune où ils sont inscrits en tant qu'électeurs, afin de pouvoir prétendre aux indemnités de déplacement conformément à l'article L4135-2, § 2, 3°, ainsi que le montant de ces indemnités;

6° les conditions aux termes desquelles sont couverts les risques de dommages corporels résultant d'accidents survenus aux membres des bureaux électoraux dans l'exercice de leurs fonctions, conformément à l'article L4135-2, § 2, 4°;

7° les modalités relatives au paiement des jetons de présence aux membres des bureaux électoraux conformément à l'article L4135-2, § 2;

8° le modèle de la déclaration de créance conformément à l'article L4135-4;

9° les modalités relatives au remboursement des dépenses des électeurs qui ont droit à un déplacement gratuit conformément à l'article L4135-5. »

*Art. 70* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre IV, du même Code, l'intitulé du chapitre I<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre I<sup>er</sup> - Opérations électorales numériques et automatisées ».

*Art. 71* - L'article L4141-1 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4141-1 - Le Gouvernement élabore et fournit aux présidents des bureaux électoraux les logiciels électoraux nécessaires à l'exécution de leurs missions.

Ces logiciels électoraux sont soumis à une autorisation préalable selon les modalités fixées par le Gouvernement. »

*Art. 72* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre IV, chapitre I<sup>er</sup>, du même Code, il est inséré l'article L4141-2 suivant :

« Art. L4141-2 - § 1<sup>er</sup> - Lors de l'élection des conseils communaux, le Parlement peut désigner un expert effectif et un expert suppléant.

Ces personnes forment le collège d'experts.

§ 2 - Ces experts contrôlent lors des élections l'utilisation et le bon fonctionnement de l'ensemble de systèmes de vote et de dépouillement automatisés ainsi que les procédures concernant la confection, la distribution et l'utilisation des systèmes de vote, logiciels et supports d'information électroniques. Les experts reçoivent du Ministère de la Communauté germanophone le matériel ainsi que l'ensemble des données, renseignements et informations utiles pour exercer un contrôle sur les systèmes de vote et de dépouillement automatisés.

Ils peuvent notamment vérifier la fiabilité des logiciels des systèmes de vote automatisés, la transcription exacte par l'urne électronique des suffrages exprimés ainsi que leur totalisation et la lecture optique des votes exprimés.

Ils effectuent ce contrôle à partir du quarantième jour précédant l'élection, le jour de l'élection et après celle-ci, jusqu'au dépôt du rapport visé au § 3.

§ 3 - Au plus tard dix jours après la clôture du scrutin et en tout état de cause avant la validation des élections, les experts remettent un rapport au Parlement et au Gouvernement. Ledit rapport peut notamment comprendre les recommandations relatives au matériel et aux logiciels utilisés.

§ 4 - Les experts sont tenus au secret. »

*Art. 73* - Dans la quatrième partie, livre 1<sup>er</sup>, titre IV, chapitre 1<sup>er</sup>, du même Code, il est inséré l'article L4141-3 suivant :

« Art. L4141-3 - Le Gouvernement détermine les opérations de vote qui se font de manière numérique ou, selon le cas, numérique et automatisée. Il fixe les modalités relatives à ces opérations.

Dans le cadre des opérations mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le traitement numérique des données et le traitement automatisé des données sont effectués dans le respect des principes de confidentialité, d'intégrité et de disponibilité des données électorales. »

*Art. 74* - À l'article L4142-1 du même Code, modifié en dernier lieu par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 2, le 8<sup>o</sup> est abrogé;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Sans préjudice du § 1<sup>er</sup>, les conditions d'éligibilité doivent être remplies au plus tard le jour de l'arrêt provisoire des listes. »

*Art. 75* - Dans l'article L4142-2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « articles L1125-1 à L1125-10 du présent Code » sont remplacés par les mots « articles 12 et 65 à 69 du décret communal du 23 avril 2018 ».

*Art. 76* - Dans l'article L4142-3 du même Code, l'alinéa 5 est remplacé par ce qui suit :

« Le président du bureau de circonscription procède à l'encodage des candidatures qui n'ont pas déjà été préencodées. »

*Art. 77* - À l'article L4142-4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « à l'article L1121-3, alinéa 1<sup>er</sup> » sont remplacés par les mots « à l'article 7 du décret communal du 23 avril 2018 »;

2<sup>o</sup> dans le § 4, la quatrième phrase est abrogée;

3<sup>o</sup> dans le § 5, alinéa 3, les mots « ou logo » sont chaque fois abrogés;

4<sup>o</sup> dans le § 6, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, les alinéas 2 et 3 sont abrogés;

5<sup>o</sup> dans le § 6, alinéa 1<sup>er</sup>, 8<sup>o</sup>, les mots « à l'article L1125-1, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> à 8<sup>o</sup> » sont remplacés par les mots « à l'article 65, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret communal du 23 avril 2018 »;

6<sup>o</sup> dans le § 6, alinéa 1<sup>er</sup>, le 10<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 10<sup>o</sup> un extrait du registre des électeurs ou un certificat démontrant que les électeurs signataires, les déposants ainsi que les candidats présentés sont électeurs dans leur commune, conformément à l'article L4122-9. »;

7<sup>o</sup> le § 6 est complété par trois alinéas rédigés comme suit :

« L'acte d'acceptation visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, mentionne l'intention de former groupe selon les modalités de l'article L4142-34. Il mentionne également, conformément à l'article L4134-1, le nom des témoins et témoins suppléants de la liste. Il indique en outre que les candidats renoncent à invoquer le droit à l'effacement visé à l'article 17 du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

Les données à caractère personnel visées à l'alinéa 4, dernière phrase, sont les mêmes que celles mentionnées au § 5. La limitation du droit à l'effacement s'applique jusqu'à la validation des élections, afin de garantir la transparence à l'égard des électeurs dans le cadre de l'exercice de leur droit de vote.

Le certificat visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 10<sup>o</sup>, est celui mentionné à l'article 1<sup>er</sup>, 9<sup>o</sup>, de l'arrêté ministériel du 21 avril 2017 fixant les modèles de certificats visés à l'article 3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté royal du 5 juin 2004 déterminant le régime des droits de consultation et de rectification des données électroniques inscrites sur la carte d'identité et des informations reprises dans les registres de population ou au Registre national des personnes physiques. »

*Art. 78* - Dans l'article L4142-6 du même Code, l'alinéa 3 est abrogé.

*Art. 79* - Dans l'article L4142-12, § 3, du même Code, les mots « et les logos » sont abrogés.

*Art. 80* - L'article L4142-17 du même Code est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le traitement est effectué par un sous-traitant, il est réalisé sous le contrôle et la responsabilité du Gouvernement ou de son délégué. »

*Art. 81* - L'article L4142-18 du même Code est abrogé.

*Art. 82* - (Concerne le texte allemand.)

*Art. 83* - Dans l'article L4142-24 du même Code, la troisième phrase est abrogée.

*Art. 84* - Dans l'article L4142-32, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « ou logo » sont abrogés.

*Art. 85* - Dans l'article L4142-37, § 2, du même Code, les mots « , profession et résidence principale » sont abrogés.

*Art. 86* - Dans l'article L4142-38, § 5, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 3, les mots « L'imprimeur » sont remplacés par les mots « Le prestataire »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 5, les mots « au gouverneur de province » sont remplacés par les mots « au Gouvernement », et les mots « de l'imprimeur » sont remplacés par les mots « du prestataire »;

3<sup>o</sup> dans l'alinéa 6, les mots « l'imprimeur » sont remplacés par les mots « le prestataire »;

4<sup>o</sup> dans l'alinéa 7, les mots « l'imprimeur » sont remplacés par les mots « le prestataire ».

*Art. 87* - Dans l'article L4142-39 du même Code, l'alinéa 3 est abrogé.

*Art. 88* - (Concerne le texte allemand.)

*Art. 89* - Dans la quatrième partie, livre 1<sup>er</sup>, titre IV, chapitre II, du même Code, la section 7, modifiée par les décrets du 21 novembre 2016 et 26 février 2018, comportant les articles L4142-46 et L4142-47, est abrogée.

*Art. 90* - (Concerne le texte allemand.)

*Art. 91* - Dans l'article L4143-3, § 3, du même Code, les mots « pour cinq locaux » sont remplacés par les mots « par bureau de vote ».

*Art. 92* - À l'article L4143-4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Les instructions aux électeurs sont affichées dans la salle d'attente. »;



2° dans le § 2, les mots « est déposé dans la salle d'attente à la disposition des électeurs; un second exemplaire » sont abrogés.

*Art. 93* - À l'article L4143-5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Le bureau de vote doit être constitué à sept heures. »;

2° (concerne le texte allemand);

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « à l'article L4125-5, § 2 et 3 » sont remplacés par les mots « à l'article L4125-5, § 2 ».

4° dans le § 2, alinéa 3, les mots « bureau de vote » sont remplacés chaque fois par le mot « bureau »;

5° dans le § 2, alinéa 4, les mots « à l'article L4125-5, § 2 et 3 » sont remplacés par les mots « à l'article L4125-5, § 2 »;

6° (concerne le texte allemand).

*Art. 94* - (Concerne le texte allemand.)

*Art. 95* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre IV, chapitre III, section 2, du même Code, l'intitulé de la sous-section 1<sup>re</sup> est remplacé par ce qui suit : « Accessibilité des centres et locaux de vote ».

*Art. 96* - À l'article L4143-8 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, les mots « article L4211-6 » sont remplacés par les mots « article L4141-2 ».

*Art. 97* - L'article L4143-9 du même Code est abrogé.

*Art. 98* - Dans l'article L4143-10 du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« À l'exception du président, des experts qui sont désignés conformément à l'article L4141-2 et des personnes qui sont chargées de fournir une assistance technique, les personnes visées à l'article L4143-8 ne peuvent communiquer de quelque manière que ce soit avec l'extérieur durant la période pendant laquelle elles sont admises à l'intérieur du local de vote. »

*Art. 99* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre IV, chapitre III, section 2, du même Code, l'intitulé de la sous-section 2 est remplacé par ce qui suit : « Accessibilité des centres et locaux de dépouillement ».

*Art. 100* - Dans l'article L4143-12, alinéa 3, du même Code, les mots « de vote » sont insérés entre les mots « président du bureau » et les mots « de la lettre ».

*Art. 101* - Dans l'article L4143-15 du même Code, l'alinéa 2 est abrogé.

*Art. 102* - À l'article L4143-20 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement détermine la manière dont les registres de scrutin sont complétés, et notamment les caractères à utiliser par les membres du bureau. »;

2° dans le § 4, alinéa 2, les mots « registre électoral » sont remplacés par les mots « registre de scrutin »;

3° dans le § 5, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « aux articles L4122-16 et 24 » sont remplacés par les mots « aux articles L4122-17 et L4122-25 »;

4° (concerne le texte allemand);

5° dans le § 6, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Les procurations et les certificats mentionnés à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>, sont joints au relevé des procurations. »;

6° le § 7 est remplacé par ce qui suit :

« § 7 - Conformément à l'article L4133-2, § 3, l'accompagnant remet au président du bureau de vote sa convocation sur laquelle le président mentionne "a exercé le rôle d'accompagnant".

L'accompagnant est admis à voter dans le bureau de vote où l'électeur accompagné a également été convoqué, pour autant que les deux personnes disposent du droit de vote dans la même commune. Dans ce cas, le nom de l'accompagnant figure sur le relevé mentionné à l'article L4143-25, § 1<sup>er</sup>, 2°. »

*Art. 103* - Dans l'article L4143-21, § 3, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, la troisième phrase est complétée par les mots suivants : « ou d'un assesseur désigné par lui »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « ou d'un assesseur désigné par lui » sont insérés entre les mots « du bureau de vote » et les mots « , pour autant », et la troisième phrase est abrogée.

*Art. 104* - Dans l'article L4143-23 du même Code, les mots « de vote » sont insérés entre le mot « bureau » et le mot « procède ».

*Art. 105* - Dans l'article L4143-24 du même Code, les mots « de vote » sont insérés entre les mots « le bureau » et les mots « , le président ».

*Art. 106* - L'article L4143-25 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4143-25 - § 1<sup>er</sup> - Le bureau de vote commence par dresser les relevés suivants :

1° le relevé qui, conformément à l'article L4143-20, § 6, alinéa 3, comprend les procurations et les certificats mentionnés à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>;

2° le relevé des électeurs qui n'étaient pas inscrits sur les registres de scrutin, mais qui ont été admis au vote;

3° le relevé des électeurs qui étaient inscrits sur les registres de scrutin et qui n'ont pas pris part au vote. Sont jointes à ce relevé les pièces justificatives mentionnées à l'article L4143-20, § 4 et 5, ainsi que les pièces justificatives transmises par les absents.

§ 2 - Les membres du bureau utilisent la troisième copie du registre de scrutin pour dresser le relevé mentionné au § 1<sup>er</sup>, 3°.

Le président consigne sur ces relevés les observations présentées par les membres du bureau ou les témoins.

§ 3 - Les membres du bureau signent les relevés.

§ 4 - La finalité du relevé mentionné au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, est la suivante : pouvoir être utilisé dans le cadre de l'instruction administrative des recours introduits contre l'élection conformément à l'article L4146-5, alinéa 2.

La finalité des relevés mentionnés au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2° et 3°, est la suivante : permettre au procureur du Roi de poursuivre les infractions mentionnées aux articles L4168-6 et L4168-16.

Les données à caractère personnel mentionnées dans les relevés visés au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> à 3<sup>o</sup>, sont les noms, prénoms et résidences principales. »

*Art. 107* - L'article L4143-26 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4143-26 - Les membres du bureau et les témoins signent les deux copies des registres de scrutin ayant servi à cocher les noms des électeurs. »

*Art. 108* - À l'article L4143-27 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans la phrase introductive, les mots « de vote » sont insérés entre les mots « Le bureau » et le mot « arrête »;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les membres du bureau et les témoins signent le procès-verbal. »

*Art. 109* - L'article L4143-28 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4143-28 - § 1<sup>er</sup> - Le bureau de vote place dans des enveloppes distinctes les documents suivants :

1<sup>o</sup> les bulletins repris;

2<sup>o</sup> les bulletins inutilisés;

3<sup>o</sup> le gabarit;

4<sup>o</sup> le relevé mentionné à l'article L4143-25, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>;

5<sup>o</sup> la première copie du registre de scrutin mentionné à l'article L4143-26;

6<sup>o</sup> la deuxième copie du registre de scrutin mentionné à l'article L4143-26;

7<sup>o</sup> l'original du procès-verbal mentionné à l'article L4143-27;

8<sup>o</sup> le relevé mentionné à l'article L4143-25, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>;

9<sup>o</sup> le relevé mentionné à l'article L4143-25, § 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>;

10<sup>o</sup> une première copie du procès-verbal;

11<sup>o</sup> une deuxième copie du procès-verbal;

12<sup>o</sup> le relevé des numéros de compte bancaire des membres du bureau requis pour le paiement des jetons de présence;

13<sup>o</sup> le relevé des assesseurs absents.

§ 2 - Les enveloppes portent en lettres apparentes les indications suivantes :

1<sup>o</sup> l'indication du contenu;

2<sup>o</sup> la date de l'élection;

3<sup>o</sup> le nom de la commune;

4<sup>o</sup> le nom du district;

5<sup>o</sup> l'indication : "Bureau de vote n<sup>o</sup>", suivie du numéro du bureau de vote.

Les enveloppes sont immédiatement scellées et remises au président du bureau de vote, qui les remet à l'administration communale sans préjudice du § 4.

§ 3 - L'administration communale transmet immédiatement au Gouvernement ou à son délégué les enveloppes mentionnées au § 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup> à 7<sup>o</sup>, ainsi que le registre spécial des procurations mentionné à l'article L4132-1, § 5.

L'administration communale transmet au Gouvernement ou à son délégué l'enveloppe mentionnée au § 1<sup>er</sup>, 12<sup>o</sup>.

L'administration communale transmet au procureur du Roi les enveloppes mentionnées au § 1<sup>er</sup>, 8<sup>o</sup>, 9<sup>o</sup> et 13<sup>o</sup>.

L'administration communale conserve les enveloppes mentionnées au § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>.

§ 4 - Le président du bureau de vote transporte, le cas échéant accompagné des témoins, les urnes jusqu'au bureau de dépouillement. Il remet au président du bureau de dépouillement communal l'urne communale et la première copie du procès-verbal mentionnée au § 1<sup>er</sup>, 10<sup>o</sup>. Il remet au président du bureau de dépouillement provincial l'urne provinciale et la deuxième copie du procès-verbal mentionnée au § 1<sup>er</sup>, 11<sup>o</sup>.

Le président du bureau de vote peut déléguer cette tâche à un assesseur du bureau.

§ 5 - La finalité du relevé des numéros de compte bancaire des membres du bureau requis pour le paiement des jetons de présence, mentionné au § 1<sup>er</sup>, 12<sup>o</sup>, est la suivante : permettre aux membres du bureau de recevoir le paiement du jeton de présence auquel ils ont droit.

Les données à caractère personnel figurant dans ledit relevé sont les noms, les prénoms et les numéros de compte bancaire des membres du bureau.

§ 6 - La finalité du relevé des assesseurs absents mentionné au § 1<sup>er</sup>, 13<sup>o</sup>, est la suivante : permettre au procureur du Roi de poursuivre les infractions mentionnées aux articles L4163-1 à L4163-3.

Les données à caractère personnel figurant dans ledit relevé sont les noms, les prénoms, les résidences principales et les motifs d'absence des électeurs désignés en tant qu'assesseurs. »

*Art. 110* - Dans l'article L4144-5 du même Code, l'alinéa 2 est abrogé.

*Art. 111* - Dans l'article L4144-9 du même Code, l'alinéa 4 est abrogé.

*Art. 112* - Dans l'article L4144-11 du même Code, le § 4 est abrogé.

*Art. 113* - Dans l'article L4145-2 du même Code, le § 2 est abrogé.

*Art. 114* - Dans la quatrième partie, livre 1<sup>er</sup>, titre IV, chapitre V, du même Code, l'intitulé de la section 2 est remplacé par ce qui suit : « Recensement par les bureaux communaux ».

*Art. 115* - L'article L4145-5 du même Code est abrogé.

*Art. 116* - À l'article L4145-6 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 2 est abrogé;

2<sup>o</sup> le § 3 est abrogé.

*Art. 117* - Dans l'article L4145-7 du même Code, le § 2 est abrogé.

*Art. 118* - Dans l'article L4145-8, § 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « bureau de circonscription » sont remplacés par les mots « bureau communal ».

*Art. 119* - L'article L4145-10 du même Code est abrogé.

*Art. 120* - À l'article L4145-12 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « bureau de circonscription » sont remplacés par les mots « bureau communal »;

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le bureau communal calcule le chiffre d'éligibilité en divisant le chiffre électoral de la liste par le nombre de sièges attribués à la liste, majoré d'une unité. Le résultat final, s'il comporte des décimales, est arrondi à l'unité immédiatement supérieure. »

*Art. 121* - Dans l'article L4145-15 du même Code, les mots « bureau de circonscription » sont remplacés par les mots « bureau communal », et les mots « , provinciaux et de secteur, » sont abrogés.

*Art. 122* - À l'article L4145-16 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

« Art. L4145-16 - § 1<sup>er</sup> - Aussitôt après la proclamation, le président du bureau communal adresse au Gouvernement le contenu de celle-ci.

§ 2 - Le bureau communal clôture les opérations et place dans des enveloppes distinctes les documents suivants :

1° le procès-verbal de recensement;

2° les extraits du procès-verbal de recensement;

3° le tableau de recensement;

4° les actes de présentation et les actes d'acceptation des candidats;

5° le procès-verbal relatif au dépôt des candidatures;

6° le procès-verbal relatif à l'arrêt des listes;

7° les actes de désignation de témoins;

8° le relevé des numéros de compte bancaire des membres du bureau requis pour le paiement des jetons de présence;

9° le relevé des assesseurs absents.

§ 3 - Les enveloppes portent en lettres apparentes les indications suivantes :

1° l'indication du contenu;

2° la date de l'élection;

3° le nom de la commune;

4° le nom du district;

5° les mentions "élections communales" et "bureau communal".

Les enveloppes sont immédiatement scellées.

Le président du bureau communal joint à ces enveloppes les trois enveloppes reçues du président du bureau de dépouillement conformément à l'article L4144-11 ou à l'article L4144-12.

Le président du bureau communal remet l'ensemble des enveloppes à l'administration communale.

§ 4 - L'administration communale transmet immédiatement au Gouvernement ou à son délégué les enveloppes mentionnées au § 2, 1° ainsi que 3° à 7°.

L'administration communale transmet au Gouvernement ou à son délégué l'enveloppe mentionnée au § 2, 8°.

L'administration communale transmet au procureur du Roi l'enveloppe mentionnée au § 2, 9°.

Le directeur général transmet aux élus les extraits du procès-verbal de recensement de l'élection mentionnés au § 2, 2°.

§ 5 - Les finalités des informations mentionnées au § 2, 8°, et du relevé mentionné au § 2, 9°, et des données à caractère personnel y figurant sont les mêmes que celles mentionnées à l'article L4143-28, § 5 et 6. »

*Art. 123* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre IV, chapitre V, du même Code, la section 3, modifiée par le décret du 21 novembre 2016, comportant les articles L4145-17 à L4145-21, est abrogée.

*Art. 124* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre IV, chapitre V, du même Code, la section 4, comportant les articles L4145-22 à L4145-46, est abrogée.

*Art. 125* - L'article L4146-2 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est abrogé.

*Art. 126* - L'article L4146-3 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est abrogé.

*Art. 127* - Dans l'article L4146-7 du même Code, les mots « article L1122-3, alinéa 3, du présent Code » sont remplacés par les mots « article 9, alinéa 3, du décret communal du 23 avril 2018 ».

*Art. 128* - Dans l'article L4146-8 du même Code, le § 2 est abrogé.

*Art. 129* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, titre IV, chapitre VI, section 2, du même Code, la sous-section 2, comportant les articles L4146-18 à L4146-22, est abrogée.

*Art. 130* - Dans l'article L4146-23 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, un alinéa 2 est rétabli dans la rédaction suivante :

« La finalité de la durée de conservation fixée à l'alinéa 1<sup>er</sup> est la suivante : permettre la réalisation d'enquêtes judiciaires. »

*Art. 131* - Dans l'article L4146-25 du même Code, le § 6 est abrogé.

*Art. 132* - Dans l'article L4146-29, § 1<sup>er</sup>, du même Code, l'alinéa 2 est abrogé.

*Art. 133* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, du même Code, le titre V, comportant les articles L4151-1 à L4151-4, est abrogé.

*Art. 134* - Dans la quatrième partie, livre I<sup>er</sup>, du même Code, il est inséré un titre VI, comportant les articles L4161-1 à L4168-25, rédigé comme suit :

« Titre VI - Dispositions pénales

Chapitre I<sup>er</sup> - Dispositions générales

Art. L4161-1 - La poursuite des crimes et délits prévus par la présente partie du Code et l'action civile seront prescrites après cinq ans révolus à partir du jour où les crimes et délits ont été commis.

Art. L4161-2 - En cas de concours de plusieurs délits, les peines seront cumulées, sans qu'elles puissent néanmoins excéder le double du maximum de la peine la plus forte.

Art. L4161-3 - S'il existe des circonstances atténuantes, les tribunaux sont autorisés à remplacer la peine de la réclusion par un emprisonnement de trois mois au moins et à réduire l'emprisonnement au-dessous de huit jours et l'amende au-dessous de 26 euros.

Ils pourront prononcer séparément l'une ou l'autre de ces peines, sans qu'elles puissent être au-dessus des peines de police.

Art. L4161-4 - Le fonctionnaire ou l'agent qui reçoit une réclamation ne peut antidater le récépissé qu'il remet au réclamant, sous peine d'un emprisonnement d'un mois à deux ans.

#### Chapitre II - Registre électoral

Art. L4162-1 - Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par "registre électoral" le registre des électeurs et les registres de scrutin.

Art. L4162-2 - § 1<sup>er</sup> - Sera punie d'un emprisonnement de huit à quinze jours et d'une amende de 26 à 200 euros toute personne chargée, à un titre quelconque, de la préparation ou de la confection des registres électoraux qui, dans le but de faire rayer un électeur,

1° soit aura sciemment fait usage dans ce travail, de pièces ou documents soit falsifiés par altération, suppression ou addition, soit fabriqués;

2° soit aura volontairement reproduit inexactly, sur les registres électoraux par altération, addition ou omission, les données fournies par les pièces ou documents qui peuvent être utilisés pour la confection des registres.

Si ce délit a été commis dans le but de procurer à une personne la qualité d'électeur, l'emprisonnement sera de huit jours à un mois et l'amende de 50 à 500 euros.

§ 2 - La prescription de cinq ans établie par l'article L4161-1 ne commencera à courir, en ce qui concerne les infractions prévues au présent article, qu'à partir du jour où les registres électoraux et les pièces y relatives auront été envoyés au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui conformément à l'article L4143-28, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>.

Art. L4162-3 - Tout membre d'un collège communal, tout conseiller communal qui, dans l'exercice de la juridiction électorale, aura, sur son rapport, fait indûment soit rejeter une demande d'inscription sur les registres, soit ordonner l'inscription ou la radiation d'un électeur, en invoquant ou en utilisant, à cet effet, des pièces ou documents qu'il savait être falsifiés par altération, suppression ou addition, soit fabriqués, soit fictifs, sera puni d'un emprisonnement de trois mois à deux ans.

La poursuite ne pourra avoir lieu que dans le cas où le recours en inscription ou en radiation de l'électeur aura fait l'objet d'une décision devenue définitive et motivée sur des faits impliquant la fraude.

La prescription établie par l'article L4161-1 commencera à courir à partir de la décision mentionnée à l'alinéa 2.

Art. L4162-4 - § 1<sup>er</sup> - Sera puni d'un emprisonnement de trois mois à cinq ans et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement celui qui en qualité d'auteur, de coauteur ou de complice aura, en violation des dispositions de l'article L4122-7 ou de l'article L4122-8, soit délivré des exemplaires ou copies du registre des électeurs à des personnes non habilitées à les recevoir, soit communiqué ces exemplaires à des tiers après les avoir régulièrement reçus, soit fait usage des données du registre des électeurs à des fins autres qu'électorales.

§ 2 - Les peines encourues par les complices des infractions visées au § 1<sup>er</sup> n'excéderont pas les deux tiers de celles qui leur seraient appliquées s'ils étaient l'auteur de ces infractions.

Art. L4162-5 - Sera puni d'une amende de 26 à 200 euros quiconque, pour se faire inscrire sur un registre des électeurs, aura sciemment fait de fausses déclarations ou produit des actes qu'il savait être simulés.

Sera puni de la même peine celui qui aura sciemment pratiqué les mêmes manœuvres dans le but de faire inscrire une personne sur ces registres ou de l'en faire rayer.

La poursuite ne pourra avoir lieu que dans le cas où la demande d'inscription ou de radiation aura été rejetée par une décision devenue définitive et motivée sur des faits impliquant la fraude.

Les décisions de cette nature, rendues soit par les collèges communaux, soit par les cours d'appel, ainsi que les pièces et les renseignements y relatifs, sont transmis par le Gouvernement au procureur du Roi qui peut aussi les réclamer d'office.

La poursuite sera prescrite après trois mois révolus à partir de la décision.

#### Chapitre III - Bureaux électoraux

Art. L4163-1 - Sera punie d'une amende de 50 à 200 euros toute personne qui se sera soustraite aux désignations prévues à l'article L4125-5, § 1<sup>er</sup>, sans motif valable ou qui aura par sa faute, son imprudence ou sa négligence compromis de quelque manière que ce soit la mission qui lui a été confiée.

Art. L4163-2 - Sera puni(e) d'une amende de 50 à 200 euros :

1° toute personne qui se sera soustraite à la désignation de président ou assesseur de bureau de vote ou de dépouillement sans motif valable;

2° le président, l'assesseur ou l'assesseur suppléant qui n'aura pas fait connaître ses motifs d'empêchement dans le délai fixé;

3° le président, l'assesseur ou l'assesseur suppléant qui, après avoir accepté ces fonctions, s'abstiendra sans cause légitime de les remplir.

Art. L4163-3 - Sera punie d'une amende de 50 à 200 euros toute personne qui aura par sa faute, son imprudence ou sa négligence compromis de quelque manière que ce soit la mission qui lui a été confiée.

#### Chapitre IV - Affichage électoral et fin de la campagne électorale

Art. L4164-1 - § 1<sup>er</sup> - Il est interdit d'apposer des inscriptions, des affiches, des reproductions picturales et photographiques et des tracts sur la voie publique et sur les arbres, plantations, panneaux, pignons, façades, murs, clôtures, supports, poteaux, bornes, ouvrages d'art, monuments et autres objets qui la bordent ou qui sont situés à proximité immédiate de la voie publique à des endroits autres que ceux déterminés pour les affichages par les autorités communales ou autorisés, au préalable et par écrit, par le propriétaire ou par celui qui en a la jouissance.

À cette fin, dès que la période électorale commence, le conseil communal met à la disposition des listes des emplacements réservés à l'apposition d'affiches électorales et assure une répartition équitable de ces emplacements entre les différentes listes. Le conseil communal fixe le nombre minimal d'emplacements par rapport au nombre de listes de candidats en concurrence lors du précédent renouvellement intégral des conseils communaux, additionné d'une unité.

Le soixante et unième jour avant l'élection, à défaut pour le conseil communal d'avoir fixé des critères visant à assurer une répartition équitable des emplacements entre les différentes listes, la répartition s'opère en réservant une priorité aux listes complètes par rapport aux listes incomplètes.

§ 2 - Les infractions aux dispositions du § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, sont punies d'un emprisonnement de huit jours à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros.

§ 3 - Pendant la période et aux heures fixées par le gouverneur de province ou le fonctionnaire qu'il désigne, de telles appositions sont également interdites aux endroits destinés à l'affichage par les autorités communales.

Art. L4164-2 - Les infractions aux dispositions de l'article L4112-10, alinéa 2, sont punies d'un emprisonnement de huit jours à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros.

#### Chapitre V - Dépenses électorales

Art. L4165-1 - § 1<sup>er</sup> - Sans préjudice de l'application de l'article L4131-5, sera passible de poursuites soit à l'initiative du procureur du Roi, soit sur plainte de toute personne justifiant d'un intérêt, et sera puni en conséquence d'un emprisonnement de huit jours à un mois et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement :

1<sup>o</sup> quiconque aura omis de déclarer ses dépenses électorales et/ou l'origine de ses fonds dans le délai fixé à l'article L4131-4;

2<sup>o</sup> quiconque aura sciemment fait des dépenses ou pris des engagements en matière de propagande électorale dépassant les montants maximaux prévus à l'article 3, § 2, de la loi du 7 juillet 1994 relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des conseils provinciaux, communaux et de districts et pour l'élection directe des conseils de l'aide sociale;

3<sup>o</sup> quiconque aura contrevenu aux dispositions de l'article 7 de la loi du 7 juillet 1994 relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des conseils provinciaux, communaux et de districts et pour l'élection directe des conseils de l'aide sociale pendant les trois mois qui précèdent les élections;

4<sup>o</sup> le candidat en tête de liste qui aura sciemment fait des dépenses ou pris des engagements en matière de propagande électorale dépassant les montants maximaux fixés à l'article 3, § 1<sup>er</sup>, de la loi du 7 juillet 1994 relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des conseils provinciaux, communaux et de districts et pour l'élection directe des conseils de l'aide sociale;

5<sup>o</sup> le candidat placé en tête d'une liste ne disposant pas d'un numéro régional et d'un sigle protégé et qui engage des dépenses en vue de mener une campagne électorale au niveau national.

Les dénonciations anonymes ne seront pas prises en considération par le procureur du Roi.

§ 2 - Le délai pour l'exercice du droit d'initiative du procureur du Roi et l'introduction des plaintes en ce qui concerne les infractions visées au § 1<sup>er</sup> expire le cent vingtième jour suivant l'élection.

Le procureur du Roi transmet à la Commission de contrôle une copie des plaintes à l'égard des candidats. Le procureur du Roi en transmet également copie aux personnes visées par la plainte. Les communications s'effectuent dans les huit jours du dépôt des plaintes. Le procureur du Roi avise la Commission de contrôle dans le même délai de sa décision d'engager des poursuites relatives aux faits visés au § 1<sup>er</sup>.

§ 3 - Sera punie d'une amende de 50 à 500 euros toute personne ayant déposé une plainte ou intenté une action qui s'avère non fondée et pour laquelle l'intention de nuire est établie.

§ 4 - Dans le cadre des poursuites prévues au § 1<sup>er</sup>, le procureur du Roi peut demander, à un candidat déterminé, toute information concernant l'origine des fonds ayant servi au financement de sa campagne de propagande électorale.

Art. L4165-2 - Sera punie d'une amende de 50 à 500 euros toute personne ayant introduit une réclamation en vertu de l'article L4131-5 qui s'avère non fondée et pour laquelle l'intention de nuire est établie.

Art. L4165-3 - Sera puni d'une amende de 26 à 1 000 euros celui qui, en violation des dispositions de l'article L4131-7, aura fait un don à un parti politique, à l'une de ses composantes, quelle que soit sa forme juridique, à une liste, à un candidat ou à un mandataire politique ou celui qui, en qualité de candidat ou de mandataire politique, aura accepté un don. Sera puni de la même peine celui qui, sans être candidat ou mandataire politique, aura accepté un tel don au nom et pour le compte d'un parti politique, d'une liste, d'un candidat ou d'un mandataire politique.

Le livre 1<sup>er</sup> du Code pénal, y compris le chapitre VII et l'article 85, est applicable à ces infractions.

Si le tribunal l'ordonne, le jugement peut être publié intégralement ou par extrait dans les journaux et hebdomadaires qu'il a désignés.

#### Chapitre VI - Témoins

Art. L4166-1 - Dans le cas mentionné à l'article L4134-5, alinéa 4, l'ordre d'expulsion et ses motifs sont consignés au procès-verbal et les délinquants seront punis d'une amende de 50 à 500 euros.

#### Chapitre VII - Candidatures

Art. L4167-1 - Est passible d'un emprisonnement de huit jours à quinze jours ou d'une amende de 26 à 200 euros le candidat acceptant qui contrevient aux interdictions mentionnées à l'article L4142-6, alinéas 1<sup>er</sup> et 2.

Art. L4167-2 - Seront punis comme coupables de faux en écriture privée, ceux qui auront apposé la signature d'autrui ou de personnes supposées sur les actes de présentation de candidats, d'acceptation de candidatures ou de désignation de témoins.

Art. L4167-3 - Un candidat figure sur une seule liste.

Nul ne peut à la fois signer un acte demandant la protection d'un sigle et être candidat sur une liste utilisant un autre sigle.

Est passible d'un emprisonnement de huit jours à quinze jours ou d'une amende de 26 à 200 euros le candidat qui contrevient aux interdictions mentionnées aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2. Son nom est rayé de toutes les listes où il figure.

Art. L4167-4 - L'électeur qui contrevient à l'interdiction mentionnée à l'article L4142-4, § 4, est passible d'un emprisonnement de huit jours à quinze jours et d'une amende de 50 à 200 euros.

#### Chapitre VIII - Vote, dépouillement et diverses opérations électorales

Art. L4168-1 - Quiconque n'étant ni membre du bureau de vote, ni témoin, ni électeur de la section, porteur de procuration ou accompagnant de celui-ci, ni expert désigné conformément à l'article L4141-2, ni fournisseur d'une assistance technique, entrera pendant les opérations électorales dans les locaux de vote, sera expulsé du local par ordre du président du bureau de vote ou de son délégué.

S'il résiste ou s'il entre à nouveau, il sera puni d'une amende de 50 à 500 euros.

Art. L4168-2 - Dans les cas mentionnés à l'article L4143-15, l'ordre d'expulsion est consigné au procès-verbal et les délinquants seront punis d'une amende de 50 à 500 euros.

Art. L4168-3 - § 1<sup>er</sup> - Les électeurs qui se trouvent dans l'impossibilité de prendre part au scrutin peuvent faire connaître leurs motifs d'abstention au procureur du Roi, avec les justifications nécessaires.

§ 2 - Sont présumées se trouver dans l'impossibilité de prendre part au scrutin les personnes qui sont le jour des élections privées de leur liberté en vertu d'une décision judiciaire ou administrative.

Art. L4168-4 - Dans le cas mentionné à l'article L4168-3, § 1<sup>er</sup>, il n'y a pas lieu à poursuite si le procureur du Roi admet le fondement de ces excuses.

Art. L4168-5 - Dans les huit jours de la proclamation des élus, le procureur du Roi dresse le relevé des électeurs qui n'ont pas pris part au vote et dont les excuses n'ont pas été admises.

Ces électeurs sont appelés par simple avertissement devant le tribunal de police et celui-ci statue sans appel, le ministère public entendu.

Art. L4168-6 - § 1<sup>er</sup> - Une première absence non justifiée est punie, suivant les circonstances, d'une réprimande ou d'une amende de 5 à 10 euros.

En cas de récidive, l'amende sera de 10 à 25 euros.

Il ne sera pas prononcé de peine d'emprisonnement subsidiaire.

§ 2 - Sans préjudice des dispositions pénales précitées, si l'abstention non justifiée se produit au moins quatre fois dans un délai de quinze années, l'électeur est rayé des registres électoraux pour dix ans et pendant ce laps de temps, il ne peut recevoir aucune nomination, ni promotion, ni distinction, d'une autorité publique.

§ 3 - L'absence à une élection succédant à une absence à une élection de nature différente et réciproquement, ne constitue pas une récidive.

§ 4 - Le sursis à l'exécution des peines ne peut être ordonné.

§ 5 - La condamnation prononcée par défaut est sujette à opposition dans les six mois de la notification du jugement. L'opposition peut se faire par simple déclaration, sans frais, auprès de l'administration communale.

Art. L4168-7 - § 1<sup>er</sup> - Est considéré comme atteinte au droit de vote le fait, pour déterminer un électeur à s'abstenir de voter ou pour influencer son vote, d'user à son égard de voies de fait, de violences ou de menaces, de lui faire craindre de perdre son emploi ou d'exposer à un dommage sa personne, sa famille ou sa fortune.

§ 2 - Sera puni d'un emprisonnement de huit jours à un mois et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement quiconque aura commis l'atteinte mentionnée au § 1<sup>er</sup>.

Art. L4168-8 - Sera punie d'une amende de 50 à 500 euros toute personne qui, le jour de l'élection, aura causé du désordre, soit en acceptant, portant ou arborant un signe de ralliement, soit de toute autre manière.

Art. L4168-9 - Sera puni d'une amende de 500 à 3 000 euros tout président, assesseur ou secrétaire d'un bureau électoral ou tout témoin qui aura révélé le secret du vote.

Art. L4168-10 - § 1<sup>er</sup> - Relèvent de la corruption électorale les actes et faits suivants exécutés, directement ou indirectement, sous la condition d'obtenir soit un suffrage, soit l'abstention de voter, soit la procuration prévue à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>, ou en subordonnant les avantages décrits au résultat de l'élection :

1° donner, offrir ou promettre, même sous forme de pari, soit de l'argent, des valeurs ou avantages quelconques, soit des secours;

2° faire l'offre ou la promesse d'emplois publics ou privés;

3° donner, offrir ou promettre, sous prétexte d'indemnité de voyage ou de séjour, une somme d'argent ou des valeurs quelconques;

4° donner, offrir ou promettre, à l'occasion d'une élection, des comestibles ou des boissons.

§ 2 - Sera punie d'un emprisonnement de huit jours à un mois et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement toute personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

Seront punis des mêmes peines ceux qui auront accepté les dons, les offres ou les promesses.

Seront punis des mêmes peines ceux qui auront fourni des fonds pour commettre les délits mentionnés au § 1<sup>er</sup>, sachant la destination qu'ils devaient recevoir, ou qui auront donné mandat de faire, en leur nom, les offres, promesses ou menaces.

Le fonctionnaire public qui se rend coupable de l'un des délits mentionnés au § 1<sup>er</sup> encourt le maximum de la peine. L'emprisonnement ainsi que l'amende pourront être portés au double.

Art. L4168-11 - § 1<sup>er</sup> - Sera puni d'un emprisonnement de huit jours à un mois et d'une amende de 50 à 500 euros tout membre ou employé d'un organisme public ou subventionné à objet social qui aura soit directement, soit indirectement offert, promis ou donné des secours permanents, temporaires ou extraordinaires à un ou plusieurs indigents, sous la condition d'obtenir un suffrage ou l'abstention de voter.

§ 2 - Il en sera de même desdits membres ou employés qui auront refusé ou suspendu tout octroi de ces secours par le motif que l'indigent n'aurait pas consenti à laisser influencer son vote ou à s'abstenir de voter.

§ 3 - Sera puni d'un emprisonnement de huit jours à trois mois quiconque réclamera des secours ou une augmentation de secours, sous la menace de voter dans un sens déterminé.

Art. L4168-12 - § 1<sup>er</sup> - Relèvent de la fraude électorale les actes et faits suivants commis lors du vote ou du dépouillement du scrutin par un membre d'un bureau électoral :

1° altérer frauduleusement, soustraire ou ajouter des bulletins de vote;

2° inscrire sciemment au procès-verbal un nombre de bulletins ou de votes inférieur ou supérieur au nombre réel de ceux qu'il est chargé de compter.

§ 2 - Sera punie d'un emprisonnement de trois mois à deux ans et d'une amende de 50 à 2 000 euros toute personne qui se rend coupable de l'un des délits mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

§ 3 - Sera puni des mêmes peines le témoin qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

§ 4 - Sera punie d'un emprisonnement d'un mois à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros toute autre personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

§ 5 - Les faits seront immédiatement mentionnés au procès-verbal.

Art. L4168-13 - La contrefaçon des bulletins électoraux est punie comme faux en écriture publique.

Art. L4168-14 - § 1<sup>er</sup> - Relèvent de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

1° voter ou se présenter pour voter sous le nom d'un autre électeur, hormis les cas prévus à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>;

2° distraire ou retenir un ou plusieurs bulletins de vote.

§ 2 - Sera punie d'un emprisonnement d'un mois à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros toute personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

Art. L4168-15 - § 1<sup>er</sup> - Relèvent également de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

1° donner procuration en application de l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>, en l'absence des conditions requises à cet effet;

2° ayant donné procuration, laisser voter son porteur de procuration malgré l'absence, au moment du vote, des conditions prévues à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>;

3° voter sciemment au nom de son mandant alors que celui-ci était décédé, ou alors qu'il était possible au mandant d'exercer lui-même son droit de vote;

4° accepter ou donner plusieurs mandats en application de l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>.

§ 2 - Sera punie d'une amende de 26 à 1 000 euros toute personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

Art. L4168-16 - § 1<sup>er</sup> - Relèvent également de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

1° voter dans un local de vote en violation du prescrit des articles L4122-1, § 2, et L4124-1, § 5, alinéa 2;

2° voter successivement, le même jour, dans deux ou plusieurs locaux de vote de la même commune ou dans des communes différentes, fût-il inscrit sur les registres électoraux de ces différentes communes ou locaux.

§ 2 - Sera punie d'un emprisonnement de huit à quinze jours ou d'une amende de 26 à 200 euros toute personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

Art. L4168-17 - Seront punis d'un emprisonnement de quinze jours à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros ceux qui, par attroupement, violences ou menaces, auront empêché un ou plusieurs citoyens d'exercer leurs droits politiques.

Art. L4168-18 - Sera puni d'un emprisonnement de quinze jours à un mois et d'une amende de 26 à 500 euros quiconque aura engagé, réuni ou aposté des individus, même non armés, de manière à intimider les électeurs ou à troubler l'ordre.

Seront punis d'un emprisonnement de huit à quinze jours et d'une amende de 26 à 200 euros ceux qui auront fait partie sciemment de bandes ou groupes ainsi organisés.

Art. L4168-19 - Sera punie d'un emprisonnement de trois mois à deux ans et d'une amende de 200 à 2 000 euros toute irruption dans un bâtiment électoral, consommée ou tentée avec violence, en vue d'entraver les opérations électorales.

Si les coupables étaient porteurs d'armes, ils seront condamnés à un emprisonnement d'un à trois ans et à une amende de 500 à 3 000 euros.

Art. L4168-20 - Seront punis d'un emprisonnement de quinze jours à un an et d'une amende de 100 à 1 000 euros les électeurs d'une section qui, pendant le scrutin, se sont rendus coupables d'outrages ou de violences, soit envers le bureau de vote, soit envers l'un de ses membres, soit envers l'un des témoins, ou qui, par voies de fait ou menaces, auront retardé ou empêché les opérations électorales.

Si les coupables étaient porteurs d'armes, ils seront condamnés à un emprisonnement de trois mois à deux ans.

Art. L4168-21 - Si, à l'occasion des faits décrits aux articles L4168-18 à L4168-20, le scrutin a été violé, le maximum des peines visées à ces articles sera prononcé et elles pourront être portées au double.

Si les coupables étaient porteurs d'armes, ils seront condamnés à la réclusion de cinq à dix ans et à une amende de 3 000 à 5 000 euros.

Si ces faits ont été commis par des bandes ou des groupes organisés mentionnés à l'article L4168-18, ceux qui auront engagé, réuni ou aposté les individus qui en auront fait partie seront punis d'un emprisonnement d'un mois à un an et d'une amende de 100 à 1 000 euros.

Art. L4168-22 - Seront punis comme auteurs ceux qui auront directement provoqué à commettre les faits décrits aux articles L4168-18 à L4168-20, soit par dons, promesses, menaces, abus d'autorité ou de pouvoir, machinations ou artifices coupables, soit par des discours tenus ou des cris proférés dans des réunions ou des lieux publics, soit par des placards affichés, soit par des écrits imprimés ou non, et vendus ou distribués.

Si les provocations n'ont été suivies d'aucun effet, leurs auteurs seront punis d'un emprisonnement d'un mois à six mois et d'une amende de 50 à 500 euros.

Art. L4168-23 - Sera punie d'une amende de 50 à 500 euros toute personne ayant introduit une réclamation au sens des articles L4146-5 et suivants qui s'avère non fondée et pour laquelle l'intention de nuire est établie.

Art. L4168-24 - Dans le cas mentionné à l'article L4141-2, § 4, toute violation du secret sera sanctionnée, conformément à l'article 458 du Code pénal. »

Art. 135 - Dans la quatrième partie du même Code, le livre II, comportant les articles L4211-1 à L4261-7, modifié par les décrets de la Région wallonne des 1<sup>er</sup> juin et 19 juillet 2006 et le décret du 21 novembre 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Livre II - Système de vote électronique avec preuve papier

Titre I<sup>er</sup> - Champ d'application

Chapitre unique

Art. L4211-1 - Le Gouvernement peut décider que, pour les communes de la région de langue allemande, il est fait usage d'un système de vote électronique avec preuve papier lors des élections communales.

Art. L4211-2 - Les dispositions du présent livre ne sont pas applicables lorsque les élections communales et provinciales sont organisées conjointement par les autorités compétentes respectives conformément à l'article L4111-2, alinéa 1<sup>er</sup>.

Titre II - Opérations électorales

Chapitre 1<sup>er</sup> - Dispositions générales

Art. L4221-1 - § 1<sup>er</sup> - Un système de vote électronique avec preuve papier comprend, par bureau de vote :

1° une urne électronique avec un scanner et un système d'obturation automatique de la fente de l'urne;

2° plusieurs ordinateurs de vote équipés chacun d'un écran de visualisation tactile, d'une imprimante de bulletins de vote et d'un lecteur de cartes à puce;

3° un ordinateur pour le président, avec une unité pour initialiser les cartes à puce;

4° un lecteur de code-barres pour la visualisation du contenu du code-barres par l'électeur;

5° des cartes à puce.

Chaque isoloir est équipé d'un ordinateur de vote.

Dans chaque bureau de vote, au moins un des isoloirs, équipé d'un ordinateur de vote, dispose également d'un lecteur de code-barres pour la visualisation du contenu du code-barres par l'électeur.

Chaque bureau de vote comporte une zone d'attente située à au moins un mètre de l'urne.

En outre, chaque bureau communal dispose d'un ou de plusieurs systèmes électroniques de totalisation des votes émis dans les bureaux de vote qui relèvent de son ressort.

§ 2 - Le Gouvernement fixe les règles de présentation des listes et des candidats sur les écrans des ordinateurs de vote.

§ 3 - Les systèmes de vote électronique avec preuve papier, les systèmes électroniques de totalisation des votes et les logiciels électoraux mentionnés à l'article L4224-1 ne peuvent être utilisés que s'ils sont conformes aux conditions générales d'agrément déterminées par le Gouvernement, qui garantissent en tout cas la fiabilité et la sécurité des systèmes, ainsi que le secret du vote.

Le Gouvernement, sur l'avis de l'organisme agréé à cette fin par lui, constate cette conformité.

L'avis de l'organisme agréé est rendu public.

Art. L4221-2 - § 1<sup>er</sup> - Les modalités d'achat du système visé à l'article L4221-1, § 1<sup>er</sup>, ainsi que de son entretien et de sa conservation sont fixées par le Gouvernement.

Le Gouvernement fixe, le cas échéant avec les communes concernées, les modalités relatives à l'achat ainsi qu'à l'entretien et à la conservation des systèmes électroniques de totalisation.

§ 2 - Les logiciels électoraux, les codes de sécurité, les cartes à puce, le papier électoral spécifique nécessaire pour l'impression des bulletins de vote et les supports de mémoire sont fournis par le Gouvernement ou son délégué lors de chaque élection.

Chapitre 2 - Système de vote électronique avec preuve papier

Art. L4222-1 - Chaque isoloir du bureau de vote est équipé d'un ordinateur de vote.

Art. L4222-2 - § 1<sup>er</sup> - Avant de se rendre dans l'isoloir, l'électeur reçoit du président du bureau de vote ou de l'assesseur que ce dernier désigne, une carte à puce que le président ou l'assesseur aura préalablement initialisée et qui permet de voter une seule fois par élection pour laquelle l'électeur est convoqué.

§ 2 - Pour exprimer son vote, l'électeur introduit d'abord la carte à puce dans le lecteur prévu à cet effet, présent dans l'ordinateur de vote installé dans l'isoloir.

Le Gouvernement fixe l'ordre dans lequel les votes doivent être exprimés.

Lorsque les lois sur l'emploi des langues en matière administrative, coordonnées le 18 juillet 1966, laissent à l'électeur le choix de la langue pour les opérations de vote, il est d'abord invité à accomplir ce choix; celui-ci est, après confirmation, définitif pour l'ensemble des opérations de vote.

§ 3 - Dans tous les cas, l'écran de visualisation affiche le numéro d'ordre et le sigle de toutes les listes de candidats.

L'électeur indique la liste de son choix par effleurement sur l'écran de visualisation tactile. Il peut également indiquer par un vote blanc qu'il ne désire apporter son vote à aucune des listes présentées.

Après que l'électeur a choisi une liste, l'écran de visualisation affiche, pour cette liste, les nom et prénoms des candidats, précédés d'un numéro d'ordre.

L'électeur exprime son vote par effleurement sur l'écran de visualisation tactile :

1° dans la case placée en tête de liste, s'il adhère à l'ordre de présentation des candidats;

2° dans les cases placées en regard d'un ou de plusieurs candidats de la même liste.

§ 4 - Après que l'électeur a exprimé son vote conformément au § 3, il est invité à le confirmer. Cette confirmation clôt le vote de l'électeur pour l'élection considérée. Tant que le vote n'est pas confirmé, l'électeur peut recommencer l'opération de vote.

§ 5 - Le cas échéant, l'électeur est invité ensuite, par une information apparaissant sur l'écran de visualisation, à voter selon la même procédure pour l'élection suivante.

Art. L4222-3 - § 1<sup>er</sup> - Lorsque l'électeur a voté pour l'ensemble des élections, un bulletin de vote est imprimé et mis à la disposition de celui-ci.

§ 2 - Au sein d'une même circonscription électorale, quel que soit le vote de l'électeur, les dimensions du bulletin de vote imprimé doivent être identiques.

Le Gouvernement détermine ces dimensions pour chaque circonscription électorale ainsi que les mentions imprimées sur le bulletin de vote.

§ 3 - Le bulletin de vote imprimé comporte deux parties :

1° une partie indiquant, sous forme d'un code-barres bidimensionnel, le vote émis par l'électeur;

2° une partie indiquant sous forme écrite, pour chaque type d'élection le cas échéant, le vote émis par l'électeur.

La partie écrite du bulletin de vote imprimé sert uniquement à des fins de contrôle et d'audit.

§ 4 - L'électeur plie ensuite régulièrement et soigneusement son bulletin de vote en deux parties, face imprimée vers l'intérieur afin de préserver le secret du vote.

Le bureau de vote veille à ce que le secret du vote soit respecté.

§ 5 - L'électeur retire la carte à puce du lecteur prévu à cet effet. Ni l'ordinateur de vote, ni la carte à puce ne conservent des données concernant le vote émis.

Art. L4222-4 - L'électeur a la possibilité de lire sur un écran, au moyen d'un lecteur spécifique mis à sa disposition, le code-barres mentionné à l'article L4222-3, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°. Il voit ainsi si le contenu de ce code-barres correspond au vote qu'il a émis sur l'écran pour chaque élection et qui est repris sous forme écrite sur le bulletin de vote.

La visualisation se fait dans l'ordre selon lequel les votes ont été émis. Lors de cette visualisation, l'électeur ne peut plus modifier son vote.

Art. L4222-5 - L'électeur qui éprouve des difficultés à exprimer son vote peut se faire accompagner d'un guide ou d'un soutien de son choix, selon les modalités fixées au livre I<sup>er</sup>, titre III, chapitre III, de la présente partie du Code.

À défaut d'avoir opté pour un accompagnant de son choix, l'électeur qui éprouve des difficultés à exprimer son vote peut se faire assister par le président ou par un autre membre du bureau de vote désigné par lui, à l'exclusion de témoins ou de toute autre personne.



Si le président ou un autre membre du bureau de vote conteste la réalité de ces difficultés, le bureau électoral statue et sa décision motivée est inscrite au procès-verbal.

Art. L4222-6 - § 1<sup>er</sup> - Après qu'il a exprimé son vote, l'électeur sort de l'isoloir et se dirige vers l'urne avec son bulletin de vote toujours plié en deux ainsi que mentionné à l'article L4222-3, § 4, alinéa 1<sup>er</sup>.

Si un autre électeur est déjà présent devant l'urne afin d'y enregistrer son bulletin de vote, l'électeur doit patienter dans la zone d'attente visée à l'article L4221-1, § 1<sup>er</sup>, alinéa 4.

L'électeur remet ensuite la carte à puce au président du bureau de vote ou à l'assesseur désigné par lui, scanne le code-barres de son bulletin de vote et insère ce bulletin dans la fente de l'urne après ouverture du système d'obturation automatique de celle-ci.

§ 2 - Le bulletin de vote est annulé :

1° si l'électeur déplie son bulletin de vote en sortant de l'isoloir, de manière à faire connaître le vote qu'il a émis;

2° si l'électeur a apporté extérieurement des marques ou des inscriptions sur son bulletin de vote;

3° si, à la suite d'une mauvaise manipulation ou de toute autre manœuvre involontaire, l'électeur a détérioré le bulletin de vote qui lui a été remis;

4° si, pour une raison technique quelconque, l'impression du bulletin de vote s'est révélée impossible totalement ou en partie;

5° si, lors d'une visualisation par l'électeur à l'écran du contenu du code-barres conformément à l'article L4222-4, celui-ci constate une différence entre cette visualisation apparaissant à l'écran et la mention du vote émis telle qu'imprimée sur le bulletin de vote;

6° si la lecture du code-barres par l'urne électronique n'est pas possible.

Dans les cas visés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1° à 3°, l'annulation peut être prononcée après une décision du bureau de vote en ce sens.

Dans les cas visés aux alinéas précédents, l'électeur est invité à recommencer son vote au moyen d'une nouvelle carte à puce. De même, si un électeur a détérioré, avant son vote, par inadvertance la carte à puce qui lui a été remise, il lui est fourni une nouvelle carte à puce.

Le président inscrit sur les bulletins pliés repris en exécution de l'alinéa 1<sup>er</sup> la mention "Bulletin repris" et y ajoute son paragraphe.

Art. L4222-7 - À l'issue du scrutin, le président du bureau de vote rend l'appareil de vote inopérant pour des votes ultérieurs. Les données relatives au vote sont toujours enregistrées sur deux supports de mémoire.

Les bulletins de vote sont ensuite placés dans une enveloppe (ou dans un format correspondant adapté) qui est scellée. Cette enveloppe porte en suscription la mention du contenu, la date de l'élection, l'identification du bureau de vote et de la circonscription électorale. Elle porte au verso la signature du président, des membres du bureau de vote et, s'ils en formulent le souhait, des témoins.

Les données relatives au vote d'un bureau de vote donné ne peuvent être divulguées.

Art. L4222-8 - Les supports de mémoire sont placés dans une enveloppe portant en suscription la mention du contenu, la date de l'élection, l'identification du bureau de vote et de la circonscription électorale. L'enveloppe est scellée et porte au verso la signature du président, des membres du bureau de vote et, s'ils en formulent le souhait, des témoins.

Art. L4222-9 - Le procès-verbal du bureau de vote est rédigé séance tenante. Il mentionne par élection le nombre de votes enregistrés, le nombre d'électeurs présents et le nombre de bulletins de vote repris en vertu de l'article L4222-6, § 2.

Sont également mentionnés au procès-verbal, le cas échéant, les difficultés et incidents survenus au cours des opérations de vote. Les bulletins de vote repris en vertu de l'article L4222-6, § 2, d'une part, et les bulletins de vote visés à l'article L4223-2, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, émis à titre de test par le président ou les membres du bureau de vote avant l'ouverture du bureau aux électeurs, d'autre part, sont placés dans des enveloppes scellées distinctes qui sont jointes au procès-verbal.

Les cartes à puce ainsi que le papier électoral encore présent dans les imprimantes de vote ou non utilisé sont placés dans une enveloppe scellée qui est remise par le président du bureau de vote à un responsable désigné par le collège communal de la commune. Cette dernière action peut se dérouler avec l'aide de ce responsable.

Art. L4222-10 - Le procès-verbal et les enveloppes annexées, l'enveloppe contenant les bulletins de vote trouvés dans l'urne ainsi que les supports de mémoire sont remis sans délai par le président du bureau de vote, contre récépissé, au président du bureau communal ou à un assesseur désigné par lui.

Les cartes à puce ainsi que le papier électoral récupéré dans les imprimantes ou non utilisé sont conservés dans les locaux de l'administration communale, avec indication de leur origine. Les bulletins de vote trouvés dans l'urne, les bulletins de vote repris en vertu de l'article L4222-6, § 2, les bulletins de vote émis à titre de test par le président ou les membres du bureau de vote avant l'ouverture du bureau, et les supports de mémoire utilisés sont conservés au greffe du tribunal de première instance, avec indication de leur origine, aussi longtemps que l'élection n'est pas définitivement validée ou annulée.

Chapitre 3 - Dispositions particulières pour le vote

Art. L4223-1 - Dans les bureaux de vote où il est fait usage d'un système de vote électronique avec preuve papier :

1° par dérogation à l'article L4123-1, § 1<sup>er</sup>, le Gouvernement peut augmenter le nombre d'électeurs par section de vote, sans toutefois dépasser la limite de deux mille électeurs;

2° par dérogation à l'article L4143-3, § 1<sup>er</sup>, le Gouvernement peut augmenter le nombre maximum d'électeurs par isoloir, sans dépasser la limite de trois cents électeurs;

3° par dérogation à l'article L4125-1, § 1<sup>er</sup>, les bureaux de vote comprennent, outre le président et le secrétaire, cinq assesseurs et cinq assesseurs suppléants ainsi que, si le président en fait la demande, un secrétaire-adjoint justifiant d'une expérience en informatique;

4° par dérogation à l'article L4143-20, § 1<sup>er</sup>, les heures d'ouverture des bureaux de vote sont prolongées jusqu'à 15 heures.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, les dispositions des articles L4143-6 et L4168-9 sont applicables au secrétaire-adjoint.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, les instructions aux électeurs sont adaptées. Les jetons de présence du président et des autres membres de ces bureaux de vote sont majorés de 50 pour cent.

Art. L4223-2 - Dans les bureaux de vote où il est fait usage d'un système de vote électronique avec preuve papier, préalablement à l'ouverture du bureau de vote aux électeurs, il est procédé aux opérations suivantes :

1° le président vérifie que le bac de l'urne destiné à contenir les bulletins de vote émis par les ordinateurs de vote est vide et scelle l'urne;

2° le président vérifie que le compteur de nombre des votes enregistrés se trouve à zéro;

3° le président et les membres du bureau de vote émettent leur vote en veillant à utiliser au moins une fois chaque ordinateur de vote. Ils vérifient ensuite le contenu de leur bulletin de vote imprimé avec le lecteur de code-barres, mentionné à l'article L4221-1, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>, qui est présent dans l'un des isolements. Une fois la vérification effectuée avec succès, ils scannent leur bulletin de vote au moyen de l'urne électronique conformément à l'article L4222-6, § 1<sup>er</sup>, et insèrent ledit bulletin dans la fente de l'urne. La réalisation de cette opération et les observations sont consignées au procès-verbal.

#### Chapitre 4 - Opérations préalables à l'élection

Art. L4224-1 - § 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement ou la personne désignée par lui élabore les logiciels électoraux destinés aux bureaux communaux et aux bureaux de vote.

Dans la semaine qui suit le jour des élections, les logiciels électoraux sont publiés sur le site internet de la Communauté germanophone. Cette publication, qui ne comprend pas les éléments de sécurité, reste disponible pendant six mois à la suite des élections.

§ 2 - Le Gouvernement ou la personne désignée par lui élabore et fournit aux présidents des bureaux communaux un logiciel pour exécuter les opérations d'encodage numérique mentionnées à l'article L4141-3.

Art. L4224-2 - § 1<sup>er</sup> - Dès l'arrêt définitif des listes de candidats, ou en cas d'appel, dès que le bureau a pris connaissance de la décision de la cour d'appel ou du Conseil d'État, le président du bureau communal transmet, par voie numérique, ces listes et le numéro qui leur a été attribué au Gouvernement ou à la personne désignée par lui.

§ 2 - Les documents reproduisant l'ensemble des numéros d'ordre et sigles des listes présentées et les listes de candidats, tels que le logiciel les fera apparaître à l'écran de visualisation, sont soumis à l'approbation du président du bureau communal. Celui-ci vérifie la concordance de ces documents avec le procès-verbal d'arrêt définitif des listes de candidats. Chaque président valide les documents après avoir fait procéder, le cas échéant, aux corrections nécessaires et retourne les documents validés au Gouvernement concerné ou à la personne désignée par lui.

Le Gouvernement ou la personne désignée par lui fait établir les supports de mémoire destinés à la totalisation des votes par les bureaux communaux ainsi que les supports de mémoire destinés aux bureaux de vote.

§ 3 - Le Gouvernement ou la personne désignée par lui place les supports de mémoire dans une enveloppe scellée et les remet, contre récépissé, aux présidents des bureaux communaux au moins trois jours avant l'élection. Chaque enveloppe porte en suscription l'identification du bureau correspondant. Une enveloppe scellée distincte par bureau et remise également contre récépissé aux présidents des bureaux communaux contient les éléments de sécurité nécessaires pour l'utilisation des supports de mémoire.

La veille de l'élection, le président du bureau communal remet à chaque président de bureau de vote de son ressort, contre récépissé, les enveloppes qui le concernent.

#### Chapitre 5 - Opérations de totalisation des votes

Art. L4225-1 - Le président du bureau communal procède, dès réception des supports de mémoire provenant du bureau de vote, à l'enregistrement du support de mémoire sur le support de mémoire destiné à la totalisation des votes. L'enregistrement des supports de mémoire et la totalisation des votes sont effectués au moyen du logiciel mentionné à l'article L4141-1.

Si l'enregistrement au moyen du support de mémoire se révèle impossible, le président du bureau communal recommence l'opération d'enregistrement au moyen du second support de mémoire.

Si cette opération se révèle également impossible, le président du bureau communal requiert de la commune concernée la fourniture d'une urne électronique et d'un ordinateur de président, visés à l'article L4221-1. Il procède à un enregistrement complet, au moyen du lecteur de l'urne, du code-barres présent sur chaque bulletin de vote placé dans l'enveloppe mentionnée à l'article L4222-7, alinéa 2.

L'enregistrement du bureau de vote terminé, le président replace les bulletins dans l'enveloppe mentionnée à l'article L4222-7, alinéa 2, et scelle à nouveau celle-ci. Il procède ensuite à l'enregistrement du nouveau support de mémoire ainsi constitué.

Art. L4225-2 - La proclamation par le président du bureau communal de résultats partiels obtenus par les listes peut intervenir après l'enregistrement d'au moins dix bureaux de vote et par la suite de dix bureaux de vote supplémentaires et ainsi de suite jusqu'à enregistrement de tous les bureaux de vote.

Art. L4225-3 - Lorsque les résultats de tous les bureaux de vote ont été enregistrés et totalisés, le président du bureau communal procède à l'impression du procès-verbal et du tableau de recensement des votes dont les modèles sont fixés par le Gouvernement.

Art. L4225-4 - § 1<sup>er</sup> - Le procès-verbal et le tableau de recensement des votes, signés par le président, les autres membres du bureau communal et les témoins, sont placés sous enveloppe scellée dont la suscription indique le contenu.

Cette enveloppe ainsi que celles contenant les procès-verbaux des bureaux de vote sont réunies en un paquet scellé que le président du bureau communal fait parvenir, dans les vingt-quatre heures, au Gouvernement ou à la personne désignée par lui.

§ 2 - Les supports de mémoire provenant des bureaux de vote ainsi que ceux utilisés par le bureau communal pour la totalisation des votes sont remis, contre accusé de réception, à la personne désignée par le Gouvernement dès que l'élection est définitivement validée ou annulée. Cette personne procède à l'effacement des supports de mémoire et constate par écrit que cet effacement a été effectué.

§ 3 - Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, les bulletins de vote trouvés dans les urnes, conservés au greffe du tribunal de première instance, sont détruits.

§ 4 - Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, les bulletins de vote repris ainsi que ceux émis à titre de test, conservés au greffe du tribunal de première instance, sont détruits.

#### Titre III - Dispositions finales

##### Chapitre unique

Art. L4231-1 - La contrefaçon des supports de mémoire, des bulletins de vote et des cartes à puce est punie comme faux en écritures publiques.

Art. L4231-2 - L'article L4168-12 s'applique à l'altération frauduleuse des systèmes de vote et de totalisation ainsi que des supports de mémoire, des cartes à puce et des bulletins de vote.

Art. L4231-3 - Les articles L4161-1 à L4161-4 sont applicables aux infractions mentionnées aux articles L4231-1 et L4231-2.

Art. L4231-4 - Les articles L4112-8, alinéas 3 et 4, L4112-9, alinéa 2, L4112-18, L4112-19, § 1<sup>er</sup>, L4125-1, § 3, alinéa 4, L4125-12 à 15, L4142-38, L4142-39, L4142-41, L4143-1, L4143-7, L4143-12, L4143-13, L4143-21, L4143-22, L4143-24, L4143-27, L4143-28, L4144-1 à 13, L4145-1, L4145-2, L4145-3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, et L4168-13 ne s'appliquent pas dans le cadre de l'application du présent livre.

Art. L4231-5 - Les articles L4112-23, 4<sup>o</sup>, L4125-1, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, L4125-5, § § 1<sup>er</sup>, 2, 3, 5 et 7, L4126-1, L4134-1, § § 3 et 4, L4143-14 et L4163-2 s'appliquent dans le cadre de l'application du présent livre, pour autant qu'ils ne concernent pas les bureaux de dépouillement.

Art. L4231-6 - Pour l'application du présent livre, dans les articles L4112-5, alinéa 1<sup>er</sup>, L4142-4, § 5, alinéa 3, L4142-26, § 1<sup>er</sup>, L4142-36, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, et L4142-37, § § 1<sup>er</sup> et 3, toute référence aux bulletins de vote doit s'entendre comme une référence à l'écran de visualisation de l'ordinateur de vote.

Art. L4231-7 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4112-9, alinéa 1<sup>er</sup>, de remplacer les mots « les urnes, les crayons » par les mots « les systèmes de vote électronique avec preuve papier ».

Art. L4231-8 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4112-21, § 1<sup>er</sup>, de remplacer les mots « dans les bureaux de dépouillement » par les mots « lors de la totalisation ».

Dans l'article L4112-21, § 2, il y a lieu de remplacer les mots « par tous les bureaux de dépouillement d'une circonscription » par les mots « dans l'ensemble d'une circonscription électorale ».

Art. L4231-9 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4112-26, 4<sup>o</sup>, de remplacer les mots « bulletins de vote » par le mot « votes ».

Art. L4231-10 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4125-1, § 3, alinéa 2, de remplacer les mots « établissent les bulletins de vote et les font imprimer » par les mots « déterminent la présentation des listes de candidats sur les écrans des ordinateurs de vote et font établir les supports de mémoire en conséquence ».

Art. L4231-11 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4143-8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, de remplacer les mots « pendant le temps nécessaire pour formuler le vote et déposer les bulletins » par les mots « pendant le temps nécessaire pour voter ».

Art. L4231-12 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4145-3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, de remplacer les mots « bulletins » par le mot « votes », et les mots « article L4144-8, § 2 » par les mots « article L4225-3 ».

Art. L4231-13 - Le Gouvernement adapte les instructions pour l'électeur concernant les élections au niveau des collèges électoraux communaux. »

Art. 136 - Dans la sixième partie, livre I<sup>er</sup>, titre unique, chapitre unique, du même Code, il est inséré l'article L6111-4 suivant :

« Art. L6111-4 - Pour l'application du présent Code, il faut entendre par "capital" :

1<sup>o</sup> pour le capital d'une société anonyme, tel que prévu par le Code des sociétés et des associations, ou, pour une société ayant une autre forme juridique pour laquelle le droit belge ou étranger qui régit la société prévoit une notion analogue : cette notion, telle que prévue dans ledit droit;

2<sup>o</sup> pour les formes de sociétés pour lesquelles le droit belge ou étranger qui régit la société ne prévoit pas une notion analogue : les capitaux propres de la société, tels que prévus par le droit belge ou étranger qui régit la société, dans la mesure où ils sont formés par des apports en numéraire, en nature ou en industrie;

3<sup>o</sup> pour les personnes morales non mentionnées aux 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup> : le capital, tel que prévu par le droit commun belge ou étranger applicable. »

## CHAPITRE 2. — Modification du décret communal du 23 avril 2018

Art. 137 - À l'article 18, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du décret communal du 23 avril 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> un tiret rédigé comme suit est inséré entre le quatrième tiret et le cinquième tiret, qui devient le sixième tiret :  
« - l'organisation de séances du conseil virtuelles ou hybrides conformément à l'article 21.1 ainsi que leur retransmission audiovisuelle simultanée conformément à l'article 27; »

2<sup>o</sup> au dixième tiret, qui devient le onzième tiret, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3<sup>o</sup> l'alinéa est complété par un tiret rédigé comme suit :

« - l'organisation de séances du collège virtuelles ou hybrides conformément à l'article 57.1. »

Art. 138 - L'article 20 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'article 21.1, les séances du conseil se tiennent en présentiel. »

Art. 139 - Dans le même décret, il est inséré un article 21.1 rédigé comme suit :

« Art. 21.1 - Séances virtuelles et hybrides

§ 1<sup>er</sup> - Dans des circonstances exceptionnelles où une séance en présentiel s'avère impossible ou dangereuse pour des raisons de sécurité ou de santé pour un ou plusieurs membres ou pour le public, le président peut décider de tenir la séance du conseil comme suit :

1<sup>o</sup> sous forme virtuelle, tous les membres se réunissant exclusivement par vidéoconférence;

2<sup>o</sup> sous forme hybride, les membres se réunissant en partie en présentiel et en partie par vidéoconférence.

Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il peut être recouru aux possibilités mentionnées dans le présent paragraphe.

§ 2 - Le règlement d'ordre intérieur règle les modalités d'application du § 1<sup>er</sup>. »

Art. 140 - Dans l'article 24, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, troisième phrase, du même décret, les mots « ou, dans le cas mentionné à l'article 21.1, exclusion de la vidéoconférence » sont insérés entre les mots « à l'instant de la salle » et les mots « tout individu ».

Art. 141 - L'article 27 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si, dans le cas mentionné à l'article 21.1, l'accès au lieu de la séance est refusé au public pour des raisons de sécurité ou de santé, une retransmission audiovisuelle simultanée de la séance doit être assurée sur le site internet de la commune. »

Art. 142 - L'article 31 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il est procédé à un scrutin secret dans le cas mentionné à l'article 21.1. »

Art. 143 - Dans l'article 37 du même décret, il est inséré un alinéa rédigé comme suit entre l'alinéa 2 et l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Les séances des commissions se tiennent en présentiel, sauf dans les circonstances exceptionnelles mentionnées à l'article 21.1. Dans ce cas, les dispositions dudit article s'appliquent *mutatis mutandis*. »

Art. 144 - Dans l'article 57 du même décret, il est inséré un alinéa rédigé comme suit entre l'alinéa 1<sup>er</sup> et l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Sans préjudice de l'article 57.1, les séances du collège se tiennent en présentiel. »

Art. 145 - Dans le même décret, il est inséré un article 57.1 rédigé comme suit :

« Art. 57.1 - Séances virtuelles et hybrides

§ 1<sup>er</sup> - Dans des circonstances exceptionnelles où une séance en présentiel s'avère impossible ou dangereuse pour des raisons de sécurité ou de santé pour un ou plusieurs membres, ou pour 20

au plus des séances tenues chaque année, le président peut décider de tenir la séance du collège comme suit :

1° sous forme virtuelle, tous les membres se réunissant exclusivement par vidéoconférence;

2° sous forme hybride, les membres se réunissant en partie en présentiel et en partie par vidéoconférence.

Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il peut être recouru aux possibilités mentionnées dans le présent paragraphe.

§ 2 - Le règlement d'ordre intérieur règle les modalités d'application du § 1<sup>er</sup>. »

Art. 146 - Dans l'intitulé de l'article 155 du même décret, les mots « Objet social » sont remplacés par le mot « Objet ».

Art. 147 - Dans le même décret, il est inséré un article 156.1 rédigé comme suit :

« Art. 156.1 - Séances virtuelles et hybrides

§ 1<sup>er</sup> - Dans des circonstances exceptionnelles où une séance en présentiel s'avère impossible ou dangereuse pour des raisons de sécurité ou de santé pour un ou plusieurs membres, ou pour 20% au plus des séances tenues chaque année, le président du conseil d'administration ou, selon le cas, l'administrateur délégué peut décider de tenir la séance du conseil d'administration ou, selon le cas, du comité de direction comme suit :

1° sous forme virtuelle, tous les membres se réunissant exclusivement par vidéoconférence;

2° sous forme hybride, les membres se réunissant en partie en présentiel et en partie par vidéoconférence.

Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il peut être recouru aux possibilités mentionnées dans le présent paragraphe.

§ 2 - Le règlement d'ordre intérieur du conseil d'administration règle les modalités d'application du § 1<sup>er</sup>. »

Art. 148 - Dans l'article 197, alinéa 2, du même décret, les mots « siège social » sont remplacés par le mot « siège ».

### CHAPITRE 3. — Entrée en vigueur

Art. 149 - Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2024.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 11 décembre 2023.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—  
Note

(1) Session 2023-2024

Documents parlementaires : 286 (2022-2023) n° 1 Projet de décret

286 (2023-2024) n° 2 Propositions d'amendement

286 (2023-2024) n° 3 Rapport

286 (2023-2024) n° 4 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 11 décembre 2023 - n° 65 Discussion et vote

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/201107]

**11 DECEMBER 2023. — Decreet tot wijziging van het wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie en tot wijziging van het gemeentedecreet van 23 april 2018 (1)**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:  
HOOFDSTUK 1. — *WIJZIGING VAN HET WETBOEK VAN DE PLAATSELIJKE DEMOCRATIE EN DECENTRALISATIE*

*Artikel 1* - In artikel L1512-5, eerste lid, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie worden de woorden "maatschappelijk doel" vervangen door het woord "doel".

*Art. 2* - In artikel L1512-6 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "maatschappelijk doel" vervangen door het woord "doel";

2° § 1, tweede lid, wordt opgeheven;

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "maatschappelijk doel" vervangen door het woord "doel";

4° in § 3, eerste lid, worden de woorden "of de firma van de vennootschap" opgeheven.

*Art. 3* - In artikel L1512-7, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 6 mei 2010, worden de woorden "artikel 86, § 1, van het EG-Verdrag" vervangen door de woorden "artikel 106, § 1, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie".

*Art. 4* - In artikel L1522-1, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° worden de woorden "maatschappelijke zetel" vervangen door het woord "zetel";

2° de bepaling onder 5° wordt aangevuld met de woorden "alsook, in voorkomend geval, het bedrag van het statutair kapitaal".

*Art. 5* - In artikel L1522-7 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "maatschappelijk kapitaal" vervangen door het woord "kapitaal";

2° in het derde lid worden de woorden "maatschappelijk kapitaal" vervangen door het woord "statutair kapitaal".

*Art. 6* - Artikel L1523-1 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 30 april 2009 en 26 april 2012, wordt vervangen als volgt:

"Art. L1523-1 - § 1 - De intercommunales nemen de rechtsvorm van de naamloze vennootschap, van de coöperatieve vennootschap of van de besloten vennootschap aan.

§ 2 - Als de intercommunale de rechtsvorm van de naamloze vennootschap of van de besloten vennootschap aanneemt, wordt in de statuten bepaald dat het kapitaal onbeschikbaar is.

In geval van statutaire onbeschikbaarheid van het kapitaal is verdeling van de inbrengen verboden.

§ 3 - Het Wetboek van vennootschappen en verenigingen is van toepassing op de intercommunales, voor zover de statuten er wegens de bijzondere aard van de vereniging niet van afwijken."

*Art. 7* - In artikel L1523-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "Wetboek van vennootschappen en de wetgeving van toepassing op de vzw's," vervangen door de woorden "Wetboek van vennootschappen en verenigingen";

2° in het eerste lid, 2°, worden de woorden "maatschappelijk doel" vervangen door het woord "doel";

3° in het eerste lid, 5°, worden de woorden "maatschappelijke zetel" vervangen door het woord "zetel";

4° in het eerste lid wordt een bepaling onder 5.1° ingevoegd, luidende:

"5.1° het adres van de zetel;"

5° in het eerste lid wordt de bepaling onder 11° vervangen als volgt:

"11° de overname van het tekort door de vennoten zodra de netto activa beperkt worden tot een bedrag kleiner dan drie vierde van het kapitaal, als de intercommunale de vorm van een coöperatieve vennootschap heeft aangenomen, of tot het bedrag van het statutair onbeschikbaar kapitaal, als de intercommunale de vorm van een naamloze vennootschap of van een besloten vennootschap heeft aangenomen;"

6° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"Voor de intercommunales die de vorm van een coöperatieve vennootschap hebben aangenomen, bevatten de statuten ook een beschrijving van het doel en de waarden van de coöperatieve vennootschap."

7° in het tweede lid, dat het derde lid wordt, worden de woorden "maatschappelijk kapitaal" vervangen door het woord "kapitaal" en worden de woorden "maatschappelijke zetel" vervangen door het woord "zetel".

*Art. 8* - In artikel L1523-3 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "maatschappelijke zetel" vervangen door het woord "zetel".

*Art. 9* - In artikel L1523-5, tweede lid, 4°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "maatschappelijk doel" vervangen door het woord "doel".

*Art. 10* - In artikel L1523-8 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het maatschappelijk kapitaal of fonds" vervangen door het woord "kapitaal".

*Art. 11* - In artikel L1523-10 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 9 maart 2007 en 31 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Onverminderd paragraaf 3 worden de vergaderingen van de organen van de intercommunales fysiek gehouden."

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

"§ 3 - In buitengewone omstandigheden waarin een fysieke vergadering voor een of meer leden of in voorkomend geval voor het publiek om veiligheids- of gezondheidsredenen onmogelijk of gevaarlijk blijkt te zijn of voor hoogstens 20% van de vergaderingen per jaar kan de voorzitter van het orgaan van de intercommunale beslissen om de vergadering als volgt te houden:

1° virtueel, waarbij alle leden uitsluitend per videoconferentie vergaderen;

2° hybride, waarbij de leden deels fysiek vergaderen en deels per videoconferentie deelnemen.

De Regering kan de minimumvoorwaarden bepalen waaronder een beroep kan worden gedaan op de mogelijkheden vermeld in deze paragraaf.

Het reglement van orde bepaalt de nadere regels voor de toepassing van deze paragraaf."

*Art. 12* - In artikel L1523-12, § 1, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

*Art. 13* - In artikel L1523-14, 8°, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 maart 2007, worden de volgende streepjes ingevoegd, luidende:

"- de organisatie van virtuele en hybride vergaderingen van de organen van de intercommunale;

- de nadere regels voor de virtuele en hybride vergaderingen van de organen van de intercommunale;"

*Art. 14* - In artikel L1523-16 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het derde lid worden de woorden "overeenkomstig de wet van 17 juli 1975 met betrekking tot de boekhouding en de jaarrekening van de ondernemingen" vervangen door de woorden "overeenkomstig boek III, titel 3, hoofdstuk 2, van het Wetboek van economisch recht, overeenkomstig het Wetboek van vennootschappen en verenigingen";

2° het vijfde lid wordt vervangen als volgt:

"Dat verslag bevat:

1° commentaar bij de jaarrekening om een getrouw overzicht te krijgen van de bedrijfsresultaten, de bedrijfsontwikkeling en de positie van de vennootschap, alsook een beschrijving van de voornaamste risico's en onzekerheden waarmee zij wordt geconfronteerd. In voorkomend geval verwijst het verslag naar de bedragen vermeld in de jaarrekening en verstrekt het aanvullende uitleg hierover;

2° informatie over de belangrijke gebeurtenissen die na het einde van het boekjaar hebben plaatsgevonden;

3° inlichtingen over de omstandigheden die de ontwikkeling van de vennootschap aanmerkelijk kunnen beïnvloeden, voor zover deze inlichtingen niet van die aard zijn dat zij ernstig nadeel zouden berokkenen aan de vennootschap;

4° in voorkomend geval informatie over de werkzaamheden op het gebied van onderzoek en ontwikkeling;

5° de verantwoording van de deskundigheid op het gebied van boekhouding en audit van ten minste één lid van het auditcomité."

3° het zesde lid wordt opgeheven.

*Art. 15* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 16* - In artikel L1523-22, eerste lid, van het Wetboek wordt het woord "maatschappelijk" opgeheven.

*Art. 17* - In artikel L1523-23, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "artikelen 92, 94, 95, 143, 608, 616, 624 en 874 van het Wetboek van vennootschappen," vervangen door de woorden "artikelen 3: 1, 3: 4, 3: 5, 3: 6, 3: 74, 7: 203, 7: 211, 7: 220 en 15: 1 van het Wetboek van vennootschappen en verenigingen".

*Art. 18* - In artikel L1523-24, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "Wetboek van vennootschappen" vervangen door de woorden "Wetboek van vennootschappen en verenigingen".

*Art. 19* - In artikel L1532-1, § 3, 1°, derde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "Wetboek van vennootschappen van toepassing op de coöperatieve vennootschappen met beperkte aansprakelijkheid" vervangen door de woorden "Wetboek van vennootschappen en verenigingen die van toepassing zijn op de besloten vennootschappen, op de coöperatieve vennootschappen".

*Art. 20* - In artikel L4112-1 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in paragraaf 2 wordt het woord "mogen" opgeheven;

3° in paragraaf 3 worden de woorden ", § 1, van Titel II van dit Wetboek" opgeheven.

*Art. 21* - In artikel L4112-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 3 worden de woorden ", dat ook kiesregister wordt genoemd," opgeheven en worden de woorden "die in het bevolkingsregister van de gemeente inschreven zijn" vervangen door de woorden "die zijn ingeschreven in het bevolkingsregister, of, indien van toepassing, het vreemdelingenregister van de gemeente, met uitzondering van personen die zijn ingeschreven in het wachtregister van de gemeente";

2° in paragraaf 4 worden de woorden ", dat ook register van de stemmers wordt genoemd," opgeheven.

*Art. 22* - In artikel L4112-5 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden "en logo's" opgeheven;

2° in het eerste lid worden de woorden "en eventueel met een logo" opgeheven;

3° het tweede lid wordt vervangen als volgt: "Het letterwoord wordt gevormd met de beginletters ofwel van alle woorden, ofwel van een gedeelte van de woorden die de benaming van de kandidatenlijst vormen. Het kan een acroniem zijn. Het bestaat uit niet meer dan vijftientig lettertekens. Het mag letters, cijfers of tekens bevatten."

4° het derde lid wordt opgeheven;

5° het vierde lid wordt opgeheven.

*Art. 23* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 24* - In artikel L4112-8 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

*Art. 25* - In artikel L4112-10 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "het verspreiden van folders," ingevoegd tussen de woorden "de toespraken," en de woorden "de defilés";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De verkiezingscampagne eindigt om 22.00 uur op de vooravond van de verkiezingsdag. Kandidaten, lijsten en politieke partijen mogen echter tot en met de verkiezingsdag via elk elektronisch communicatiemiddel berichten uitzenden of laten uitzenden."

*Art. 26* - In artikel L4112-14 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2 wordt de bepaling onder 4° vervangen als volgt: "4° de burgemeester of zijn afgevaardigde;"

2° in paragraaf 2 wordt de bepaling onder 9° vervangen als volgt: "9° de voorzitter van een kiesbureau;"

3° in § 2, 11°, worden de woorden "artikel L4211-6, § 1," vervangen door de woorden "artikel L4141-2";

4° in paragraaf 3, 1°, wordt het woord "gevolmachtigde" vervangen door het woord "volmachtouder".

*Art. 27* - In artikel L4112-16 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "bij dit Wetboek bepaalde" opgeheven;

2° het vierde lid wordt vervangen als volgt: "De indiener is de persoon die, zonder noodzakelijkerwijs kandidaat te zijn, de akte van voordracht namens een kandidaat of een kandidatenlijst indient."

*Art. 28* - Artikel L4112-17 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art. L4112-17 - Verkiezingsdocumenten

Een verkiezingsdocument is elk officieel document dat bij verkiezingen wordt gebruikt door kiezers, kandidaten en kiesoperatoren.

De oproeping is het document dat de kiezers van een gemeente ontvangen in de dagen voorafgaand aan de verkiezing, en dat met name de dag en de lokalen vermeldt waar de kiezer moet stemmen, evenals de openings- en sluitingstijden van de stembureaus.

De volmacht is het document waarbij een kiezer die dit wenst, volmachtgever genoemd, binnen de bij dit Wetboek bepaalde grenzen een andere kiezer, volmachtouder genoemd, machtigt om in zijn naam en opdracht te stemmen."

*Art. 29* - Artikel L4112-21 van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

"§ 3 - Het eindresultaat is het resultaat van de verkiezing wanneer deze geldig is verklaard overeenkomstig hoofdstuk VI van titel IV van dit Boek."

*Art. 30* - In artikel L4112-23, 3°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "tot de stembureaus of de stemopnemingsbureaus of" opgeheven.

*Art. 31* - In artikel L4112-26, 1°, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "kiesregister" vervangen door het woord "verkiezingsdocument".

*Art. 32* - In artikel L4121-1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in § 1, 3°, worden de woorden "31 juli" telkens vervangen door de woorden "1 augustus";

3° paragraaf 2 wordt opgeheven;

4° paragraaf 3 wordt opgeheven;

5° paragraaf 4 wordt opgeheven.

*Art. 33* - In artikel L4121-3 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2012 en het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. § 1, 1°, wordt vervangen als volgt:

"1° de beschermde personen die krachtens artikel 492/1 van het oud Burgerlijk Wetboek en overeenkomstig de bepalingen van de wet van 5 mei 2014 betreffende de internering uitdrukkelijk onbekwaam verklaard zijn om hun politieke rechten uit te oefenen."

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 7, luidende:

"§ 7 - De verwerking van de in § 2, tweede lid, bedoelde persoonsgegevens heeft tot doel het gemeentecollege in staat te stellen het register van de kiezers op te stellen en ervoor te zorgen dat dit wordt bijgewerkt."

*Art. 34* - In het vierde deel, boek I, titel II, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk II vervangen als volgt:

"Hoofdstuk II - Register van de kiezers"

*Art. 35* - In het vierde deel, boek I, titel II, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt afdeling 1 vervangen door de volgende afdeling, die de artikelen L4122-1 tot L4122-3 bevat, luidende:

"Afdeling 1 - Opmaking van het register van de kiezers"

*Art. L4122-1 - § 1* - Op 1 augustus van het jaar waarin de gewone vernieuwing van de gemeenteraden plaatsheeft, maakt het gemeentecollege het op die datum up-to-date register van de kiezers op. Daartoe kan het gemeentecollege aan de FOD Binnenlandse Zaken opdracht geven om hem gratis de gegevens te bezorgen van de personen bedoeld in paragraaf 2. De door de FOD Binnenlandse Zaken verstrekte gegevens worden vernietigd zodra de verkiezing geldig is verklaard of geannuleerd.

§ 2 - Het register bevat:

1° alle personen die voldoen aan de kiesbevoegdheidsvoorwaarden bepaald in artikel L4121-1;

2° de personen die tussen 1 augustus en de dag van de verkiezingen de leeftijd van achttien jaar bereiken;

3° de personen die tussen 1 augustus en de verkiezingsdag inbegrepen niet meer geschorst zijn van hun kiesrecht.

§ 3 - Het register van de kiezers vermeldt de naam, de voornamen, de geboortedatum, het geslacht, de hoofdverblijfplaats en het identificatienummer in het Rijksregister van de natuurlijke personen.

Voor de krachtens artikel 1bis of artikel 1ter van de gemeentekieswet toelaatbare kiezers wordt hun nationaliteit vermeld in het register van de kiezers. Bovendien zijn de vakjes voor deze kiezers blauw.

§ 4 - Het register van de kiezers heeft tot doel:

1° alle personen die kiesgerechtigd zijn op te sommen en met zekerheid te identificeren teneinde hen op te roepen tot de stemming;

2° de overzichten bedoeld in artikel L4122-6, § 1, eerste lid, te kunnen opmaken en aldus de benoeming van de voorzitters, de bijzitters en de plaatsvervangende bijzitters van de stem- en stemopnemingsbureaus mogelijk te maken, alsook de benoeming van de voorzitter van het gemeentelijk bureau in het geval bedoeld in artikel L4125-3, § 2, eerste lid, 4°;

3° toe te staan dat exemplaren van het register van de kiezers worden verstrekt aan partijen, lijsten en kandidaten om hen zo in staat te stellen verkiezingsactiviteiten uit te voeren;

4° het register van de stemmers op te stellen en de leden van de stembureaus in staat te stellen na te gaan of alleen de kiezers stemmen en of ze slechts één keer stemmen;

5° te controleren op dubbele kandidaturen, overeenkomstig artikel L4142-17;

6° na te gaan of de kandidatenlijsten voldoen aan de voorschriften van artikel L4142-7, § 1, eerste lid, 2°;

7° na te gaan of de niet-Belgische kiezers die zich kandidaat stellen voor de gemeenteraadsverkiezingen de nationaliteit bezitten van een lidstaat van de Europese Unie;

8° te kunnen worden gebruikt als onderdeel van het administratief onderzoek wanneer beroep wordt aangetekend tegen de verkiezing;

9° te kunnen worden gebruikt in geval van een opsporingsonderzoek of gerechtelijk onderzoek.

Art. L4122-2 - § 1 - Het register van de kiezers wordt per gemeente of, in voorkomend geval, per gemeenteafdeling, opgemaakt volgens een doorlopende nummering. Het gemeentecollege roept de personen die in het bevolkingsregister ingeschreven zijn op hetzelfde adres, in hetzelfde stemcentrum op.

In de gemeenten waarin sectorverkiezingen worden georganiseerd, wordt het register door de gemeente opgemaakt op grond van een verdeling naar gelang van de sectoren.

§ 2 - Zodra het register is opgesteld, publiceert het gemeentecollege een kennisgeving op de gebruikelijke plaatsen en op de website van de gemeente. De kennisgeving vermeldt de openingstijden van het gemeentebestuur en zet de bezwaar- en beroepsprocedure uiteen zoals beschreven in de artikelen L4122-10 tot L4122-12.

Zodra de kennisgeving is gepubliceerd, kan elke persoon nagaan of hij zelf of iedere ander persoon in het register ingeschreven is of correct vermeld wordt. Elke persoon die ten onrechte ingeschreven, weggelaten of van het register van de kiezers geschrapt is, of voor wie in dit register de voorgeschreven vermeldingen onjuist zijn, kan tot de twaalfde dag vóór die van de verkiezing bezwaar indienen bij het gemeentecollege, in overeenstemming met de procedures die worden beschreven in de artikelen L4122-10 en volgende.

Art. L4122-3 - Het gemeentecollege kan de opmaak van de registers van de kiezers en de registers van de stemmers toevertrouwen aan een dienstverlener.

Het drukken en de verspreiding van de registers van de kiezers en van de registers van de stemmers vinden plaats onder het toezicht van het gemeentecollege. Laatstgenoemde blijft volledig aansprakelijk voor de juistheid en de correcte verspreiding van die registers."

Art. 36 - In het vierde deel, boek I, titel II, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt afdeling 2 vervangen door de volgende afdeling, die de artikelen L4122-4 en L4122-5 bevat, luidende:

"Afdeling 2 - Controle en bijwerking van het register van de kiezers

Onderafdeling 1 - Controle van het register van de kiezers

Art. L4122-4 - § 1 - Zodra het register van de kiezers is opgesteld, stuurt de gemeente een exemplaar van haar register naar de Regering of de door haar gemachtigde persoon.

§ 2 - Zodra alle registers zijn ontvangen, controleert de Regering of de door haar gemachtigde persoon de registers om na te gaan of er geen kiezers zijn die, om welke reden dan ook, in meer dan een van de registers zijn opgenomen.

Als een kiezer in meerdere registers is opgenomen, neemt de Regering of de door haar gemachtigde persoon contact op met de betrokken gemeenten. Ze overleggen met elkaar en voeren onmiddellijk de nodige correcties door.

Wanneer het gemeentecollege een kiezer uit het register schrapt, stelt het de betrokken kiezer in kennis van de schrapping en informeert het hem over de beroepsmogelijkheden bepaald in de artikelen L4122-10 en volgende.

De betrokken gemeenten sturen de gecorrigeerde versie van hun register naar de Regering of de door haar gemachtigde persoon.

§ 3 - Zodra de Regering of de door haar gemachtigde persoon alle registers van de kiezers heeft ontvangen, valideert zij elk register met een elektronische handtekening.

De Regering of de door haar gemachtigde persoon stuurt onmiddellijk een gevalideerd exemplaar van het register naar de betrokken gemeente.

§ 4 - De in de paragrafen 1 tot en met 3 bedoelde handelingen hebben tot doel het register van de kiezers te controleren en te valideren.

Het doel van het controleren van het register van de kiezers is ervoor te zorgen dat de inschrijvingen in het register van de kiezers juist zijn en dat dezelfde kiezer niet meer dan één keer kan stemmen.

De validering van het register van de kiezers heeft tot doel de juistheid van de inschrijvingen in het register van de kiezers te bevestigen voordat de in artikel L4123-1 bedoelde indeling in stemafdelingen wordt verricht."

Onderafdeling 2 - Bijwerking van het register van de kiezers

Art. L4122-5 - Uit het register van de kiezers worden geschrapt:

1° de kiezers die, tussen de datum van sluiting van het register van de kiezers en de verkiezingsdag, uit het bevolkingsregister worden geschrapt;

2° de kiezers die gedurende dezelfde periode de Belgische nationaliteit verliezen terwijl ze in de bevolkingsregisters van een gemeente van het Duitse taalgebied ingeschreven blijven;

3° de kiezers die tijdens dezelfde periode het voorwerp uitmaken van een veroordeling of een beslissing die hun uitsluiting van het kiesrecht of de schorsing van dat recht tot gevolg heeft;

4° de personen die tijdens dezelfde periode niet meer als kiezer worden opgenomen ingevolge een arrest van het hof van beroep of een beslissing van het gemeentecollege.

De in het eerste lid, 2°, bedoelde personen kunnen opnieuw in het register van de kiezers worden ingeschreven door een bezwaarschrift tegen het register in te dienen overeenkomstig de artikelen L4122-10 en volgende of door aan het gemeentecollege een document voor te leggen waaruit blijkt dat zij onmiddellijk opnieuw in het register kunnen worden ingeschreven.



§ 2 - Aan het register van de kiezers worden toegevoegd:

1° de personen die ten gevolge van een arrest van het hof van beroep of een beslissing van het gemeentecollege opnieuw als gemeente-, provincie- of sectorkiezer worden opgenomen, tot de dag voor de verkiezing;

2° de personen die ten laatste op de dag van de verkiezing de Belgische nationaliteit verwerven en voldoen aan de kiesbevoegdheidsvoorwaarden bedoeld in artikel L4121-1, § 1, 2°, 3° en 4°.”

Art. 37 - In het vierde deel, boek I, titel II, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 21 november 2016 en 26 februari 2018, wordt afdeling 3 vervangen door de volgende afdeling, die de artikelen L4122-6 tot L4122-9 bevat, luidende:

”Afdeling 3 - Gebruik van het register van de kiezers

Art. L4122-6 - § 1 - Het gemeentecollege stelt op grond van het register van de kiezers twee overzichten op:

1° in het eerste worden de kiezers opgenomen die de functie van voorzitter van een stem- of stemopnemingsbureau zouden kunnen bekleden;

2° in het tweede worden de kiezers opgenomen die aangewezen zouden kunnen worden als bijzitter of plaatsvervangend bijzitter van een stem- of stemopnemingsbureau.

Het in het eerste lid, 2°, bedoelde overzicht omvat twaalf namen per bureau.

Overheidsinstanties die personeelsleden tewerkstellen met een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau I of II+ in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap, delen de naam, de voornamen, het adres van de hoofdverblijfplaats, het identificatienummer in het Rijksregister van de natuurlijke personen en het niveau van het diploma van hun personeelsleden mee aan de gemeentebesturen waar ze hun hoofdverblijfplaats hebben. Deze mededeling heeft tot doel het gemeentecollege in staat te stellen het in het eerste lid, 1°, bedoelde overzicht op te stellen met het oog op de benoemingen die moeten worden verricht krachtens artikel L4125-5, § 1, eerste lid, 1° en 2°, § 2, eerste lid, 1° en 2°, alsook, uitsluitend voor de personeelsleden van niveau I, krachtens artikel L4125-3, § 2, eerste lid, 4°.

Overheidsinstanties die personeelsleden tewerkstellen met een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau II, III of IV in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap, delen de naam, de voornamen, het adres van de hoofdverblijfplaats, het identificatienummer in het Rijksregister van de natuurlijke personen en het niveau van het diploma van hun personeelsleden mee aan de gemeentebesturen waar ze hun hoofdverblijfplaats hebben. Deze mededeling heeft tot doel het gemeentecollege in staat te stellen het in het eerste lid, 2°, bedoelde overzicht op te stellen met het oog op de benoemingen van de bijzitters en de plaatsvervangende bijzitters van de stem- en stemopnemingsbureaus die moeten worden verricht krachtens artikel L4125-5, § 2, eerste lid, 3° en 4°.

De overheidsinstanties bedoeld in het derde en het vierde lid zijn de Duitstalige Gemeenschap, de Federale Overheid, het Waals Gewest, de provincie Luik, de gemeenten, de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, de intercommunales en de instellingen van openbaar nut al dan niet bedoeld in de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut.

§ 2 - Die overzichten worden uiterlijk op 10 september toegezonden aan de voorzitter van het gemeentelijk bureau. De voorzitter van het gemeentelijk bureau geeft ze door aan de voorzitter van het kantonbureau, overeenkomstig artikel L4125-5, § 4.

Art. L4122-7 - § 1 - Vanaf de validering van het register van de kiezers door de Regering of de door haar gemachtigde persoon overeenkomstig artikel L4122-4 en tot zeven dagen na deze datum, kan elke politieke partij met een regionaal of provinciaal volgnummer een verzoek indienen bij de Regering of de door haar gemachtigde persoon om een exemplaar van het register van de kiezers te verkrijgen.

Bij de aanvraag verbindt de politieke partij zich ertoe:

1° zich verkiesbaar te stellen bij de gemeenteraadsverkiezingen;

2° een volgnummer te krijgen na de regionale of provinciale loting;

3° de democratische beginselen na te leven verwoord in het Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden, de wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden en de wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd, alsmede de rechten en vrijheden gewaarborgd door de Grondwet;

4° te voldoen aan Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;

5° te voldoen aan de wet van 30 juli 2018 betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens.

Het doel van het verstrekken van exemplaren van het register van de kiezers is om kandidaten in staat te stellen verkiezingsactiviteiten uit te voeren.

§ 2 - De Regering bepaalt het model van de aanvraag.

§ 3 - De uitgifte van het register vindt plaats op een drager waarvan het formaat wordt bepaald door de Regering.

Ze vindt plaats vanaf de validatie van het register door de Regering of de door haar gemachtigde persoon in overeenstemming met artikel L4122-4 en tot zeven dagen na deze datum.

§ 4 - De politieke partij verspreidt de ontvangen exemplaren onder de bij haar aangesloten lijsten. Als er geen kandidaten op de aangesloten lijst staan, mogen deze het register niet meer gebruiken, zelfs niet voor verkiezingsdoeleinden, op straffe van de strafrechtelijke sancties bepaald in artikel L4162-4.

Een exemplaar dat aan een aangesloten lijst wordt afgegeven, komt alle kandidaten op de lijst ten goede. Als een van hen vervolgens van de kandidatenlijst wordt geschrapt, mag hij het register niet meer gebruiken, zelfs niet voor verkiezingsdoeleinden, op straffe van de strafrechtelijke sancties bepaald in artikel L4162-4.

Kandidaten mogen ontvangen exemplaren niet aan derden doorgeven.

De exemplaren die worden verstrekt met toepassing van dit artikel, mogen enkel voor verkiezingsdoeleinden gebruikt worden, en uitsluitend tijdens de periode die tussen de datum van afgifte van het register en de datum van de verkiezing valt, op straffe van de strafrechtelijke sancties bepaald in artikel L4162-4.

§ 5 - De exemplaren van het register van de kiezers afgegeven overeenkomstig dit artikel vermelden niet hun identificatienummer in het Rijksregister van de natuurlijke personen.

Art. L4122-8 - § 1 - Zodra het register van de kiezers is gevalideerd door de Regering of de door haar gemachtigde persoon in overeenstemming met artikel L4122-4, kan de indiener van een kandidatenlijst die geen gewestelijk of provinciaal volgnummer heeft, namens de kandidatenlijst die hij vertegenwoordigt, een verzoek indienen bij het gemeentecollege om een exemplaar van het register van de kiezers te verkrijgen.

Bij de aanvraag verbindt de indiener zich ertoe dat de kandidaten:

1° zich verkiesbaar stellen bij de gemeenteraadsverkiezingen;

2° de democratische beginselen naleven verwoord in het Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden, de wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden en de wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd, alsmede de rechten en vrijheden gewaarborgd door de Grondwet;

3° voldoen aan Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming);

4° voldoen aan de wet van 30 juli 2018 betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens.

Het doel van het verstrekken van exemplaren van het register van de kiezers is om kandidaten in staat te stellen verkiezingsactiviteiten uit te voeren.

§ 2 - De Regering bepaalt het model van de aanvraag.

§ 3 - De uitgifte van het register vindt plaats op een drager waarvan het formaat wordt bepaald door de Regering.

§ 4 - Het gemeentecollege bezorgt het exemplaar van het register aan de indiener.

Op het moment van uitgifte controleert het gemeentecollege of de indiener inderdaad een indiener is.

§ 5 - Het exemplaar dat door het gemeentecollege aan de indiener wordt gegeven, komt ten goede aan alle kandidaten op de lijst.

Als de lijst geen kandidaten voor de gemeenteraadsverkiezingen voorstelt, mogen de kandidaten het register niet meer gebruiken, zelfs niet voor verkiezingsdoeleinden, op straffe van de strafrechtelijke sancties bepaald in artikel L4162-4.

Als een kandidaat vervolgens van de kandidatenlijst wordt geschrapt, mag hij het register niet meer gebruiken, op straffe van de strafrechtelijke sancties bepaald in artikel L4162-4.

Kandidaten mogen ontvangen exemplaren niet aan derden doorgeven.

De exemplaren die worden verstrekt met toepassing van dit artikel, mogen enkel voor verkiezingsdoeleinden gebruikt worden, en uitsluitend tijdens de periode die tussen de datum van afgifte van het register en de datum van de verkiezing valt, op straffe van de strafrechtelijke sancties bepaald in artikel L4162-4.

§ 6 - Het gemeentecollege mag geen exemplaren van het register van de kiezers afgeven aan andere personen dan diegenen die daartoe een aanvraag hebben ingediend, op straffe van de strafsancities bepaald in artikel L4162-4.

§ 7 - De exemplaren van het register van de kiezers afgegeven overeenkomstig dit artikel vermelden niet hun identificatienummer in het Rijksregister van de natuurlijke personen.

Art. L4122-9 - Zodra het register van de kiezers door de Regering of de door haar gemachtigde persoon is gevalideerd overeenkomstig artikel L4122-4, kan het gemeentebestuur aan de ondertekenende kiezer, de voorgedragen kandidaat of de indiener een uittreksel uit dat register bezorgen, waaruit blijkt dat hij kiezer in de gemeente is. Op verzoek kan het gemeentebestuur het attest bedoeld in artikel L4142-4, § 6, eerste lid, 10°, afgeven."

Art. 38 - In het vierde deel, boek I, titel II, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt afdeling 4 vervangen door de volgende afdeling, die de artikelen L4122-10 tot L4122-31 bevat, luidende:

"Afdeling 4 - Beroepen tegen het register van de kiezers

Art. L4122-10 - Vanaf de datum waarop het register van de kiezers vastgesteld is, kan ieder die ten onrechte ingeschreven, weggelaten of van het register van de kiezers geschrapt is, of voor wie in dat register de vermeldingen voorgeschreven in artikel L4122-1, § 3, onjuist zijn, tot de twaalfde dag vóór die van de verkiezing bezwaar indienen bij het gemeentecollege.

Art. L4122-11 - Vanaf de datum waarop het register van de kiezers vastgesteld is, kan ieder die de kiesbevoegdheidsvoorwaarden vervult, in de kieskring waarin de gemeente ligt waar hij in het register van de kiezers is ingeschreven, tot de twaalfde dag vóór die van de verkiezing bij het gemeentecollege bezwaar indienen tegen de inschrijving, schrapping of weglating van namen van dat register of tegen enige onjuistheid in de vermeldingen voorgeschreven in artikel L4122-1, § 3.

Art. L4122-12 - Het bezwaar bedoeld in artikel L4122-10 of artikel L4122-11 wordt ingediend bij verzoekschrift. Het bezwaar, samen met de bewijsstukken waarvan de verzoeker gebruik wenst te maken, wordt tegen ontvangstbewijs ingediend bij het gemeentebestuur of per aangetekend schrijven gericht aan het gemeentecollege.

Het personeelslid van de gemeente dat het bezwaar ontvangt, schrijft het op de datum van indiening in een bijzonder register in en geeft een ontvangstbewijs af. Het personeelslid legt voor elk bezwaar een dossier aan, markeert en parafeert de overgelegde bewijsstukken en neemt ze met hun volgnummer op in de inventaris die bij elk dossier is gevoegd.

Art. L4122-13 - Wanneer de betrokkene verklaart niet in staat te zijn te schrijven, kan het bezwaar mondeling worden ingebracht. Het wordt ontvangen door de directeur-generaal of zijn afgevaardigde.

Het personeelslid van de gemeente dat het bezwaar ontvangt, maakt daarvan dadelijk proces-verbaal op en stelt daarin vast dat de betrokkene hem verklaart niet in staat te zijn te schrijven.

Het proces-verbaal neemt de door betrokkene ingeroepen middelen over. Het personeelslid van de gemeente dagtekent en ondertekent het proces-verbaal en overhandigt een afschrift aan de betrokkene na het hem te hebben voorgelezen.

Het personeelslid van de gemeente handelt vervolgens zoals in artikel L 4122-12, tweede lid, is voorgeschreven.

Art. L4122-14 - Het gemeentebestuur voegt de volgende documenten gratis bij het dossier:

1° een afschrift of uittreksel van alle in zijn bezit zijnde officiële stukken die de verzoeker aanvoert om een wijziging van het register van de kiezers te verantwoorden;

2° alle in zijn bezit zijnde officiële stukken die de door de betrokkene ingeroepen middelen welke opgenomen zijn in het overeenkomstig artikel L4122-13 opgestelde proces-verbaal, kracht kunnen bijzetten.

Art. L4122-15 - De rol van de bezwaren vermeldt de plaats, de dag en het uur van de vergadering tijdens welke de zaak zal worden behandeld.

Deze rol wordt ten minste vierentwintig uur vóór de vergadering aangeplakt op het gemeentebestuur, waar iedereen er inzage en afschrift van kan nemen.

Het gemeentebestuur geeft onverwijld en met alle middelen kennis aan de verzoeker alsook, in voorkomend geval, aan elke betrokken partij, van de datum waarop het bezwaar onderzocht zal worden.

Deze kennisgeving vermeldt uitdrukkelijk en woordelijk dat, zoals bepaald in artikel L4122-18, § 1, tweede en vierde lid, het beroep tegen de te nemen beslissing uitsluitend ter zitting kan worden ingediend.

Art. L4122-16 - Gedurende de termijn bepaald in artikel L4122-15 worden het dossier van de bezwaren en het in artikel L4122-17, tweede lid, bedoelde verslag ter beschikking gesteld van de partijen, hun advocaten of hun gemachtigden.

Art. L4122-17 - Het gemeentecollege doet over elk bezwaar uitspraak binnen een termijn van vier dagen te rekenen vanaf het indienen van het verzoekschrift of van het in de artikelen L4122-12 en L4122-13 vermeld proces-verbaal, en in elk geval voor de zevende dag voor die van de verkiezing.

Het doet uitspraak in openbare vergadering op verslag van een lid van het college en na de partijen, hun advocaten of gemachtigden te hebben gehoord, indien zij verschijnen.

Art. L4122-18 - § 1 - Voor iedere zaak wordt, onder vermelding van de naam van de verslaggever en van de aanwezige leden, een afzonderlijke en met redenen omklede beslissing genomen. De beslissing wordt geregistreerd in een bijzonder register.

De voorzitter van het college verzoekt de partijen, hun advocaten of gemachtigden, als zij dat wensen, in het register vermeld in het vorige lid een verklaring van beroep te ondertekenen.

De partijen die niet verschijnen, worden geacht de beslissing van het college te aanvaarden.

Wanneer de aanwezige of vertegenwoordigde partijen geen verklaring van beroep ondertekenen, is de beslissing van het college definitief. Van het definitieve karakter van de beslissing wordt melding gemaakt in het bijzonder register vermeld in het eerste lid, en de beslissing tot wijziging van het register van de kiezers wordt onverwijld ten uitvoer gelegd.

De beslissing van het college wordt neergelegd bij het gemeentebestuur, waar eenieder er kosteloos inzage van kan nemen.

Het beroep tegen de beslissing van het college heeft schorsende kracht ten aanzien van elke verandering in het register van de kiezers.

§ 2 - Het in § 1, eerste lid, bedoelde speciale bezwarenregister heeft het volgende tot doel: gebruikt kunnen worden voor het administratief onderzoek van bezwaren die tegen de verkiezing zijn ingediend overeenkomstig artikel L4146-5, tweede lid.

In het speciale bezwarenregister zijn de volgende persoonsgegevens opgenomen: de naam, de voornamen, het identificatienummer in het Rijksregister van de natuurlijke personen, de leeftijd, het hoofdverblijfadres en de nationaliteit van de bezwaarindieners. Deze gegevens worden bewaard tot de verjaringstermijn van artikel L4161-1 is verstreken.

Art. L4122-19 - De burgemeester zendt onverwijld aan het hof van beroep, met alle middelen, een expeditie van de beslissingen van het college waartegen beroep is ingesteld alsook alle documenten die de gedingen betreffen.

De partijen worden verzocht voor het hof te verschijnen binnen vijf dagen na ontvangst van het dossier en in elk geval vóór de dag die de verkiezing voorafgaat. Zij kunnen hun schriftelijke conclusies richten aan de kamer die is aangesteld om de zaak te onderzoeken.

Art. L4122-20 - Indien het hof een getuigenverhoor beveelt, kan het dit aan een vrederechter opdragen.

Art. L4122-21 - Indien het getuigenverhoor plaats heeft voor het hof, geeft de griffier aan de partijen ten minste vierentwintig uur van tevoren kennis van de vastgestelde dag en de te bewijzen feiten.

Art. L4122-22 - De getuigen mogen vrijwillig verschijnen, zonder dat zij hun recht op getuigengeld verliezen. Ze worden opgeroepen om te verschijnen. Ze leggen een eed af zoals in een strafzaak.

In geval van niet-verschijning of van valse getuigenis worden zij vervolgd en gestraft zoals in correctionele zaken.

De straffen bepaald tegen niet-verschijnende getuigen worden evenwel zonder vordering van het openbaar ministerie toegepast door het hof of door de magistratuur die het getuigenverhoor afneemt.

Art. L4122-23 - In getuigenverhoren betreffende kiesrechtzaken kan een getuige niet worden ondervraagd met toepassing van artikel 937 van het Gerechtelijk Wetboek.

Bloed- of aanverwanten tot en met de derde graad van een van de partijen mogen evenwel niet als getuige worden gehoord.

Art. L4122-24 - De debatten voor het hof zijn openbaar.

Art. L4122-25 - Bij de openbare terechtzitting geeft de voorzitter van de kamer het woord aan de partijen, die zich mogen laten vertegenwoordigen en bijstaan door een advocaat.

Na het advies van de procureur-generaal gehoord te hebben, doet het hof onmiddellijk uitspraak door middel van een arrest dat op de bij de wet bepaalde wijze openbaar wordt gemaakt. Dit arrest wordt ter griffie van het hof neergelegd, waar de partijen er kosteloos inzage van kunnen nemen.

Het beschikkend gedeelte van het arrest wordt door het openbaar ministerie met alle middelen onverwijld ter kennis gebracht van het gemeentecollege dat de beslissing waartegen beroep is ingesteld heeft genomen, en van de andere partijen.

Als het arrest een wijziging van het register van de kiezers inhoudt, wordt het arrest onmiddellijk ten uitvoer gelegd.

Art. L4122-26 - Het hof doet uitspraak over het beroep zowel in afwezigheid als in aanwezigheid van de partijen. Alle arresten van het hof worden geacht op tegenspraak te zijn geweest; ze zijn niet vatbaar voor beroep.

Art. L4122-27 - In het door meer dan één verzoeker ingediende verzoekschrift wordt één enkele woonplaats gekozen. Bij gebreke daarvan worden de verzoekers geacht bij de eerste verzoeker woonplaats te hebben gekozen.

Art. L4122-28 - Het getuigengeld wordt geregeld zoals in strafzaken.

Art. L4122-29 - De partijen schieten de kosten voor.

Niet alleen de eigenlijke procedurekosten worden begroot, maar ook de kosten van de stukken die de partijen tot staving van hun eisen hebben moeten overleggen in het geding.

Art. L4122-30 - De kosten zijn ten laste van de verliezende partij. Worden de partijen elk op enige punten in het ongelijk gesteld, dan kunnen de kosten worden gecompenseerd.

Indien de eisen van de partijen niet klaarblijkelijk ongegrond zijn, kan het hof bevelen dat de kosten geheel of gedeeltelijk ten laste van de staat zullen komen.

Art. L4122-31 - De griffiers van de hoven van beroep zenden aan de gemeentebesturen een afschrift van de arresten."

Art. 39 - In het vierde deel, boek I, titel II, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek wordt afdeling 5, die de artikelen L4122-31 tot L4122-35 bevat, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, opgeheven.

Art. 40 - In artikel L4123-1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "worden ingedeeld in stemafdelingen" vervangen door de woorden "worden, indien nodig, ingedeeld in sectoren en vervolgens in stemafdelingen";

2° § 1, tweede lid, wordt opgeheven;

3° § 1, derde lid, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt opgeheven;

4° in § 2, eerste lid, worden de woorden "in stemafdelingen in" vervangen door de woorden "in stemafdelingen in op basis van een geografische verdeelmethode";

5° paragraaf 4 wordt opgeheven.

Art. 41 - In artikel L4123-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "een register van de kiezers per stemafdeling op, register van de stemmers genoemd" vervangen door de woorden "per stemafdeling een register van de stemmers op" en voorts wordt de tweede zin vervangen als volgt:

"De registers van de stemmers hebben tot doel de leden van de stembureaus in staat te stellen na te gaan of alleen de kiezers hun stem uitbrengen en of zij slechts één keer hun stem uitbrengen."

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"Het register van de stemmers vermeldt de naam, de voornamen, de geboortedatum, de hoofdverblijfplaats, het identificatienummer in het Rijksregister van de natuurlijke personen en het nummer waaronder de kiezer in het register van de kiezers is ingeschreven.

Voor de krachtens artikel 1bis of artikel 1ter van de gemeentekieswet toelaatbare kiezers wordt hun nationaliteit vermeld in het register van de stemmers. Bovendien zijn de vakjes voor deze kiezers blauw."

3° in paragraaf 2, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, worden de woorden "twee exemplaren van alle registers van de stemmers" vervangen door de woorden "een exemplaar van alle registers van de stemmers" en voorts wordt paragraaf 2 aangevuld met de volgende zin:

"De Regering of de door haar gemachtigde persoon valideert elk register met een elektronische handtekening."

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° § 3, tweede lid, wordt opgeheven;

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 42 - (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 43 - In artikel L4124-1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2 worden de woorden "de artikelen L4122-9 en L4122-10" vervangen door de woorden "de artikelen L4122-10 en volgende";

2° in § 3, eerste lid, worden de woorden "op de gebruikelijke wijze en de gewone uren van bekendmaking" vervangen door de woorden "op de gebruikelijke plaatsen en op de website" en worden de woorden "de gemeentesecretarie" vervangen door de woorden "het gemeentebestuur";

3° in § 4, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt de tweede zin opgeheven;

4° in § 4, tweede lid, worden de woorden "de gemeentesecretarie" vervangen door de woorden "het gemeentebestuur";

5° in § 5, eerste lid, worden de woorden "artikel L4122-4" vervangen door de woorden "artikel L4122-1";

6° paragraaf 5 wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"De stemming vindt plaats in de gemeente waar de kiezer in het register van de kiezers is ingeschreven.

Overeenkomstig het eerste lid en artikel L4143-20, § 2, derde lid, heeft de oproeping tot doel alle in het register van de kiezers ingeschreven personen tot de stemming op te roepen en de leden van het stembureau op de dag van de stemming in staat te stellen de kiezers met zekerheid te identificeren."

7° in § 6, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt de tweede zin opgeheven;

8° § 6, tweede lid, wordt opgeheven;

9° § 6, derde lid, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt vervangen als volgt: "Zij geven de naam, de voornamen, het geslacht, de hoofdverblijfplaats van de kiezer, het nummer waaronder hij in het register van de kiezers is opgenomen op, alsmede de documenten die hij op de verkiezingsdag in zijn bezit moet hebben."

10° § 6, vijfde en zesde lid, worden opgeheven;

11° paragraaf 6 wordt aangevuld met een zevende lid, luidende:

"De volgende informatie staat op de achterkant van de oproepingsbrief:

1° instructies aan de kiezers over hoe in persoon te stemmen;

2° instructies aan de kiezers over hoe te stemmen bij volmacht."

Art. 44 - In artikel L4124-2 van hetzelfde Wetboek worden de woorden ", met inachtneming van de nadere regels bepaald in artikel L4122-8, 1° en 2°" opgeheven.

Art. 45 - In artikel L4125-1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "bijzitters en plaatsvervangende bijzitters" vervangen door de woorden "vier bijzitters en vier plaatsvervangende bijzitters";

2° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - Kieskringbureaus, kantonbureaus, stembureaus en stemopnemingsbureaus voeren verschillende taken uit.

De kieskringbureaus stellen de lijsten van kandidaten vast en behandelen de daarmee verband houdende betwistingen, stellen de stembiljetten op en laten ze drukken. De dag van de verkiezingen zijn ze belast met de uitslagtotalisatie, de zetelverdeling en de aanwijzing van de gekozenen voor hun kieskring.

De kantonbureaus centraliseren de uitslagen van de stemopneming op het niveau van het kanton.

De stembureaus zorgen ervoor dat de stemming vlot verloopt.

De stemopnemingsbureaus verwerken de stemopneming voor de stembiljetten van de hen toegewezen stembureaus en zenden die uitslagen, naar gelang van de verkiezing, door naar ofwel het gemeentelijk bureau ofwel het kantonbureau."

3° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt:

"§ 4 - De kandidaten en de lijsten van kandidaten kunnen getuigen aanwijzen om de verrichtingen van de bureaus te controleren volgens de nadere regels bedoeld in artikel L4134-1."

4° in paragraaf 5 wordt de derde zin opgeheven;

5° § 6, tweede lid, wordt opgeheven;

6° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 7, luidende:

"§ 7 - Op aanvraag van de voorzitter van het kieskringbureau stelt het gemeentecollege hem het personeel en het materieel ter beschikking dat hij nodig heeft voor het volbrengen van zijn opdracht. Het college stelt de vergoeding vast die de gemeente betaalt aan de personen die zijn aangesteld als invoerder van gegevens."

*Art. 46* - In artikel L4125-3 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 2, eerste lid, 4°, wordt vervangen als volgt:

"4° elke kiezer die houder is van een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau I in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap;"

2° § 2, eerste lid, 5° tot 9°, worden opgeheven;

3° § 2, vierde lid, wordt opgeheven;

4° in § 2, vijfde lid, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de woorden "30 juni" vervangen door de woorden "31 maart";

5° paragraaf 2 wordt aangevuld met een zesde en een zevende lid, luidende:

"De overheidsdiensten die de in het eerste lid, 1° tot 3°, bedoelde personen tewerkstellen, delen de namen, voornamen, adressen van de hoofdverblijfplaats en identificatienummers uit het Rijksregister van de natuurlijke personen mee aan de voorzitter van het districtbureau bedoeld in artikel L4125-5, § 2, tweede lid. Deze mededeling heeft tot doel de voorzitter van het districtbureau in staat te stellen de voorzitters van de gemeentelijke bureaus aan te duiden volgens de in het eerste lid bepaalde rangorde.

Voor de aanwijzing van de personen bedoeld in het eerste lid, 4°, baseert de voorzitter van het districtbureau zich op de lijst bedoeld in artikel L4122-6, § 1, eerste lid, 1°, voor zover deze de identiteit vermeldt van de kiezers die houder zijn van een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau I in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap."

6° in § 3, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 26 november 2018, worden de woorden "de leden" vervangen door de woorden "de bijzitters, de plaatsvervangende bijzitters en de secretaris";

7° paragraaf 3, derde lid, wordt aangevuld met de volgende zin:

"De voorzitter van het gemeentelijk bureau deelt de Regering onmiddellijk het adres van de zetel van het gemeentelijk bureau mee."

8° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

"§ 4 - De in § 3, eerste lid, tweede zin, bedoelde mededeling heeft tot doel contact te kunnen opnemen met de leden van de stembureaus met het oog op hoorzittingen die moeten worden gehouden in het kader van het administratief onderzoek van de beroepen die zijn ingesteld tegen de verkiezing, overeenkomstig artikel L4146-5, tweede lid.

Het doel van de in § 2, vierde lid, bedoelde mededeling is, naast hetgeen in het eerste lid is beschreven, de afgevaardigde van de Regering in staat te stellen zijn taak van permanente ondersteuning van de voorzitters van de stembureaus te vervullen.

De persoonsgegevens die in het kader van de in § 3, eerste lid, tweede zin, en § 2, vierde lid, bedoelde mededelingen aan de Regering worden verstrekt, zijn achternamen, voornamen, telefoonnummers en e-mailadressen."

*Art. 47* - In artikel L4125-5 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - Uiterlijk 15 september wijst de voorzitter van het gemeentelijk bureau de voorzitters van de stem- en de stemopnemingsbureaus aan onder de jongste kiezers van de gemeente die de dag van de verkiezing minstens achttien jaar oud zijn, in de volgorde die hierna wordt bepaald:

1° elke kiezer die houder is van een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau I in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap;

2° elke kiezer die houder is van een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau II+ in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap.

De voorzitter van het gemeentelijk bureau deelt de Regering onmiddellijk de identiteit en de contactgegevens van de aangewezen personen mee."

2° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - Uiterlijk op dezelfde datum wijst de voorzitter van het gemeentelijk bureau de bijzitters en de plaatsvervangende bijzitters van de stem- en de stemopnemingsbureaus aan onder de jongste kiezers van de gemeente die de dag van de verkiezing minstens achttien jaar oud zijn, in de volgorde die hierna wordt bepaald:

1° elke kiezer die houder is van een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau I in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap;

2° elke kiezer die houder is van een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau II+ in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap;

3° elke kiezer die houder is van een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau II in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap;

4° elke kiezer die houder is van een diploma dat toegang geeft tot een betrekking van niveau III of IV in de overheidsdiensten van de Duitstalige Gemeenschap.

De voorzitter van het gemeentelijk bureau deelt de Regering onmiddellijk de identiteit en de contactgegevens van de aangewezen personen mee.”

3° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

”§ 3 - De voorzitters van de stem- en de stemopnemingsbureaus worden aangewezen onder de kiezers opgenomen op de overzichten bepaald in artikel L4122-6, § 1, eerste lid, 1°.

De bijzitters en plaatsvervangende bijzitters van de stem- en de stemopnemingsbureaus worden aangewezen onder de kiezers opgenomen in de overzichten bepaald in artikel L4122-6, § 1, eerste lid, 2°.”

4° in paragraaf 4, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt de tweede zin opgeheven;

5° in § 5, tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt het woord “drie” vervangen door het woord “vijf” en worden de woorden “volgens de nadere regels bedoeld in artikel L4125-3, § 2 en in § 1 van dit artikel” vervangen door de woorden “volgens de nadere regels bedoeld in paragraaf 1 of 2”;

6° paragraaf 6 wordt opgeheven;

7° paragraaf 7 wordt vervangen als volgt:

”§ 7 - De voorzitter van het gemeentelijk bureau vult de tabel in met de samenstelling van het gemeentelijk bureau, de stembureaus en de stemopnemingsbureaus van de gemeenten. Hij bewaart een exemplaar en stuurt een ander naar de voorzitter van het kantonbureau.

De in het eerste lid bedoelde formaliteit heeft tot doel de voorzitter van het kantonbureau en de voorzitter van het gemeentelijk bureau in staat te stellen de in artikel L4112-7 bedoelde algemene taak van toezicht op de verkiezingsverrichtingen te vervullen.

De persoonsgegevens in de tabel zijn de namen, voornamen, telefoonnummers en e-mailadressen van de voorzitters van de stembureaus. Deze gegevens worden bewaard totdat de verkiezing is gevalideerd of geannuleerd.

De tabel van de samenstelling van de stembureaus wordt opgesteld overeenkomstig het door de Regering vastgestelde model.”

8° paragraaf 8 wordt vervangen als volgt:

”§ 8 - De in § 2, tweede lid, bedoelde mededeling heeft tot doel contact te kunnen opnemen met de leden van het stembureau en het stemopnemingsbureau met het oog op hoorzittingen die moeten worden gehouden in het kader van het administratief onderzoek van de beroepen die zijn ingesteld tegen de verkiezing, overeenkomstig artikel L4146, tweede lid.

Het doel van de in § 1, tweede lid, bedoelde mededeling is, naast hetgeen in het eerste lid is beschreven, de afgevaardigde van de Regering in staat te stellen zijn taak van permanente ondersteuning van de voorzitters van de stembureaus te vervullen.

De persoonsgegevens die in het kader van de in § 1, tweede lid, en § 2, tweede lid, bedoelde mededelingen aan de Regering worden verstrekt, zijn achternamen, voornamen, telefoonnummers en e-mailadressen.”

*Art. 48* - In artikel L4125-9 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt het woord “register” vervangen door de woorden “register van de stemmers”;

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

*Art. 49* - Artikel L4125-10, § 1, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

”§ 1 - De Regering of de door haar gemachtigde persoon verschaft de voorzitters van de stembureaus de instructies, formulieren en documenten die zij nodig hebben om hun taken te vervullen.”

*Art. 50* - Artikel L4125-11 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

”Art. L4125-11 - De voorzitter van het stembureau is vrij om zijn secretaris aan te wijzen onder de gemeenteraadskiezers.”

*Art. 51* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 52* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 53* - Artikel L4125-14, § 1, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

”§ 1 - De Regering of de door haar gemachtigde persoon verschaft de voorzitters van de stemopnemingsbureaus de instructies, formulieren en documenten die zij nodig hebben om hun taken te vervullen.”

*Art. 54* - Artikel L4125-15, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

”De voorzitter van het stemopnemingsbureau is vrij om zijn secretaris aan te wijzen onder de gemeenteraadskiezers.”

*Art. 55* - In het vierde deel, boek I, titel II, hoofdstuk V, van hetzelfde Wetboek wordt afdeling 5, die de artikelen L4125-16 en L4125-17 bevat, opgeheven.

*Art. 56* - In het vierde deel, boek I, titel II, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk VI ingevoegd, dat de artikelen L4126-1 tot L4126-5 bevat, luidende:

”HOOFDSTUK VI - ONVERENIGBAARHEID VAN DE LEDEN VAN KIESBUREAUS

”Art. L4126-1 - § 1 - Alleen gemeentelijke kiezers mogen optreden als voorzitter, bijzitter, plaatsvervangend bijzitter of secretaris van het gemeentelijk bureau, een stembureau of een stemopnemingsbureau van de gemeente.

Een gemeentelijke kiezer is elke persoon die stemgerechtigd is voor gemeentelijke verkiezingen.

§ 2 - Behoudens de uitzondering bepaald in artikel L4125-3, § 2, tweede lid, is het criterium dat in aanmerking wordt genomen voor de aanwijzing van een kiezer tot voorzitter, bijzitter, plaatsvervangend bijzitter of secretaris van een ander stembureau dan het districts-bureau en het kantonbureau, de plaats waar de kiezer in het bevolkingsregister is ingeschreven.

*Art. L4126-2* - Geen enkele kandidaat mag voorzitter, bijzitter, plaatsvervangend bijzitter of secretaris van een kiesbureau zijn.

*Art. L4126-3* - Geen enkele getuige mag voorzitter, bijzitter, plaatsvervangend bijzitter of secretaris van een kiesbureau zijn.

*Art. L4126-4* - Geen enkele houder van een politiek mandaat mag voorzitter, bijzitter, plaatsvervangend bijzitter of secretaris van een kiesbureau zijn.

Art. L4126-5 - Gemeentelijke directeuren-generaal, gemeentelijke financieel directeuren, provinciale directeuren-generaal en provinciale financieel directeuren mogen geen voorzitter, bijzitter of plaatsvervangend bijzitter van een kieskringbureau zijn. Zij kunnen secretaris zijn van een dergelijk bureau."

Art. 57 - Artikel L4131-6 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt opgeheven.

Art. 58 - In artikel L4132-1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

" § 1 - De volgende kiezers kunnen een andere kiezer machtigen om in hun naam en opdracht te stemmen:

1° de kiezer die wegens ziekte of gebrekkigheid van zichzelf, een bloed- of aanverwant of een samenwonende partner niet in staat is om zich naar het stemcentrum te begeven. Deze onbekwaamheid moet blijken uit een medisch attest. Het medisch attest vermeldt niet de ziekte of gebrekkigheid van de kiezer of zijn bloedverwant, aanverwant of samenwonende partner. Artsen die als kandidaat voor de verkiezing in het kiesdistrict zijn voorgedragen, mogen een dergelijk attest niet afgeven. In het geval van meerdere kandidaatstellingen door een arts, geldt de meest restrictieve regel.

2° de kiezer die om beroeps-, studie- of opleidingsredenen:

a) in het buitenland is opgehouden, alsook de kiezers, leden van zijn gezin, die met hem aldaar verblijven;

b) zich de dag van de stemming in het binnenland bevindt, maar in de onmogelijkheid verkeert zich in het stemcentrum te melden.

De onder a) en b) bedoelde onmogelijkheid wordt aangetoond met een attest van de werkgever waartoe de betrokkene behoort of van de onderwijs- of beroepsopleidingsinstelling die hij bezoekt.

Als de betrokkene een zelfstandige is, blijkt de onder a) en b) bedoelde onmogelijkheid uit een verklaring op erewoord die vooraf wordt gedaan bij het gemeentebestuur en waarvan het model door de Regering wordt vastgelegd. De kiezer legt zijn verklaring uiterlijk de dag voor de verkiezingsdag voor aan de burgemeester of de door hem gemachtigde persoon;

3° de kiezer die de dag van de stemming ten gevolge van een rechterlijke maatregel in een toestand van vrijheidsbeneming verkeert.

Deze toestand wordt bevestigd door de directie van de inrichting waar de betrokkene zich bevindt;

4° de kiezer die, om andere dan de hiervoor genoemde redenen, de dag van de stemming niet in zijn woonplaats is wegens een tijdelijk verblijf in het buitenland, en zich bijgevolg in de onmogelijkheid bevindt zich in het stembureau te melden.

De Regering bepaalt de lijst van bewijsstukken die de kiezer in dit geval mag voorleggen.

Als de kiezer niet in staat is om zich een dergelijk document te laten verstrekken, blijkt de onmogelijkheid waarin hij verkeert om zich in het stembureau te melden de dag van de stemming, uit een getuigschrift afgegeven door de burgemeester van diens woonplaats na overlegging van andere verantwoordingsstukken of een geschreven verklaring op erewoord. Het verzoek wordt uiterlijk op de dag vóór de verkiezingen ingediend bij de burgemeester van de woonplaats of de door hem gemachtigde persoon.

De Regering bepaalt het model van het getuigschrift af te geven door de burgemeester of de door hem gemachtigde persoon, alsook het model van de verklaring op erewoord."

2° in de Nederlandse tekst van paragraaf 2 wordt het ontbrekende tweede lid ingevoegd, luidende: "Een kandidaat kan houder zijn van de volmacht van zijn echtgeno(o)t(e) of wettelijke samenwonende, bloed- of aanverwante wiens hoofdverblijfplaats in de woonplaats van eerstgenoemde gevestigd is, op voorwaarde dat hijzelf kiezer is." en voorts wordt in § 2, vierde lid, het woord "burgemeester" vervangen door de woorden "burgemeester of de door hem gemachtigde persoon";

3° in § 2, vijfde lid, wordt het woord "burgemeester" vervangen door de woorden "burgemeester of de door hem gemachtigde persoon";

4° § 2, zevende lid, wordt opgeheven;

5° in § 3, eerste lid, worden de woorden "de gemeentesecretarie" vervangen door de woorden "het gemeentebestuur" en voorts wordt § 3, eerste lid, aangevuld met de volgende zin:

"Het gebruik van dit formulier is verplicht, met uitsluiting van elk ander."

6° in paragraaf 4, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2016, wordt het woord "gemachtigde" vervangen door het woord "volmachthouder" en wordt het woord "attesten" vervangen door het woord "bewijsstukken";

7° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende:

" § 5 - De gemeente houdt een bijzonder register van volmachten bij. De Regering stelt de modaliteiten vast voor het bijhouden en beheren van het bijzonder register, met uitzondering van die bepaald in het tweede tot vijfde lid.

Het doel van het bijzonder register van volmachten is het registreren van de handelingen en de identiteit van de kiezers in het kader van het stemmen bij volmacht, om na de verkiezing en in geval van beroep tegen de verkiezing eventuele onregelmatigheden te kunnen vaststellen die de zetelverdeling tussen de lijsten hebben beïnvloed.

Tot op het moment dat het bijzonder register van volmachten overeenkomstig artikel L4143-28, § 3, eerste lid, is overgedragen aan de Regering, heeft alleen het gemeentepersoneel toegang tot het bijzonder register van volmachten en is het verantwoordelijk voor het bijhouden en beheren ervan.

Het gemeentepersoneel vermeldt in het bijzonder register van volmachten de naam, de voornamen, het adres van de hoofdverblijfplaats en de reden van het verzoek van elke kiezer die zich tot het gemeentebestuur wendt voor een handeling met betrekking tot het stemmen bij volmacht, behalve wanneer het verzoek uitsluitend tot doel heeft het volmachtformulier te verkrijgen.

De persoonsgegevens in het bijzonder register van volmachten worden bewaard tot het bijzonder register van volmachten overeenkomstig de door de Regering bepaalde modaliteiten wordt vernietigd na de verjaringstermijn vermeld in artikel L4161-1 en in elk geval uiterlijk vijf jaar na de gewone oproeping van de kiezers voor de vernieuwing van de gemeente-, provincie- en sectorenraden met toepassing van artikel L4124-1, § 1, eerste lid."

Art. 59 - In artikel L4133-1, § 2, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, worden de woorden "uiterlijk 10 september" vervangen door de woorden "uiterlijk 1 oktober".

*Art. 60* - In artikel L4133-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, worden de woorden "een dienovereenkomstige verklaring indienen bij de burgemeester van zijn woonplaats, uiterlijk de dag vóór de dag van de verkiezing" vervangen door de woorden "een dienovereenkomstige aanvraag indienen bij de voorzitter van het stembureau op de dag van de verkiezing";

2° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - De begeleider overhandigt de voorzitter van het stembureau zijn oproeping, waarop de voorzitter schrijft: "heeft de rol van begeleider uitgeoefend".

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

*Art. 61* - In artikel L4134-1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "De kandidaten kunnen" vervangen door de woorden "De eerste kandidaat in de volgorde van de voordracht of, in voorkomend geval, de door hem gemachtigde kandidaat, kan";

2° § 1, tweede lid, wordt opgeheven;

3° in § 3, tweede lid, worden de woorden "of logo" opgeheven;

4° in § 4, tweede lid, worden de woorden "De kandidaat" vervangen door de woorden "De eerste kandidaat in de volgorde van de voordracht";

5° in § 4, derde lid, worden de woorden "door overlegging, hetzij van de oproepingsbrief voor de verkiezingen in hun gemeente, hetzij van een uittreksel uit het register van de kiezers" vervangen door de woorden "door overlegging van de oproepingsbrief voor de verkiezingen in hun gemeente";

6° paragraaf 6 wordt opgeheven;

7° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 8, luidende:

"§ 8 - De Regering bepaalt het model voor de kandidaatmachtigingen bedoeld in de §§ 1 en 2."

*Art. 62* - In artikel L4134-2, § 3, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt opgeheven;

2° in het tweede lid worden de woorden "Daartoe, en in het geval waarin" vervangen door het woord "Indien";

3° het derde lid wordt opgeheven.

*Art. 63* - Artikel L4134-5, vijfde lid, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 64* - Artikel L4135-1 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art. L4135-1 - De leden van de kiesbureaus hebben voor elke vergadering van het kiesbureau recht op een presentiegeld. Ze hebben ook recht op vergoedingen en voordelen van welke aard ook en op terugbetaling van hun reiskosten."

*Art. 65* - In artikel L4135-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in § 2, 1°, worden de woorden ", onder de voorwaarden bepaald door de Regering" opgeheven;

3° in § 2, 2°, worden de woorden ", onder de voorwaarden bepaald door de Regering" opgeheven;

4° in § 2, 3°, worden de woorden ", onder de voorwaarden bepaald door de Regering" opgeheven;

5° in § 2, 4°, wordt de punt op het einde van de eerste zin vervangen door een komma en wordt de tweede zin opgeheven;

6° paragraaf 2 wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° de stembussen en het materiaal van de stembureaus."

7° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - De terbeschikkingstelling van het materiaal voor de gemeentelijke bureaus en de gemeentelijke stemopnemingsbureaus is ten laste van de gemeenten."

8° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt:

"§ 4 - Onverminderd artikel L4221-2 zijn alle andere verkiezingskosten voor de helft ten laste van de provincies en voor de helft ten laste van de gemeenten."

*Art. 66* - In artikel L4135-3 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "§ 2 van vorig lid" vervangen door de woorden "artikel L4135-2, § 2, 2° tot 5°";

2° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - De betaling van het in artikel L4135-2, § 2, 1°, bedoelde presentiegeld aan de leden van de kiesbureaus wordt verricht in de vorm van een voorschot door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. Dat vordert de dienovereenkomstige bedragen daarna terug van de provincie en van elke gemeente."

3° de paragrafen 3 tot 5 worden opgeheven.

*Art. 67* - Artikel L4135-4 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art. L4135-4 - De leden van de kiesbureaus hebben recht op een reisvergoeding wanneer zij zitting hebben in een gemeente waar zij niet in de bevolkingsregisters zijn ingeschreven, op basis van een schuldverklaring die bij het betrokken provinciebestuur wordt ingediend."

*Art. 68* - In het vierde deel, boek I, titel III, van hetzelfde Wetboek wordt hoofdstuk V aangevuld met een artikel L4135-5, luidende:

"Art. L4135-5 - De kiezers die recht hebben op een kosteloze reis zijn:

1° de kiezers die niet meer verblijven in de gemeente waar ze stemmen;

2° de bezoldigde personen die hun beroep in het buitenland uitoefenen of in een andere Belgische gemeente dan die waar ze stemmen;

3° de familieleden van de onder 2° bedoelde personen die met laatstgenoemde samenwonen;

4° de studenten die wegens hun studies in een andere Belgische gemeente dan die waar ze stemmen, verblijven;

5° de personen die zich in een zorginstelling of gezondheidsinstelling, gelegen in een andere Belgische gemeente dan die waar ze stemmen, bevinden."



*Art. 69* - In het vierde deel, boek I, titel III, van hetzelfde Wetboek wordt hoofdstuk V aangevuld met een artikel L4135-6, luidende:

"Art. L4135-6 - De Regering bepaalt:

1° het bedrag van het presentiegeld, bedoeld in de artikelen L4135-1 en L4135-2, § 2, 1°, dat de leden van de kiesbureaus per vergadering van het kiesbureau ontvangen;

2° het bedrag van de vergoedingen en voordelen van welke aard ook, bedoeld in artikel L4135-1, waarop de leden van de kiesbureaus recht hebben;

3° de voorwaarden waaraan de leden van de kiesbureaus moeten voldoen om recht te hebben op het presentiegeld, overeenkomstig de artikelen L4135-1 en L4135-2, § 2, 1°;

4° de voorwaarden waaraan de leden van de kiesbureaus moeten voldoen om recht te hebben op reiskostenvergoedingen, alsook het bedrag van die vergoedingen, wanneer de leden van de kiesbureaus zetelen in een gemeente waar zij niet zijn ingeschreven in de bevolkingsregisters, overeenkomstig de artikelen L4135-1, L4135-2, § 2, 2°, en L4135-4;

5° de voorwaarden waaraan kiezers die op de dag van de verkiezing niet meer verblijven in de gemeente waar ze als kiezer zijn ingeschreven, moeten voldoen om aanspraak te maken op de terugbetaling van hun reiskosten, alsook het bedrag van de vergoeding waarop ze recht hebben, overeenkomstig artikel L4135-2, § 2, 3°;

6° de wijze waarop de risico's van lichamelijk letsel ten gevolge van ongevallen die de leden van de kiesbureaus in de uitoefening van hun functie overkomen, worden gedekt, overeenkomstig artikel L4135-2, § 2, 4°;

7° de wijze waarop de presentiegelden aan de leden van de kiesbureaus worden betaald, overeenkomstig artikel L4135-2, § 2;

8° het model van de in artikel L4135-4 bedoelde schuldverklaring;

9° de modaliteiten voor de vergoeding van de kiezers die recht hebben op gratis verplaatsingen, overeenkomstig artikel L4135-5."

*Art. 70* - In het vierde deel, boek I, titel IV, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk I vervangen als volgt:

"Hoofdstuk I - Digitale en geautomatiseerde verkiezingsverrichtingen"

*Art. 71* - Artikel L4141-1 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art. L4141-1 - De Regering ontwikkelt de verkiezingssoftware die nodig is voor de uitvoering van de taken van de voorzitters van de kiesbureaus en stelt deze ter beschikking van de voorzitters van de kiesbureaus.

Deze verkiezingssoftware moet voorafgaand worden erkend volgens de door de Regering vastgestelde modaliteiten."

*Art. 72* - In het vierde deel, boek I, titel IV, van hetzelfde Wetboek wordt hoofdstuk I aangevuld met een artikel L4141-2, luidende:

"Art. L4141-2 - § 1 - Bij de verkiezing van de gemeenteraden kan het Parlement een deskundige en een plaatsvervangende deskundige aanwijzen.

Die personen vormen het college van deskundigen.

§ 2 - Die deskundigen controleren bij de verkiezingen het gebruik en de vlotte werking van alle elektronische stemmenstemopnemingsystemen en de procedures voor het maken, verdelen en gebruiken van de elektronische stembus, de software en de gegevensdragers. De deskundigen krijgen van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap het materiaal, alsook alle gegevens, inlichtingen en informatie die nuttig zijn om de elektronische stemmenstemopnemingsystemen te controleren.

Ze kunnen met name controleren of de software van de elektronische stembus betrouwbaar is, of de afgegeven stemmen door de elektronische stembus correct overgedragen zijn, of de afgegeven stemmen correct opgeteld zijn en of het optisch lezen van de afgegeven stemmen correct is verlopen.

Ze verrichten die controle vanaf de veertigste dag voor de verkiezing, op de verkiezingsdag zelf en hierna tot de indiening van het verslag bedoeld in paragraaf 3.

§ 3 - Uiterlijk tien dagen na de sluiting van de stemming en in ieder geval voor de geldigverklaring van de verkiezingen brengen de deskundigen verslag uit bij het Parlement en bij de Regering. Hun verslag kan in het bijzonder aanbevelingen bevatten in verband met het gebruikte materiaal en de gebruikte software.

§ 4 - De deskundigen vallen onder de geheimhoudingsplicht."

*Art. 73* - In het vierde deel, boek I, titel IV, van hetzelfde Wetboek wordt hoofdstuk I aangevuld met een artikel L4141-3, luidende:

"Art. L4141-3 - De Regering bepaalt welke verkiezingsverrichtingen langs digitale weg en welke langs digitale en geautomatiseerde weg worden uitgevoerd. Ze bepaalt de modaliteiten voor die verrichtingen.

In het kader van de in het eerste lid bedoelde verrichtingen wordt de verwerking van gegevens langs digitale weg en de geautomatiseerde verwerking van gegevens uitgevoerd met inachtneming van de beginselen van vertrouwelijkheid, integriteit en beschikbaarheid van verkiezingsgegevens."

*Art. 74* - In artikel L4142-1 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 2, 8°, wordt opgeheven;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende:

"§ 5 - Onverminderd paragraaf 1 moet uiterlijk op het tijdstip van de voorlopige vaststelling van de lijsten aan de kiesbaarheidsvereisten zijn voldaan."

*Art. 75* - In artikel L4142-2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "artikelen L1125-1 tot en met L1125-10 van dit Wetboek" vervangen door de woorden "artikelen 12 en 65 tot 69 van het Gemeentedecreet van 23 april 2018".

*Art. 76* - Artikel L4142-3, vijfde lid, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"De voorzitter van het kieskringbureau voert de gegevens in van de kandidaturen die niet vooraf zijn ingevoerd."

*Art. 77* - In artikel L4142-4 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden "artikel L1121-3, lid 1" vervangen door de woorden "artikel 7 van het Gemeentedecreet van 23 april 2018";

2° in paragraaf 4 wordt de vierde zin opgeheven;

3° in § 5, derde lid, worden de woorden "het letterwoord of het logo" vervangen door de woorden "het letterwoord" en worden de woorden "Dat letterwoord of dat logo nemen" vervangen door de woorden "Dat letterwoord neemt";

4° in § 6, eerste lid, 2°, worden het tweede en het derde lid opgeheven;

5° in § 6, eerste lid, 8°, worden de woorden "artikel L1125-1, lid 1, 1° tot en met 8°" vervangen door de woorden "artikel 65, eerste lid, van het Gemeentedecreet van 23 april 2018";

6° § 6, eerste lid, 10°, wordt vervangen als volgt:

"10° een uittreksel uit het register van de kiezers of een attest van de ondertekenende kiezers, de indieners en de voorgedragen kandidaten om aan te tonen dat zij kiezers zijn in hun gemeente, overeenkomstig artikel L4122-9."

7° paragraaf 6 wordt aangevuld met een vierde, vijfde en zesde lid, luidende:

"De akte van bewilliging bedoeld in het eerste lid, 2°, vermeldt het voornemen om een lijstverbinding aan te gaan, overeenkomstig artikel L4142-34. Zij vermeldt tevens de namen van de getuigen en plaatsvervangende getuigen van de lijst, overeenkomstig artikel L4134-1. Zij bevat ook een verklaring waarbij de kandidaten afstand doen van het recht op gegevenswissing bedoeld in artikel 17 van Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming).

De persoonsgegevens bedoeld in de laatste zin van het vierde lid zijn dezelfde als die vermeld in paragraaf 5. De beperking van het recht op gegevenswissing geldt tot de geldigverklaring van de verkiezing, om de kiezers transparantie in het kader van de uitoefening van hun kiesrecht te waarborgen.

Het attest vermeld in het eerste lid, 10°, is dat vermeld in artikel 1, 9°, van het ministerieel besluit van 21 april 2017 tot bepaling van de modellen van attesten bedoeld in artikel 3, § 1, eerste lid, van het koninklijk besluit van 5 juni 2004 tot vaststelling van het stelsel van de rechten tot inzage en verbetering van de gegevens die op elektronische wijze opgeslagen zijn op de identiteitskaart en van de informatiegegevens die zijn opgenomen in de bevolkingsregisters of in het Rijksregister van de natuurlijke personen."

*Art. 78* - Artikel L4142-6, derde lid, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 79* - In artikel L4142-12, § 3, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de letterwoorden en logo's" vervangen door de woorden "de letterwoorden".

*Art. 80* - Artikel L4142-17 van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Als de verwerking wordt verricht door een onderaannemer, gebeurt dit onder de controle en verantwoordelijkheid van de Regering of haar afgevaardigde."

*Art. 81* - Artikel L4142-18 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 82* - In de Nederlandse versie van artikel L4142-22, vierde lid, eerste zin, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "Het" vervangen door de woorden "Het kieskringbureau".

*Art. 83* - In artikel L4142-24 van hetzelfde Wetboek wordt de derde zin opgeheven.

*Art. 84* - In artikel L4142-32, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "of logo" opgeheven.

*Art. 85* - In artikel L4142-37, § 2, van hetzelfde Wetboek worden de woorden ", hun beroep en hun hoofdverblijfplaats" opgeheven.

*Art. 86* - In artikel L4142-38, § 5, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het derde lid wordt het woord "drukker" vervangen door het woord "dienstverlener";

2° in het vijfde lid worden de woorden "de drucker aan de Provinciegouverneur" vervangen door de woorden "de dienstverlener aan de Regering";

3° in het zesde lid wordt het woord "drukker" vervangen door het woord "dienstverlener";

4° in het zevende lid wordt het woord "drukker" vervangen door het woord "dienstverlener".

*Art. 87* - Artikel L4142-39, derde lid, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 88* - In artikel L4142-41, § 1, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

*Art. 89* - In het vierde deel, boek I, titel IV, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek wordt afdeling 7, die de artikelen L4142-46 tot L4142-47 bevat, gewijzigd bij de decreten van 21 november 2016 en 26 februari 2018, opgeheven.

*Art. 90* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 91* - In artikel L4143-3, § 3, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "moet minstens één stemhokje voor vijf lokalen zo ingericht zijn" vervangen door de woorden "wordt één stemhokje per stembureau zo ingericht".

*Art. 92* - In artikel L4143-4 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - De onderrichtingen voor de kiezers worden in de wachtzaal aangeplakt."

2° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt: "§ 2 - Een exemplaar van dit Wetboek wordt in het stemlokaal ter inzage gelegd voor de leden van het stembureau."

*Art. 93* - In artikel L4143-5 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - Het stembureau is om zeven uur samengesteld."

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "artikel L4125-5, § 2 en 3" vervangen door de woorden "artikel L4125-5, § 2";

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° in § 2, vierde lid, worden de woorden "artikel L4125-5, § 2 en 3" vervangen door de woorden "artikel L4125-5, § 2";

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

*Art. 94* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 95* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 96* - In artikel L4143-8 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in § 1, derde lid, worden de woorden "artikel L4211-6" vervangen door de woorden "artikel L4141-2".

*Art. 97* - Artikel L4143-9 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 98* - Artikel L4143-10, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Met uitzondering van de voorzitter, de overeenkomstig artikel L4141-2 aangewezen deskundigen en de personen belast met de technische bijstand mogen de in artikel L4143-8 bedoelde personen tijdens de periode waarin ze toegelaten worden binnen het stemlokaal op geen enkele wijze met de buitenwereld communiceren."

*Art. 99* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 100* - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

*Art. 101* - Artikel L4143-15, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 102* - In artikel L4143-20 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

"De Regering bepaalt de wijze waarop de registers van de stemmers worden ingevuld, met name de lettertekens die de leden van het stembureau gebruiken."

2° in § 4, tweede lid, wordt het woord "kiesregister" vervangen door de woorden "register van de stemmers";

3° in § 5, eerste lid, worden de woorden "artikel L4122-16 en 24" vervangen door de woorden "de artikelen L4122-17 en L4122-25";

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° § 6, derde lid, wordt vervangen als volgt:

"De volmachten en de attesten vermeld in artikel L4132-1, § 1, worden bij de staat van de volmachten gevoegd."

6° paragraaf 7 wordt vervangen als volgt:

"§ 7 - Overeenkomstig artikel L4133-2, § 3, overhandigt de begeleider aan de voorzitter van het stembureau zijn oproeping, waarop de voorzitter schrijft: "heeft de rol van begeleider uitgeoefend".

De begeleider wordt tot de stemming toegelaten in hetzelfde stembureau als de kiezer die hij begeleidt, op voorwaarde dat zij kiezers van dezelfde gemeente zijn. In dat geval wordt de naam van de begeleider vermeld op de staat bedoeld in artikel L4143-25, § 1, 2°.

*Art. 103* - In artikel L4143-21, § 3, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "door de voorzitter van het stembureau" vervangen door de woorden "door de voorzitter van het stembureau of een door hem aangewezen bijzitter";

2° in het derde lid worden de woorden "door de voorzitter van het stembureau" vervangen door de woorden "door de voorzitter van het stembureau of een door hem aangewezen bijzitter" en wordt de derde zin opgeheven.

*Art. 104* - In artikel L4143-23 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "voorzitter" vervangen door het woord "stembureau".

*Art. 105* - In artikel L4143-24 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bureau" vervangen door het woord "stembureau".

*Art. 106* - Artikel L4143-25 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art. L4143-25 - § 1 - Het stembureau begint met het opmaken van de volgende staten:

1° de staat bedoeld in artikel L4143-20, § 6, derde lid, die de volmachten en attesten bedoeld in artikel L4132-1, § 1, bevat;

2° de staat van de kiezers die niet in de registers van de stemmers voorkomen maar wel tot de stemming zijn toegelaten;

3° de staat van de kiezers die voorkomen in de registers van de stemmers en die niet aan de stemming hebben deelgenomen. De bewijsstukken bedoeld in artikel L4143-20, § 4 en 5, alsook de bewijsstukken die de afwezigheid ter verantwoording hebben toegezonden, worden aan deze staat gehecht.

§ 2 - Voor het opstellen van de in § 1, 3°, bedoelde staat maken de leden van het bureau gebruik van het derde exemplaar van de registers van de stemmers.

De voorzitter vermeldt op die staten de door de bureauleden of de getuigen gemaakte opmerkingen.

§ 3 - De leden van het bureau ondertekenen de staten.

§ 4 - De in § 1, eerste lid, 1°, bedoelde staat heeft tot doel te worden gebruikt voor het administratief onderzoek van de tegen de verkiezing ingediende bezwaren, overeenkomstig artikel L4146-5, tweede lid.

De staten bedoeld in § 1, eerste lid, 2° en 3°, hebben tot doel de procureur des Konings in staat te stellen de inbreuken op de artikelen L4168-6 en L4168-16 te vervolgen.

De persoonsgegevens in de staten bedoeld in § 1, eerste lid, 1° tot 3°, zijn de namen, voornamen en adressen van de hoofdverblijfplaats."

*Art. 107* - Artikel L4143-26 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art. L4143-26 - De leden van het stembureau en de getuigen ondertekenen de twee kopieën van de registers van de stemmers die worden gebruikt om de namen van de kiezers aan te vinken."

*Art. 108* - In artikel L4143-27 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin wordt het woord "bureau" vervangen door het woord "stembureau";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De leden van het stembureau en de getuigen ondertekenen het proces-verbaal."

*Art. 109* - Artikel L4143-28 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art. L4143-28 - § 1 - De volgende stukken worden door het stembureau in aparte omslagen gestoken:

1° teruggenomen stembiljetten;

2° ongebruikte stembiljetten;

3° het model;

4° de staat bedoeld in artikel L4143-25, § 1, 1°;

5° het eerste afschrift van het register van de stemmers bedoeld in artikel L4143-26;

6° het tweede afschrift van het register van de stemmers bedoeld in artikel L4143-26;

7° het origineel van het proces-verbaal bedoeld in artikel L4143-27;

8° de staat bedoeld in artikel L4143-25, § 1, 2°;

9° de staat bedoeld in artikel L4143-25, § 1, 3°;

10° een eerste afschrift van het proces-verbaal;

11° een tweede afschrift van het proces-verbaal;

12° de opgave van de bankrekeningnummers van de leden van het stembureau met het oog op de betaling van de presentiegelden;

13° de opgave van de afwezige bijzitters.

§ 2 - Op de omslagen staat in goed zichtbare letters het volgende:

1° de inhoud;

2° de datum van de verkiezing;

3° de naam van de gemeente;

4° de naam van het district;

5° de woorden "Stembureau nr...", gevolgd door het nummer van het stembureau.

De omslagen worden onmiddellijk verzegeld en overhandigd aan de voorzitter van het stembureau, die ze onverminderd paragraaf 4 overhandigt aan het gemeentebestuur.

§ 3 - Het gemeentebestuur zendt de omslagen bedoeld in § 1, 3° tot 7°, en het in artikel L4132-1, § 5, bedoelde bijzonder register van volmachten onverwijld naar de Regering of haar afgevaardigde.

Het gemeentebestuur zendt de in § 1, 12°, bedoelde omslag naar de Regering of haar afgevaardigde.

Het gemeentebestuur bezorgt de in § 1, 8°, 9° en 13°, bedoelde omslagen aan de procureur des Konings.

Het gemeentebestuur bewaart de in § 1, 1° en 2°, bedoelde omslagen.

§ 4 - De voorzitter van het stembureau, vergezeld van eventuele getuigen, brengt de stembussen naar het stemopnemingsbureau. Hij overhandigt aan de voorzitter van het gemeentelijke stemopnemingsbureau de gemeentelijke stembus en het eerste exemplaar van het proces-verbaal bedoeld in § 1, 10°. Hij overhandigt aan de voorzitter van het provinciale stemopnemingsbureau de provinciale stembus en het tweede exemplaar van het proces-verbaal bedoeld in § 1, 11°.

De voorzitter van het stembureau kan deze taak delegeren aan een bijzitter van het bureau.

§ 5 - De in § 1, 12° bedoelde opgave van de bankrekeningnummers van de leden van het stembureau met het oog op betaling van het presentiegeld heeft tot doel de leden van het stembureau in staat te stellen de betaling te ontvangen van het presentiegeld waarop ze recht hebben.

De persoonsgegevens op deze opgave zijn de namen, voornamen en bankrekeningnummers van de leden van het stembureau.

§ 6 - De in § 1, 13°, bedoelde staat van de afwezige bijzitters heeft tot doel de procureur des Konings in staat te stellen de inbreuken op de artikelen L4163-1 tot L4163-3 te vervolgen.

De persoonsgegevens op deze staat zijn de namen, voornamen, adressen van de hoofdverblijfplaats en redenen van afwezigheid van de tot bijzitter benoemde kiezers."

*Art. 110* - Artikel L4144-5, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 111* - Artikel L4144-9, vierde lid, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 112* - Artikel L4144-11, § 4, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 113* - Artikel L4145-2, § 2, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 114* - In het vierde deel, boek I, titel IV, hoofdstuk V, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 2 vervangen als volgt: "Afdeling 2 - Telling door de gemeentelijke bureaus".

*Art. 115* - Artikel L4145-5 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 116* - In artikel L4145-6 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, tweede lid, wordt opgeheven;

2° paragraaf 3 wordt opgeheven.

*Art. 117* - Artikel L4145-7, § 2, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 118* - In artikel L4145-8, § 1, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "kieskringbureau" vervangen door de woorden "gemeentelijk bureau".

*Art. 119* - Artikel L4145-10 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 120* - In artikel L4145-12 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "kieskringbureau" vervangen door de woorden "gemeentelijk bureau";

2° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - Het gemeentelijk bureau berekent het verkiesbaarheidscijfer als volgt: het deelt het stemcijfer van de lijst door het aantal zetels die aan de lijst worden toegekend, vermeerderd met een eenheid. Indien er decimalen zijn, wordt het eindresultaat naar boven afgerond."

*Art. 121* - In artikel L4145-15 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "kieskringbureau" vervangen door de woorden "gemeentelijk bureau" en worden de woorden "gemeente-, provincie- en sectorraadslid" vervangen door het woord "gemeenteraadslid".

*Art. 122* - Artikel L4145-16 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt vervangen als volgt:

"Art. L4145-16 - § 1 - Onmiddellijk na de afkondiging bezorgt de voorzitter van het gemeentelijk bureau de bewoordingen van deze afkondiging aan de Regering.

§ 2 - Het gemeentelijk bureau sluit de verrichtingen af en stopt de volgende documenten in aparte omslagen:

1° het proces-verbaal van de telling van de stemmen;

- 2° de uittreksels van het proces-verbaal van de telling van de stemmen;
- 3° de tellingstabel;
- 4° de akte van voordracht en de akte van bewilliging van de kandidaten;
- 5° het proces-verbaal van de indiening van de kandidaturen;
- 6° het proces-verbaal van de vaststelling van de lijsten;
- 7° de aanwijzingen van de getuigen;
- 8° de opgave van de bankrekeningnummers van de leden van het bureau met het oog op de betaling van de presentiegelden;
- 9° de opgave van de afwezige bijzitters.

§ 3 - Op de omslagen staat in goed zichtbare letters het volgende:

- 1° de inhoud;
- 2° de datum van de verkiezing;
- 3° de naam van de gemeente;
- 4° de naam van het district;
- 5° de vermelding "gemeenteraadsverkiezing" en "gemeentelijk bureau".

De omslagen worden onmiddellijk verzegeld.

De voorzitter van het gemeentelijk bureau voegt bij deze omslagen de drie omslagen die hij overeenkomstig artikel L4144-11 of artikel L4144-12 van de voorzitter van het telbureau heeft ontvangen.

De voorzitter van het gemeentelijk bureau overhandigt alle omslagen aan het gemeentebestuur.

§ 4 - Het gemeentebestuur bezorgt de in § 2, 1° en 3° tot 7°, bedoelde omslagen aan de Regering of haar afgevaardigde.

Het gemeentebestuur zendt de in § 2, 8°, bedoelde omslag naar de Regering of haar afgevaardigde.

Het gemeentebestuur bezorgt de in § 2, 9°, bedoelde omslag aan de procureur des Konings.

De directeur-generaal bezorgt de verkozenen de in § 2, 2°, bedoelde uittreksels uit het proces-verbaal van de telling van de stemmen.

§ 5 - De doeleinden van de opgave bedoeld in § 2, 8°, en de persoonsgegevens in de opgave bedoeld in § 2, 9°, zijn deze bedoeld in artikel L4143-28, § 5 en 6."

*Art. 123* - In het vierde deel, boek I, titel IV, hoofdstuk V, van hetzelfde Wetboek wordt afdeling 3, die de artikelen L4145-17 tot L4145-21 bevat, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, opgeheven.

*Art. 124* - In het vierde deel, boek I, titel IV, hoofdstuk V, van hetzelfde Wetboek wordt afdeling 4, die de artikelen L4145-22 tot L4145-46 bevat, opgeheven.

*Art. 125* - Artikel L4146-2 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt opgeheven.

*Art. 126* - Artikel L4146-3 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt opgeheven.

*Art. 127* - In artikel L4146-7 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "artikel L1122-3, lid 3, van dit Wetboek" vervangen door de woorden "artikel 9, derde lid, van het Gemeentedecreet van 23 april 2018".

*Art. 128* - Artikel L4146-8, § 2, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 129* - In het vierde deel, boek I, titel IV, hoofdstuk VI, afdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 2, die de artikelen L4146-18 tot L4146-22 bevat, opgeheven.

*Art. 130* - In artikel L4146-23 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt het tweede lid hersteld als volgt:

"De bewaartermijn bepaald in het eerste lid heeft het volgende tot doel: de verrichting van gerechtelijke onderzoeken mogelijk maken."

*Art. 131* - Artikel L4146-25, § 6, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 132* - Artikel L4146-29, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

*Art. 133* - In het vierde deel, boek I, van hetzelfde Wetboek wordt titel V, die de artikelen L4151-1 tot L4151-4 bevat, opgeheven.

*Art. 134* - In het vierde deel, boek I, van hetzelfde Wetboek wordt een titel VI ingevoegd, die de artikelen L4161-1 tot L4168-25 bevat, luidende:

"TITEL VI - Strafbepalingen

HOOFDSTUK I - Algemene bepalingen

*Art. L4161-1* - De vervolging van de bij dit deel van het Wetboek omschreven misdaden en wanbedrijven, alsmede de burgerlijke rechtsvordering, verjaren vijf jaar na de dag waarop de misdaden en wanbedrijven zijn gepleegd.

*Art. L4161-2* - Bij samenloop van meerdere wanbedrijven worden de straffen gecumuleerd zonder dat evenwel het dubbele van het maximum van de hoogste straf overschreden mag worden.

*Art. L4161-3* - In geval van verzachtende omstandigheden kunnen de rechtbanken de gevangenisstraf vervangen door een gevangenisstraf van ten minste drie maanden en de gevangenisstraf verminderen tot minder dan acht dagen en de geldboete tot minder dan 26 euro.

Ze kunnen een van deze straffen afzonderlijk opleggen, maar ze mogen de politiestrafen niet overschrijden.

*Art. L4161-4* - Een ambtenaar die of personeelslid dat een klacht ontvangt, mag het ontvangstbewijs dat hij aan de eiser overhandigt niet antedateren. Anders riskeert hij een gevangenisstraf van een maand tot twee jaar.

HOOFDSTUK II - Kiesregister

*Art. L4162-1* - Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt onder kiesregister zowel het register van de kiezers als de registers van de stemmers verstaan.

*Art. L4162-2* - § 1 - Met een gevangenisstraf van acht tot vijftien dagen en met een boete van zesentwintig tot tweehonderd euro wordt gestraft, elke persoon die, in welke hoedanigheid ook, belast is met het voorbereiden of opstellen van de kiesregisters en die, met het oogmerk een kiezer te laten schrappen:

1° in dit werk bewust gebruik maakt van stukken of bescheiden die door wijziging, doorhaling of toevoeging valselijk opgeemaakt zijn, of die vervalst zijn;

2° of opzettelijk op onjuiste wijze, door wijziging, toevoeging of weglating, in de kiesregisters de gegevens weergeeft die voorkomen in de stukken of bescheiden die voor het opstellen van de registers kunnen worden gebruikt.

Als dit wanbedrijf wordt gepleegd met het doel om de status van kiezer voor een persoon te verkrijgen, is de straf een gevangenisstraf van acht dagen tot een maand en een boete van vijftig tot vijfhonderd euro.

§ 2 - De in artikel L4161-1 vastgestelde verjaringstermijn van vijf jaar begint ten aanzien van de in dit artikel bedoelde strafbare feiten te lopen op de dag waarop de kiesregisters en de daarop betrekking hebbende documenten overeenkomstig artikel L4143-28, § 3, eerste lid, worden toegezonden aan de Regering of aan de door haar gemachtigde persoon.

Art. L4162-3 - Ieder lid van een gemeentecollege, ieder gemeenteraadslid, dat bij het uitoefenen van de rechtsmacht in kieszaken, op zijn verslag ten onrechte hetzij een aanvraag tot inschrijving in de registers doet verwerpen, hetzij de inschrijving of schrapping van een kiezer doet bevelen en te dien einde stukken of bescheiden inroept of gebruikt, ofschoon hij weet dat zij door verandering, weglating of toevoeging vervalst zijn, of dat zij valselijk opgemaakt of denkbeeldig zijn, wordt gestraft met een gevangenisstraf van drie maanden tot twee jaar.

Er wordt echter alleen een procedure gestart als het verzoek van de kiezer om inschrijving of schrapping het onderwerp is van een beslissing die definitief is geworden en die is gebaseerd op feiten waarbij sprake is van fraude.

De in artikel L4161-1 vastgestelde verjaringstermijn begint te lopen vanaf de in het tweede lid bedoelde beslissing.

Art. L4162-4 - § 1 - Met een gevangenisstraf van drie maanden tot vijf jaar en met een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro of met slechts één van die straffen wordt gestraft degene die als dader, mededader of medeplichtige, met schending van artikel L4122-7 of L4122-8, hetzij exemplaren of afschriften van het register van de kiezers heeft afgegeven aan personen die niet gemachtigd zijn om ze te ontvangen, hetzij die exemplaren heeft medegedeeld aan derden na ze regelmatig te hebben ontvangen, hetzij van de gegevens uit het register van de kiezers gebruik heeft gemaakt voor andere dan verkiezingsdoeleinden.

§ 2 - De straffen die de medeplichtigen van de in paragraaf 1 vermelde strafbare feiten oplopen, mogen niet meer bedragen dan twee derde van de straffen die hun zouden zijn opgelegd indien zij de dader van die strafbare feiten waren.

Art. L4162-5 - Met een geldboete van zesentwintig tot tweehonderd euro wordt gestraft hij die, om op een kiesregister te worden ingeschreven, opzettelijk valse verklaringen aflegt of documenten overlegt waarvan hij weet dat ze vals zijn.

Dezelfde straf is van toepassing op eenieder die willens en wetens dezelfde handelingen verricht met het doel een persoon in deze registers te doen inschrijven of daaruit te laten schrappen.

Er wordt echter alleen een procedure gestart als de aanvraag voor inschrijving of schrapping wordt afgewezen bij een beslissing die definitief is geworden en die is gebaseerd op feiten waarbij sprake is van fraude.

Beslissingen van deze aard, uitgesproken hetzij door de gemeentecolleges, hetzij door de hoven van beroep, worden samen met de daarop betrekking hebbende stukken en inlichtingen door de Regering toegezonden aan de procureur des Konings, die ze ook ambtshalve kan opvragen.

De vervolging verjaart drie maanden na de datum van de beslissing.

#### HOOFDSTUK III - Kiesbureaus

Art. L4163-1 - Iedere persoon die zich zonder geldige reden onttrekt aan de aanwijzing bedoeld in artikel L4125-5, § 1, of die door zijn fout, roekeloosheid of nalatigheid de hem toevertrouwde opdracht op welke manier dan ook in gevaar brengt, wordt gestraft met een geldboete tussen vijftig euro en tweehonderd euro.

Art. L4163-2 - De volgende personen worden gestraft met een geldboete tussen vijftig euro en tweehonderd euro:

1° hij die zich zonder geldige reden onttrekt aan de aanwijzing als voorzitter of bijzitter van een stembureau of stemopnemingsbureau;

2° de voorzitter, de bijzitter of de plaatsvervangend bijzitter die zijn verhindering niet binnen de gestelde termijn kenbaar maakt;

3° de voorzitter, de bijzitter of de plaatsvervangende bijzitter die, na deze functies te hebben aanvaard, zonder geldige reden nalaat ze uit te oefenen.

Art. L4163-3 - Iedere persoon die door zijn fout, roekeloosheid of nalatigheid de hem toevertrouwde opdracht op welke manier dan ook in gevaar brengt, wordt gestraft met een geldboete tussen vijftig euro en tweehonderd euro.

#### HOOFDSTUK IV - Verkiezingsaffiches en het einde van de verkiezingscampagne

Art. L4164-1 - § 1 - Is verboden het aanbrengen van opschriften, affiches, beeld- en fotografische voorstellingen, vlugschriften en plakbriefjes op de openbare weg en op de bomen, aanplantingen, plakborden, gevels, muren, omheiningen, pijlers, palen, zuilen, bouwwerken, monumenten en andere langs de openbare weg of in de onmiddellijke nabijheid ervan staande voorwerpen, op andere plaatsen dan die welke door de gemeenteoverheden tot aanplakking zijn bestemd of vooraf en schriftelijk werden vergund door de eigenaar of door de gebruiksgerechtigde.

Zodra de verkiezingsperiode begint, stelt de gemeenteraad daartoe plaatsen bestemd voor de aanplakking van verkiezingsaffiches ter beschikking van de lijsten en zorgt hij voor een billijke verdeling van die plaatsen tussen de lijsten. Bij de laatste volledige vernieuwing van de gemeenteraden bepaalt de gemeenteraad het minimumaantal plaatsen in verhouding tot het aantal deelnemende kandidatenlijsten, vermeerderd met een eenheid.

Als de gemeenteraad geen criteria voor een billijke verdeling van de plaatsen tussen de verschillende lijsten heeft vastgelegd, geschiedt de verdeling op de éenenzestigste dag vóór de verkiezingen, waarbij volledige lijsten voorrang krijgen op onvolledige lijsten.

§ 2 - Inbreuken op de bepalingen van § 1, eerste lid, worden gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot een jaar en met een boete van zesentwintig tot duizend euro.

§ 3 - Tijdens de periode en op de tijdstippen bepaald door de provinciegouverneur of de door hem aangewezen ambtenaar zijn ook dergelijke aanplakkingen verboden op de plaatsen bestemd voor de aanplakking door de gemeenteoverheden.

Art. L4164-2 - Inbreuken op de bepalingen van artikel L4112-10, tweede lid, worden gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot een jaar en met een boete van zesentwintig tot duizend euro.

## HOOFDSTUK V - Verkiezingsuitgaven

Art. L4165-1 - § 1 - Onverminderd de toepassing van artikel L4131-5 kan worden vervolgd, hetzij op initiatief van de procureur des Konings, hetzij op grond van een klacht ingediend door een persoon die van enig belang doet blijken en dienovereenkomstig wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot één maand en een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro of enkel één van die straffen:

1° eenieder die nalaat zijn verkiezingsuitgaven of de herkomst van zijn fondsen aan te geven binnen de termijn bepaald in artikel L4131-4;

2° eenieder die met het oog op verkiezingspropaganda bewust uitgaven heeft gedaan of verbintenissen is aangegaan die de maximumbedragen overschrijden bedoeld in artikel 3, § 2, van de wet van 7 juli 1994 betreffende de beperking en de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de provincieraden, de gemeenteraden en de districtsraden en voor de rechtstreekse verkiezing van de raden voor maatschappelijk welzijn;

3° eenieder die tijdens de drie maanden voorafgaand aan de verkiezingen de bepalingen heeft overtreden van artikel 7 van de wet van 7 juli 1994 betreffende de beperking en de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de provincieraden, de gemeenteraden en de districtsraden en voor de rechtstreekse verkiezing van de raden voor maatschappelijk welzijn;

4° de lijsttrekker die met het oog op verkiezingspropaganda bewust uitgaven heeft gedaan of verbintenissen is aangegaan die de maximumbedragen overschrijden bedoeld in artikel 3, § 1, van de wet van 7 juli 1994 betreffende de beperking en de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de provincieraden, de gemeenteraden en de districtsraden en voor de rechtstreekse verkiezing van de raden voor maatschappelijk welzijn;

5° de kandidaat die aan het hoofd staat van een lijst zonder gewestelijk nummer en beschermd letterwoord en die kosten maakt met het oog op het voeren van een verkiezingscampagne op nationaal niveau.

Anonieme meldingen worden niet in overweging genomen door de procureur des Konings.

§ 2 - De termijn voor de uitoefening van het initiatiefrecht van de procureur des Konings en voor het indienen van klachten met betrekking tot de in paragraaf 1 bedoelde inbreuken, verstrijkt op de honderdtwintigste dag na de verkiezingen.

De procureur des Konings zendt een afschrift van de tegen de kandidaten ingediende klachten aan de controlecommissie. De procureur des Konings zendt tevens een afschrift aan de personen tegen wie de klacht is gericht. De mededelingen worden binnen acht dagen na het indienen van de klachten gedaan. De procureur des Konings geeft de controlecommissie binnen dezelfde termijn kennis van zijn beslissing om vervolging in te stellen met betrekking tot de in paragraaf 1 bedoelde feiten.

§ 3 - Eenieder die een klacht heeft ingediend of een vordering heeft ingesteld die ongegrond blijken en waarvan vaststaat dat ze zijn ingediend of ingesteld met het oogmerk om te schaden, wordt gestraft met een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro.

§ 4 - In het kader van de in paragraaf 1 bedoelde strafrechtelijke procedure kan de procureur des Konings bij een bepaalde kandidaat alle informatie opvragen over de herkomst van de middelen die zijn gebruikt voor de financiering van zijn verkiezingscampagne.

Art. L4165-2 - Eenieder die op grond van artikel L4131-5 een klacht heeft ingediend die ongegrond blijkt en waarvan vaststaat dat hij is ingediend met het oogmerk om te schaden, wordt gestraft met een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro.

Art. L4165-3 - Eenieder die in strijd met artikel L4131-7 een schenking doet aan een politieke partij, aan een van haar onderdelen, ongeacht haar rechtsvorm, aan een lijst, aan een kandidaat of aan een politieke vertegenwoordiger, of eenieder die in de hoedanigheid van kandidaat of houder van een politiek mandaat een schenking aanvaardt, wordt gestraft met een geldboete van zesentwintig tot duizend euro. Eenieder die, zonder kandidaat of houder van een politiek mandaat te zijn, een dergelijke donatie aanneemt in naam en voor rekening van een politieke partij, lijst, kandidaat of houder van een politiek mandaat, wordt gestraft met dezelfde boete.

Boek 1 van het Strafwetboek, met inbegrip van hoofdstuk VII en artikel 85, is van toepassing op deze overtredingen.

Als de rechtbank zulks beveelt, kan het vonnis ofwel in zijn volledigheid ofwel bij uittreksel in de door genoemde rechtbank aangewezen dag- en weekbladen worden bekendgemaakt.

## HOOFDSTUK VI - Getuigen

Art. L4166-1 - In het geval bedoeld in artikel L4134-5, vierde lid, worden het verwijderingsbevel en de redenen daarvoor in het proces-verbaal opgenomen en worden de overtreders gestraft met een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro.

## HOOFDSTUK VII - Kandidaturen

Art. L4167-1 - De bewilligende kandidaat die de verbodsbepalingen bedoeld in artikel L4142-6, eerste en tweede lid, overtreedt, kan gestraft worden met een gevangenisstraf van acht tot vijftien dagen of met een geldboete van zesentwintig tot tweehonderd euro.

Art. L4167-2 - Wie de handtekening van iemand anders of van gefingeerde personen op akten van kandidaatstelling, akten van bewilliging in de kandidaatstelling of akten van getuigenaanwijzing plaatst, wordt schuldig bevonden aan valsheid in geschrifte en wordt gestraft.

Art. L4167-3 - Een kandidaat staat slechts op één lijst.

Niemand mag tegelijkertijd een akte waarbij de bescherming van een letterwoord wordt aangevraagd, tekenen en als kandidaat voorkomen op een lijst die een ander letterwoord gebruikt.

De kandidaat die de verbodsbepalingen bedoeld in het eerste en tweede lid overtreedt, kan gestraft worden met een gevangenisstraf van acht tot vijftien dagen of met een geldboete van zesentwintig tot tweehonderd euro. Zijn naam wordt van alle lijsten waarin hij is opgenomen, geschrapt.

Art. L4167-4 - De kiezer die de verbodsbepaling bedoeld in artikel L4142-4, § 4, overtreedt, kan gestraft worden met een gevangenisstraf van acht tot vijftien dagen en met een geldboete van vijftig tot tweehonderd euro.

## HOOFDSTUK VIII - Stemming, stemopneming en diverse verrichtingen

Art. L4168-1 - Hij die, zonder lid van het stembureau, getuige, kiezer van de stemafdeling, volmachthouder of begeleider noch deskundige aangewezen overeenkomstig artikel L4141-2 of verlener van een technische bijstand te zijn, gedurende de kiesverrichtingen het lokaal van een der stemafdelingen betreedt, wordt op bevel van de voorzitter van het stembureau of zijn gemachtigde uit het lokaal verwijderd.

Indien hij weerstand biedt of opnieuw binnentreedt, wordt hij gestraft met een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro.

Art. L4168-2 - In de gevallen bedoeld in artikel L4143-15 worden het verwijderingsbevel en de redenen daarvoor in het proces-verbaal opgenomen en worden de overtreders gestraft met een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro.

Art. L4168-3 - § 1 - Kiezers die onmogelijk aan de stemming kunnen deelnemen, mogen de redenen van hun afwezigheid, met de nodige verantwoording, aan de procureur des Konings doen kennen.

§ 2 - Zij die op de dag van de stemming krachtens een rechterlijke of administratieve beslissing van hun vrijheid beroofd zijn, worden geacht onmogelijk aan de stemming te kunnen deelnemen.

Art. L4168-4 - In het geval bedoeld in artikel L4168-3, § 1, wordt er geen vervolging ingesteld wanneer de procureur des Konings de verschoningsgronden aanneemt.

Art. L4168-5 - Binnen acht dagen na de afkondiging van de namen van de gekozenen maakt de procureur des Konings de lijst op van de kiezers die niet aan de stemming hebben deelgenomen en wier verschoningsgronden niet werden aangenomen.

Deze kiezers verschijnen op een eenvoudige oproeping voor de politierechtbank, die, na het openbaar ministerie te hebben gehoord, beslist zonder mogelijkheid van hoger beroep.

Art. L4168-6 - § 1 - Een eerste niet-gewettigde afwezigheid wordt naar gelang van de omstandigheden gestraft met een berisping of met een geldboete van vijf tot tien euro.

Bij herhaling wordt een geldboete van tien tot vijftieng euro opgelegd.

Vervangende gevangenisstraf wordt niet uitgesproken.

§ 2 - Onverminderd de voormelde strafbepalingen wordt de kiezer, indien de niet-gewettigde afwezigheid ten minste viermaal voorkomt binnen vijftien jaar, voor tien jaar uit de kiesregisters geschrapt en kan hij gedurende die tijd geen benoeming, bevordering of onderscheiding krijgen van een openbare overheid.

§ 3 - Het afwezig zijn van een verkiezing volgend op het afwezig zijn van een andere verkiezing en andersom vormt geen herhaling van de overtreding.

§ 4 - Voor de uitvoering van de straf kan geen uitstel worden verleend.

§ 5 - Tegen een veroordeling bij verstek staat verzet open gedurende zes maanden na de betekening van het vonnis. Het verzet kan kosteloos door eenvoudige verklaring op het gemeentehuis worden gedaan.

Art. L4168-7 - § 1 - Onder inbreuk op het stemrecht wordt verstaan, het feit om een kiezer tot stemonthouding over te halen of op zijn stemming invloed uit te oefenen, zich jegens hem schuldig maken aan feitelijkheden, gewelddaden of bedreigingen, of hem doen vrezen voor het verlies van zijn betrekking of voor een nadeel in zijn persoon, zijn familie of zijn vermogen.

§ 2 - Met een gevangenisstraf van acht dagen tot één maand en met een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro of met slechts één van die straffen wordt gestraft degene die het in paragraaf 1 bedoelde wanbedrijf begaan heeft.

Art. L4168-8 - Hij die op de dag van de stemming wanorde veroorzaakt, hetzij door een herkenningsteken te dragen of te vertonen, hetzij op enige andere wijze, wordt gestraft met een geldboete van vijftig euro tot vijfhonderd euro.

Art. L4168-9 - De getuige of de voorzitter, de bijzitter of secretaris van een stembureau die het geheim van de stemming kenbaar maakt, wordt gestraft met een geldboete van vijfhonderd euro tot drieduizend euro.

Art. L4168-10 - § 1 - Ressorteren onder de kiesomkoping, de volgende handelingen en feiten die rechtstreeks of onrechtstreeks door een kiezer worden uitgevoerd, hetzij om een stem of een onthouding, of een volmacht bedoeld in artikel L4132-1, § 1, te verkrijgen of door de omschreven voordelen te doen afhangen van het resultaat van de verkiezing:

1° geld, waarden, voordelen of steunverlening geven, aanbieden of beloven, zelfs in de vorm van een weddenschap;

2° openbare of privé-betrekkingen aanbieden of beloven;

3° onder het mom van verblijfs- of reiskosten, een geldsom of waarden geven, aanbieden of beloven;

4° tijdens de verkiezingen, eetwaren of dranken geven, aanbieden of beloven.

§ 2 - Met een gevangenisstraf van acht dagen tot één maand en met een geldboete van vijftig tot vijfhonderd euro of met slechts één van die straffen wordt gestraft degene die het in paragraaf 1 bedoelde wanbedrijf begaan heeft.

Krijgen dezelfde straffen degene die de giften, het aanbod of de beloftes aanvaarden.

Dezelfde straffen worden opgelegd aan degenen die geld geven om de in paragraaf 1 bedoelde strafbare feiten te plegen, wetend waarvoor het moet dienen, of opdracht geven om in hun naam het aanbod, de belofte of de bedreiging te doen.

De openbaar ambtenaar die een van de in paragraaf 1 genoemde strafbare feiten pleegt, stelt zich bloot aan de maximumstraf. Gevangenisstraf en boetes kunnen worden verdubbeld.

Art. L4168-11 - § 1 - Met een gevangenisstraf van acht dagen tot één maand en met een geldboete van vijftig euro tot vijfhonderd euro wordt gestraft ieder lid of bediende van een openbare of gesubsidieerde instelling met sociaal voorwerp, die aan een of meer behoeftigen, al dan niet rechtstreeks, blijvende, tijdelijke of buitengewone steun aanbiedt, belooft of geeft onder voorwaarde van stemverlening of stemonthouding.

§ 2 - Hetzelfde geldt voor de voormelde leden of bedienden die enige steunverlening ontzeggen of schorsen omdat de behoeftige weigert op zijn stemming invloed te laten uitoefenen of zich van stemming te onthouden.

§ 3 - Hij die, onder bedreiging in een bepaalde zin te stemmen, steun of steunverhoging vraagt, wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot drie maanden

Art. L4168-12 - § 1 - Ressorteren onder de kiesomkoping, de volgende handelingen en feiten die tijdens de stemming of de stemopneming door een lid van het kiesbureau worden uitgevoerd:

1° bedrieglijke verandering, wegneming of bijvoeging van stembiljetten;

2° minder of meer stembiljetten of stemmen in het proces-verbaal aantekenen dan het lid van het kiesbureau werkelijk te tellen heeft gekregen.

§ 2 - Met een gevangenisstraf van drie maanden tot twee jaar en met een geldboete van vijftig euro tot tweeduizend euro wordt gestraft ieder die een van de in paragraaf 1 vermelde strafbare feiten begaat.

§ 3 - De getuige die schuldig is aan het wanbedrijf vermeld in paragraaf 1, is strafbaar met dezelfde straf.



§ 4 - Iedere andere persoon die schuldig is aan het wanbedrijf vermeld in paragraaf 1, wordt gestraft met een gevangenisstraf van één maand tot één jaar en met een geldboete van zesentwintig euro tot duizend euro.

§ 5 - Van de feiten wordt onmiddellijk melding gemaakt in het proces-verbaal.

Art. L4168-13 - Namaak van stembiljetten wordt gestraft als valsheid in openbare geschriften.

Art. L4168-14 - § 1 - De volgende feiten begaan door een kiezer ressorteren onder de verzameling van stemmen:

1° stemmen of zich ter stemming aanmelden onder de naam van een andere kiezer, buiten de gevallen bepaald in artikel L4132-1, § 1;

2° een of meer stembiljetten wegnemen of achterhouden.

§ 2 - Met een gevangenisstraf van één maand tot één jaar en met een geldboete van zesentwintig euro tot duizend euro wordt gestraft hij het wanbedrijf vermeld in paragraaf 1 begaan heeft.

Art. L4168-15 - § 1 - De volgende feiten begaan door een kiezer ressorteren ook onder de verzameling van stemmen:

1° volmacht geven ter uitvoering van artikel L4132-1, § 1, zonder de daartoe vereiste voorwaarden te vervullen;

2° na volmacht te hebben gegeven, zijn volmachtouder laten stemmen, ondanks het feit dat de voorwaarden bedoeld in artikel L4132-1, § 1, niet vervuld zijn;

3° bewust in naam van zijn volmachtgever stemmen, terwijl deze overleden is of zijn stemrecht zelf kan uitoefenen;

4° meer dan één volmacht aannemen of geven op grond van artikel L4132-1, § 1.

§ 2 - Met een geldboete van zesentwintig euro tot duizend euro wordt gestraft hij die het wanbedrijf vermeld in paragraaf 1 begaan heeft.

Art. L4168-16 - § 1 - De volgende feiten begaan door een kiezer ressorteren onder de verzameling van stemmen:

1° in een stemlokaal stemmen met schending van de artikelen L4122-1, § 2, en L4124-1, § 5, tweede lid;

2° op dezelfde dag achtereenvolgens in twee of meer stemlokalen van dezelfde gemeente of in verschillende gemeenten stemmen, ook al is hij ingeschreven in de kiesregisters van die verschillende gemeenten of lokalen.

§ 2 - Met een gevangenisstraf van acht dagen tot vijftien dagen of met een geldboete van zesentwintig euro tot tweehonderd euro wordt gestraft hij die het wanbedrijf vermeld in paragraaf 1 begaan heeft.

Art. L4168-17 - Zij die door samenscholing, geweld of bedreiging een of meer burgers beletten hun politieke rechten uit te oefenen, worden gestraft met een gevangenisstraf van vijftien dagen tot één jaar en met een geldboete van zesentwintig euro tot duizend euro.

Art. L4168-18 - Zij die personen, zelfs ongewapende, aanwerven, bijeenbrengen of opstellen derwijze dat de kiezers vrees wordt aangejaagd of de orde wordt verstoord, worden gestraft met een gevangenisstraf van vijftien dagen tot één maand en met een geldboete van zesentwintig euro tot vijfhonderd euro.

Zij die welbewust deel uitmaken van aldus ingerichte benden of groepen, worden gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot vijftien dagen en met een geldboete van zesentwintig euro tot tweehonderd euro.

Art. L4168-19 - Zij die met geweld binnendringen of pogen binnen te dringen in een kiesgebouw om de kiesverrichtingen te belemmeren, worden gestraft met een gevangenisstraf van drie maanden tot twee jaar en met een geldboete van tweehonderd euro tot tweeduizend euro.

Indien de schuldigen wapens dragen, worden zij gestraft met een gevangenisstraf van één jaar tot drie jaar en met een geldboete van vijfhonderd euro tot drieduizend euro.

Art. L4168-20 - Leden van een stemafdeling die zich gedurende de stemverrichtingen schuldig maken aan smaad of geweld, hetzij tegen het stembureau, hetzij tegen een van de leden ervan, tegen een van de getuigen, of die door feitelijkheden of hetzij bedreigingen de kiesverrichtingen vertragen of verhinderen, worden gestraft met een gevangenisstraf van vijftien dagen tot één jaar en met een geldboete van honderd euro tot duizend euro.

Indien de schuldigen wapens dragen, worden zij gestraft, met een gevangenisstraf van drie maanden tot twee jaar.

Art. L4168-21 - Indien bij de feiten omschreven in de artikelen L4168-18 tot L4168-20 de stemming wordt geschonden, dan wordt het maximum van die straffen uitgesproken en kunnen deze straffen verdubbeld worden.

Indien de schuldigen wapens dragen, worden zij gestraft met een opsluiting van vijf jaar tot tien jaar en met een geldboete van drieduizend euro tot vijfduizend euro.

Wanneer deze feiten gepleegd worden door ingerichte benden of groepen als bedoeld in artikel L4168-18, worden zij die de daarvan deel uitmakende personen aangeworven, bijeengebracht of opgesteld hebben, gestraft met een gevangenisstraf van één maand tot één jaar en met een geldboete van honderd euro tot duizend euro.

Art. L4168-22 - Als daders worden gestraft zij die hetzij door giften, beloften, bedreigingen, misbruik van gezag of van macht, misdadige kuiperijen of arglistigheden, hetzij door woorden of kreten in openbare bijeenkomsten of plaatsen, hetzij door aangeplakte plakaten, hetzij door al dan niet gedrukte geschriften die verkocht of rondgedeeld zijn, het plegen van de in de artikelen L4168-18 tot L4168-20 omschreven feiten rechtstreeks hebben uitgelokt.

Is de uitlokking zonder gevolg gebleven, dan worden zij gestraft met een gevangenisstraf van één maand tot zes maanden en met een geldboete van vijftig euro tot vijfhonderd euro.

Art. L4168-23 - Hij die een bezwaar heeft ingediend in de zin van de artikelen L4146-5 en volgende dat ongegrond blijkt te zijn en waarvoor kwaad opzet is vastgesteld, wordt gestraft met een geldboete van vijftig euro tot vijfhonderd euro.

Art. L4168-24 - In het geval bedoeld in artikel L4141-2, § 4, wordt elke schending van de geheimhoudingsplicht overeenkomstig artikel 458 van het Strafwetboek gestraft."

Art. 135 - In het vierde deel van hetzelfde Wetboek wordt boek II, dat de artikelen L4211-1 tot L4261-7 bevat, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 1 juni 2006 en 19 juli 2006 en bij het decreet van 21 november 2016, vervangen als volgt:

"BOEK II - ELEKTRONISCH STEMSYSTEEM MET PAPIEREN BEWIJSSTUK

TITEL I - TOEPASSINGSGEBIED

ENIG HOOFDSTUK

Art. L4211-1 - De Regering kan beslissen dat voor de gemeenten van het Duitse taalgebied gebruik wordt gemaakt van een elektronisch stemsysteem met papieren bewijsstuk bij de gemeenteraadsverkiezingen.

Art. L4211-2 - De bepalingen van dit boek zijn niet van toepassing wanneer de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen overeenkomstig artikel L4111-2, eerste lid, gemeenschappelijk worden georganiseerd door de daartoe bevoegde autoriteiten.

## TITEL II - KIESVERRICHTINGEN

## HOOFDSTUK 1 - ALGEMENE BEPALINGEN

Art. L4221-1 - § 1 - Een geautomatiseerd stembureau met papieren bewijsstuk omvat per stembureau:

1° een elektronische stembus met een scanner en een automatisch afsluitingssysteem van de gleuf van de stembus;

2° verscheidene stemcomputers die elk zijn uitgerust met een aanraakbeeldscherm, een printer voor de stembiljetten en een chipkaartlezer;

3° een computer voor de voorzitter met een eenheid om de chipkaarten gebruiksklaar te maken;

4° een barcodelezer voor de visualisatie van de inhoud van de barcode door de kiezer;

5° chipkaarten.

Elk stemhokje is uitgerust met een stemcomputer.

In elk stembureau is minimum één stemhokje naast een stemcomputer eveneens uitgerust met een barcodelezer voor de visualisatie van de inhoud van de barcode door de kiezer.

Elk stembureau heeft een wachtzone die zich minstens op één meter van de stembus bevindt.

Bovendien beschikt elk gemeentelijk bureau over een of meer elektronische systemen voor de optelling van de stemmen die uitgebracht zijn in de stembureaus die van dit hoofdbureau afhangen.

§ 2 - De Regering bepaalt de regels volgens dewelke de lijsten en de kandidaten op de schermen van de stemcomputers worden getoond.

§ 3 - De elektronische stembureaus met papieren bewijsstuk, de elektronische optellingssystemen van de stemmen en de stemsoftware bedoeld in artikel L4224-1 mogen enkel gebruikt worden indien ze overeenstemmen met de door de Regering vastgestelde algemene erkenningsvoorwaarden, die in elk geval de betrouwbaarheid en de veiligheid van de systemen, alsook het geheim van de stemming waarborgen.

De Regering stelt deze overeenstemming vast op advies van het controleorgaan dat daartoe door de Regering erkend is.

Het advies van het erkende controleorgaan wordt openbaar gemaakt.

Art. L4221-2 - § 1 - De nadere regels voor de aankoop, het onderhoud en de bewaring van het systeem bedoeld in artikel L4221-1, § 1, worden bepaald door de Regering.

De nadere regels voor de aankoop, het onderhoud en de bewaring van de elektronische optellingssystemen worden bepaald door de Regering, in voorkomend geval met de betrokken gemeenten.

§ 2 - De verkiezingsprogrammatuur, de veiligheidscodes, de chipkaarten, het specifieke stempapier dat nodig is voor de afdruk van de stembiljetten, en de gegevensdragers worden bij elke verkiezing verstrekt door de Regering of haar afgevaardigde.

## HOOFDSTUK II - ELEKTRONISCH STEMSYSTEEM MET PAPIEREN BEWIJSSTUK

Art. L4222-1 - Elk stemhokje van het stembureau is uitgerust met een stemcomputer.

Art. L4222-2 - § 1 - Alvorens hij zich naar het stemhokje begeeft, ontvangt de kiezer van de voorzitter van het bureau of van de bijzitter die deze aanwijst, een chipkaart die de voorzitter of de bijzitter vooraf gebruiksklaar heeft gemaakt en die toelaat eenmaal te stemmen per verkiezing waarvoor de kiezer opgeroepen is.

§ 2 - Om zijn stem uit te brengen, moet de kiezer verplicht eerst deze kaart in de kaartlezer steken die hiertoe voorzien is in de in het stemhokje geïnstalleerde stemcomputer.

De Regering stelt de volgorde vast waarin de stemmen moeten worden uitgebracht.

Wanneer de kiezer, krachtens de wetten op het gebruik van de talen in bestuurszaken, gecoördineerd op 18 juli 1966, de taal van de stemverrichtingen kan kiezen, wordt hij eerst verzocht die keuze te bepalen; zij is, na bevestiging ervan, definitief voor alle stemverrichtingen.

§ 3 - In alle gevallen verschijnen het volgnummer en het letterwoord van alle kandidatenlijsten op het beeldscherm.

De kiezer duidt de lijst van zijn keuze aan door aanraking van het aanraakbeeldscherm. Door een blanco stem kan hij ook aangeven dat hij voor geen van de voorgedragen lijsten zijn stem wil uitbrengen.

Nadat de kiezer een lijst heeft gekozen, verschijnen voor die lijst de naam en voornaam van de kandidaten, voorafgegaan door een volgnummer, op het beeldscherm.

De kiezer brengt zijn stem uit door het aanraakbeeldscherm aan te raken:

1° in het stemvak bovenaan de lijst, indien hij akkoord gaat met de volgorde van voordracht van de kandidaten;

2° in de stemvakken naast de naam van een of meer kandidaten van dezelfde lijst.

§ 4 - Nadat de kiezer zijn stem heeft uitgebracht overeenkomstig paragraaf 3, wordt hij verzocht die te bevestigen. Deze bevestiging sluit de stem van de kiezer af voor de beschouwde verkiezing. Zolang de stem niet is bevestigd, kan de kiezer de stemverrichting herbeginnen.

§ 5 - In voorkomend geval wordt de kiezer vervolgens, via informatie die op het beeldscherm verschijnt, verzocht volgens dezelfde procedure te stemmen voor de volgende verkiezing.

Art. L4222-3 - § 1 - Wanneer de kiezer voor alle verkiezingen heeft gestemd, wordt een stembiljet afgedrukt en te zijner beschikking gesteld.

§ 2 - Binnen eenzelfde kieskring moeten de afmetingen van het afgedrukte stembiljet identiek zijn, ongeacht de stem uitgebracht door de kiezer.

De Regering bepaalt deze afmetingen voor elke kieskring, alsook de op het stembiljet afgedrukte vermeldingen.

§ 3 - Het afgedrukte stembiljet bevat twee delen:

1° een deel dat, in de vorm van een tweedimensionale barcode, de uitgebrachte stem van de kiezer aangeeft;

2° een deel dat in uitgetypte vorm, voor elk type van verkiezing, indien dit het geval is, de door de kiezer uitgebrachte stem aangeeft.

Het uitgetypte deel is louter bestemd voor controle- en auditdoeleinden.

§ 4 - De kiezer vouwt dan op regelmatige en duurzame wijze zijn stembiljet in twee delen met de bedrukte zijde naar binnen om het stemgeheim te bewaren.

Het bureau waakt erover dat het stemgeheim wordt gerespecteerd.

§ 5 - De kiezer neemt de chipkaart terug uit de lezer die hiervoor voorzien werd. Noch op de stemcomputer, noch op de chipkaart, worden gegevens over de uitgebrachte stem bewaard.

Art. L4222-4 - De kiezer heeft de mogelijkheid, door middel van een specifieke lezer die te zijner beschikking wordt gesteld, om de in artikel L4222-3, § 3, eerste lid, 1°, bedoelde barcode te visualiseren op een scherm. Zo ziet hij dat de inhoud van deze barcode overeenstemt met de stem die hij op het scherm heeft uitgebracht voor elke verkiezing en die in getypte vorm weergegeven wordt op het stembiljet.

De visualisatie gebeurt in de volgorde waarin de stemmen werden uitgebracht. Bij deze visualisatie kan de kiezer zijn stem niet meer veranderen.

Art. L4222-5 - De kiezer die moeilijkheden ondervindt om zijn stem uit te brengen, kan zich door een zelf gekozen persoon laten begeleiden of bijstaan overeenkomstig de nadere regels bepaald in boek I, titel III, hoofdstuk III, van dit deel van het Wetboek.

Bij gebrek aan een zelf gekozen begeleider kan de kiezer die moeilijkheden ondervindt om zijn stem uit te brengen, zich laten bijstaan door de voorzitter of door een ander door hem aangewezen lid van het stembureau, met uitsluiting van getuigen of elke andere persoon.

Indien de voorzitter of een ander lid van het stembureau de echtheid of de ernst van die moeilijkheden betwist, neemt het bureau een beslissing en zijn met redenen omklede beslissing wordt in het proces-verbaal opgenomen.

Art. L4222-6 - § 1 - Nadat de kiezer zijn stem heeft uitgebracht, verlaat hij het stemhokje en gaat hij naar de stembus met zijn stembiljet nog steeds in twee gevouwen zoals vermeld in artikel L4222-3, § 4, eerste lid.

Als een andere kiezer al aanwezig is voor de stembus om er zijn stembiljet te registreren, moet de kiezer wachten in de wachtzone bedoeld in artikel L4221-1, § 1, vierde lid.

De kiezer geeft zijn chipkaart vervolgens aan de voorzitter van het stembureau of aan de door hem aangewezen voorzitter, scant de barcode van zijn stembiljet en steekt dit vervolgens in de gleuf van de stembus, na opening van het automatische afsluitingssysteem hiervan.

§ 2 - Het stembiljet wordt geannuleerd:

1° indien de kiezer, bij het verlaten van het stemhokje, zijn stembiljet zo vouwt dat de stem die hij heeft uitgebracht, bekendgemaakt wordt;

2° als de kiezer aan de buitenkant markeringen of aantekeningen heeft aangebracht op zijn stembiljet;

3° indien de kiezer door een verkeerde manipulatie of door enige andere onvrijwillige beweging, het aan hem overhandigde stembiljet heeft beschadigd;

4° indien de afdruk van het stembiljet om welke technische reden ook totaal of gedeeltelijk onmogelijk blijkt te zijn;

5° indien de kiezer bij visualisatie op het scherm van de inhoud van de barcode in overeenstemming met artikel L4222-4 een verschil vaststelt tussen deze visualisatie op het scherm en de vermelding van de stem zoals afgedrukt op het stembiljet;

6° als de barcode niet gelezen kan worden door de elektronische stembus.

In de in het eerste lid, 1° tot 3°, bedoelde gevallen kan de annulering uitgesproken worden na een beslissing van het stembureau in die zin.

In de in de vorige leden bedoelde gevallen wordt de kiezer verzocht opnieuw te stemmen door middel van een andere chipkaart. Op dezelfde manier zal een kiezer die voor het stemmen per ongeluk de chipkaart die aan hem werd overhandigd, beschadigd heeft, een nieuwe chipkaart krijgen.

De voorzitter schrijft op de geplooid stembiljetten die hij ter uitvoering van het eerste lid heeft teruggenomen, de vermelding: "Teruggenomen stembiljet" en brengt zijn paraaf aan.

Art. L4222-7 - Na afloop van de stemming stelt de voorzitter van het stembureau de stemapparatuur buiten werking voor latere stemmingen. De gegevens betreffende de stemming worden altijd opgeslagen op twee gegevensdragers.

De stembiljetten worden vervolgens in een omslag of in een hiertoe aangepaste drager gestoken, die verzegeld wordt. Deze omslag heeft als opschrift de vermelding van de inhoud, de datum van de verkiezing, de identificatie van het stembureau en van de kieskring. Op de achterkant van de omslag wordt de handtekening van de voorzitter, de leden van het bureau en de getuigen, indien zij erom vragen, aangebracht.

De stemgegevens van een individueel stembureau mogen niet bekend worden gemaakt.

Art. L4222-8 - De gegevensdragers worden in een omslag gestoken met als opschrift de vermelding van de inhoud, de datum van de verkiezing, de identificatie van het stembureau en van de kieskring. De omslag wordt verzegeld en op de achterkant ervan wordt de handtekening van de voorzitter, de leden van het stembureau en de getuigen, indien zij erom vragen, aangebracht.

Art. L4222-9 - Het proces-verbaal van het stembureau wordt staande de vergadering opgemaakt. Dit vermeldt per verkiezing het aantal geregistreerde stemmen, het aantal opgekomen kiezers en het aantal krachtens artikel L4222-6, § 2, teruggenomen stembiljetten.

In het proces-verbaal worden in voorkomend geval eveneens de moeilijkheden en incidenten vermeld die zich tijdens de stemverrichtingen hebben voorgedaan. De stembiljetten die teruggenomen werden krachtens artikel L4222-6, § 2, enerzijds, en de stembiljetten bedoeld in artikel L4223-2, eerste lid, 3°, die uitgebracht werden als test door de voorzitter of de leden van het stembureau voor de opening van het bureau voor de kiezers, anderzijds, worden in afzonderlijke, verzegelde omslagen gestoken die bij het proces-verbaal gevoegd worden.

De chipkaarten, alsook het stempapier dat nog aanwezig is in de stemprinters of niet gebruikt werd, worden in een verzegelde omslag gestoken die door de voorzitter van het stembureau wordt overhandigd aan een door het gemeentecollege van de gemeente aangewezen verantwoordelijke. Dit laatste kan met de hulp van deze verantwoordelijke gebeuren.

Art. L4222-10 - Het proces-verbaal, de bijgevoegde omslagen, de omslag die de stembiljetten bevat die in de stembus werden gevonden, alsook de gegevensdragers, worden door de voorzitter van het stembureau onverwijld tegen ontvangstbewijs overhandigd aan de voorzitter van het gemeentelijk bureau of aan een door hem aangewezen bijzitter.

De chipkaarten, alsook het stempapier uit de printers of het stempapier dat niet gebruikt werd, worden bewaard in de lokalen van het gemeentebestuur met aanduiding van hun oorsprong. De stembiljetten die in de stembussen gevonden werden, de stembiljetten die teruggenomen werden krachtens artikel L4222-6, § 2, de stembiljetten die uitgebracht werden als test door de voorzitter of de leden van het stembureau voor de opening van het bureau en de gebruikte gegevensdragers worden bewaard bij de griffie van de rechtbank van eerste aanleg, met aanduiding van hun oorsprong, zolang de verkiezing niet definitief geldig of ongeldig verklaard is.

### HOOFDSTUK 3 - BIJZONDERE BEPALINGEN VOOR DE STEMMING

Art. L4223-1 - In de stembureaus waar gebruik wordt gemaakt van een elektronisch stemsysteem met papieren bewijsstuk:

1° kan de Regering in afwijking van artikel L4123-1, § 1, het aantal kiezers per stemafdeling verhogen, maar zonder de grens van tweeduizend kiezers te overschrijden;

2° kan de Regering in afwijking van artikel L4143-3, § 1, het maximumaantal kiezers per stemhokje verhogen, maar zonder de grens van driehonderd kiezers te overschrijden;

3° bestaan de stembureaus in afwijking van artikel L4125-1, § 1, naast de voorzitter en de secretaris, uit vijf bijzitters en vijf plaatsvervangende bijzitters, alsook, indien de voorzitter dit aanvraagt, uit een adjunct-secretaris met ervaring in informatica;

4° worden in afwijking van artikel L4143-20, § 1, de openingstijden van het stembureau tot 15.00 uur verlengd.

In het geval bedoeld in het eerste lid, 2°, zijn de bepalingen van de artikelen L4143-6 en L4168-9 van toepassing op de adjunct-secretaris.

In het geval bedoeld in het eerste lid, 3°, worden de instructies voor de kiezers aangepast. Het presentiegeld van de voorzitter en de andere leden van deze stembureaus wordt met vijftig procent vermeerderd.

Art. L4223-2 - In de stembureaus waar gebruik wordt gemaakt van een elektronisch stemsysteem met papieren bewijsstuk worden volgende verrichtingen gedaan voordat het stembureau voor de kiezers wordt geopend:

1° de voorzitter gaat na of de bak van de stembus voor de door de stemcomputers afgedrukte stembiljetten leeg is en verzegelt de stembus;

2° de voorzitter gaat na of de teller van de uitgebrachte stemmen op nul staat;

3° de voorzitter en de leden van het stembureau brengen hun stem uit en letten erop dat elke stemcomputer daarbij minstens eenmaal wordt gebruikt. Vervolgens controleren ze de inhoud van hun afgedrukte stembiljet met de barcodelezer bedoeld in artikel L4221-1, § 1, eerste lid, 4°, die zich in een van de stemhokjes bevindt. Nadat die controle succesvol was, scannen ze hun stembiljet overeenkomstig artikel L4222-6, § 1, met behulp van de elektronische stembus en steken het vervolgens in de gleuf van de stembus. De uitvoering van die verrichtingen en de daarbij gedane vaststellingen worden in het proces-verbaal vermeld.

### HOOFDSTUK 4 - AAN DE VERKIEZING VOORAFGAANDE VERRICHTINGEN

Art. L4224-1 - § 1 - De Regering of de door haar aangewezen persoon ontwikkelt de verkiezingsprogrammatuur die bestemd is voor de gemeentelijke bureaus en de stembureaus.

In de week volgend op de dag van de verkiezing wordt de stemsoftware gepubliceerd op de website van de Duitstalige Gemeenschap. Die publicatie, die geen veiligheidselementen bevat, blijft beschikbaar gedurende de zes maanden na de verkiezing.

§ 2 - De Regering of de door haar aangewezen persoon ontwikkelt een software voor de uitvoering van de digitale verrichtingen vermeld in artikel L4141-3 en stelt ze ter beschikking van de voorzitters van de gemeentelijke bureaus.

Art. L4224-2 - § 1 - Zodra de kandidatenlijsten definitief zijn opgemaakt of - in geval van beroep - zodra het bureau kennis heeft genomen van de beslissing van het hof van beroep of van de Raad van State, stuurt de voorzitter van het gemeentelijk bureau deze lijsten en het hun toegekende nummer digitaal door aan de Regering of aan de door haar aangewezen persoon.

§ 2 - De stukken waarin alle volgnummers en letterwoorden van de voorgedragen lijsten en de kandidatenlijsten voorkomen, zoals de programmatuur ze op het beeldscherm zal doen verschijnen, worden ter goedkeuring voorgelegd aan de voorzitter van het gemeentelijk bureau. Dat bureau gaat de overeenstemming na tussen deze stukken en het proces-verbaal van de definitieve afsluiting van de kandidatenlijsten. Elke voorzitter valideert die documenten na in voorkomend geval de nodige verbeteringen te hebben laten aanbrengen en stuurt de gevalideerde documenten terug naar de betrokken Regering of de door haar aangewezen persoon.

De Regering of de door haar aangewezen persoon laat de gegevensdragers die voor de optelling van de stemmen door de gemeentelijke bureaus zijn bestemd, alsook deze die voor de stembureaus zijn bestemd, opmaken.

§ 3 - De Regering of de door haar aangewezen persoon steekt de gegevensdragers in een verzegelde omslag en overhandigt ze minstens drie dagen vóór de verkiezing tegen ontvangstbewijs aan de voorzitters van de gemeentelijke bureaus. Op elke omslag staat de identificatie van het overeenkomstige bureau vermeld. Een aparte verzegelde omslag per bureau die eveneens tegen ontvangstbewijs aan de voorzitter van het kiesbureau van de gemeente wordt overhandigd, bevat de nodige veiligheidselementen voor het gebruik van de gegevensdragers.

De dag vóór de verkiezing overhandigt de voorzitter van het gemeentelijke bureau aan elke voorzitter van een stembureau van zijn bevoegdheidsgebied, tegen ontvangstbewijs, de omslagen die hem betreffen.

### HOOFDSTUK 5 - VERRICHTINGEN INZAKE HET TOTALISEREN VAN DE STEMMEN

Art. L4225-1 - Onmiddellijk na ontvangst van de gegevensdragers afkomstig van de stembureaus registreert de voorzitter van het gemeentelijke bureau de drager op de gegevensdrager bestemd voor het optellen van de stemmen. De registratie van de gegevensdragers en de stemmentelling worden uitgevoerd met behulp van de software bedoeld in artikel L4141-1.

Indien de registratie door middel van de gegevensdrager onmogelijk blijkt, herbegint de voorzitter van het gemeentelijke bureau de registratieverrichting door middel van de tweede drager.

Indien deze verrichting eveneens onmogelijk blijkt, eist de voorzitter van het gemeentelijke bureau van de betrokken gemeente de levering van een elektronische stembus en van een voor de voorzitter bestemde computer zoals bedoeld in artikel L4221-1. Hij gaat over tot een volledige registratie, met behulp van de lezer van de stembus, van de barcodes op elk stembiljet in de omslag bedoeld in artikel L4222-7, tweede lid.

Als de registratie van het stembureau is beëindigd, steekt de voorzitter de stembiljetten opnieuw in de omslag bedoeld in artikel L4222-7, tweede lid, en verzegelt hij deze opnieuw. Vervolgens gaat hij over tot de registratie van de nieuwe aldus aangemaakte gegevensdrager.

Art. L4225-2 - De voorzitter van het gemeentelijke bureau kan de gedeeltelijke uitslagen die de lijsten hebben behaald, afkondigen na registratie van minstens tien stembureaus en vervolgens na registratie van tien bijkomende stembureaus, tot alle stembureaus zijn geregistreerd.

Art. L4225-3 - Wanneer de uitslagen van alle stembureaus zijn geregistreerd en getotaliseerd, drukt de voorzitter van het gemeentelijke bureau het proces-verbaal af, alsook de stemopnemings tabel, waarvan de modellen worden vastgesteld door de Regering.

Art. L4225-4 - § 1 - Het proces-verbaal en de stemopnemingstabel, beide ondertekend door de voorzitter, de overige leden van het gemeentelijke bureau en de getuigen, worden in een verzegelde omslag gestoken waarop de inhoud ervan wordt vermeld.

Deze omslag alsook de omslagen met de processen-verbaal van de stembureaus worden in één verzegeld pak samengebracht, dat de voorzitter van het gemeentelijke bureau binnen vierentwintig uur toestuurde aan de Regering of aan de door haar aangewezen persoon.

§ 2 - De gegevensdragers afkomstig van de stembureaus en die welke door het gemeentelijke bureau zijn gebruikt voor het optellen van de stemmen, worden tegen ontvangstbewijs overhandigd aan de daartoe door de Regering aangewezen persoon, zodra de verkiezing definitief geldig of ongeldig is verklaard. Die persoon wist de gegevensdragers en stelt schriftelijk vast dat dit gebeurd is.

§ 3 - Zodra de verkiezing definitief geldig of ongeldig is verklaard, worden de in de stembussen gevonden stembiljetten, die bewaard worden bij de griffie van de rechtbank van eerste aanleg, vernietigd.

§ 4 - Zodra de verkiezing definitief geldig of ongeldig is verklaard, worden de teruggenomen stembiljetten alsook deze die als test werden uitgebracht, die bewaard worden bij de griffie van de rechtbank van eerste aanleg, vernietigd.

### TITEL III - SLOTBEPALINGEN

#### ENIG HOOFDSTUK

Art. L4231-1 - Namaak van gegevensdragers, stembiljetten en chipkaarten wordt gestraft als valsheid in openbare geschriften.

Art. L4231-2 - Artikel L4168-12 is van toepassing op de bedrieglijke verandering van de stem- en totaliserings-systemen alsook van gegevensdragers, chipkaarten en stembiljetten.

Art. L4231-3 - De artikelen L4161-1 tot L4161-4 zijn van toepassing op de inbreuken vermeld in de artikelen L4231-1 en L4231-2.

Art. L4231-4 - De artikelen L4112-8, derde en vierde lid, L4112-9, tweede lid, L4112-18, L4112-19, § 1, L4125-1, § 3, vierde lid, L4125-12 tot L4125-15, L4142-38, L4142-39, L4142-41, L4143-1, L4143-7, L4143-12, L4143-13, L4143-21, L4143-22, L4143-24, L4143-27, L4143-28, L4144-1 tot L4144-13, L4145-1, L4145-2, L4145-3, § 1, eerste lid, en L4168-13 zijn niet van toepassing op dit boek.

Art. L4231-5 - De artikelen L4112-23, 4°, L4125-1, § 3, eerste lid, L4125-5, § 1, 2, 3, 5 en 7, L4126-1, L4134-1, § 3 en 4, L4143-14 en L4163-2 zijn van toepassing voor de toepassing van dit boek, voor zover ze niet op de stembureaus slaan.

Art. L4231-6 - Voor de toepassing van dit boek moeten in de artikelen L4112-5, eerste lid, L4142-4, § 5? derde lid, L4142-26, § 1, L4142-36, § 1, tweede lid, en L4142-37, § 1 en 3, alle verwijzingen naar de stembiljetten als verwijzingen naar het beeldscherm van de stemcomputer worden gelezen.

Art. L4231-7 - Voor de toepassing van dit boek moeten in artikel L4112-9, eerste lid, de woorden "de stembussen, de potloden" worden vervangen door de woorden "de elektronische stembureaus met papieren bewijsstuk".

Art. L4231-8 - Voor de toepassing van dit boek moeten in artikel L4112-21, § 1, de woorden "in de stemopnemingsbureaus" worden vervangen door de woorden "bij de totalisering van de uitgebrachte stemmen".

In artikel L4112-21, § 2, moeten de woorden "door alle stemopnemingsbureaus van een kieskring" worden vervangen door de woorden "van een volledige kieskring".

Art. L4231-9 - Voor de toepassing van dit boek moet in artikel L4112-26, 4°, het woord "stembiljetten" worden vervangen door de woorden "uitgebrachte stemmen".

Art. L4231-10 - Voor de toepassing van dit boek moeten de woorden "stellen de stembiljetten op en laten ze drukken" in artikel L4125-1, § 3, tweede lid, vervangen worden door de woorden "leggen de weergave van de kandidatenlijsten op de beeldschermen van de stemcomputers vast en laten de gegevensdragers dienovereenkomstig opmaken".

Art. L4231-11 - Voor de toepassing van dit boek moeten in artikel L4143-8, § 1, eerste lid, de woorden "niet langer toegelaten dan nodig is om hun stembiljet in te vullen en in de bus te steken" worden vervangen door de woorden "niet langer toegelaten dan nodig is om hun stem uit te brengen".

Art. L4231-12 - Voor de toepassing van dit boek moeten in artikel L4145-3, § 1, tweede lid, het woord "stembiljetten" worden vervangen door de woorden "uitgebrachte stemmen" en de woorden "artikel L4144-8, § 2" door de woorden "artikel L4225-3".

Art. L4231-13 - De Regering past de instructies voor de kiezers aan voor de verkiezingen op het niveau van de gemeentelijke kiescolleges."

Art. 136 - In het zesde deel, boek I, enige titel, van hetzelfde Wetboek wordt het enige hoofdstuk aangevuld met een artikel L6111-4, luidende:

"Art. L6111-4 - Voor de toepassing van dit Wetboek wordt onder 'kapitaal' het volgende verstaan:

1° voor het kapitaal van een naamloze vennootschap, het kapitaal zoals het is bepaald in het Wetboek van vennootschappen en verenigingen, of voor een vennootschap met een andere rechtsvorm waarvoor in een soortgelijk begrip wordt voorzien door het Belgische of buitenlandse recht dat die vennootschap regelt: dat begrip zoals het in dat recht bepaald is;

2° voor vennootschapsvormen waarvoor niet in een soortgelijk begrip wordt voorzien door het Belgische of buitenlandse recht dat die vennootschap regelt: het eigen kapitaal van de vennootschap zoals het is bepaald in het Belgische of buitenlandse recht dat die vennootschap regelt, voor zover het bestaat uit een inbreng in geld, natura of nijverheid;

3° voor rechtspersonen die niet in de bepalingen onder 1° en 2° worden vermeld: het kapitaal zoals het is bepaald in het toepasselijke Belgische of buitenlandse gemeen recht."

## HOOFDSTUK 2. — WIJZIGING VAN HET GEMEENTEDECREET VAN 23 APRIL 2018

*Art. 137* - In artikel 18, § 1, tweede lid, van het Gemeentedecreet van 23 april 2018 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° tussen het vierde streepje en het vijfde streepje, dat het zesde streepje wordt, wordt een streepje ingevoegd, luidende:

"- de organisatie van virtuele of hybride vergaderingen van de raad overeenkomstig artikel 21.1, alsook hun gelijktijdige audiovisuele uitzending overeenkomstig artikel 27;"

2° in het tiende streepje, dat het elfde streepje wordt, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

3° er wordt een twaalfde streepje toegevoegd, luidende:

"- de organisatie van virtuele of hybride vergaderingen van het college overeenkomstig artikel 57.1."

*Art. 138* - Artikel 20 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Onverminderd artikel 21.1 worden de vergaderingen van de raad fysiek gehouden."

*Art. 139* - In hetzelfde decreet wordt een artikel 21.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 21.1 - Virtuele en hybride vergaderingen

§ 1 - In buitengewone omstandigheden waarin een fysieke vergadering voor een of meer leden of voor het publiek om veiligheids- of gezondheidsredenen onmogelijk of gevaarlijk blijkt te zijn, kan de voorzitter beslissen om de raadsvergadering als volgt te houden:

1° virtueel, waarbij alle leden uitsluitend per videoconferentie vergaderen;

2° hybride, waarbij de leden deels fysiek vergaderen en deels per videoconferentie deelnemen.

De Regering kan de minimumvoorwaarden bepalen waaronder een beroep kan worden gedaan op de mogelijkheden vermeld in deze paragraaf.

§ 2 - Het reglement van orde bepaalt de nadere regels voor de toepassing van paragraaf 1."

*Art. 140* - In artikel 24, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt de derde zin aangevuld met de woorden "of in het in artikel 21.1 vermelde geval van de videoconferentie uitsluiten".

*Art. 141* - Artikel 27 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een zesde lid, luidende:

"Als in het in artikel 21.1 vermelde geval het publiek om veiligheids- of gezondheidsredenen geen toegang krijgt tot de vergaderplaats, moet een gelijktijdige audiovisuele uitzending van de vergadering op de website van de gemeente worden aangeboden."

*Art. 142* - Artikel 31 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"De Regering kan de minimumvoorwaarden bepalen waaronder tot een geheime stemming wordt overgegaan in het in artikel 21.1 vermelde geval."

*Art. 143* - In artikel 37 van hetzelfde decreet wordt tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"De commissievergaderingen worden fysiek gehouden, tenzij zich buitengewone omstandigheden als bedoeld in artikel 21.1 voordoen. In dat geval zijn de bepalingen van dit artikel dienovereenkomstig van toepassing."

*Art. 144* - In artikel 57 van hetzelfde decreet wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Onverminderd artikel 57.1 worden de vergaderingen van het college fysiek gehouden."

*Art. 145* - In hetzelfde decreet wordt een artikel 57.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 57.1 - Virtuele en hybride vergaderingen

§ 1 - In buitengewone omstandigheden waarin een fysieke vergadering voor een of meer leden om veiligheids- of gezondheidsredenen onmogelijk of gevaarlijk blijkt te zijn of voor hoogstens 20% van de vergaderingen per jaar kan de voorzitter beslissen om de vergadering van het college als volgt te houden:

1° virtueel, waarbij alle leden uitsluitend per videoconferentie vergaderen;

2° hybride, waarbij de leden deels fysiek vergaderen en deels per videoconferentie deelnemen.

De Regering kan de minimumvoorwaarden bepalen waaronder een beroep kan worden gedaan op de mogelijkheden vermeld in deze paragraaf.

§ 2 - Het reglement van orde bepaalt de nadere regels voor de toepassing van paragraaf 1."

*Art. 146* - In het opschrift van artikel 155 van hetzelfde decreet worden de woorden "Maatschappelijk doel" vervangen door het woord "Doel".

*Art. 147* - In hetzelfde decreet wordt een artikel 156.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 156.1 - Virtuele en hybride vergaderingen

§ 1 - In buitengewone omstandigheden waarin een fysieke vergadering voor een of meer leden om veiligheids- of gezondheidsredenen onmogelijk of gevaarlijk blijkt te zijn of voor hoogstens 20% van de vergaderingen per jaar kan de voorzitter van de raad van bestuur of, naargelang van het geval, de afgevaardigd bestuurder beslissen om de vergadering van de raad van bestuur of, naargelang van het geval, van het directiecomité als volgt te houden:

1° virtueel, waarbij alle leden uitsluitend per videoconferentie vergaderen;

2° hybride, waarbij de leden deels fysiek vergaderen en deels per videoconferentie deelnemen.

De Regering kan de minimumvoorwaarden bepalen waaronder een beroep kan worden gedaan op de mogelijkheden vermeld in deze paragraaf.

§ 2 - Het reglement van orde van de raad van bestuur bepaalt de nadere regels voor de toepassing van paragraaf 1."

*Art. 148* - In artikel 197, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "maatschappelijke zetel" vervangen door het woord "zetel".

## HOOFDSTUK 3. — INWERKINGTREDING

Art. 149 - Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 11 december 2023.

O. PAASCH,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) Zitting 2023-2024

Parlementaire stukken: 286 (2022-2023) Nr. 1 Ontwerp van decreet

286 (2023-2024) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

286 (2023-2024) Nr. 3 Verslag

286 (2023-2024) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 11 december 2023 - Nr. 63 Bespreking en stemming

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/201266]

**29. JANUAR 2024 — Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 16. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der Familienleistungen (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*Einzigster Artikel* - Das Zusammenarbeitsabkommen vom 16. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der Familienleistungen wird gebilligt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 29. Januar 2024

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales,  
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,  
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,  
Forschung und Erziehung

Fußnote

(1) Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 304 (2023-2024) Nr. 1 Dekretentwurf

304 (2023-2024) Nr. 2 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 29. Januar 2024 - Nr. 69 Diskussion und Abstimmung